

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

1 8 2 0.

Enthält

die Verordnungen vom 5ten Januar bis zum 20sten November 1820.
mit Inbegriff von 6 Verordnungen aus dem Jahre 1819.

(Von No. 574. bis No. 633.)

No. I. bis incl. 18.

B e r l i n ,

zu haben im Königl. Debits-Kontroir für die Allgemeine Gesetz = Sammlung.

der in der Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten
vom Jahre 1820,
enthaltenen Verordnungen.



Datum des Gesetzes.	Ausgege- ben zu Berlin.	Inhalt.	No. des Erlaßs.	No. des Ge- setzes.	Seite.
17. Jan. 1820.	20. Jan. 1820.	Allerhöchste Kabinettsorder an das Staatsmini- sterium, betreffend den Staatshaushalt und das Staats Schuldenwesen	2	579	25
— —	— —	Allerhöchste Kabinettsorder, die nähere Verbin- dung der Generalkontrolle mit dem Staatsmi- nisterio betreffend		580	
— —	— —	Allerhöchste Kabinettsorder, die künftigen Ver- hältnisse der Generaldirektion der Seehandlungs- Gesellschaft betreffend		591	
— —	— —	Verordnung wegen Gleichstellung des Salzver- kaufspreises auf den Salzniebeleragen der Mo- narchie		592	
20. Jan.	3. Febr.	Deklaration des §. 155. der Zoll- und Verbrauchs- steuer-Ordnung vom 26ten Mai 1818, it., be- treffend die Provokation auf rechtliches Gehör in Defraudationsfällen	3	596	
— —	— —	Deklaration der Vorschriften der Allgemeinen Ge- richtsordnung, wegen Berichtigung der wäh- rend des Konkurses laufenden Hypothekenzin- sen aus der Immobiliarmasse		593	
— —	— —	Verordnung, die erleichterung zum Auswandern betreffend		593	
27. Jan.	— —	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Ernen- nung des Geheimen Ober-Regierungsraths von Schütze zum Mitgliede bei der Haupt- verwaltung der Staatsschulden an die Stelle des Landraths von Pannwitz	4	599	37
— —	15. Febr.	Allerhöchste Kabinettsorder wegen der Vereidung des Präsidenten und der Mitglieder der Staats- schulden-Hauptverwaltung		590	
5. Febr.	— —	Uebereinkunft mit der Königlich-sächsischen Re- gierung wegen gegenseitiger Uebnahme der Bagabonden und Ausgewiesenen		591	
7. Febr.	— —	Bekanntmachung wegen des Konfiskations- und Zer- minß für diejenigen Papiere, wofür die Ver- mögenssteuer noch nicht entrichtet ist		592	
18. Febr.	20. Juni	Konvention wegen gegenseitiger Aufhebung des Abschosses und Abfuhrzögeltes zwischen Preußen und Sardinien	8	603	

Datum des Gesetzes.	Ausgege- ben zu Berlin.	I n h a l t.	No. des Stücks.	No. des Ge- setzes.	Seite.
2. März 1820.	11. April 1820.	Statut für die Kaufmannschaft zu Berlin	5	594	46
5. März	— —	Allerhöchste Kabinettsorder wegen der Bewaffnung der auf einjährige Dienstzeit eintretenden Frei- willigen		595	59
25. März	9. Mai	Abkommen mit der Fürstlichen Schwarzburger Sonderhausenschen Regierung wegen gegen- seitiger Aufhebung der Kostenvergütungen in unvermögenden Kriminal-Untersuchungs- sachen	6	596	61
28. März	— —	Deklaration des §. 12. des Patents vom 9ten No- vember 1816, wegen Wiedereinführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung in die mit der Provinz West- preußen vereinigten Distrikte, den Culm- und Mietlauischen Kreis und die Stadt Thorn mit ihrem Gebiete		597	62
20. April	— —	Allerhöchste Kabinettsorder wegen Präklusion der Baarzahlungen für die bereits verloofenen Kle- ferungsscheine		598	64
4. Mai	13. Juni	Instruktion wegen Errichtung der Untergerichte in den mit dem Preussischen Staate vereinigten ehemals Sächsischen Provinzen	7	599	66
5. Mai	— —	Allerhöchste Kabinettsorder, daß den zur Festungs- strafe kondemnierten Soldaten die Strafzeit nicht auf die Dienstzeit angerechnet werden soll		600	71
20. Mai	20. Juni	Allerhöchste Kabinettsorder wegen der bei der Offizier-Wittwenkasse wieder aufzunehmenden erklubirten gewesenen Pensions-Mitglieder . .	8	604	77
25. Mai	— —	Allerhöchste Kabinettsorder, daß die Hälfte der Geldstrafen für Maß- und Gewichtsvergehen der Denunziant erhalten soll		605	
— Mai	13. Juni	Verordnung wegen des Zwangsgebrauchs der Gttrapost-Fuhren	7	601	
29. Mai	20. Juni	Deklaration des §. 157. der Städte-Ordnung, wegen Verächtlichung invalider Militärper- sonen bei Besetzung städtischer Posten	8	606	79

Ullers

Datum des Gesetzes.	Ausge- ben zu Berlin.	Inhalt.	No. des Stücks.	No. des Ge- setzes.	Seite.
30. Mai 1820.	13. Juni 1820.	Allerhöchste Kabinettsorder wegen eines festzu- setzenden Präklusionstermins über die gestem- pelten Treportscheine und die unverzinslichen, auf die Vermögens- und Einkommensteuer ausgestellten Anweisungen	7	602	72
— —	22. Juni	Instruktion wegen Ausführung des Edikts vom 21sten Juni 1815., die Verhältnisse der vor- mals unmittelbaren deutschen Reichsfürsten in der Preussischen Monarchie betreffend	9	607	81
— —	12. Aug.	Gesetz über die Einrichtung des Abgabewesens .	14	616	134
— —	— —	Gesetz wegen Einführung einer Klassensteuer . . .		617	140
— —	— —	Gesetz wegen Entrichtung einer Wahl- und Schlichtsteuer		618	
— —	— —	Gesetz wegen Entrichtung der Gewerbesteuer . . .		619	
1. Juni	6. Juli	Gesetz wegen der Ebnung und des Umzugs der Schäfer und Schäferknechte in Neuvoipom- mern und Klagen, im Großherzogthum Posen und in den mit Westpreußen vereinigten Distrik- ten des ehemaligen Herzogthums Warschau . .	11	610	109
16. Juni	27. Juni	Verordnung wegen Einrichtung des Hypotheken- wesens in dem mit den Preussischen Staaten vereinigten Herzogthum Sachsen	10	608	104
— —	— —	Verordnung, die Erwerbung und Ausübung der Realrechte auf Grundstücke, insbesondere der Hypothekenrechte, bei nicht vollständig einge- richteten Hypothekenwesen, betreffend		609	106
24. Juni	8. Juli	Publikations-Patent über die unterm 15ten Mai 1820. vollzogene Schlussakte der über Ausbil- dung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerial-Konferenzen . .	12	12	
30. Juni	16. Juli	Verordnung über die Einführung der Vorschriften des Allg. Landr. Theil II. Tit. 20. §. 12, bis 15. incl., und der Krim. Ordn. §. 96. bis 98. incl., wegen der von Preussischen Unterthanen im Auslande, oder von Fremden im Inlande oder auch im Auslande begangenen Verbrechen oder Vergehen, in sämtlichen Provinzen der Monarchie, worin die Preussischen Gesetzbücher noch nicht Gesetzeskraft haben	13	613	

Allerz-

Datum des Gesetzes.	Ausgege- ben zu Berlin.	I n h a l t.	No. des Stücks.	No. des Ge- setzes.	Seite.
1. Juli 1820.	6. Juli 1820.	Allerhöchste Kabinettsorder, die resp. Anmeldung und Liquidirung der Kompensations-Anerkennt- nisse betreffend	11	611	
— —	15. Juli	Deklaration des §. 3. der Verordnung vom 11ten März 1818. über die Lehen und Fideikomnisse in den jenseits der Elbe gelegenen Provinzen .	13	614	
24. Juli	28. Sept.	Allerhöchste Kabinettsorder, enthaltend nähere Bestimmungen der Allerhöchsten Order vom 20sten Mai 1820. wegen Wiederaufnahme der von 1808. bis 1814. erludirten Offiziere und wegen Pensionirung ihrer Wittwen aus dem Fonds der Offizier-Witwenkasse	15	620	
7. Aug.	12. Aug.	Allerhöchste Kabinettsorder, die Einrichtung des Abgabenwesens betreffend	14	615	
30. Aug.	28. Sept.	Allerhöchste Kabinettsorder, die Abtragung der Bergwerkssteuern in den Rheinischen Provinzen betreffend		621	167.
14. Sept.	— —	Allerhöchste Kabinettsorder, die einstweilige An- wendung des Allgemeinen Landrechts, 20sten Titels 2ten Theils, als Singular-Recht für den ganzen Militairstand betreffend	15	622	168
25. Sept.	17. Okt.	Gesetz, die gutherrlichen und bäuerlichen Ver- hältnisse in den vormals zum Königreich West- phalen, zum Großherzogthum Berg, oder zu den französischen hanzeatischen Departements gehörenden Landesheilen betreffend		623	169
— —	— —	Gesetz wegen der in Magdeburg und Münster zu errichtenden Generalkommissionen	16	624	185
— —	— —	Gesetz, die gutherrlichen und bäuerlichen Ver- hältnisse im Herzogthum Westphalen betreffend		625	191
— —	— —	Gesetz wegen Veränderung der Weinsteur		626	193
— —	— —	Gesetz, die Gültigkeit der französischen Gesetze in der Stadt Wesel und deren Rayon betreffend .		627	196
26. Sept.	28. Okt.	Allerhöchste Kabinettsorder, die Regulirung der Kriegsanleihe vom Jahre 1745. betreffend . .		628	197
— —	— —	Allerhöchste Kabinettsorder wegen Aufhebung des Indults in der Provinz Neuorpommern	17	629	

Dekla-

Datum des Gesetzes.	Ausgegeben zu Berlin.	I n h a l t.	No. des Stücks.	No. des Ge- setzes.	Seite.
30. Sept. 1820.	14. Dez. 1820.	Deklaration, die Sukzession der Mantelfinder im Lehn betreffend	18	631	201
11. Okt.	28. Okt.	Bekanntmachung des Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten, die Uebereinkunft mit der Kur- heffischen Regierung, wegen gegenseitiger Ueber- nahme der Vagabonden und Ausgewiesenen be- treffend.	17	630	200
10. Nov.	14. Dez.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend die Prälu- stfrist in Bezug auf die Zurückzahlung der in den Jahren 1813. und 1814. im ehemaligen Militärregiment zwischen der Ober und Weichsel ausgeschriebenen Zwangsanleihe . . .	18	632	203
20. Nov.	14. Nov.	Allerhöchste Kabinettsorder, betreffend das Forum für die Vollstreckung der rechtskräftigen Er- kenntnisse in Provinzial- und Kommunal- Schuldsachen		633	204

Gesetz-Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 1. —

(No. 574.) Vertrag wegen der Zölle und Verbrauchssteuern, welche an der äußern Grenze des Königlich-Preussischen Gebiets von dem Verkehr des darin eingeschlossenen Theils der Fürstlich-Schwarzburg-Sondershausenschen souverainen Besitzungen erhoben werden. Vom 25ten Oktober 1819.

Da die Zölle und die Verbrauchssteuern, welche dem Königlich-Preussischen Gesetze vom 26ten Mai 1818. gemäß, auf den äußern Grenzen des Preussischen Staats erhoben werden, auch mehrere in demselben eingeschlossene souveraine Besitzungen deutscher Bundesstaaten treffen, Seine Majestät, der König von Preußen aber geneigt sind, dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in Folge dieses besonderen Verhältnisses zufließt, den landesherrlichen Kassen gedachter Staaten für den Fall überweisen zu lassen, daß eine gemeinschaftliche billige Uebereinkunft deshalb getroffen werden könnte: so haben Seine Durchlaucht, der Fürst Schwarzburg-Sondershausen, Sich zu einer solchen Uebereinkunft in Rücksicht Ihrer in dem äußern Umfange der Preussischen Staaten eingeschlossenen souverainen Besitzungen, unbeschadet Ihrer landesherrlichen Hoheitsrechte, bereit erklärt, und es ist hierauf zwischen den Bevollmächtigten beider Theile nachstehender Vertrag verabredet, und, unter Vorbehalt der beiderseitigen landesherrlichen Genehmigung, abgeschlossen worden.

Erster Artikel.

Der Betrag des aus den Königlich-Preussischen Kassen, nach gegenwärtigem Vertrage an Seine Durchlaucht, den Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen, zu überweisenden Einkommens, soll von drei zu drei Jahren, in gemeinsamer Uebereinkunft festgesetzt werden.

Zur Grundlage dieser Uebereinkunft soll der jedesmalige leztdreijährige Ertrag des Einkommens an Verbrauchssteuern bei den Königlichen Zoll- und Steuerämtern in den sieben östlichen Provinzen des Preussischen Staats dergestalt dienen, daß der Antheil Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen daran, nach dem Verhältnisse der Bevölkerung der gedachten sieben Preussischen Provinzen zu der Bevölkerung des eingeschlossenen Theils der Fürstlichen souverainen Besitzungen berechnet wird.

Jahrgang 1820.

II

Zwei-

(Ausgegeben zu Berlin den 4ten Januar 1820.)

Zweiter Artikel.

Da das gegenwärtig bestehende Steuersystem erst seit dem ersten Januar des laufenden Jahres in den östlichen Provinzen des Preussischen Staats eingeführt ist, ein lehtdreijähriger Ertrag der dadurch erhobenen Verbrauchssteuern also zur Zeit noch nicht angegeben werden kann, so haben die beiderseitigen Bevollmächtigten, auf den Grund der bisher gemachten Erfahrungen, und mit besonderer Rücksicht auf den Verbrauch der Fürstlichen Hofhaltung, sich dahin geeinigt, den Betrag des jährlich zu überweisenden Einkommens für die drei Jahre vom 1sten Januar 1819. bis zum 31sten Dezember 1821. auf Fünfzehn Tausend Thaler Preussisch Silbergeld festzusetzen, welcher in gleichen Quartalt raten in den Monaten März, Juni, September und Dezember jedesmal mit Dreitausend Siebenhundert und Fünfzig Thalern in klingen dem Kourantgelde bei der Königl. Regieru ngs-Hauptkasse zu Erfurt zur Verfügung Seiner Durchlaucht bereit stehen soll.

Die vor Abschluß dieses Vertrages fälligen Quartalt raten werden in gleicher Art binnen einem Monate, nach erfolgter Genehmigung des gegenwärtigen Vertrages nachgezahlt.

Dritter Artikel.

Von denjenigen Baaren, welche mit Fürstlichen Kammer-Altesten für die Hofhaltung Sr. Durchlaucht eingehen, werden die Gefälle, so weit es durch gedachte Alteste verlangt wird, nicht beim Eingange erhoben, sondern bloß notirt, und bei der nächsten Quartalt hebung statt baaren Geldes in Zahlung angerechnet.

Vierter Artikel.

Zur Bequemlichkeit der Einwohner von Sondershausen und der umliegenden Gegend, sollen die Zölle und Verbrauchssteuern von den mit der Post ankommenden steuerbaren Baaren nicht an den äußern Grenzen des Preussischen Staats erhoben, sondern von dem Königl. Postamte zu Sondershausen eingezogen werden.

Fünfter Artikel.

Da in Folge dieses Vertrages Se. Durchlaucht, der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen, für den im Preussischen Staate eingeschlossenen Theil Ihrer souverainen Besitzungen Antheil an den durch die Preussische Zolllinie zu erhebenden Gefällen nehmen: so bewilligen Sie auch in Ihren gedachten souverainen Besitzungen denjenigen landesherrlichen Schutz, welcher zur Sicherung der Erhebung der gedachten Gefälle erforderlich seyn könnte. Seine Durchlaucht wollen namentlich gestatten, daß die Königl. Zollbedienten die Spuren begangener Unterschleife auch in ihr Gebiet verfolgen, und mit Zuziehung der Orts-Obrigkeiten sich des Thatsbestandes versichern.

Visitationen, Beschlagnahmen und Verhaftungen können jedoch nur durch die Fürstlichen Landes- oder Ortsbehörden bewirkt werden, welche dieselben auf Ansu-

Ansuchen der Königlichen Zollbedienten, und nachdem sie von deren Nothwendigkeit zu Feststellung des Thatbestandes nach Anleitung der Preussischen Steuerge-
setze vom 26sten Mai 1818. sich überzeugt haben, willig und zweckmäßig zu
veranlassen, Anweisung erhalten sollen. Die solchergehalt entdeckten, oder
sonst zur Kenntniß der Fürstlichen Behörden kommenden Verletzungen der in der
Königlich-Preussischen Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26sten Mai
1818. enthaltenen Vorschriften wollen Se. Durchlaucht vor Ihren Gerichten
untersuchen, und nach Anleitung der gedachten Steuerordnung, welche Sie Ih-
ren Gerichten, deshalb zur Beachtung zufertigen werden, beahnden lassen. Die
Geldstrafen, worauf die Fürstlichen Gerichte in solchen Fällen erkennen möchten,
fallen dem Fürstlichen Fiskus, wie sich dies von selbst versteht, nach Abzug
des Denunzianten-Antheils, lediglich anheim.

Sechster Artikel.

Diejenige Freiheit der Durchfuhr durch das Königlich-Preussische Gebiet,
welche durch den achten Artikel des zwischen Seiner Majestät dem Könige, und
Seiner Durchlaucht dem Fürsten, untern 15ten Juni 1816. abgeschlossenen
Staatsvertrages festgesetzt worden ist, wird auch ferner, wie bisher, unverfürzt
aufrecht erhalten.

In Rücksicht der Erzeugnisse der landesherrlichen Berg- und Hüttenwerke,
worauf sich dieselbe bezieht, wollen beide Theile die Durchfuhr-Freiheit, jedoch
zu Vermeidung von Mißbräuchen, ausdrücklich auf solche Gegenstände beziehen,
welche mit Fürstlichen Kammer-Ältesten aus Sr. Durchlaucht gehörigen Berg-
und Hüttenwerken, in Fürstliche Niederlagen gehen.

Siebenter Artikel.

Seine Majestät der König und Seine Durchlaucht der Fürst versichern
Ihren Unterthanen gegenseitig den völlig freien und ungeführten Verkehr zwischen
den, innerhalb der Preussischen Zolllinie an den äußeren Grenzen des Staats
belegenen Königlich-Preussischen und Fürstlich-Schwarzburg-Sondershausenschen
Länden, dergestalt, daß die von den beiderseitigen Unterthanen innerhalb des
gedachten Bezirks zu verführenden Waaren und Erzeugnisse aller Art, überall
den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen.

Achter Artikel.

In Folge des vorstehenden Artikels werden auch solche inländische Erzeug-
nisse, welche in dem Königlich-Preussischen oder in dem Fürstlich-Schwarzburg-
Sondershausenschen Gebiete innerhalb der Preussischen Zolllinie mit besondern
Verbrauchssteuern zur Zeit belegt sind, oder künftig belegt werden möchten,
in sofern in völlig freiem Umlauf seyn, als in beiden Ländern dem Landesherrn
gleiche Abgaben davon entrichtet werden. Wo aber eine solche Gleichheit der
Abgaben nicht statt findet, wird bei dem Uebergange in das Gebiet welches
den höheren Steuerfuß hat, das fehlende nach erhoben, und werden beide

Landes-Regierungen in dieser zur Sicherung Ihrer landesherrlichen Gefälle und Aufrechthaltung der Gewerbe Ihrer Unterthanen nothwendigen Maaßregel einander gegenseitig freundschaftlich unterstützen.

Neunter Artikel.

Da das Salz und die Spielkarten, welche in dem Preussischen Staate von den eigenen Unterthanen desselben verfertigt werden, im Preussischen Gebiete nicht freien Umlauf haben, sondern nur von den dazu bestimmten Anstalten verkauft werden können, so werden in Folge der festgesetzten Gleichheit auch Salz und Spielkarten, welche in den fürstlichen Landen verfertigt worden seyn möchten, in den königlichen Landen nicht freien Umlauf haben können, sondern daselbst den gleichen Beschränkungen, vorbehältlich jedoch der im sechsten Artikel bestätigten Durchfuhr-Freiheit, unterworfen seyn.

Zehnter Artikel.

Die königlich-Preussischen und die fürstlich-Schwarzburg-Sondershausenschen Behörden, werden sich in freundschaftlicher Uebereinkunft dafür verwenden, daß diejenigen Mittel, welche dem fürstlichen Einkommen und dem Interesse der fürstlichen Unterthanen unnachtheilig sind, ergriffen werden, um zu verhindern, daß ein Schleichhandel mit Salz aus der Saline zu Frankenhäusen in das königlich-Preussische Gebiet betrieben werde.

Elfter Artikel.

Gegenwärtiger Vertrag soll unverzüglich zur landesherrlichen Ratifikation vorgelegt, und nach Auswechslung der Ratifikations-Urkunden sofort zur Vollziehung gebracht werden.

Des zu Urkund ist derselbe von den beiderseitigen Bevollmächtigten unter Beidrückung ihres Siegels unterzeichnet worden.

Geschehen zu Berlin, am 25ten Oktober 1819.

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

Carl Georg Maassen,
K. Pr. wirkl. Geh. Ober-
Finanzrath und Direktor
im Finanz-Ministerio.

Joh. Gottf. Hoffmann,
K. Pr. wirkl. Geh. Ober-
Regierungs-Rath.

Adolph v. Weise,
Fürstl. Schwarzb.
Sondershausens-
cher wirkl. Geh.
Rath u. Kanzler.

*

*

*

Dieser Vertrag ist am 16ten Dezember 1819. von des Königs Majestät ratifizirt, und die Ratifikations-Urkunden sind hiernächst am 24ten Dezember zu Berlin ausgewechselt worden.

Berlin, den 25ten Dezember 1819.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

(No. 575.)

(No. 575.) Allerhöchste Kabinetts-Order vom 22sten Dezember 1819., die anderweite Eintheilung der Landwehr betreffend.

Mit besonderm Wohlgefallen habe Ich seit vier Jahren das Gedeihen des für die Sicherheit des Staats so wichtigen Landwehr-Instituts wahrgenommen und bemerkt, wie willig das Volk die ihm dadurch auferlegten Opfer getragen, und wie thätig Militär- und Civil-Behörden für das Beste der Anstalt gewirkt haben. Es thut Meinem Gefühle wohl, dies öffentlich anzuerkennen. Die Erfahrung hat indessen mehrere Mängel der Formation, in Bataillons, Regimenter und Inspektionen aufgedeckt, denen abgeholfen werden kann, ohne das Wesen des Instituts im Mindesten zu ändern, und ohne daß dabei die aus der besonderen Stellung der Linien-Truppen und der Landwehr hervorgehende Individualität verletzt werde. Schon im Jahre 1815. hatte Ich festgesetzt, daß von den jetzt zu einem Linien-Regimente gehörenden 4 Landwehr-Bataillonen ersten Aufgebots, nur 3 ins Feld zu rufen bestimmt sind, diese Formation, welche den Vortheil bedeutender Ersparniß (34 Bataillone und Escadrons) und eine mit dem Kriegszustande übereinstimmende Organisation verbindet, soll daher schon jetzt durch eine das Innere der Bezirke veränderte Eintheilung der Landwehr-Bataillone vorbereitet werden. Zu dem Ende sind

- 1) aus den, zu einem Linien-Regiment gehörenden 4 Landwehr-Bataillonen, in der Art 3 Bataillone zu formiren, daß die Bezirke von 8 Landwehr-Kompagnien, die jetzt ein Landwehr-Regiment bilden, in 6 eingetheilt werden. Von jedem solchergestalt umgeformten, bisherigen Landwehr-Regiment werden alsdann 2 Kompagnie-Bezirke mit eben so vielen eines andern daran anstoßenden Regiments in ein drittes Bataillon vereinigt.
- 2) Zu dieser neuen Formation giebt die geographische Lage der Bezirke Anleitung. Wo die Lokalverhältnisse für die Garnisonen, Aenderungen nöthig machen, sind Mir dazu Vorschläge einzureichen.

Der Bataillons-Bezirk, worin der Hauptort des Regiments liegt, soll dem ersten Bataillon zufallen und der Bataillons-Bezirk, welcher aus der Zusammensetzung der 2 Kompagnien jedes bisherigen Landwehr-Regiments entsteht, dem dritten Bataillon angehören. Kavallerie-Garnisonen sind nach den Lokalumständen zu bestimmen.

Die erforderlichen kleinen Uniformveränderungen, können durch Austausch bewirkt werden.

Gämmt:

Alle Landwehr-Regimenter erhalten die Nummer auf der Schulter-Klappe von derselben Farbe, wie die Linien-Regimenter, zu denen sie gehören. Offiziere in Gold.

Die zu den 4 Reserve-Regimentern gehörigen Landwehr-Regimenter (à 6 Kompagnien) sollen ebenfalls die Abzeichen ihrer Linien-Regimenter an der Uniform tragen, und die 6, aus den bisherigen Landwehr-Regimentern formirten Kompagnien, erhalten die Nummer des betreffenden Linien-Reserve-Regiments auf der Schulterklappe. So werden z. B. die aus dem dritten Posen Landwehr-Regiment formirten Kompagnien die Nummer 33. und die 6 Kompagnien des Posen-Brombergischen Landwehr-Regiments die Nummer 35. erhalten. Diese Regimenter führen außer dem Provinzial-Namen, noch den der kombinierten 33sten. und 35sten, so wie, der kombinierten 34sten und 36sten Landwehr Regimenter.

- 3) Wenn gleich die neu formirten Bataillone nach der früheren Bestimmung nur mit 1000 Mann in Feld rücken werden, so sollen sie dennoch mit der, nach der Landwehr-Ordnung mit Bezug auf den darin festgestellten Etat, ihnen zukommenden Stärke von 1600 Mann, in den Listen geführt und vollzählig erhalten werden. Im Fall eines Krieges wird nach Umständen der Ueberschuß zur Bildung nothiger Reserven benutzt.

In jedem Bataillons-Zeughause sollen künftig 1200 Gewehre vorhanden seyn. Davon erhält das Bataillon beim Ausmarsch 1000, die übrigen 200 bleiben zurück, um sogleich aus der Reserve der 3 Bataillone eines jeden Regiments, ein Bataillon von 600 Mann bewaffnen zu können.

Das was hier angeordnet ist, gilt analog auch von der Kavallerie für welche überhaupt die gegenwärtigen Bestimmungen beziehungsweise Anwendung finden; es soll jedoch im Kriege, die Kavallerie von 6 Bataillonen, die beiden Brigade formirenden Regimenter und zwar von jedem Bataillon mit einer Eskadron zu 162 Köpfe excl. Offizieren und Fahnen-Schmidt in kombinierte Regimenter zu 6 Eskadrons formirt werden.

Auf das zweit. Aufgebot finden obige Bestimmungen nach Maassgabe der sich daraus ergebenden Veränderungen, ebenfalls und zwar dergestalt Anwendung, daß die Verhältnisse beider Aufgebote zu einander keine Aenderung erleiden.

- 4) Sobald diese Formation beendigt ist, werden die 28 Landwehr-Inspektionen auf 16 reducirt. Sie nehmen sodann den Namen Landwehr-

wehr=Brigaden an und führen die Nummern der Linien=Divisionen, zu welchen sie gehören. Die Inspektore heißen Brigade-Kommandeure der Landwehr, bearbeiten alle auf die Landwehr und den Ersatz der Linie Bezug habende Geschäfte in der bisherigen Weise, stehen aber unter dem Divisions-Kommandeur und wird ihr gegenseitiges Verhältniß durch eine besondere Instruktion bestimmt werden.

- 5) Die hiernach ausscheidende Landwehr=Inspektore und Bataillons-Kommandeure, die zu bestimmen Ich Mir vorbehalte, werden nach Maassgabe ihrer Dienstfähigkeit, entweder pensionirt mit Wartegeld bis zur Wiederanstellung entlassen, oder sofern dazu Gelegenheit ist, bei den Linientruppen angestellt.
- 6) Die jetzigen Landwehr=Inspektore schlagen, in Verbindung mit den jetzigen Bataillons-Kommandeuren, diejenigen Offiziere zum Ausscheiden vor, welche nach beendigter neuen Formation überzählig werden. Es sind hierzu besonders die, für den Dienst weniger brauchbaren zu wählen.
- 7) Nach diesen Grundbestimmungen sind unverzüglich zu ihrer Ausführung die weiteren Verfügungen zu treffen, so daß das ganze Formations-Geschäft unfehlbar bis zur Uebungs-Periode im Jahre 1820. beendigt ist.

In Ansehung der Garde- und Grenadier-Landwehr, bleibt es für jetzt bei der bisherigen Verfassung.

- 8) Alle durch die vorstehenden Bestimmungen nicht aufgehobene Vorschriften in Bezug auf die Landwehr, bleiben in Kraft, wo aber zum Behuf der Bervollständigung in Betreff der Administration, der Etats und insbesondere des künftigen Wirkungskreises der Brigade-Kommandeure der Landwehr, hiernach Veränderungen in den früheren Verordnungen nöthig werden, sind Mir die Vorschläge dazu einzureichen.

Berlin, den 22sten Dezember 1819.

Friedrich Wilhelm.

An
die Ministerien des Innern und des Krieges.

(No. 576.)

(No. 576.) Allerhöchste Kabinettsordre vom 30sten Dezember 1819., betreffend das Verbot des Einz- und Durchgangs der in England und Frankreich in deutscher Sprache und der in den Niederlanden herauskommenden Zeitungen.

Die Unwahrheiten, die unwürdige Schreibart und die gehässige Tendenz durch welche die den Königlich-Preussischen Staat, dessen Verwaltung und Maaßregeln betreffenden Artikel in manchen ausländischen Zeitungen sich auszeichnen, veranlassen Mich hiermit, Folgendes zu verordnen.

- 1) In Meinen sämtlichen Staaten soll weder der Eingang noch der Durchgang aller in England und Frankreich in deutscher Sprache herauskommenden Zeitungen gestattet und zugelassen werden.
- 2) Diesem Verbote sind sämtliche in dem Königreiche der Niederlande, sowohl in der dort vaterländischen als in französischer und deutscher Sprache herauskommenden Zeitungen unterworfen, es sey dann, daß eine Ausnahme davon durch Meine Gesandtschaft bei des Königs der Niederlande Majestät nachgesucht und von Mir bewilligt würde. Sollten gegen diese Verbote dergleichen Zeitungen heimlicher Weise zum Lesen im Einlande eingebracht werden; so verfällt der Besteller derselben im Entdeckungsfalle, in eine Geldstrafe von Zehn Thaler für jedes solchergestalt eingegangene einzelne Zeitungsblatt und bei sich ergebender Zahlungsunfähigkeit, in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe. Diese Strafen werden in Wiederholungsfällen verdoppelt. Versuche der Durchführung der vorbenannten Zeitungen durch die preussischen Staaten, werden mit der Konfiskation der Zeitungsblätter geahndet. Wenn Staatsdiener und besonders Postbeamte, den Eingang oder die Durchführung der verbotenen Zeitungen wider die Erwartung zulassen, oder befördern; so ist gegen dieselben nach den Strafgesetzen gegen die vorsätzliche oder aus grober Fahrlässigkeit oder Unwissenheit entstandene Verletzung der Amtspflichten zu verfahren. Ausgenommen von dem gegenwärtigen Verbote werden nur diejenigen der vorgedachten ausländischen Zeitungsexemplare; welche für die Ministerien bestimmt sind. Hiernach werden Sie das Erforderliche verfügen. Berlin, den 30sten Dezember 1819.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatskanzler
Herrn Fürsten v. Hardenberg.

*

*

*

Dem Königlich Allerhöchsten Befehl zufolge wird die vorstehende Kabinettsordre hiermit bekannt gemacht und Jedermann in den Königlich-Preussischen Staaten zur Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften angewiesen. Es haben besonders die Oberpräsidenten und die Postbehörden auf die strenge Ausübung derselben sorgsam zu achten. Von dem Tage an, welchen die Verordnung vom 28sten März 1811. vorschreibt, ist der Königl. Befehl als bekannt gemacht, anzusehen. Berlin, den 30sten Dezember 1819.

Der Staatskanzler E. Fürst v. Hardenberg.

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 2. —

(No. 577.) Verordnung wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staatsschuldenwesens. Vom 17ten Januar 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ic. ic.

Thun kund und erklären hiermit:

Die bekannten Ereignisse der letztern Zeit, so wie die Mannigfaltigkeit der daraus hervorgegangenen Verpflichtungen haben Uns von dem, wegen Regulirung des gesammten Staatsschuldenwesens in dem Finanzgesetze vom 27sten Oktober 1810. gestellten Ziele, bis jetzt entfernt gehalten.

Es sind zwar neben andern großen Aufopferungen die Verheißungen dieses Gesetzes nicht nur rücksichtlich der regelmäßigen Abtragung der laufenden und der Auszahlung der rückständigen Zinsen, sondern auch der Konsolidirung und Tilgung der dazu zunächst geeigneten Schulden selbst, in so weit es möglich war, bereits in Erfüllung gebracht, und obgleich wegen der Menge der noch vorzunehmenden Ermittlungen eine vollständige Uebersicht der gesammten Staatsschuld früher nicht verschafft werden konnte, so haben Wir doch schon durch Unsere Ordre vom 7ten Mai 1818. die Bildung eines Tilgungsfonds von Einer Million Thaler jährlich, zur Einlösung der Staatsschuld-Scheine angeordnet.

Wir sind nunmehr von dem gesammten Schuldenzustande des Staats unterrichtet, und haben daher beschlossen, selbigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Wir hoffen dadurch und durch die von Uns beabsichtigte künftige Unterordnung dieser Angelegenheit unter die Reichsstände, das Vertrauen zum Staate und zu seiner Verwaltung zu befestigen, und Unsern aufrichtigen Willen, allen Staatsgläubigern gerecht zu werden, um so unzweideutiger an den Tag zu legen, als Wir zugleich wegen Sicherstellung, so wie wegen regelmäßiger Verzinsung und allmählicher Tilgung aller Staatsschulden das Nöthige unwiderruflich hiermit festsetzen:

Jahrgang 1820.

B

I.

(Ausgegeben zu Berlin den 20sten Januar 1820.)

Betrag der
verzinslichen
allgemeinen
Staatsschul-
den.

I.

Nach dem anliegenden von Uns vollzogenen Staatsschulden-Etat be-
tragen die von Unfern Vorfahren und in den verhängnißvollen Zeiten Unserer
Regierung zum wahren Bedürfnisse und zur Erhaltung des Staats entweder
bereits gemachten oder, in so weit die Verbriefung noch nicht erfolgt ist, noch
zu machenden verzinslichen allgemeinen Staatsschulden die Summe von

Einmalhundert und Achtzig Millionen Ein und Neunzig Tausend Sieben-
hundert und Zwanzig Thaler.

Diese Schulden sollen nicht nur von Uns, sondern auch von Unfern Nachfol-
gern in der Krone bis zu ihrer endlichen Tilgung unausgesetzt als Lasten des
Staats und aller im Staatsverbande befindlichen Glieder betrachtet werden.

II.

Wir erklären diesen Staatsschulden-Etat auf immer für geschlossen.
Ueber die darin angegebene Summe hinaus darf kein Staatsschuldschein oder
irgend ein anderes Staatsschulden-Dokument ausgestellt werden.

Sollte der Staat künftighin zu seiner Erhaltung oder zur Förderung
des allgemeinen Besten in die Nothwendigkeit kommen, zur Aufnahme eines
neuen Darlehns zu schreiten, so kann solches nur mit Zuziehung und unter
Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen.

III.

Für die sämmtlichen jetzt vorhandenen und in dem von Uns vollzogenen
Etat angegebenen Staatsschulden und deren Sicherheit, in so weit letztere
nicht schon durch Spezial-Hypotheken gewährt ist, garantiren Wir hierdurch
für Uns und Unsere Nachfolger in der Krone mit dem gesammten Vermögen
und Eigenthume des Staats, insbesondere mit den sämmtlichen Domainen,
Forsten und säkularisirten Gütern im ganzen Umfange der Monarchie, mit Aus-
schluß derer, welche zur Aufbringung des jährlichen Bedarfs von 2,500,000 Rtl.
für den Unterhalt Unserer Königlichen Familie, Unfern Hoffstaat und sämmt-
liche Prinzliche Hoffstaaten, so wie auch für alle dahin gehörige Institute u.
erforderlich sind.

IV.

ergänzung. Die regelmäßige Verzinsung dieser Schulden nach dem in den Doku-
menten bestimmten Zinsfuße erfolgt in denselben Raten und aus denselben
Kassen und Instituten wie bisher.

Sollten Wir es in der Folge angemessen finden, Zinszahlungen, die
gegenwärtig nur im Inlande erfolgen, auch auf auswärtigen Handelsplätzen
leisten zu lassen; so behalten Wir Uns vor, die Staatsschulden-Verwal-
tungsbehörde anzuweisen, solches durch die Seehandlung zu bewirken.

V.

V.

Zur allmählichen Abtragung aller verzinslichen Schulden — in so weit Tilgung. solche nicht schon wie bei den Anleihen im Auslande durch besondere Verträge, bei denen es sein unabänderliches Verwenden behält, anderweit festgesetzt ist — bewilligen Wir für immer Ein Prozent jährlich von der gegenwärtigen Höhe des Schuldkapitals, zu einem allgemeinen Tilgungsfonds.

Diesem Fonds treten auch die aus der allmählichen Abtragung der Schuld entstehenden Zinsersparnisse hinzu, und zwar:

- a) bei den alten hürmärktischen landschaftlichen Obligationen im Etat I. Litt. b. dem für dieselben angelegten besondern Tilgungsplane gemäß, ohne Unterbrechung bis zur erfolgten gänzlichen Kapitalstilgung; eben so
- b) bei den im Etat I. Litt. c. aufgeführten, besonders verbrieften Schulden, unbeschadet des den resp. Gläubigern bei dieser Gattung von Schulden etwa zustehenden Kündigungsrechts. Dagegen aber findet
- c) bei den übrigen Schulden im Etat I. Litt. d. e. f. das Hinzutreten der aus der allmählichen Kapitalstilgung entstehenden Zinsersparnisse, zu dem allgemeinen Tilgungsfonds, nur in bestimmten Fristen statt; zunächst in den Jahren 1820. bis 1822., jedoch mit Hinzurechnung der durch die Schuldentilgung in den Jahren 1818. und 1819. schon erlangten Zinsersparnisse; vom 1sten Januar 1823. ab aber immer in Zeitabschnitten von 10 auf einander folgenden Jahren; um so den Bedarf zur Verzinsung von Zeit zu Zeit vermindern und dadurch Unsern Untertanen bei Entrichtung der Abgaben nach und nach Erleichterungen gewähren zu können.

VI.

Ungeachtet nach Unserer Verordnung vom 27sten Oktober 1810. und selbst nach dem Inhalte der Staatsschuldsscheine, die Tilgung der Staatsschulden durch sukzessive Verloosung erfolgen sollte, so hat doch diese Maasregel in ihrer zeitherigen Ausführung weder den Absichten des Staats noch den Erwartungen der Gesamtheit der Staatsgläubiger entsprochen, und finden Wir Uns daher bewogen, hiermit festzusetzen: daß die im Etat Tit. I. Litt. b. c. d. e. aufgeführten Staatsschulden = Dokumente, so weit das festgesetzte Amortisationsquantum und die Zinsersparungen ausreichen, vorläufig nicht verlooſet, sondern, so wie es in den Jahren 1818. und 1819. Rücksichts der Staatsschuldsscheine mit günstigem Erfolge geschehen ist, jährlich aufgekauft, eine Verloosung von Seiten der Staatsschulden = Verwaltungsbehörde aber erst dann eingeleitet werden soll, wenn die resp. Schuld-Dokumente an der Börse oder sonst nicht mehr unter dem Nennwerthe aufgekauft werden können.



VII.

Fonds zur
Verzinsung
und Tilgung.

Zur regelmäßigen Verzinsung und Tilgung überweisen Wir hiermit:

- 1) die sämtlichen Domainen- und Forst-Revenüen mit Rücksicht auf die Bestimmungen zu III.
- 2) der Erlös aus dem von jetzt ab nur gegen baares Geld zu bewirkenden Verkaufe von Staatsgütern oder Ablösungen von Domainialrenten, Erbpachtgeldern und andern Grundabgaben, Zinsen, Zehnten, Diensten u. und
- 3) die Salzrevenüen, soviel davon zur ausreichenden Ergänzung des Staats-schuldentilgungs-Kassenbedarfs erfordert wird.

Die Einzahlung dieser Fonds geschieht von den Provinzialkassen unter Verantwortlichkeit der demselben vorgesetzten Behörden ohne die geringste Verkürzung in monatlichen Raten direkte an die Staatsschulden-Tilgungskasse.

Vom 1sten Januar 1820. ab kann die Verausgabung vorstehender Intradem Seitens der Provinzialkassen nur durch Quittungen der ebengenannten Kasse rechnungsmäßig justified werden. Von demselben Zeitpunkte ab können nur die bei den nach 2. für Veräußerungen von Staatsgütern, Ablösungen u. zu leistenden Zahlungen als gültig anerkannt werden, welche von der in den folgenden Abschnitten näher zu bezeichnenden Staatsschulden-Verwaltungsbehörde bescheinigt worden.

Die bisher bestandene Generaldomainen-Veräußerungskasse hört mit dem 1sten Januar 1820. gänzlich auf, und die bei derselben verbliebenen Einnahme-Reste gehen hiernach ganz zu dem Staatsschulden-Verwaltungsfonds über.

VIII.

Behörde zur
Verwaltung.

Unser Staatsrath hat bei Gelegenheit seines, wegen der Verordnung über die rechtliche Natur der Domainen in den neuen und wieder eroberten Provinzen abgegebenen Gutachtens vom 30sten Junius 1818. bereits darauf angetragen,

daß bei der fernern Ausführung des Domainenverkaufs eine besondere Behörde niedergesetzt werde, welcher die Verbindlichkeit obliege, für die Verwendung der Kaufgelder zur Schuldentilgung zu sorgen.

In Berücksichtigung dieses Antrages und zur Ausführung der in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Bestimmungen setzen Wir daher eine von den übrigen Staats- und Finanzverwaltungen ganz abgesonderte Behörde unter der Benennung:

„Hauptverwaltung der Staatsschulden“

hiermit ein:

IX.

a) Einrichtung.

Diese Behörde soll aus,

Einem Präsidenten und Vier Mitgliedern
bestehen. Wir ernennen hierzu:

den

den wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath Kother zum Präsidenten,
den wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath, Domdechanten von der
Schulenburg zum 1ten Mitgliede,
den Landrath und Domherrn von Pannwitz zum 2ten Mitgliede,
den hiesigen Stadtgerichts-Direktor Beelig zum 3ten Mitgliede und
den Chef des hiesigen Handlungshauses, Gebrüder Schickler, David
Schickler, zum 4ten Mitgliede.

In Zukunft und beim Abgange des Präsidenten oder eines dieser Mit-
glieder werden Uns von der künftigen reichsständischen Versammlung und bis
zu deren Errichtung von dem Staatsrathe drei Individuen zur Auswahl eines
derselben vorgeschlagen.

Dem Präsidenten liegt die Leitung des Ganzen ob, außerdem aber
haben die Mitglieder mit ihm gleiche Befugnisse und daher auch gleiche Ver-
antwortlichkeit.

X.

Diese Behörde ist Uns und der Gesamtheit der Staatsgläubiger dafür
verantwortlich, daß nach II. weber Ein Staats-Schuldschein mehr, noch ^{b) Ver-}
andere Staatsschulden-Dokumente irgend einer Art ausgestellt werden, als ^{pflichtungen.}
der von Uns vollzogene Etat besagt. Ueber alle darin genannten Summen
kann sie, insofern solches noch nicht geschehen ist, Staats-Schuldscheine,
jedoch immer nur in der bisherigen Form, oder, Falls es bei den schon im
Etat aufgenommenen, aber noch in der Festsetzung begriffenen Schulden
nöthig werden sollte, andere Staatsschulden-Dokumente ausfertigen.

Wir behalten Uns indessen hierbei vor, bei jedem einzelnen Titel nä-
here Anweisung darüber zu ertheilen, an welche Behörden oder Personen die
innerhalb der Etatssummen aus gefertigten Schulddokumente abgeliefert wer-
den sollen.

XI.

Sollte sich bei der für einzelne Schuldbpositionen, dem Ministerio des
Schatzes ferner obliegenden endlichen Feststellung ein Minderbedarf gegen
die im Etat für dieselben vorläufig ausgeworfene Summe ergeben, so hat
Uns die Staatsschulden-Verwaltungsbehörde das Kapital, sobald dessen Er-
sparniß feststeht, nebst den künftigen Zinsen vom nächsten Zinszahlungs-Ter-
mine ab, Behufs der Bildung eines Staatschatzes, in so weit zur Dispo-
sition zu stellen, als der Betrag desselben nicht zur Deckung etwaniger Erhö-
hungen bei der Festsetzung anderer Titel, die im Etat jetzt zu niedrig ange-
nommen seyn könnten, verwendet werden muß. Die bis zur wirklichen Ueber-
weisung des ersparten Kapitals aufgelaufenen Zinsen verbleiben dem allge-
meinen Tilgungsfonds und sind wenn es die Umstände erfordern, zur schnellern
Ablösung der V. sub h. benannten, besonders verbrieften Schulden vorzugs-
weise bestimmt.

XII.

XII.

Die Staatsschulden = Verwaltungsbehörde ist ferner für die pünktliche Verzinsung und Tilgung der gesammten Staatsschulden nach der in den §§. IV. und V. gegebenen Vorschrift verantwortlich und besonders verpflichtet, bei ihren Operationen auch den allgemeinen Staatskredit möglichst zu berücksichtigen.

XIII.

Endlich ist die Staatsschulden = Verwaltungsbehörde verpflichtet, der künftigen reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung zu legen. Bis zur Einführung derselben tritt der Staatsrath an deren Stelle. Die Ertheilung der Decharge behalten Wir Uns nach Maassgabe des Uns von ersterer, vorläufig aber von letzterer zu erstattenden Gutachtens vor.

XIV.

c) Kontrol-
lirung.

Bis die reichsständische Versammlung zusammengetreten seyn wird, soll statt ihrer eine Deputation des hiesigen Magistrats mit der Staatsschulden = Verwaltungsbehörde die eingeldseten Staatsschulden = Dokumente alljährlich nach erfolgtem Rechnungsschlusse in gemeinschaftlichen Verschluss nehmen, und für deren abgesonderte und sichere Aufbewahrung bei dem Depositorio des Kammergerichts Sorge tragen. Vor der Niederlegung werden jedoch jedesmal die Nummern und Lettern der eingeldseten Dokumente zugleich mit der Rechnungslegung der Verwaltungsbehörde zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

XV.

a) Beson-
dere Be-
achtung.

Der Präsident und die Mitglieder dieser Behörde werden wegen der vorstehenden zu übernehmenden Verpflichtungen und daß sie bei ihrer Verwaltung nach keinen andern, als den im gegenwärtigen Gesetze ausgesprochenen Grundsätzen verfahren wollen, durch Unsern Justizminister auf dem Kammergerichte in Gegenwart einer Deputation des hiesigen Magistrats, der hiesigen Börsenvorsteher und der Ältesten der Kaufmannschaft vereidet.

XVI.

c) Unter-
beamte.

Die jetzt bei dem Ministerio des Schazes bestehende Staatsschulden = Tilgungskasse wird mit dem Ausfertigungsbureau oder der sogenannten Kontrolle der Staatspapiere nebst ihrem Personale und Geschäften, der Staatsschulden = Verwaltungsbehörde überwiesen und unter deren ausschließlichen Befehl gestellt.

Die Regulirung des Bedürfnissfonds dieser Behörde übertragen Wir hierdurch Unserm Staatskanzler und überlassen es demselben, solche respective durch Absehung von dem bisherigen Etat des Schazministerii zu bewirken.

XVII.

Verdrängung
unerhöbener
Zinsen.

Um der Staatsschulden = Verwaltungsbehörde zur Unterhaltung einer ordnungsmässigen und übersichtlichen Buchführung alle nur möglichen Mittel

zu

zu gewähren, bei fortbauenden vieljährigen Unterbleiben des Einziehens fälliger Zinsen von Seiten der Inhaber der Schulddokumente aber die Erreichung dieses Zwecks mit mannichfaltigen Schwierigkeiten verbunden ist; so sind den Wir es unumgänglich nöthig, den Verjährungstermin bei Zinsrückständen von Staatsschuld-Dokumenten vom Tage der Vollziehung dieser Verordnung ab, auf Vier Jahre von der Verfallzeit an gerechnet, hierdurch festzusetzen.

Diese Festsetzung bezieht sich jedoch nicht bloß auf die von jetzt ab verfallenden, sondern auch auf die bisher verfallenen und uneingezogen gebliebenen Zinsen, dergestalt, daß das Recht zur Einforderung von Zinsrückständen der letztgedachten Art mit dem 1sten Januar 1824. ein für allemal erloschen ist. Die auf solche Art verjährten Zinssummen fallen dem allgemeinen Tilgungsfonds zu, ohne daß von Seiten der Interessenten späterhin irgend ein Anspruch in dieser Beziehung rechtlich begründet werden kann.

XVIII.

Außer den im §. I. benannten Schulden ist der Staat auch noch verpflichtet, die sogenannten unverzinslichen Schulden mit einer Summe von ^{unverzinsliche Schulden.} Fünf Millionen Zweihundert und Zwei und Vierzig Tausend Dreihundert und Sieben und Vierzig Thaler Courant, welche aus den in Zirkulation befindlichen Tresor- und Thalerscheinen, den von Uns traktatenmäßig übernommenen ehemaligen sächsischen Rassenbilletts Litt. A. und aus einigen andern Titeln entstanden sind, zu decken. Für jetzt ist nur zum Umtausche der bei der Zirkulation untauglich werdenden unverzinslichen Papiere der oben erwähnten Gattungen ein Quantum zum Etat gebracht worden, dessen künftiger Betrag jedoch nach dem jedesmaligen Bedürfnisse alljährlich festgestellt werden wird.

XIX.

Es sind ferner noch die im Etat angemerkten, zum größten Theile mit den neu erworbenen oder wieder vereinigten Landestheilen oder in Folge der veränderten Staatsverwaltung auf Uns überkommenen Provinzial-Staatsschulden. ^{Provinzial-Staatsschulden.} welche sich auf den Passiv-Etat der resp. Regierungs-Hauptklassen befinden, jedoch zur definitiven Feststellung ihres Betrages hin und wieder noch einer näheren Prüfung bedürfen, mit 25,914,694 Rthlr. vorläufig ermittelt worden.

Das Schatzministerium wird sich mit Feststellung derselben auch ferner beschäftigen und bis diese vollendet ist, was im Laufe des Jahres 1820. geschehen muß, wird dasselbe auch die Verzinsung mit den ihm dazu auf dem Haushaltungsplane überwiesenen Mitteln bewirken.

Nach erfolgter definitiver Feststellung des Betrages derselben sollen auch die Schulden dieser Art der allgemeinen Staatsschulden-Verwaltungsbehörde über-



überwiesen und Behufs ihrer gleichfalls einzuleitenden Amortisation, wo solche wie bei den sächsischen Zentralsteuer-Obligationen, nicht schon besteht, die nähern Bestimmungen von Uns erlassen werden.

XX.

Bis zur Errichtung eines solchen Tilgungsfonds kann keine Kündigung von Seiten der Gläubiger angenommen werden. Solche wird nur in dem einzigen Falle nachgelassen, wenn Domainengüter u., welche diesen Schulden als Spezialhypotheken namentlich verschrieben sind, für Rechnung des Staats=schulden=Tilgungsfonds veräußert werden.

Dagegen müssen die auf den Provinzialetat stehenden Aktivkapitalien so viel als möglich eingezogen, besonders berechnet und nach Ablauf des Jahres 1820. mit Rücksicht auf die im §. 5. des Gesetzes vom 9ten März v. J. enthaltene Bestimmung zur Befriedigung der resp. Gläubiger verwendet, oder aber dem künftigen Amortisationsfonds der Provinzial=Staats=schulden überwiesen werden.

XXI.

Zuschüsse zu
den Provin-
zial- und
kommunal-
Kriegsschul-
den.

Wenn einzelnen Provinzen und Kommunen verhältnißmäßige Aversional-zuschüsse zur Verzinsung und allmählichen Berichtigung ihrer resp. Provinzial- und Kommunal-Kriegsschulden, wozu im Etat Lit. f. Tit. I bereits die nöthigen Mittel mit begriffen sind, gewährt werden, so finden Wir für nöthig, bei dieser, die Verwaltung des gesammten Staats=schuldenwesens umfassenden Verordnung, schon jetzt, an jene Bewilligung die Bedingung zu knüpfen, daß Hinsichts der Dotirung des Tilgungsfonds und der Amortisation der vorerwähnten Schulden keine den Gläubigern günstigere, als die in Absicht der allgemeinen Staats=schulden im §. V. zu c. vorgeschriebenen Bestimmungen getroffen werden.

XXII.

Indem Wir so für die hinreichende Sicherstellung, regelmäßige und pünktliche Verzinsung und allmähliche Tilgung aller Staats=schulden ohne Ausnahme vollständig gesorgt haben, wollen Wir, daß das gesammte Staats=schuldenwesen unausgesetzt nach vorstehenden Bestimmungen verwaltet werde.

XXIII.

Auf die pünktliche Befolgung dieser Verordnung in ihrem ganzen Umfange werden Wir Allerhöchst=Selbst unablässlich wachen, so wie Wir denn auch alle dabei theilhaftigen Staats=behörden für die unbedingte und pünktliche Ausführung derselben hierdurch verantwortlich machen.

So geschehen und gegeben Berlin, den 17ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg.

Etat

E t a t

für
die Staats-Schulden=Verzinsung und Tilgung.

N ^o .	E i n n a h m e.	Jährlich.		
		Rthlr.	gr.	pf.
I.	An disponiblen Domainen und Forst-Revenüen: Aus den Regieruugs-Hauptkassen unmittelbar	5,868,000	—	—
II.	Aus dem Domainen=Verkaufe: Aus den Regieruugs-Hauptkassen unmittelbar	1,000,000	—	—
III.	Aus den Salz=Gefällen: Aus der General-Salzkasse in Berlin oder so viel, als bei etwaigen Ausfällen von den Ein- nahmen I. und II. weiter erforderlich seyn wird.	3,275,027	21	10
	Summa der Einnahme	10,143,027	21	10

N ^o .	A u s g a b e.	Von Kapital.			Jährlich.		
		Rthlr.	gr.	pf.	Rthlr.	gr.	pf.
I.	Zur Verzinsung der allgemeinen Staatsschulden. Laut den, der Staatsschulden=Tilgungs=Behörde zuge- fertigten Spezial-Nachweisungen: namentlich						
	a) für die Anleihen im Auslande	35,982,009	12	7	1,799,100	11	5
	b) alten Churmärkschen landschaftlichen Obliga- tionen	3,234,890	23	8	160,616	11	10
	c) für die einzelnen Passiva, auf besonderen Ver- schreibungen	598,535	17	2	24,836	9	—
	d) für die Domainen=Pfandbriefe	5,527,245	—	—	262,663	21	7
	e) = = Staats-Schuldscheine, oder: die konsoli- dirte Staatsschuld, mit Einschluß der in den Jah- ren 18 ¹⁷ / ₁₈ . nothwendig gewesenenen Mehrausgaben, und der annoch unumgänglich erforderlichen extra- ordinairen Bedürfnisse, als Zinsen- und Kapital- Rückstände, Zahlungen an auswärtige Staaten, Festungs-, Garnison=Einrichtungs-, Land- und Wasser=Strassen- und andere Bauten, Reetablis- sement der Festungs-Anwohner etc.	119,500,000	—	—	4,780,000	—	—
	f) für die noch in Liquidation und Verhandlung begrif- fenen, noch nicht vollständig anerkannten Schulden Für die provinziellen Staatsschulden im Betrage von 25,914,694 Rthl. 7 gr. steht das Erforderliche auf dem Provinzial=Passiv- und auf dem Haupt- Schatz-Kassen=Etat.	15,249,039	13	8	609,960	—	—
	Summa I. zur Verzinsung .	180,091,720	19	1	17,637,177	5	10

Jahrgang 1820.

£



No.	Ausgabe.	Von Kapital.		Jährlich.	
		Rthlr.	gr. pf.	Rthlr.	gr. pf.
II.	Zur Tilgung der allgemeinen Staatsschulden, namentlich:				
	A. der aus ihren besondern Tilgungsfonds, in der Ablösung bereits begriffenen Schulden von Tit. I. a.	33,124,866	16	896,166	16
	B. deren besondere Tilgungsfonds erst künftig disponibel, bis dahin aber dem allgemeinen Tilgungsfonds zu gute gerechnet werden, von Titel I. a. 2,857,142 Rthl. 20 gr. 7 pf.				
	C. der aus dem allgemeinen Tilgungsfonds abzulösenden Schulden:				
	a) deren Tilgungsfonds das ganze Zins-Ersparniß von den daraus getilgten Kapitalien, ohne Unterbrechung bis zur gänzlichen Kapitals-Ablegung zutritt, von Titel I. b. 3,234,890 Rthl. 23 gr. 8 pf.				
	c. 598,535 = 17 = 2 =	3,833,426	16 10		
	b) deren Tilgungsfonds das Zins-Ersparniß von den daraus abgetragenen Kapitalien, nur durch gewisse Perioden, und zwar zunächst durch die drei Jahre 1820. bis 1822., und dann immer durch 10 Jahre zuwächst,				
	von Titel I. d. 5,527,245 Rthl. — gr. — pf.				
	e. 119,500,000 — = — =				
	f. 15,249,039 = 13 = 8 =				
	140,276,284 Rthl. 13 gr. 8 pf.				
	wozu noch von B. 2,857,142 = 20 = 7 =				
	treten	143,133,427	10 3		
	Summa mit Hinzurechnung der Zinsersparnisse aus den Jahren 1818. und 1819.	146,966,854	3 11	1,589,684	—
	D. der unverzinslichen Schulden der Tresor- und Thalerscheine, und der Kassen-Billets Litt. A. c.	11,242,347	—	20,000	—
	Summa II. zur Kapitals-Tilgung . . .	191,331,067	19 1	2,505,850	16 —
Hierzu	I. zur Verzinsung			7,637,177	5 10
	Summa der Ausgabe . . .			10,143,027	21 10
	B a l a n c e.				
	Einnahme 10,143,027 Rthl. 21 gr. 10 pf.				
	Ausgabe 10,143,027 21 = 10 =				
	Berlin, den 17ten Januar 1820.				

Friedrich Wilhelm.
E. Fürst v. Hardenberg.

(No. 578.)



(No. 578.) Verordnung wegen Aufhebung des bisher unter der Benennung: Churmärtsche Landschaft, bestandenen Credit-Instituts des Staats und der Ritterschaft und Städte in den Marken. Vom 17ten Januar 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Thun kund und fügen hierdurch zu wissen:

In Folge Unserer Verordnungen vom 27sten und 28sten Oktober 1810. über die Finanzen des Staats und über die neuen Konsumtionssteuern &c., ist die darin festgesetzte Einziehung einiger der Churmärtschen Landschaft zur Verzinsung und Berichtigung, der für den Staat in ältern Zeiten aufgetragenen Kapitalien, überwiesenen Steuergefälle, gegen Gewährung der verheißenen Geldentschädigung aus Staatskassen, bereits in Ausführung gebracht worden.

Das unter der Benennung: „Churmärtsche Landschaft“, bestandene Kreditinstitut des Staats und der Ritterschaft und Städte in den Marken hat hierdurch eine ganz veränderte Gestalt erhalten, und ist neben alleiniger Erhebung der Hufen- und Viebelschoß-Gefälle gegenwärtig nur darauf beschränkt, jene vom Staate gezahlten Entschädigungsgelder zu vereinnahmen und an die verschiedenen Interessenten zu verausgaben. Die Zahlungen der Landschaft an ihre Gläubiger machen demnach schon jetzt in der Wirklichkeit einen integrierenden Theil der allgemeinen Finanzverwaltung des Staats aus, und um dieser die erforderliche Einheit zu geben, und Uns eine vollständige Uebersicht der gesammten Staatsschulden, Behufs deren richtiger Verzinsung und Tilgung, zu verschaffen, finden Wir Uns zu folgenden Bestimmungen veranlaßt:

§. 1. Das vorstehend erwähnte Kreditinstitut und somit auch die von demselben abhängigen, unter dem Namen der neuen Biergelds-, der Hufen- und Viebelschoß-, der Mahlfaxe- und der Städtekasse bekannten Kassen, werden hierdurch für immer aufgehoben.

§. 2. Dagegen übernimmt der Staat alle Verpflichtungen des besagten Instituts und seiner nunmehr aufgehobenen Kassen ohne Ausnahme; und dem zufolge werden die bisherigen Garants von allen, aus den ausgestellten landschaftlichen Schuldverschreibungen, — welche sich unter der Benennung: alte Churmärtsche landschaftliche Obligationen, noch in Zirkulation befinden — ihnen obliegenden Verbindlichkeiten in ihrem ganzen Umfange hierdurch befreiet.

§. 3. Von jetzt ab zieht der Staat alle, dem aufgehobenen Institute bisher noch zuständig gewesenen Einkünfte und die demselben gehörigen Aktiva,

es bestehen dieselben, worin sie wollen, jedoch lediglich zu dem Zwecke ein, um solche nicht bloß zur regelmässigen Verzinsung der in Folge des Sphi 2. zu übernehmenden Schulden des Instituts, sondern auch zu der bis jetzt nur mangelhaft geschehenen Amortisirung derselben zu verwenden.

§. 4. Die Verwaltung des solchergestalt vom Staate zu übernehmenden Schuldenwesens des aufgehobenen Instituts, wird von der, für das gesammte Schuldenwesen des Staats durch das heute von Uns besonders vollzogene Gesetz, angeordneten Behörde geleitet werden. An diese Behörde haben sich sämtliche Gläubiger des aufgehobenen Instituts und der von demselben abhängig gewesenenen Klassen ohne Unterschied, sowohl wegen Erhebung der Zinsen als der künftigen, in dem vorgebachten Gesetze angeordneten Realisirung ihrer sogenannten alten churmärkischen landschaftlichen Obligationen zu wenden.

§. 5. Wiewohl nach Unserm Finanzedikt vom 27sten Oktober 1810. sämtliche Staatspapiere nur mit Vier vom Hundert verzinsset werden, so soll doch die Verzinsung der in Folge dieser Verordnung vom Staate zu übernehmenden Schuld ferner wie bisher, nach dem in den ausgestellten Schuldverschreibungen stipulirten Zinsfusse, und zwar nach der bisherigen Observanz, in Kourant erfolgen. Die Tilgung der Kapitalien wird in den, in den einzelnen Dokumenten stipulirten Geldsorten, bewirkt werden.

§. 6. Die Einziehung der dem Staate zurückfallenden Hufen- und Giebelshoß-Gefälle wird durch die Provinzial-Behörden und Beamten bei den übrigen Staatsabgaben mit bewirkt werden, so lange nicht, — was bei Regulirung des Kriegs-Schuldenwesens der Chur- und Neumark und den demnächst vom Staate zu leistenden Zuschüssen vielleicht möglich werden dürfte — durch eine Vereinigung mit diesen Provinzen eine Abänderung bei Erhebung der genannten Abgaben eintritt.

§. 7. Die bei dem aufgehobenen Institute bisher ausschließlich angestellt gewesenenen Verordneten und Beamten sollen, in soweit sie nicht bei der zu §. 4. erwähnten besondern Verwaltung fortbeschäftigt werden können, nach Maaßgabe ihrer Qualifikation und bei eintretender Gelegenheit mit ihrem jetzigen Dienst Einkommen im Staatsdienste anderweit versorgt werden, und behalten dieselben bis dahin oder bis zu ihrer, nach den bestehenden allgemeinen Grundsätzen zu bewirkenden Pensionirung ihr gegenwärtiges Gehalt als Wartegeld, jedoch mit der Verpflichtung, für dieses Wartegeld interimistische Beschäftigung ohne anderweite Entschädigung zu übernehmen.

Die im Staatsdienste bereits befindlichen und nur nebenbei bei dem Institute beschäftigt gewesenenen Verordneten und Beamten werden für den Verlust ihrer diesfälligen Besoldung, vom Staate entschädigt; die Pensionairs desselben beziehen für die Dauer ihrer Lebenszeit die ihnen ausgesetzten Pensionen unverürzt aus Unsern Staatskassen.

§. 8.

§. 8. Die sofortige Auflösung dieses Instituts und die Ueberweisung der verschiedenen Gegenstände an die vorstehend benannten Behörden übertragen Wir Unserm Minister des Innern.

§. 9. Uebrigens bezieht sich die durch vorstehende Verordnung festgesetzte Aufhebung des Kreditinstituts der Churmärkischen Landschaft keinesweges auf die sonstigen ständischen Verhältnisse der Chur- und Neumark, worüber die näheren Bestimmungen alsbald erfolgen werden, wenn in Folge Unserer Verordnung vom 22ten Mai 1815. die Festsetzungen über die allgemeine Repräsentation zur Ausführung kommen werden.

So geschehen und gegeben Berlin, den 17ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg.

(No. 579.) Allerhöchste Kabinettsorder an das Staatsministerium, betreffend den Staatshaushalt und das Staatsschulden-Wesen. De dato den 17ten Januar 1820.

Es ist höchst nöthig, daß die, wegen mannichfaltiger Schwierigkeiten bis jetzt ausgefetzt gebliebene endliche Regulirung des Staatshaushalts und des Schuldenwesens nicht länger aufgehalten werde. Ich habe Mir daher nicht nur die Verhandlungen der Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts vom Jahre 1817. und die von der General-Kontrolle für die Jahre 18¹⁷/₁₈. aufgestellten Verwaltungs-Uebersichten, sondern auch die, über beide vorgenannte Gegenstände, hiernächst unter dem Vorfige des Staatskanzlers gelieferten vollständigen Arbeiten vorlegen lassen, und auf den Mir hierüber gehaltenen ausführlichen Vortrag Folgendes beschlossen:

- I. Der projektierte Haupt-Finanz-Etat des Staats über die jährlichen laufenden Einnahmen und Ausgaben, nebst sämtlichen Verhandlungen der Haushalts-Untersuchungs-Kommission vom Jahre 1817., so wie auch die neuern Arbeiten, welche über diesen Gegenstand unter dem Vorfige des Staatskanzlers gemacht worden sind, nebst den von der Steuer-Regulirungs-Kommission, in Folge der Steuergesetze vom 26ten Mai 1818. und 8ten Februar 1819. wegen einiger Abgaben-Erhöhungen entworfenen Verordnungen, sollen dem gesammten Staats-Ministerio sogleich vorgelegt, und von demselben berathen werden.

Daß Mir einzusendende Resultat werde Ich zum Zweck der weitem Prüfung und Begutachtung der diesfalligen Gesetz-Entwürfe an den Staatsrath gelangen lassen.

Reh-

Mehrere nach den bisherigen Administrations-Anschlägen erforderliche bedeutende Ausgaben habe Ich bei der Entwerfung des Projekts zum Haupt-Finanz-Etat pro 1820. bei den verschiedenen Verwaltungszweigen bereits absehen, und somit einen verminderten Bedarf von 50,863,150 Rthlr.

als Ausgabe annehmen lassen.

Dieser wird indeß durch die bisherigen Staats-Revenüen und durch die nach den Verordnungen vom 26ten Mai 1818. und 8ten Februar 1819. aufkommenden Steuern, welche auch ferner bestehen bleiben, noch nicht vollständig gedeckt, und Ich behalte Mir daher vor, nach Bedingung der bei dem Staatsministerium und dem Staatsrathe darüber statt findenden Berathungen näher zu bestimmen, unter welchen etwa-nigen Modifikationen die jetzt projektirten neuen Abgaben-Erhöhdungen eintreten sollen.

Die vorstehend von Mir als Bedarf bei der laufenden Verwaltung angenommene Summe darf unter keiner Bedingung erhöht werden. Die Chefs der einzelnen Verwaltungen sind Mir dafür persönlich und das gesammte Staats-Ministerium insbesondere um so mehr verantwortlich, als die von Mir bewilligte Summe im Ganzen zu den in den bisherigen Etats-Nachweisungen angegebenen Zwecken, ausreichen wird.

Ich bestimme hierbei, daß die Etats unter verfassungsmäßiger Einwirkung der General-Kontrolle hiernach regulirt werden, und bleiben auch die frühern, wegen Gehalts-Bewilligungen und wegen des Personals erlassenen einschränkenden Verfügungen in Kraft.

Das Staats-Ministerium muß übrigens mit der General-Kontrolle sofort zusammentreten, und ausmitteln, ob nicht und zwar vorzüglich durch Verminderung der Behörden und Beamten, oder sonst bei den Militair- und Civil-Verwaltungs-Zweigen noch andere Ersparnisse außer den von Mir bereits angenommenen Ermäßigungen gemacht werden können. Es wird dies in der Folge gewiß möglich werden, wenn dasselbe die Vorschriften Meiner Ordre vom 3ten November 1817. (Gesetz-Sammlung Nro. 442.), nach welcher sich die Departements-Chefs darauf beschränken sollen:

Grundsätze Behufs der Verwaltung aufzustellen, die Provinzial-Behörden bei deren Erfüllung im Allgemeinen zu kontrolliren, und die Administrations-Resultate zur Erhaltung der Central-Verwaltung zusammen zu stellen,

im Auge behält, und die eigentliche Administration den Provinzial-Behörden

hörden überweist. Ich werde demselben Meine Bestimmungen hierüber noch besonders eröffnen.

Ersparnisse, welche solchergestalt im Laufe der Administration ermittelt werden, so wie auch nach vorheriger Deckung der Rest-Ausgaben die Rest-Einnahmen bis Ende 1819, nebst allen etwanigen, dem Staate zugehörenden Beständen der Haupt-Kassen in baaren Geldern oder Effekten, ferner jede Mehr-Einnahme bei der laufenden Verwaltung, sollen besonders gesammelt, und von den resp. Ministerien mit noch andern von Mir, den Umständen nach, dahin zu verweisenden zufälligen Einnahmen, dem Staats-Minister Grafen von Lottum, dem Ich die Bildung eines Staats-Schatzes in seiner Funktion als Chef des Schatz-Ministerii und der General-Kontrolle hiermit übertrage, zur besondern Berechnung überliefert werden.

- II. Das Staats-Schulden-Wesen ist durch Meine heute erlassenen und mit dem von Mir vollzogenen Etat für die Verzinsung und Tilgung zur öffentlichen Bekanntmachung bestimmten Verordnungen für immer definitiv regulirt.

Damit Jedermann von dem wahren Zustande der Finanzen des Staats vollständig unterrichtet werde, und sich überzeuge, daß nicht mehr an Abgaben gefordert werde, als das dringende Bedürfniß für die innere und äußere Sicherheit, so wie zur Erfüllung der zum wahren Vortheile und zur Erhaltung des Staats eingegangenen Verpflichtungen unumgänglich nöthig macht, so soll der bereits erwähnte Haupt-Finanz-Etat, nach erfolgter Prüfung und Feststellung, ebenfalls zur öffentlichen Kenntniß kommen, und auch mit dieser Kundmachung von 3 zu 3 Jahren fortgeführt werden.

Bei dieser Gelegenheit will Ich auch folgende wichtige Gegenstände:

die Gemeinheits-Theilungs-Ordnung,

die Kommunal-Ordnung,

die Schul-Ordnung,

die Regulirung des Provinzial- und Kommunal-Krieges-Schulden-Wesens in der Churmark, Neumark, Ostpreußen und der Stadt Danzig, so wie auch endlich

die Vorschläge zu den Pensions-Grundsätzen,

welche sich noch in der Berathung, theils im Staats-Ministerio, theils im Staats-Rathe befinden,

abermals in Erinnerung bringen, und erwarten, daß Mir die Gutachten

achten darüber nummehr bald und noch während der jetzigen Sitzungen des Staatsraths vorgelegt werden.

Berlin, den 17ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
das Staats-Ministerium.

(No. 580.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 17ten Januar 1820.; die nähere Verbindung der Generalkontrolle mit dem Staatsministerium betreffend.

Da nunmehr die Verantwortlichkeit für den gesammten Staatshaushalt in Gemäßheit Meiner Verfügungen vom 11ten Januar und 21sten Oktober 1819. und der besondern Ordre von heute, an das gesammte Staats-Ministerium übergeht, so ist es auch nothwendig, daß die bisher neben demselben bestandene General-Kontrolle eine, den veränderten Verhältnissen angemessene, Stellung erhalte.

Ich habe daher beschloffen, diese Behörde mit dem Staats-Ministerio, in welchem deren Chef bereits schon Mitglied ist, in eine nähere Verbindung zu bringen, dergestalt:

daß in allen Fällen, wo die Aufstellung neuer, oder die Abänderung bereits bestehender Grundsätze und Normen für die Verwaltung, die Regulirung des Staatshaushalts im Allgemeinen oder in einzelnen Zweigen desselben, und die Bewilligung außerordentlicher Verwendungen und Zuschüsse, welche jedoch stets von Meiner besondern und ausdrücklichen Genehmigung abhängig bleibt, verfassungsmäßig im Staats-Ministerio zum Vortrage kommen, auch die General-Kontrolle, als ein wesentliches Glied des Staats-Ministerii, selbst an der Berathung Theil nehmen, und der Direktor derselben dem Vortrage über solche Gegenstände beizuwohnen soll, so daß ein Schriftwechsel zwischen den einzelnen Ministerien und den, denselben untergeordneten Behörden einerseits, und der General-Kontrolle andererseits, wegen Beurtheilung materieller Gegenstände künftig schlechthin nicht mehr statt finden darf.

Dagegen aber bleibt die General-Kontrolle als eine selbstständige Behörde, in allen Fällen in ihrer bisherigen besondern Wirksamkeit, wo es nicht auf materielle Beurtheilung, sondern nur auf das Formelle der Etats und der Kassen-, Buch- und Rechnungsführung ankommt. In dieser letztern Eigenschaft wird sie auch ferner diejenigen Zusammenstellungen

lungen besorgen, welche zur vollständigen Uebersicht des Staats-Vermögens, der Einnahmen und Ausgaben erforderlich sind, und Mir nach wie vor in den festgesetzten Terminen vorgelegt werden müssen.

Alle in dieser Beziehung entstehende Mittheilungen, Erörterungen und Anträge, erläßt die General-Kontrolle selbstständig. Streitigkeiten, welche deshalb zwischen ihr und einzelnen Verwaltungstheilen entstehen, werden an das gesammte Staats-Ministerium gebracht, und von diesem entschieden.

Sollte hiernach eine Abänderung der Instruktion für die General-Kontrolle vom 9ten März v. J. nöthig werden, so übertrage Ich dem Staats-Ministerio, dieselbe zu entwerfen, und Mir zur Vollziehung vorzulegen.

Der General-Kontrolle habe Ich diese Bestimmungen zur Nachachtung zugefertigt.

Berlin, den 17ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(No. 581.) Allerhöchste Kabinettsorder, die künftigen Verhältnisse der General-Direktion der Seehandlungsgesellschaft betreffend. Vom 17ten Januar 1820.

Die nunmehr erfolgte endliche Regulirung des gesammten Staatsschuldenwesens und dessen künftige Verwaltung erfordert, daß der Abtheilung des Seehandlungsinstituts, welche zur Zeit unter der Firma der Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft besteht, für die Zukunft eine selbstständige, dem Bedürfnisse angemessene Stellung gegeben werde.

Auf Ihren Mir dieserhalb gemachten Vortrag setze ich daher hierdurch Folgendes fest:

I. Die Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft mit ihren bereits vorhandenen oder künftig noch zu errichtenden Komtoirs bildet von jezt ab ein für sich bestehendes, von dem Ministerio des Schatzes unabhängiges Geld- und Handlungsinstitut des Staats.

II. Zum Chef — welcher zugleich die Stelle eines Königlichen Kommissarii vertritt — ernenne Ich hierdurch den Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath und Direktor Rother.

Demselben wird mit unumschränkter Vollmacht, jedoch zugleich mit persönlicher Verantwortlichkeit die spezielle Leitung der Geschäfte des Instituts übertragen.

Jahrgang 1820.

D

III.

III. Die Direktoren und das gesammte Personale des Instituts sind dem Chef zur Verwaltung der Geschäfte, untergeordnet.

IV. Den Umfang der letztern und insbesondere die Wirksamkeit des Instituts setze Ich dahin fest:

1) das Institut behält die bis jetzt geführte, im In- und Auslande bekannte Firma:

„General-Direktion der Seehandlungsgesellschaft“

unverändert bei;

- 2) dasselbe dirigirt wie bisher, so auch in der Zukunft den Ankauf des überseeischen Salzes aus England, Frankreich und Portugal und liefert das benötigte Quantum bis in die, den Küsten zunächst belegenen Magazine, wo solches der weiteren Disposition der Salzdebit-Partie übergeben wird;
- 3) Es ziehet wie bisher die Salzdebit-Überschüsse in Ost- und Westpreußen, Litthauen und Schlesien für Rechnung der beteiligten Kassen ein;
- 4) Alle im Auslande für Rechnung des Staats, dessen Kassen und Institute vorfallenden Geldgeschäfte ohne Unterschied — und selbst im Inlande die, wobei eine kaufmännische Mitwirkung nicht füglich entbehrt werden kann — sind von jetzt ab durch die Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft, auf Requisition der resp. Behörden, gegen Erstattung der üblichen Kosten, zu besorgen.

Insbefondere erteile Ich hierdurch dem Institut ein ausschließendes Recht auf die Besorgung aller derjenigen Geschäfte, welche

- a) die Bezahlung der im Auslande kontrahirten Staatsschulden an Kapital und Zinsen für Rechnung der Hauptverwaltung der Staatsschulden,
- b) die Einziehung der dem Staate aus irgend einem Fundamente im Auslande disponibel werdenden Gelder für Rechnung der beteiligten Verwaltungsbehörden, und
- c) den Ankauf der dem Staate unentbehrlichen Produkte des Auslandes, zum Gegenstande haben.

V. Für die von dem Institut übernommenen Geschäfte und die für dasselbe daraus hervorgehenden Verpflichtungen leistet der Staat vollständige Garantie. Damit indessen

VI. die Leitung des Instituts in Gemäßheit vorerwähnter Bestimmungen geschehe, wird solches unter die allgemeine Oberaufsicht des Staats gestellt und zu deren Führung ein aus drei Staatsbeamten bestehendes Kuratorium errichtet. Beständiges Mitglied in selbigem ist der jedesmalige Präsident des Staatsraths. Für jetzt aber ernenne Ich hierdurch zu Mitgliedern desselben

- 1) Sie Selbst,
- 2) Den Staatsminister und General-Lieutenant Grafen von Lottum,
- 3) Den

3) Den Direktor des statistischen Bureau's, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-rath Hoffmann.

Das Kuratorium versammelt sich halbjährlich einmal mit Zuziehung des Chefs. Dieser hält alsdann über den Zustand des Instituts und der darauf Bezug habenden Gegenstände Vortrag, und giebt im Allgemeinen Auskunft von seinen Operationen und Geschäftseinrichtungen. Die hierbei gefaßten Beschlüsse werden zur weitem Nachachtung protokollarisch niedergeschrieben. Die Revision der Jahresrechnungen geschieht durch den jedesmaligen Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer.

Ich überlasse es Ihnen, diese Meine Festsetzungen im geeigneten Wege zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und zur Ausführung derselben das weitere Erforderliche einzuleiten.

Berlin, den 17ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
den Staatskanzler Herrn Fürsten
von Hardenberg.

(No. 582.) Verordnung wegen Gleichstellung des Salz-Verkaufspreises auf den Salz-Niederlagen der Monarchie. Vom 17ten Januar 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Da ein Haupt-Zweck Unserer neuen Steuergesetzgebung in der Beförderung des freien inneren Verkehrs besteht, und mit diesem Zweck die in Unserm früheren Edikt vom 10ten Junius 1816. vorgeschriebene Verschiedenheit der Salzpreise in verschiedenen Theilen Unserer Staaten nicht länger vereinbar ist, gleichwohl die nothwendigen Ausgaben des Staats, welche durch den bedeutenden Bedarf an Zinsen für die in Folge der letzten Kriege entstandenen Schulden, so wie durch die zu deren allmählicher Tilgung erforderlichen Mittel, sehr vermehrt worden sind, nicht gestatten, den in den Provinzen Schlesien und Posen ohne Nachtheil für den Gewerbetrieb seit mehreren Jahren schon erhobenen Preis von 15 Rthlr. herabzusetzen; so verordnen Wir, nach erfordertem Gutachten Unseres Staats-Raths, wie folgt:

§. 1. Das Salz soll zum inländischen Verbrauch aus den Niederlagen der Salz-

Salinen und der Faktoreien überall zu einem und demselben Preise, und zwar die Tonne von 405 Pfund zu funfzehn Thaler Kourant verkauft werden. Bei den Magazinen und Faktoreien, wo das Salz in kleinen Gebinden und Quantitäten verkauft wird, ist der Preis nach dem Sage von 15 Rthlr. für 405 Pfund zu berechnen und zu bezahlen. Auf die außerhalb der Zoll-Linien belegenen Landestheile finden diese Preise nur insofern Anwendung, als die besonderen Verhältnisse derselben es gestatten.

§. 2. Außer dem Preise von 15 Rthlr. für die Tonne dürfen weder Emolumente für die Faktoren, noch besondere Vergütungen für Transport-Kosten, für Fässer und Emballage gezahlt werden.

Die Verabfolgung der Tonnen geschieht in den Salz-Niederlagen, in welchen die Käufer das Salz vom Stapel nehmen, und auf Verlangen der Käufer müssen die Salztonnen unentgeltlich gewogen werden.

§. 3. Ein Jeder kann den Bedarf an Salz aus derjenigen Niederlage entnehmen, welche ihm gelegen ist; es soll aber durch die Anlegung mehrerer Faktoreien in den westlichen Provinzen auch den dortigen Unterthanen der Ankauf des Salzes möglichst erleichtert werden.

§. 4. Die Kontrebande mit Salz wird nach den Vorschriften geahndet, welche der §. 111. und folgende der Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26sten Mai 1818. enthalten, und soll der Werth des eingeschmälzten Salzes nach den Verkaufspreisen in den Faktoreien berechnet werden.

So geschehen Berlin, den 17ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein

Beglaubigt:
Fries.

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 3. —

(No. 583.) Regulativ und Tarif zur Entrichtung der Schifffahrts-, Platz- und Niederlags-Gelder am Klobnitzkanal für die Kanalstrecke von Cosel bis Gleiwitz. Vom 21sten December 1819.

Nachdem durch die Verordnung vom 11ten Juni 1816. bestimmt worden: daß die für die Benutzung der Kanäle bisher bestandenen Baarendlle abgeschafft, und an deren Stelle eine einfachere Entrichtung, als Schifffahrtsgeld, angeordnet werden soll; so wird zur Ausführung dieser Bestimmung, in Betreff des eigentlichen Klobnitzkanals von Cosel bis Gleiwitz, mit Aufhebung des Tarifs vom 4ten August 1812., in sofern solcher bisher für diese Strecke geltend gewesen ist, Folgendes, und zwar vom 1sten Januar künftigen Jahres gültig, festgesetzt.

In Betreff der Wasserbenutzung:

§. 1.

Es soll ein Schleusendöfnungs-Geld bergestalt entrichtet werden, daß für die Döfnung einer jeden Schleuse, die Schifffögefäße mdgen beladen seyn oder nicht, Sechszehn gute Groschen, oder nach dem Neunziggroschen Fuß, Sechszig Groschen gezahlt werden.

§. 2.

Daher müssen, in der Regel, gleichzeitig durchschleusen:

- Fünf Rähne unter 20 Fuß Länge, oder
- Vier Rähne zwischen 20 und 25 Fuß Länge, oder
- Zwei Rähne zwischen 25 und 50 Fuß Länge, oder
- Ein Rahn über 50 Fuß Länge, oder
- Ein Rahn zwischen 25 und 50 Fuß Länge, und
- Zwei Rähne bis 25 Fuß Länge, oder
- Ein Gang Floßholz in 2 bis 4 Tafeln, bis 100 Fuß lang und 12 Fuß breit.

Jahrgang 1820.

£

§. 3.

(Ausgegeben zu Berlin den 3ten Februar 1820.)

§. 3.

Wenn die kleinen Rähne unter 20 Fuß bis 50 Fuß Länge einzeln oder in geringerer Zahl, als §. 2. festgesetzt worden, den Durchgang begehren, so ist ihnen solcher, gegen Entrichtung des vollen Schleusenaufzugs-Satzes, verstattet.

Eben dies gilt vom Floßholz in Gängen unter 100 Fuß lang und unter 12 Fuß breit.

§. 4.

Wenn in Schleusen, in welchen solches angeht, von den kleinen Rähnen unter 20 bis 50 Fuß Länge, mehrere, als die §. 2. angegebene Zahl, gleichzeitig durchschleusen, so wird von einem jeden, über diese Zahl, entrichtet:

von einem Rahn unter 20 Fuß Länge 3 gr. 2 pf.

oder nach dem 90 gr. Fuß.

Zwölf Groschen,

von einem Rahn zwischen 20 und 25 Fuß Länge 4 gr.

oder nach dem 90 gr. Fuß.

Zunfzehn Groschen,

von einem Rahn zwischen 25 und 50 Fuß Länge 8 gr.

oder nach dem 90 gr. Fuß

Dreißig Groschen.

§. 5.

Für das Kanalbefahren, ohne Schleusenberührung, wird nichts entrichtet.

In Betreff der Uferbenutzung:

§. 6.

Ein Leinpfad- oder Tröbelsieig-Geld wird nicht entrichtet.

§.

Am Platzgelder für Benutzung des am Kanal angelegten Schiffbauplazes werden bezahlt:

für ein neu erbautes Derschiff, wenn es vom Stapel gelassen worden
Sechs Thaler,

für ein dergleichen, wenn es auf dem Stapelplatz reparirt
worden

Drei Thaler,

für ein neues Kanal-Fahrzeug von 50 bis 90 Fuß Länge

Vier Thaler,

für ein dergleichen, wenn es reparirt worden

Zwei Thaler,

für

für ein neues Kanalboth von 20 bis 27 Fuß Länge . . . Zwei Thaler,
für ein dergleichen, wenn es reparirt worden . . . Einen Thaler,
für einen neuen kleinen Oderkahn von 15 bis 20 Fuß
Länge . . . Ein Drittel Thaler.

§. 8.

An Niederlag = Geld wird entrichtet:
für 20 Zentner Eifen oder 20 Scheffel Steinkohlen, welche auf einem
Niederlags-Platz höchstens sechs Monat aufbewahrt worden, nach dem
90 gr. Fuß . . . Drei Groschen,
für 20 Zentner Kaufmannsgüter nach dem 90 gr. Fuß . Sechs Groschen.
Berlin, den 21sten Dezember 1819.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. Graf v. Bülow.

(No. 534.) Gesetz wegen der den Beamten zu bewilligenden Antheile an den Strafen und
Konfiskaten bei Uebertretungen des Steuergesetzes vom 26sten Mai 1818.
De dato den 31sten Dezember 1819.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen u. u.**

haben in der Absicht, den Ertrag der durch das Gesetz vom 26sten Mai
v. J. eingeführten Zoll- und Verbrauchssteuer = Gefälle zu sichern, und
den zugleich dem inländischen Gewerbleiß zugebachten Schutz zu verstärken,
auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach eingeholtem Gutachten Un-
seres Staatsraths, beschlossen, den nachbenannten Beamten bei entdeckten
Uebertretungsfällen eine Belohnung zuzusichern, und verordnen zu dem Ende
wie folgt:

§. I.

Bei Uebertretungen des Steuergesetzes vom 26sten Mai v. J. (De-
fraudationen sowohl als Kontraventionen), sollen in den durch sie entdeckten
Fällen die Steuer- und Zoll- imgleichen die bei der Entdeckung oder Be-
schlagnahme Hülfe leistende Beamte (namentlich Polizei- und Forstbeamte,

§ 2

die

die Genéb'armerie) von den rechtskräftig festgesetzten Geldstrafen, so wie von dem Werthe der konfiszierten Waaren, zwei Drittheile erhalten.

§. 2.

Auf diesen Antheil an den Geldstrafen und Konfiskaten haben jedoch die Mitglieder der Haupt-Zollämter keinen Anspruch.

§. 3.

Das übrigbleibende Ein Drittel dieser Strafen und Konfiskate soll zu den betreffenden Regierungs-Hauptkassen eingezogen und daraus unter der Aufsicht Unsers Finanzministers ein Fonds zur Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Kinder solcher verarmten Zoll- und Steuer-Beamten gebildet werden, welche zum Bezug von Strafantheilen berechtigt gewesen.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen, und mit Unserm Königlichem Insigne bedrucken lassen.

Gegeben Berlin, den 31sten Dezember 1819.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Frieße.

(No. 585.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 5ten Januar 1820.; betreffend die Bestimmung, welche Offizierpferde zur Vorspannleistung nicht verpflichtet seyn sollen.

Ich finde es auf Ihren Bericht vom 17ten Dezember v. J. angemessen, den §. 1. des Regulativs vom 29sten Mai 1816. und dessen Bestimmung, daß Pferde, welche von Könighchen Offizianten ihres Amtes wegen nothwendig gehalten werden müssen, von der Verpflichtung zur Theilnahme an der Bestellung des Vorpanns befreit bleiben, hiermit ausdrücklich dahin zu erklären: daß diese Befreiung von der Theilnahme an der Vorspannstellung sich

- 1) auf alle Dienstpferde, welche die Offiziere der Linie halten, und auf welche ihnen Fourage-Rationen aus öffentlichen Magazinen verabreicht werden, desgleichen auf diejenigen Pferde, welche sie etwa über den Rations-Stat zum Dienst benutzen und eigenthümlich besigen;
- 2) auf alle Dienstpferde, welche die Landwehroffiziere halten, und auf welche sie nach den Landwehr-Friedensversorgungs-Stats fortlaufend Fourage-Rationen aus öffentlichen Magazinen beziehen, und

3) auf

3) auf ein Reitpferd für jeden Lieutenant der Landwehrkavallerie, wenn derselbe sich solches außer der Uebungszeit hält, erstrecken und in Anwendung gebracht werden soll.

Berlin, den 5ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
die Ministerien des Innern, des Krieges
und der Finanzen.

(No. 586.) Deklaration des §. 155. der Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26sten Mai 1818 u. u., betreffend die Provokation auf rechtliches Gehör in Defraudations-Fällen. De dato den 20sten Januar 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Zur Lösung mehrerer Zweifel, welche sich über den Sinn und die Anwendung des §. 155. der Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26sten Mai 1818., so wie des §. 93. der Ordnung zu dem Steuergesetz vom 8ten Februar 1819., ergeben haben, verordnen Wir, nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1.

Wir erklären hierdurch den §. 155. der Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26sten Mai 1818., ingleichen den §. 93. der Ordnung zu dem Steuergesetz vom 8ten Februar 1819. dahin, daß die Befugniß des Angeeschuldigten, auf förmliches rechtliches Gehör und Erkenntniß anzutragen, nicht bloß während der von den Verwaltungs-Beörden geführten Untersuchung, sondern auch in den ersten zehn Tagen nach der Eröffnung des von einer solchen Behörde abgefaßten Resoluts, Statt finden soll.

§. 2.

Die Befugniß der Verwaltungs-Beörden, in Steuersachen Strafresolute abzufassen, soll hinfort auf diejenigen Fälle eingeschränkt seyn, in welchen nach Vorschrift der Gesetze auf Geldstrafe oder Konfiskation zu erkennen ist. Dagegen soll in allen Fällen, in welchen auf Gefängniß-, Zuchthaus- oder Festungsstrafe unmittelbar nach Vorschrift der Gesetze zu erkennen ist, die Untersuchung und die Abfassung des Erkenntnisses sogleich den ordentlichen Gerichten überlassen werden.

§. 3.

§. 3.

Wenn bei der Exekution eines Resoluts der Verwaltungs-Behörden, die Zahlungsunfähigkeit des Verurtheilten erhellet, so ist in den Rheinprovinzen nach Vorschrift des Art. 165. und 197. der Kriminal-Prozeßordnung und des Art. 52. und 53. des Strafgesetzbuchs zu verfahren, in den übrigen Provinzen hingegen haben die Gerichte in diesem Fall durch ein Resolut, gegen welches kein Rechtsmittel zulässig ist, die Verwandlung in Gefängnißstrafe zc. vorzunehmen, ohne in die Beurtheilung der Sache selbst einzugehen.

§. 4.

Wenn bei wiederholten Steuervergehen neben der andern Strafe auch die Unterfagung des Gewerbes erfolgen muß; so wird diese jedesmal von derjenigen Behörde ausgesprochen, welcher nach dem §. 2. des gegenwärtigen Gesetzes die Festsetzung der andern Strafe zusieht.

So geschehen Berlin, den 20sten Januar 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:
Frieße.

(No. 587.) Deklaration der Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung, wegen Berichtigung der während des Konkurses laufenden Hypothekenzinsen aus der Immobiliarmasse. Vom 20sten Januar 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen zc. zc.

Da bei den Gerichten Zweifel darüber Statt finden, wie die Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Tit. 50. §. 152. und 477^b. mit den §§. 503. 512. und 513. wegen Berichtigung der laufenden Hypothekenzinsen im Falle eines Konkurses, zu vereinigen seyen und daraus auch schon eine abweichende Praxis sich gebildet hat, welche eine authentische Deklaration nöthig macht; so wollen Wir diese, nach eingeholtem Gutachten Unseres Staatsraths, dahin hiermit ertheilen:

I. Der

I.

Der §. 152. Theil I. Titel 50. der Allgemeinen Gerichtsordnung, wonach die eingetragenen Gläubiger die fortlaufenden Zinsen im Konkurse nach der Ordnung der Kapitalien erhalten, so weit als die Einkünfte der Güter, nach Abzug aller fortlaufenden Lasten und Abgaben, dazu hinreichend sind, hat nur diejenige Zinszahlung im Sinne, welche aus der Vertheilung der Revenüen während des Konkurses geschieht, und erhält über den dabei entstehenden Ausfall seine weitere Ergänzung durch die §§. 503., 512. und 513.

II.

Nach diesen §§. (503., 512. und 513.) kann bei Vertheilung der Immobilienmasse unter mehreren eingetragenen Gläubigern kein späterer auf seine Kapitalforderung und Zinsen etwas erhalten, wenn nicht zuvor der ihm vorgehende Gläubiger, außer dessen Kapital und dem privilegierten zweijährigen Zinsrückstände auch für dasjenige befriedigt ist, was derselbe an laufenden Zinsen während des Konkurses, die aus den laufenden Einkünften nicht haben berichtigt werden können, etwa noch zu fordern hat.

III.

Von dem Ausfall, den ein eingetragener Gläubiger bei dieser Vertheilung der Immobilienmasse leidet, soll derjenige Antheil, welcher das Kapital und die privilegierten zweijährigen Zinsen trifft, nach §. 452. bei der gemeinen Masse in der sechsten Klasse, was dagegen auf die, wegen Unzulänglichkeit der Revenüen, während des Konkurses nicht empfangene laufende Zinsen zu rechnen ist, nach §. 477^b. post omnes locirt werden.

Gegeben Berlin, den 20sten Januar 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Friese.

(No. 588.) Verordnung, die Vertheilung zum Auswandern betreffend. Vom 20sten Januar 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

Nachdem Uns angezeigt worden, daß in einigen Theilen Unserer Staaten gewisse Individuen sich damit abgeben, Unsere getreue Unterthanen zum Auswan-

wandern zu verleiten, diese sträfliche Handlung aber durch kein ausdrückliches Gesetz vorgesehen ist; so finden Wir Uns mit Rücksicht auf das Allgemeine Landrecht Theil 2. Tit. 20. §. 133., 143 und 148., nach eingefordertem Gutachten Unseres Staatsraths, Folgendes zu verordnen veranlaßt:

Wer es sich zum Geschäft macht, Unterthanen zum Auswandern zu verleiten, soll mit einer Gefängnißstrafe von einem Monat bis zwei Jahre belegt werden.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung Allerhöchsteigehändig vollzogen und mit Unserm Königlichem Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen Berlin, den 20ten Januar 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Fries.

(No. 589.) Allerhöchste Cabinetsorder vom 27ten Januar 1820.; betreffend die Ernennung des Geheimen Ober-Regierungs-Raths v. Schüke zum Mitgliede bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden an die Stelle des Landraths v. Pannwitz.

Der Landrath v. Pannwitz hat Mir vorgestellt, daß der gegenwärtige Umfang seiner landrathlichen Geschäfte und die dabei erforderlichen öftern Reisen, die Verbindung mit den ihm als Mitglied der Hauptverwaltung der Staatsschulden obliegenden Geschäften nicht zulasse, er sich auch bereits in einem Alter befinde, in welchem er zweifelhaft ist, ob er sich zu den ihm in letzterer Beziehung obliegenden Verrichtungen in der erforderlichen Art bilden werde, und aus diesen Gründen darauf angetragen, ihn von der Mitgliedschaft bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu entbinden. Ich habe unter diesen Umständen seinem Antrage nachgegeben, und dagegen, da die Nichtannahme der Stelle von Seiten des ic. v. Pannwitz nicht als ein, in dem §. IX. der Verordnung vom 17ten d. M. vorausgesetzter Abgang eines Mitgliedes anzusehen ist, in seine Stelle den Geheimen Ober-Regierungs-Rath v. Schüke, mittelst Order vom heutigen Tage, ernannt. Ich überlasse es Ihnen, den Inhalt dieser Meiner Order zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 27ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staatskanzler Herrn Fürsten v. Hardenberg.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 4. —

(No. 599.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 27ten Januar 1820. wegen der Vereidung des Präsidenten und der Mitglieder der Staatsschulden = Haupt = Verwaltung.

Nach dem §. XV. Meiner Verordnung vom 17ten d. M., wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staats = Schulden = Wesens, sollen der Präsident und die Mitglieder der eingesetzten Haupt = Verwaltung der Staats = Schulden, wegen der zu übernehmenden Verpflichtungen, und daß sie bei ihrer Verwaltung nach keinen anderen, als den in dem allegirten Gesetze ausgesprochenen Grundsätzen verfahren wollen, durch Sie in Gegenwart einer Deputation des hiesigen Magistrates, der hiesigen Börsen = Vorsleher und der Ältesten der Kaufmannschaft, auf dem Kammergerichte besonders vereidigt werden. In Folge dessen übersende Ich Ihnen die von Mir genehmigte Eidesformel mit dem Auftrage, danach die Vereidung des Präsidenten und der Mitglieder besagter Staats = Schulden = Verwaltungs = Behörde in einem so bald als möglich auf dem Kammergerichte anzuberaumenden Termine, unter Zuziehung der gedachten verschiedenen Deputationen, zu bewirken, und die darüber aufzunehmende Verhandlung, mit dieser Meiner Ordre, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 27ten Januar 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
den Staats = und Justiz = Minister
von Kirchhefen.

Jahegang 1820.

F

Ver =

(Ausgegeben zu Berlin den 15ten Februar 1820.)

Vereidungs-Protokoll.

Actum Berli den 29sten Januar 1820., im Königl. Kammer-Gerichte.

Nachdem des Königs Majestät mittelst der Allerhöchsten Verordnung vom 17ten Januar 1820. S. XV. dem Justiz-Minister anzubefehlen geruhet, den Herren Präsidenten und die Mitglieder der Hauptverwaltung der Staats-Schulden auf dem Kammergerichte in Gegenwart einer Deputation des hiesigen Magistrates, der hiesigen Börsenvorsteher und der Ältesten der Kaufmannschaft zu vereidigen: so hat sich der Justizminister, in Begleitung des Geheimen Ober-Justizraths Müller, auf das Kammergericht begeben, und daselbst die Herren Präsidenten und Rätthe anwesend gefunden. Von Seiten des Magistrats der hiesigen Königl. Residenzen erschienen als Deputirte: die Herren Ober-Bürgermeister Büsching, Stadtrath Barthelemy und Syndikus Rehfeldt; ferner die hiesigen Börsenvorsteher Herren Gärtner und Schulze und die Ältesten der hiesigen Kaufmannschaft, Herren Jordan, Palmié, Sasse, Gabe, Beyrich, Schaner, Grasnick, Hungar, Alberti, Gabain, Köhler. Es ist hierauf die Vereidung des Wirklichen Herrn Geheimen Ober-Finanzrathes Rother als Präsidenten, des Herrn Geheimen Ober-Finanzrathes Domdechanten von der Schulenburg, des Herrn Geheimen Ober-Regierungsrathes von Schüge, des Herrn Stadtgerichts-Direktors Beelitz und des Herrn Banquiers Schickler, als Mitglieder, nach folgendem wörtlich nachgesprochenen Formulare des Dienstleides erfolgt:

Ich — — schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden einen leiblichen Eid, daß, nachdem ich zum (Präsidenten) Mitgliede der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden bestellt worden, Sr. Königlichen Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich treu und gehorsam seyn, alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten gewissenhaft und genau erfüllen, überhaupt aber mich bei Verwaltung dieses Amtes nach den Vorschriften der Verordnung vom 17ten Januar 1820. wegen künftiger Behandlung des Staats-Schulden-Wesens richten und dieselbe überall befolgen will. Insbesondere schwöre ich, weder einen Staats-Schuldschein noch irgend ein anderes Staatsschulden-Dokument, hinaus über den Betrag desjenigen Staatsschulden-Etats, welcher in der Gesetz-Sammlung der oben erwähnten Verordnung beigefügt ist, auszustellen oder durch Andere ausstellen zu lassen, in sofern solches nicht auf dem Art. II. der Verordnung vorgeschriebenen Wege in Zukunft festgesetzt wird. Ferner gelobe ich, mit allem Fleiße und allem

allem Nachdruck darauf zu halten, und dafür zu sorgen, daß die in diesem Etat verzeichneten Staatsschulden prompt und regelmäßig verzinst, das Kapital aber in der vorgeschriebenen Art amortisirt werde. Endlich schwöre ich, daß ich mich von Erfüllung dieser Pflichten durch keine Befehle oder Anweisung irgend einer, selbst nicht der höchsten Staatsbehörde, sie sey verwaltend oder kontrollirend, noch persönlich von irgend einem Staatsbeamten, auch nicht durch Vortheil oder Furcht, durch Nebenabsichten oder Leidenschaft abhalten lassen, sondern nach meinen besten Kräften die bereits angeführte Verordnung vom 17ten Januar 1820. aufrecht erhalten will; so wahr mir Gott helfe durch Jesum Christum zur ewigen Seligkeit, Amen.

Diese Verhandlung ist nach geschener Vorlesung von sämmtlichen Anwesenden unterschrieben worden.

Christian Rother.

Friedrich Wilhelm Ferdinand von der Schulenburg.

Friedrich Wilhelm von Schöke. Karl Ludwig Deelig.

David Schidler.

Büsching. Keffeldt. Barthelemy.

Deputirte des Magistrats hiesiger Residenzen.

R. W. Schulze. L. Gärtner.

Börse-Vorsteher.

Jordan. Gabain. V. D. Saße. Beyrich. A. F. Palmié.

S. Ch. Grassnick. Köhler. F. Gaede. Alberti. Schaner. Hungar.

Älteste der hiesigen Kaufmannschaft.

von Kircheisen. Müller.

(No. 591.) Uebereinkunft zwischen der Königl. Preussischen und der Königl. Sächsischen Regierung, wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen. Vom 5ten Februar 1820.

Zwischen der Königl. Preussischen Regierung einer Seits und der Königl. Sächsischen Regierung anderer Seits, ist nachstehende Uebereinkunft wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen, verabredet und abgeschlossen worden.

§. 1.

Es soll in Zukunft kein Vagabunde oder Verbrecher in das Gebiet des andern der beiden hohen kontrahirenden Theile, ausgewiesen werden, wenn derselbe nicht entweder ein Angehöriger desjenigen Staates ist, welchem er zugewiesen wird, und in demselben sein Heimwesen zu suchen hat, oder doch durch das Gebiet desselben als ein Angehöriger eines in grader Richtung rückwärts liegenden Staats, nothwendig seinen Weg nehmen muß.

§. 2.

Als Staats-Angehörige, deren Uebernahme gegenseitig nicht versagt werden darf, sind anzusehen:

- a) alle diejenigen, deren Vater, oder, wenn sie außer der Ehe erzeugt wurden, deren Mutter zur Zeit ihrer Geburt in der Eigenschaft eines Unterthans mit dem Staate in Verbindung gestanden hat, oder, welche ausdrücklich zu Unterthanen aufgenommen worden sind, ohne nachher wieder aus dem Unterthansverbande entlassen worden zu seyn, oder ein anderweitiges Heimathrecht erworben zu haben;
- b) diejenigen, welche von heimathlosen Eltern zufällig innerhalb des Staatsgebietes geboren sind, so lange sie nicht in einem andern Staate das Unterthanenrecht, nach dessen Verfassung, erworben, oder sich daselbst mit Anlegung einer Wirthschaft verheirathet, oder darin, unter Zulassung der Obrigkeit, zehn Jahre lang gewohnt haben;
- c) diejenigen, welche zwar weder in dem Staatsgebiete geboren sind, noch das Unterthanenrecht nach dessen Verfassung erworben haben, hingegen nach Aufgebung ihrer vorherigen Staatsbürgerlichen Verhältnisse, oder überhaupt als heimathlos, dadurch in nähere Verbindung mit dem Staate getreten sind, daß sie sich daselbst unter Anlegung einer Wirthschaft verheirathet haben, oder, daß ihnen während eines Zeitraums von zehn Jahren stillschweigend gestattet worden ist, darin ihren Wohnsitz zu haben.

§. 3.

§. 3.

Wenn ein Landstreicher ergriffen wird, welcher in dem einen Staate zufällig geboren ist, in einem andern aber das Unterthanenrecht ausdrücklich erworben, oder mit Anlegung einer Wirthschaft sich verheirathet, oder durch zehnjährigen Aufenthalt sich einheimisch gemacht hat, so ist der letztere Staat, vorzugsweise, ihn aufzunehmen verbunden. Trifft das ausdrücklich erworbene Unterthanenrecht in dem einen Staate, mit der Verheirathung oder zehnjährigen Wohnung in einem andern Staate zusammen; so ist das erstere Verhältniß entscheidend. Ist ein Heimathloser in dem einen Staate in die Ehe getreten, in einem andern aber nach seiner Verheirathung, während des bestimmten Zeitraumes von zehn Jahren gebildet worden; so muß er in dem letztern beibehalten werden.

§. 4.

Sind bei einem Vagabunden oder auszuweisenden Verbrecher keine der in den vorstehenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen anwendbar, so muß derjenige Staat, in welchem er sich befindet, ihn vorläufig beibehalten.

§. 5.

Verheirathete Personen weiblichen Geschlechts sind demjenigen Staate zuzuweisen, welchem ihr Ehemann, vermöge eines der angeführten Verhältnisse, zugehört. Wittwen sind nach eben denselben Grundsätzen zu behandeln, es wäre denn, daß während ihres Wittwenstandes eine Veränderung eingetreten sey, durch welche sie nach den Grundsätzen der gegenwärtigen Uebersicht einem andern Staate zufallen.

Auch soll Wittwen, imgleichen den Geschiedenen, oder von ihren Ehemännern verlassenen Eheweibern die Rückkehr in ihren auswärtigen Geburts- oder vorherigen Aufenthalts-Ort dann vorbehalten bleiben, wenn die Ehe innerhalb der ersten fünf Jahre nach deren Schließung wieder getrennt worden und kinderlos geblieben ist.

§. 6.

Befinden sich unter einer heimathlosen Familie Kinder unter vierzehn Jahren, oder welche sonst wegen des Unterhalts, den sie von den Eltern genießen, von denselben nicht getrennt werden können, so sind solche, ohne Rücksicht auf ihren zufälligen Geburtsort, in denjenigen Staat zu verweisen, welchem, bei ehelichen Kindern der Vater, oder bei unehelichen die Mutter zugehört. Wenn aber die Mutter unehelicher Kinder nicht mehr am Leben ist, und letztere bei ihrem Vater befindlich sind, so werden sie von dem Staate mit übernommen, welchem der Vater zugehört.

§. 7.

§. 7.

Hat ein Staatsangehöriger durch irgend eine Handlung sich seines Bürgerrechts verlustig gemacht, ohne einem andern Staate zugehörig geworden zu seyn, so kann der erstere Staat der Beibehaltung oder Wiederannahme desselben sich nicht entziehen.

§. 8.

Handlungsbdiener, Handwerksgesellen und Diensthboten, so wie Schäfer und Dorfschirten, welche, ohne eine selbstständige Wirthschaft zu haben, in Diensten stehen, imgleichen Zöglinge und Studirende, welche der Erziehung oder des Unterrichts wegen irgendwo verweilen, erwerben durch diesen Aufenthalt, wenn derselbe auch länger als zehn Jahre dauern sollte, kein Wohnsitzrecht.

Zeitpächter sind den hier oben benannten Individuen nur dann gleich zu achten, wenn sie nicht für ihre Person oder mit ihrem Hausstande und Vermögen sich an den Ort der Pachtung hinbegeben haben.

§. 9.

Denjenigen, welche als Landstreicher oder aus irgend einem andern Grunde ausgewiesen werden, hingegen in dem benachbarten Staate nach den, in der gegenwärtigen Uebereinkunft, festgestellten Grundsätzen, kein Heimweseu anzusprechen haben, ist letzterer den Eintritt in sein Gebiet zu gestatten, nicht schuldig; es würde denn urkundlich zur völligen Ueberzeugung dargehan werden können, daß das zu übernehmende Individuum einem in gerader Richtung rückwärts liegenden Staate zugehöre, welchem dasselbe nicht wohl anders als durch das Gebiet des erstern zugeführt werden kann.

§. 10.

Sämmtlichen betreffenden Behörden wird es zur strengen Pflicht gemacht, die Absendung der Vagabunden in das Gebiet des andern der hohen kontrahirenden Theile nicht bloß auf die eigene unzuverlässige Angabe derselben zu veranlassen, sondern, wenn das Verhältniß, wodurch der andere Staat zur Uebernahme eines Vagabunden konventionsmäßig verpflichtet wird, nicht aus einem unverdächtigen Passe, oder aus andern völlig glaubhaften Urkunden hervorgeht, oder, wenn die Angabe des Vagabunden nicht durch besondere Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unzweifelhaft gemacht wird, zuvor die Wahrheit sorgfältig zu ermitteln, und nöthigenfalls bei der, vermeintlich zur Aufnahme des Vagabunden verpflichteten Behörde Erkundigung einzuziehen.

§. 11.

Sollte der Fall eintreten, daß ein von dem einen der hohen kontrahirenden Theile dem andern Theile zum weitem Transporte in einen rückwärts liegenden Staat, zufolge der Bestimmung des §. 9. zugeführter Vaga-

gabunde von dem letztern nicht angenommen würde, so kann derselbe wieder in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zur vorläufigen Beibehaltung zurückgebracht werden.

§. 12.

Es bleibt den beiderseitigen Provinzial-Regierungs-Behörden überlassen, unter einander die näheren Verabredungen wegen der zu bestimmenden Richtung der Transporte, so wie wegen der Uebernahmorte, zu treffen.

§. 13.

Die Ueberweisung der Bagabunden geschieht in der Regel mittelst Transport und Abgabe derselben an die Polizeibehörde desjenigen Ortes, wo der Transport als von Seiten des ausweisenden Staats beendet anzusehen ist. Mit den Bagabunden werden zugleich die Beweisstücke, worauf der Transport konventionsmäßig gegründet wird, übergeben. In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu befürchten ist, können einzelne Bagabunden auch mittelst eines Kaufpasses, in welchem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland gewiesen werden.

Es sollen auch nie mehr als drei Personen zugleich auf den Transport gegeben werden, es wäre denn, daß sie zu einer und derselben Familie gehören, und in dieser Hinsicht nicht wohl getrennt werden können.

Größere, sogenannte Bagantenschube, sollen künftig nicht statt finden.

§. 14.

Da die Ausweisung der Bagabunden nicht auf Requisition des zur Annahme verpflichteten Staats geschieht, und dadurch zunächst nur der eigene Vortheil des ausweisenden Staates bezweckt wird, so können für den Transport und die Verpflegung der Bagabunden keine Anforderungen an den übernehmenden Staat gemacht werden.

Wird ein Auszuweisender, welcher einem rückwärtsliegenden Staate zugeführt werden soll, von diesem nicht angenommen, und deshalb nach §. 11. in denjenigen Staat, welcher ihn ausgewiesen hatte, zurückgebracht; so muß letzterer auch die Kosten des Transports und der Verpflegung erstatten, welche bei der Zurückführung aufgelaufen sind.

§. 15.

Vorstehende zweimal gleichlautend ausgefertigte Uebereinkunft soll in den Staaten der beiden kontrahirenden Theile zur genauesten Befolgung öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen zu Berlin, den 5ten Februar 1820.

(L. S.)

E. Fürst von Hardenberg.

(No. 592.) Bekanntmachung vom 7ten Februar 1820. wegen des Konfiskationstermins für diejenigen Papiere, wofür die Vermögens-Steuer noch nicht entrichtet ist.

Vermöge der mir von Sr. Majestät dem Könige in Absicht der Ausführung des Edikts vom 24sten Mai 1812. wegen Erhebung der angeordneten Vermögens-Steuer ertheilten Befugniß, und mit Bezug auf die von mir unterm 13ten Juli desselben Jahres erlassenen und zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Deklarationen, setze ich hierdurch fest:

- 1) daß die bisher aus Gründen der Billigkeit gestattete nachträgliche Besteuerung der auf jeden Inhaber lautenden, oder andern im öffentlichen Verkehr befindlichen Papiere und die Stempelung derselben nach Ablauf von drei Monaten, von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, gänzlich aufhören, und nach Ablauf dieser Frist die Bestimmung in der Deklaration vom 13ten Juli 1812. §. 7. ad b., ohne alle Ausnahme zur Anwendung kommen muß;
- 2) daß im Falle der Konfiskation das betreffende Papier durch einen vereideten Makler nach dem Course verkauft, aus dem Erlöse zuvörderst der Kostenbetrag entnommen, und von dem Residuo die Hälfte als Strafe eingezogen, die andere Hälfte aber dem Eigenthümer herausgezahlt werden wird; und
- 3) daß das Konfiskations-Verfahren selbst zwar der kompetenten Provinzial-Regierung jedoch nach Maaßgabe der im §. 45. der Verordnung vom 26sten Dezember 1808. enthaltenen Vorschriften (Vide die Weilage zur Regierungs-Instruktion vom 23sten Oktober 1817.) zusteht.

Berlin, den 7ten Februar 1820.

Der Staats-Kanzler
C. Fürst v. Hardenberg.

Gesetz-Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 5. —

(No. 593.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 15ten November 1819., daß auf die, nach dem Tode eines Beamten geschehenen allgemeinen Gnadenbewilligungen, die Gläubiger keine Ansprüche haben sollen.

Auf den Bericht des Staatsministerii vom 3ten d. M. setze Ich zur Deklaration Meiner Order vom 27ten April 1816. hierdurch fest: daß nur dasjenige, was die Hinterbliebenen eines Beamten, der bemerkten Order gemäß, an Befoldung außer dem Sterbe-Quartal erhalten, für dieselben Gnadenbewilligung ist, — daß auf Letztere kein Gläubiger des Verstorbenen Anspruch hat, — daß solche der Regel nach nur der Wittwe, den Kindern und Enkeln, ohne Rücksicht, ob sie dessen Erben sind oder nicht, zufließt; daß aber den Ministern, als Departements-Chefs, freigelassen ist, im Falle der Erblasser der Ernährer armer Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder gewesen ist, ausnahmsweise denselben das Gnadengehalt anzudeuten und die Minister jedenfalls befugt seyn sollen, die Vertheilung desselben unter die Hinterbliebenen zu reguliren und dessen Verwendung zu bestimmen. Zugleich genehmige Ich, daß diese Bestimmungen wegen des Gnadengehalts, auch auf den Gnadenmonat, welcher den Hinterbliebenen der Pensionairs außer dem Sterbemonat bewilligt ist, angewendet werden.

Berlin, den 15ten November 1819.

Friedrich Wilhelm.

An
das Staatsministerium.

Jahrgang 1820.

ⓐ

(No. 594.)

(Ausgegeben zu Berlin den 11ten April 1820.)

(No. 594.) Statut für die Kaufmannschaft zu Berlin. Vom 2ten März 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Da die Verfassung der hiesigen Kaufmannschaft und vereinigten Börsen-Korporation weder der bestehenden Gesetzgebung, noch den Bedürfnissen des hiesigen Handelsstandes angemessen befunden, und Uns von dessen Vorstehern selbst der Wunsch wiederholt vorgetragen ist, an die Stelle der bisherigen Verfassung eine neue zu setzen, auch im §. 31. der Verordnung über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7ten September 1811. vorbehalten worden, in besonderen Fällen die Gewerbetreibenden gewisser Art von Landespolizeiwegen zu einem gemeinnützigen Zwecke in eine Korporation zu vereinigen; so haben Wir den anderweiten Entwurf eines Statuts für die hiesige Kaufmannschaft, der Uns von derselben und der Börsen-Korporation eingereicht worden, sorgfältig prüfen lassen, und solchen in nachstehender Art genehmigt:

I. Abschnitt.

Von der Einrichtung der Korporation der Kaufmannschaft.

§. 1. Die hier bisher bestandenen beiden Kaufmannsgilden der Tuch- und Seidenhandlung und der Materialhandlung, imgleichen die hiesige vereinigte Börsen-Korporation werden hiermit aufgehoben.

§. 2. Dagegen bildet sich aus allen Kaufleuten und Handeltreibenden zu Berlin und in dessen Polizeibezirk, welche die durch das Landrecht Theil 2. Tit. 8. näher bestimmten kaufmännischen Rechte, namentlich in Bezug auf Glaubwürdigkeit der Bücher, auf Wechselfähigkeit, auf Geschäftsfähigkeit der Handelsgehülfen, auf Zinsen und Provision u. s. w. jetzt behalten und für die Zukunft erlangen wollen, eine Gesellschaft unter der Benennung: Korporation der Berliner Kaufmannschaft."

Handeltreibende jeder Art hingegen, welche den Besitz und Gebrauch der erwähnten kaufmännischen Rechte nicht zu bedürfen vermeinen, sind nicht verpflichtet, der Korporation beizutreten, sondern erlangen die Befugniß zum Betriebe ihres Handels schon durch die Lösung des Gewerbescheins, indem durch die gegenwärtige Anordnung in der bestehenden Gewerbefreiheit nichts abgeändert werden soll.

Uebrigens wird durch die Vereinigung der bisher für sich bestandenen kaufmännischen Gilden und Zünfte weder in den Rechten und Verbindlichkeiten derselben zu dritten Personen, noch in dem Rechtsverhältnisse der letzteren

ren zu jenen ehemaligen Gilden und Innungen, insofern nämlich frühere Handlungen dabei zu Grunde liegen, das Geringste verändert.

§. 3. Der Besitz der gesetzlichen kaufmännischen Rechte kann fortan nur durch die Aufnahme in die Korporation erlangt werden, und ist von derselben dergestalt unzertrennlich, daß jeder der letztern beitreten muß, welcher in dem Falle des §. 2. sich befindet. Die gesetzlich feststehende Verpflichtung der Handeltreibenden, einen Gewerbeschein zu lösen, wird hierdurch nicht verändert, sondern bleibt in ihrer Allgemeinheit stehen.

Die solchergestalt mit einem Gewerbeschein versehenen Handeltreibenden erlangen nach der Publikation dieser Verordnung nicht durch den Gewerbeschein, sondern durch die Aufnahme in die Korporation, die im §. 2. angeführten kaufmännischen Rechte.

§. 4. Allen Personen beiderlei Geschlechts, welche Handelsgeschäfte, von welcher Art sie auch seyn mögen, wirklich betreiben oder betreiben wollen, und entweder schon bestehende Handlungen übernehmen oder fortführen, oder ganz neu etabliren, steht die Aufnahme in die Korporation der Kaufmannschaft offen, und sie können dieselbe verlangen, insofern sie

- a) großjährig und völlig verfassungsfähig sind;
- b) das Bürgerrecht von Berlin oder Charlottenburg erlangt haben, und
- c) den Ruf der vollkommensten Unbescholtenheit besitzen.

§. 5. Die Mitgliedschaft ist rein persönlich. Es müssen daher auch Wittwen von Mitgliedern der Korporation, welche die Handelsgeschäfte ihrer verstorbenen Ehemänner fortsetzen wollen, so wie alle andere Personen, denen bereits bestehende Handlungen durch Erbschaft oder aus irgend einem anderen Fundament zufallen, und Selbstdisponenten, welche den Handlungshäusern verstorbenen Mitglieder, die für Rechnung minderjähriger oder anderer Erben verwaltet werden, vorstehen, Mitglieder der Korporation werden, und die geordneten Eintrittsgelder entrichten, insofern von ihnen kaufmännische Rechte ausgeübt werden sollen.

Wo nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Aeltesten, deren in diesem Statute gedacht werden wird, die Entrichtung der Eintrittsgelder einzelnen Wittwen zu schwer fallen möchte, sollen die Aeltesten zu ihrer Erlassung befugt seyn.

§. 6. Der Austritt aus der Korporation darf in der Regel nur am Ende eines jeden Jahres, für welches die Mitgliedschaft erlangt oder fortgesetzt ist, erfolgen. Ausnahmen hiervon finden nur dann Statt, wenn einzelne Individuen sich ganz von dem Betriebe aller Handelsgeschäfte lossagen wollen. In diesem Falle ist der Austritt auch im Laufe eines Jahres zulässig; in Bezug auf die Verbindlichkeit, die Korporationslasten für dasselbe mitzutragen, oder zur Tilgung der etwaigen Schulden durch die Zahlung verhältnißmäßiger

G 2 ger

ger Beiträge mitzuwirken, bleibt es jedoch bei den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

§. 7. Die Gesuche um die Aufnahme in die Korporation müssen schriftlich an die Ältesten derselben gerichtet werden.

II. Abschnitt.

Von den gemeinsamen Angelegenheiten der Korporation der Kaufmannschaft.

§. 8. Die gemeinsamen Angelegenheiten der Korporation der Kaufmannschaft betreffen das Interesse des hiesigen Handels in allen seinen Zweigen, die öffentlichen Anstalten und Einrichtungen, welche zum Betriebe desselben dienen, insoweit ihr das Eigenthum oder die Verwaltung derselben zukommt, oder von Staatswegen beigelegt wird, das besondere Vermögen und die Rechte, welche ihr als Korporation aus Grundstücken, Kapitalien, Mobilien und Stiftungen zukommen, und die Verhältnisse der Mitglieder zu der Korporation als einem Ganzen.

§. 9. Namentlich gehört hierher das hiesige Börsenhaus, welches die Korporation mit allen darauf haftenden Lasten übernimmt.

§. 10. Die Korporation wählt und präsentiert zur Bestätigung diejenigen öffentlich zum Besten des Berliner Handels angestellten Personen, deren Wahl nach §. 112. und 115. des Gewerbe-Polizei-Edikts vom 7ten September 1811. den Kaufmannschaften beigelegt worden ist, oder noch eingeräumt werden möchte. Die bei den Ministerien des Handels, des Schatzes und der Finanzen, so wie bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden angestellten oder künftig anzustellenden Agenten haben als solche, und ohne daß es in Ansehung ihrer der Wahl von Seiten der Korporation und deren Bestätigung durch die kompetente Behörde bedarf, das Recht, Wechsel- und Fondsgeschäfte auch für Privatpersonen, gleich den übrigen vereideten Maklern, und mit derselben rechtlichen Wirkung an der hiesigen Börse zu vermitteln, wobei sich von selbst versteht, daß sie in dieser Beziehung gleich den übrigen Maklern der Disziplin der Ältesten unterworfen sind.

III. Abschnitt.

Von der Verwaltung der Angelegenheiten der Kaufmannschaft.

§. 11. Die Kaufmannschaft kann die Verwaltung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten, welche derselben nach diesem Statute oder als einer Korporation nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zukommen, nicht unmittelbar selbst besorgen. Diese und die freie Verfügung über die Gegenstände des gemeinsamen Vermögens der Korporation wird daher einer aus ihrer Mitte zu erwählenden Behörde, die den Namen: „Älteste der Kaufmannschaft von Ber=

Berlin“ führen soll, mit derselben Gewalt übertragen, welche der der Kaufmannschaft als Korporation selbst zusteht.

§. 12. Diese Behörde beschließt nach der Stimmenmehrheit über alle diese gemeinsamen Angelegenheiten der Kaufmannschaft allein ohne Rücksprache mit derselben und ohne deren Genehmigung, vollgültig und verbindend für alle Mitglieder.

§. 13. Sie ist zur Vollziehung aller der Angelegenheiten und Geschäfte der Kaufmannschaft, zu welchen nach dem Allg. Landrecht Th. 1. Tit. 13. §. 99. bis 109. eine Spezial-Vollmacht erfordert wird, Kraft dieses Statuts und zufolge ihrer Anstellung befugt.

§. 14. Sie kann auch Beiträge von den Korporationsgliedern zu notwendigen und nützlichen Zwecken der Kaufmannschaft, als solcher, unter Beachtung der im §. 51. ihr vorgeschriebenen Vertheilungs-Grundsätze, erheben, jedoch bleibt demjenigen, der sich prägrawirt glaubt, der Refkurs vorbehalten.

§. 15. Die Aeltesten sind schuldig, der Kaufmannschaft von ihrer Verwaltung jährlich Rechenschaft abzulegen.

§. 16. Außerdem sind sie für ihre Beschlüsse nur der Obrigkeit und ihrem Gewissen verantwortlich.

IV. A b s c h n i t t.

Von der Bestellung der Aeltesten der Kaufmannschaft.

§. 17. Die Verwaltungsbehörde der Korporation besteht aus 21 männlichen Mitgliedern, welche aus der Korporation auf drei Jahre gewählt werden. Jährlich scheidet ein Drittel derselben aus, welches so weit durch das Loos bestimmt wird, als die dreijährige Dauer des Auftrages noch nicht verfloßen ist. Die Aus tretenden sind wieder wählbar. Die Ausscheidenden und die, welche durch den Tod oder andere Ereignisse abgehen, werden jährlich durch eine neue Wahl ersetzt, welche am Jahrestage der ersten Wahlversammlung statt finden soll.

§. 18. Die Wahl wird durch sämtliche männliche Mitglieder der Korporation im Börsen-Lokale vollzogen.

Die Berufung zur ersten Wahl geschieht durch die jetzigen Gilde-Aeltesten, mit Zuziehung der Börsenvorsteher, zu den folgenden durch die Aeltesten der Korporation. Abwesende können ihre Stimmen weder einsenden, noch die Ausübung des Stimmrechts auf andere übertragen, sondern sie sind dem Beschlusse der Mehrheit unterworfen.

§. 19. Wahlfähig ist jedes männliche aktive Mitglied der Korporation, ohne Beschränkung auf einen besonderen Handelszweig, Religion oder vor-maliges Gilderecht.

§.-20.

§. 20. Weibliche Mitglieder sind für ihre Personen weder stimm- noch wahlfähig. Sie können an der Ausübung der Ehrenrechte der Korporation, die im Stimmrecht und in der Wahlfähigkeit, in der Theilnahme an der Verwaltung und an den Berathungen bestehen, nur durch Disponenten Theil nehmen, welche Mitglieder derselben sind.

§. 21. Die Aeltesten der Korporation wählen aus ihrer Mitte für jedes Jahr einen Vorsteher und zwei Stellvertreter desselben.

V. A b s c h n i t t.

Von dem Verfahren der Aeltesten der Kaufmannschaft bei ihrer Verwaltung.

§. 22. Die Aeltesten beschließen gültig, wenn wenigstens 15 ihrer Mitglieder gesetzlich versammelt sind.

§. 23. Gesetzlich versammelt sind dieselben

A. Ordentlich:

- a) am ersten Mittwoch nach der jährlichen Wahl, vor Eröffnung der Börse, wo sie für das laufende Jahr den Vorsteher und die Stellvertreter wählen und sich über regelmäßige Sitzungen an bestimmten Tagen einigen;
- b) an den zu diesen regelmäßigen Sitzungen bestimmten Zeiten.

B. Außerordentlich:

- a) durch ein Cirkular des Vorstehers;
- b) auf eine sämmtlichen anwesenden Mitgliedern insinuirte schriftliche Anweisung der ihnen vorgeordneten Staats-Verwaltungs-Behörde.

§. 24. Der Vorsteher eröffnet die Versammlung. Er hat darin den Vorsitz und Vortrag; den letzteren kann er auch unter die übrigen Mitglieder vertheilen.

§. 25. Bei den Berathschlagungen bestimmt er unter mehreren, die das Wort fordern, die Reihenfolge, erklärt solche zum Stimmensammeln für geschlossen und spricht den Beschluß aus.

§. 26. Bei Gleichheit der Stimmen gilt die Meinung, für welche er gestimmt hat. Außerdem hat er gleich jedem anderen Mitgliede nur eine Stimme und muß sich dem Beschlusse der Mehrheit unterwerfen.

§. 27. Er ist der Obrigkeit dafür verantwortlich, daß keine den Landesgesetzen und diesem Statute entgegenstehende Beschlüsse (wohin jedoch, wie sich von selbst versteht, bescheidene Vorstellungen gegen bestehende auf den Handel Bezug und Einfluß habende Verordnungen und Einrichtungen nicht zu rechnen sind) in den Versammlungen der Aeltesten gefaßt werden. Beschließt die Versammlung irgend etwas gesetz- oder statutenwidriges, so muß er solches unverzüglich dem hiesigen Magistrate anzeigen, und die Ausführung des Beschlusses durch alle ihm zu Gebot stehende Mittel verhindern.

§. 28.

§. 28. Die Verhandlungen, welche bei den Versammlungen vorkommen, und die Beschlüsse werden protokolliert.

§. 29. Die Vorsteher und die Stellvertreter sind mit der Vollziehung der Beschlüsse beauftragt.

§. 30. Sie unterzeichnen die Protokolle der Sitzungen, sämtliche Urkunden und alle übrige Ausfertigungen.

§. 31. Der Vorsteher empfängt, erbricht und vertheilt die eingehenden, und sorgt für den Abgang der ausgefertigten Sachen.

§. 32. Den Ältesten der Korporation wird Behufs der Beglaubigung der Ausfertigungen und zu den sonst in Betracht kommenden Zwecken ein Siegel bewilligt, über welches sie sich zu einigen und das sie hiernächst bei dem Minister des Handels in Antrag zu bringen haben.

§. 33. Bei einer Abwesenheit des Vorstehers wird derselbe von dem ersten und wenn dieser gleichfalls verhindert wird, in der Versammlung zu erscheinen, von dem zweiten Stellvertreter, die letztern aber werden erforderlichenfalls von denjenigen übrigen Mitgliedern vertreten, welche den Jahren nach die ältesten sind.

§. 34. Die Ältesten führen die Rolle der zu der Korporation der Kaufmannschaft gehörigen Mitglieder. Eintragungen und Löschungen können nicht anders als auf ihren Beschluß in ihren Sitzungen, durch den Vorsteher oder den, der ihn vertritt, vollzogen werden. Die Eingetragenen und Gelöschten erhalten darüber von den Ältesten schriftliche Bescheinigungen unter deren Siegel.

§. 35. Damit die Namen der jedesmaligen Mitglieder der Korporation gehörig bekannt werden, müssen die Ältesten

- a) eine Nachweisung von denselben fortwährend an der Börse aushängen und sie nach den Ab- und Zuschreibungen stets berichtigen und vervollständigen;
- b) mit dem Anfange eines jeden Jahres eine gedruckte Liste unter die hiesigen Kaufleute vertheilen, und
- c) eine solche dem Magistrate, dem Stadtgericht, dem Kammergericht, der hiesigen Regierung und dem Handels-Ministerium einsenden.

Welche den allgemeinen Gesetzen angemessene Mittel sie sonst noch zur Erreichung des Zwecks anwenden wollen, bleibt ihnen überlassen.

§. 36. Die Ältesten wählen jährlich eine Kommission von sieben Mitgliedern aus ihrer Mitte, welche wöchentlich eine Sitzung hält. Die Geschäfte dieser Kommission sind:

- a) diejenigen Streitigkeiten in Handels-Angelegenheiten, die von den Parteien freiwillig an sie gebracht werden, durch einen Vergleich gütlich beizulegen. Hierbei findet alles dasjenige Anwendung, was die allgemeine Gerichtsordnung Th. II. §. 167 — 176. von Schiedsrichtern vorschreibt;

b) die-

- b) diejenigen Gutachten abzufassen und den Ältesten zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen, welche öffentliche Behörden von der Kaufmannschaft verlangen dürften;
- c) Die Materialien zu Anträgen an die Behörden über wichtige Handelsgegenstände vorzubereiten, und die hierüber gefertigten Vorstellungen den Ältesten zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen;
- d) die Prüfung der nach §. 10. dieses Statuts zu dem Betriebe des Handels anzustellenden Beamten im Auftrage der Ältesten zu besorgen.

§. 37. Auch können die Ältesten für einzelne Verwaltungszweige besondere Kuratoren aus ihrer Mitte anordnen, die ihnen aber von den, die übernommene Verwaltung betreffenden, Verhandlungen Bericht abzustatten haben, und ihre Verfügungen annehmen müssen.

§. 38. Die Ältesten beziehen als solche keine Besoldung oder ein anderes Einkommen. Sie können bloß die Erstattung baarer Auslagen, welche etwa bei einzelnen Einrichtungen im Dienste von ihnen gemacht werden müssen, fordern.

§. 39. Sie wählen die für ihre Geschäfte erforderlichen Subalternen, kontrahiren mit denselben über deren Dienstverrichtungen und die Dauer des Dienstes, so wie über deren Gehalt; auch verpflichten sie dieselben.

§. 40. Der Vorsteher der Ältesten kann einzelnen Korporations-Mitgliedern die Ausrichtung einzelner Geschäfte auftragen, welchen der Beauftragte sich willig unterziehen muß.

§. 41. Wenn aber durch Vollmachten Geschäfte aufgetragen werden, welche gerichtlich zu verhandeln sind, oder wodurch der Kaufmannschaft Rechte und Verbindlichkeiten erwachsen, so können solche gültig nur von der Versammlung der Ältesten in der im §. 28. dieses Abschnitts vorgeschriebenen Form erteilt werden.

VI. Abschnitt.

Von der Handhabung der polizeilichen Ordnung in den Versammlungen auf der Börse.

§. 42. Der Vorsteher hält in den Versammlungen der Korporation und der Ältesten auf Ruhe, Ordnung und Anstand.

§. 43. Die Ruhestörer müssen auf sein Geheiß sogleich die Versammlung verlassen, welche sie gestört haben. Außerdem können die Ältesten dieselben auf seinen Antrag mit einer Ordnungsstrafe, die zur Armenkasse fließen soll, belegen. Denjenigen, welche die Strafe erleiden sollen, bleibt jedoch der Rekurs offen.

§. 44.

§. 44. Die Aeltesten können die Ausschließung derjenigen Mitglieder aus ihrer Mitte beschließen, welche sich durch fortgesetzte Ruhestörungen oder durch ein öffentlich anstößiges Betragen ihrer Stelle unwürdig zeigen. Dem Ausgeschlossenen bleibt jedoch der im vorigen §. nachgegebene Refkurs unbenommen.

§. 45. Die Aeltesten wählen jährlich 4 Börsen-Kommissarien aus ihrer Mitte, welchen die Erhaltung der äußeren Ordnung bei den Börsen-Versammlungen und die Aufsicht darüber übertragen wird, daß die in dem jedesmaligen Börsenreglement befindlichen Vorschriften genau gehalten werden. Im übrigen bestimmen die Aeltesten die Rechte und Verpflichtungen dieser 4 Börsen-Kommissarien, und lassen sich von ihnen Bericht über die Fälle der Börsen-Disciplin erstatten, welche sie ihrer Entscheidung vorbehalten werden.

§. 46. Öffentliche Bekanntmachungen an die Korporation, welche deren Angelegenheiten oder Belehrungen, Notizen und dgl. enthalten, werden durchaus an der Börse besorgt. Eine Nachricht ist als vollständig bekannt gemacht anzusehen, wenn sie während der Dauer der Börsenzeit an den dazu bestimmten Ort affigirt wird, und acht Tage lang dort ausgehängt bleibt.

§. 47. Nur die Aeltesten sind berechtigt, Bekanntmachungen in der Form des vorstehenden §. zu erlassen. Sie dürfen sich jedoch niemals weigern, solchergehalt sogleich bekannt zu machen, was ihnen von der ihnen zunächst vorgesetzten Behörde oder von den dieser vorgeordneten Instanzen, zur Bekanntmachung zugefertigt wird.

§. 48. Privatpersonen, sie mögen Mitglieder der Korporation seyn oder nicht, müssen die Anschläge, welche sie an der Börse anheften zu lassen wünschen, einem der Börsen-Kommissarien zustellen, welcher die Anheftung veranlassen wird, wenn er kein Bedenken dagegen findet. Bezweifelt er aber die Schicklichkeit oder selbst die Rechtllichkeit der beabsichtigten Bekanntmachung, so giebt er den Anschlag im ersten Falle an den Verfasser zurück, im anderen Falle legt er ihn den Aeltesten vor.

VII. A b s c h n i t t.

Von den Beiträgen der Korporations-Mitglieder und von der Verwaltung der Gemeinkasse.

§. 49. Jeder in die Korporation Aufzunehmende zahlt für die Aufnahme und Eintragung in die Rolle 30 Rtlr. zur Gemeinkasse, außerdem 2 Rtlr. Ausfertigungs-Gebühren für den Eintragungsschein, so wie die Botengebühren, mit 1 Rtlr. Von denjenigen Individuen, welche am Tage der Publikation dieses Statuts Mitglieder der Börsen-Korporation sind, insofern sie nicht zugleich Mitglieder einer der beiden Gilden gewesen, darf nur soviel von den vorbestimm-

Jahrgang 1820.

§

ten

ten Gebühren für die Eintragung gefordert werden, als die Mitglieder der beiden Stützen früher für ihre Aufnahme in selbige haben entrichtet müssen.

§. 50. Sind die Bestände der Gemeinkasse zur Bestreitung der Befolgungen, der Unterhaltung des Börsenhauses und der sonstigen Gemeinausgaben nicht hinreichend, so werden die für das Bedürfnis nöthigen Beiträge von den Mitgliedern der Korporation erfordert.

§. 51. Sämmtliche Mitglieder werden zu diesem Zwecke jährlich durch die Ältesten nach bestem Wissen in fünf Klassen getheilt, deren jede nach dem Verhältnisse beiträgt, daß eine Person in der nächsten höhern Klasse das 1 und Fache dessen giebt, was auf die Person in der nächsten niedrigeren Klasse trifft. Zahl also, um ein Beispiel anzuführen,

das Individuum in der ersten Klasse	6 Rthlr.	18 Gr.
so zahlt es in der zweiten	4 —	12 —
in der dritten	3 —	—
in der vierten	2 —	—
in der fünften	1 —	8 —

§. 52. Werden bei den Ältesten Beschwerden wegen Ueberschätzung angebracht, so zeigen sie am nächsten Wahlstage die Namen der Beschwerdeführenden der zur Wahl versammelten Korporation an, und diese wählt alsdann aus denjenigen ihrer Glieder, welche seit den letzten drei Jahren nicht Mitglieder der Versammlung der Ältesten gewesen sind, eine Kommission von fünf Personen, aus jeder der obigen fünf Klassen eine, die binnen den nächsten vier Wochen über die Beschwerde entscheidet, und die Klassen bestimmt, in welche jeder der Beschwerdeführenden zu setzen ist. Auch hier findet ein Rekurs statt.

§. 53. Bis die Entscheidung erfolgt, müssen die Beschwerdeführenden den auf sie von den Ältesten vertheilten Beitrag zahlen.

§. 54. Die Ältesten fertigen den jährlichen Anschlag von den gewöhnlichen Ausgaben an. Die außergewöhnlichen Zahlungen dürfen nur auf den Beschluß derselben von der Kasse gemacht werden.

§. 55. Jährlich legen die Ältesten der zur Wahl versammelten Korporation die Rechnung über die Verwaltung der Gemeinkasse ab, und vertheilen unter den Anwesenden gedruckte Auszüge davon.

§. 56. Die Korporation läßt diese Rechnung durch eine aus ihrer Mitte vor der Eröffnung der Wahlversammlung zu ernennende Kommission von drei Gliedern, die aber nicht zu den Ältesten gehören dürfen, abnehmen und die Decharge darüber ertheilen.

VIII.

VIII. A b s c h n i t t.

Von der Verpflichtung zur Annahme der Wahlen und Aufträge.

§. 57. Wer die ihm nach diesem Statute durch die Wahl oder besondern Auftrag übertragenen Aemter und Geschäfte nicht annehmen will, muß rechtliche Entschuldigungsgründe dafür anführen.

§. 58. Zunächst entschuldigt von dieser Annahme das, was nach dem Allg. Landrecht Th. 2. Tit. 18. §. 208. und 209. von der Uebernahme der Vormundschaften entbindet.

§. 59. Auch Stadtverordnete und Bezirksvorsteher können zur Uebernahme solcher Geschäfte wider ihren Willen nicht verpflichtet werden.

§. 60. Die aus der Versammlung der Ältesten scheidenden Mitglieder können zur Annahme einer abermaligen Wahl in selbigen erst nach Verlauf von vollen drei Jahren nach ihrem Austritte verpflichtet werden.

§. 61. Die Schätzungskommisarien (§. 52.) sind zwar in folgenden Jahren wieder wählbar; es kann aber Niemand genöthigt werden, die Wahl öfter als einmal in drei nach einander folgenden Jahren anzunehmen.

§. 62. Besondere Aufträge können die Ältesten oder deren Vorsteher einem Korporationsgliede nur einmal in einem Jahre geben.

§. 63. Wer außer obigen Entschuldigungsgründen die Annahme der nach diesem Statut auf ihn gefallenen Wahlen oder ihm gemachten Aufträge verweigert, erhält eine Woche Bedenkzeit und kann, wenn er am Ende derselben noch auf seiner Weigerung beharrt, von den Ältesten bestraft werden.

Für den ersten Weigerungsfall dürfen dieselben eine Erhöhung der Geldbeiträge eintreten lassen; im zweiten Falle können sie das sich weigernde Mitglied außerdem noch von dem Genuße der Ehrenrechte, die im §. 20. bezeichnet sind, ausschließen, und im dritten Falle sind sie berechtigt, dasselbe gänzlich aus der Korporation zu excludiren.

§. 64. Sollte Jemand so wenig Gemeinnutz verrathen, daß er die mit seinem Amte verbundenen Verpflichtungen nicht wahrnimmt, und sich geßfentlich denselben entzieht, und sollten die Aufforderungen der Ältesten oder des Vorstehers insbesondere hierunter vergeblich seyn; so tritt für die letzteren ebenfalls die Befugniß zur Ausübung des Strafrechts ein. Wegen der Strafen gilt das im vorigen §. für den ersten und zweiten Fall

§ 2

Geord=

Geordnete hier ebenfalls; doch sind die Ältesten noch außerdem berechtigt, das nachlässige Mitglied schon bei dem ersten Straffalle, seines Amtes zu entsetzen.

§. 65. In Beziehung auf beide vorhergehende §. §. bleibt jedoch dem, der die Strafe erleiden soll, der Rekurs vorbehalten; auch steht es den Ältesten frei, zu jeder Zeit die ergangenen Strafbestimmungen zu mildern oder gänzlich wieder aufzuheben.

IX. A b s c h n i t t.

Von der Suspension und dem Verluste der Mitgliedschaft.

§. 66. Die Rechte der Mitgliedschaft der Korporation sind unterbrochen, wenn das Mitglied unter Kuratel gestellt wird, sich für zahlungsunfähig erklärt, oder in eine kriminelle Untersuchung fällt.

§. 67. Die Wirkung dieser Suspension haftet nur auf der Person des Suspendirten und nicht auf dem Gewerbe. Der Suspendirte kann persönlich keine Geschäfte vollziehen, welche die Rechte der Mitgliedschaft voraussetzen, er kann überhaupt diese Rechte nicht ausüben, darf den Versammlungen der Korporation nicht beiwohnen und ist weder stimm- noch wahlfähig. Die Handlungsgeschäfte können indessen durch einen persönlich fähigen Disponenten während der Dauer der Suspension fortgesetzt betrieben werden.

§. 68. Die Suspension wird aufgehoben

- a) durch die Aufhebung der Kuratel,
- b) durch vollständige Abfindung mit den Gläubigern, sey es durch Zahlung oder Erlaß oder Befristung,
- c) durch vollständige Freisprechung von der Criminal-Beschuldigung.

§. 69. Eine Losprechung auf weiteren Beweis bewirkt dagegen die Aufhebung der Suspension an sich nicht, vielmehr entscheiden die Ältesten, ob die Suspension aufhören könne, ohne den Ruf der Korporation zu gefährden, oder, ob sie bloß fortgesetzt werden müsse, oder, ob der haftende Verdacht so dringend oder so erniedrigender Art sey, daß die gänzliche Ausschließung erfolgen müsse. Die Ältesten sind in dieser Hinsicht berechtigt, die Gerichte um die Mittheilung des erfolgten Erkenntnisses zu ersuchen.

§. 70. Die Rechte der Mitgliedschaft und die kaufmännischen Rechte gehen verloren

- a) durch

- a) durch den Tod,
- b) durch freiwillige Entsagung, welche jedoch den Aeltesten in glaubhafter Form angezeigt werden muß,
- c) durch einen Beschluß der Aeltesten.

§. 71. Die Aeltesten sind verpflichtet, die Ausschließung eines Mitgliedes aus der Korporation durch einen Beschluß auszusprechen, wenn dasselbe

- a) für einen muthwilligen oder gar betrügerischen Bankeruttrirer durch rechtskräftiges Urtheil erklärt,
- b) wenn dasselbe eines Meineides, Verfälschung öffentlicher Papiere, Privat-Urkunden oder Unterschriften, der absichtlichen Verbreitung falscher Münzen, oder sonst eines qualificirten Betruges überwießen ist:
- c) wenn auch wegen anderer Verbrechen auf Zuchthaus- oder Festungsstrafe oder gar körperliche Züchtigung gegen dasselbe rechtskräftig erkannt ist;
- d) wenn dasselbe das Stadtbürgerrecht verliert, dies mag nun durch Entsagung, Entfernung, durch rechtskräftiges Erkenntniß, oder durch einen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung erfolgen;
- e) wenn durch ein richterliches rechtskräftiges Erkenntniß der Verlust der kaufmännischen Rechte festgesetzt wird;
- f) wenn ein Mitglied wegen bösslicher Defraudation landesherrlicher Gefälle zum zweitenmale durch ein förmliches Erkenntniß verurtheilt worden ist;
- g) wenn ein Mitglied der Uebertretung gegen die Buchergesetze überführt und deshalb bestraft worden ist.

§. 72. Dagegen bleibt es den Aeltesten überlassen, den von ihnen wohl zu erwägenden Umständen nach, entweder die Ausschließung oder die Suspension oder auch die unbeschränkte Beibehaltung in der Korporation zu beschließen:

- a) in den im §. 69. angeführten Fällen;
- b) wenn bei einer Criminal-Untersuchung in Fällen, die nicht zu dem §. 71. a. und b. dieses Abschnitts gehören, bloß auf Geld- oder Gefängnißstrafe erkannt worden ist;
- c) wenn die nach §. 71. dieses Abschnitts rechtskräftig erkannte Strafe im Wege der Gnade erlassen, oder in Geld- oder in bloße Gefängnißstrafe verwandelt worden ist.

Die Ansicht, welche die Aeltesten hierbei leiten muß, ist zunächst die Erhaltung der Ehre und des unbescholtenen Rufes der Korporation im Publico und auf auswärtigen Handelsplätzen.

d) Eben

d) Eben so bleibt es den Ältesten überlassen, zur Ehre der Korporation und zum Vortheil des Handelsstandes, der durch Defraudanten ebenfalls gefährdet wird, sonst bekannte Personen, die zu dieser Klasse gehören, schon auf das erste rechtskräftige Erkenntniß zu excludiren.

§. 73. Wenn im Publikum Gerüchte über ein Mitglied der Korporation umlaufen, wodurch dasselbe solcher Handlungen beschuldigt wird, die, wenn sie erweislich wären, die Ausschließung zur Folge haben würden; so sind die Ältesten berechtigt, ein solches Mitglied vor sich zu laden, ihm mit Schonung diese Gerüchte zu eröffnen, eine Warnung zu erlassen und ihm anheimzugeben, seinen Ruf zu vertheidigen. Geschieht dies nicht, erhalten die Gerüchte sich, und bleibt auch eine zweite Warnung ohne Erfolg; so wird es dem Ermessen der Ältesten überlassen, nach Maaßgabe des Grades der Gerüchte, den Verlust der Mitgliedschaft festzusetzen, wogegen indeffen ebenfalls der Rekurs freisteht.

X. A b s c h n i t t.

Von den Lehrlingen und Gehülfen.

§. 74. Die Verträge, welche Mitglieder der Korporation über die Annahme der Lehrlinge und Gehülfen schriftlich abzuschließen haben, sind zwar an und für sich selbst eine bloße Privat-Angelegenheit; sie sollen jedoch einer Verlautbarung vor den Ältesten bedürfen, so wie diese auch die Zeugnisse nach beendigter Lehr- oder Dienstzeit, falls sie kein Bedenken dabei finden, bestätigen, und bei diesem wichtigen Theile ihres Berufs überhaupt dahin wirken sollen, daß Rechtlichkeit, Ordnungsliebe und Sachkenntniß als die wahren Grundlagen kaufmännischer Bildung anerkannt und behauptet werden. Die Art und Weise, wie die Ältesten diesen Endzweck zu erfüllen gedenken, und das Verfahren, so sie dabei in Ausübung gebracht zu sehen wünschen, bleibt ihrer reislichen Prüfung überlassen; sie sind jedoch verpflichtet, auf Erfordern der Obrigkeit darüber zu jeder Zeit sich gründlich auszuweisen.

§. 75. Jedes Mitglied der Korporation ist verpflichtet, einen Lehrling oder Gehülfen auf die Aufforderung der Ältesten sofort zu entlassen, wenn dieses wegen solcher Vergehungen gefordert wird, welche bei Mitgliedern der Korporation Ausschließung begründen würden. Der Rekurs bleibt jedoch nachgelassen.

XI. A b s c h n i t t.

Von der Ausübung der Befugniß des Rekurses und der Aufsicht über die Korporation.

§. 76. In den Fällen, wo einem Mitgliede der kaufmännischen Korporation, das eine Strafe erleiden soll, das Recht des Rekurses eingeräumt ist, muß dasselbe binnen 10 Tagen nach dem Empfange des Bescheides, seine Beschwerde bei der höhern Instanz anbringen, wenn es von der Befugniß, Remedur nachzusuchen, Gebrauch machen will. Geschieht dieses ordnungsmäßig, so muß vor der Anwendung der Strafmaafregel die Entscheidung der vorgeordneten Instanzen abgewartet werden, im entgegen- gesetzten Falle aber ist mit der Exekution vorzugehen.

§. 77. Der hiesige Magistrat soll die der Korporation zunächst vorge- setzte Behörde seyn, und als solche unter der hiesigen Regierung und dem Ministerium für Handel und Gewerbe stehen.

Urkundlich haben Wir dieses Statut, welchem Wir hierdurch Gesetzes- kraft verleihen und über welches Wir fest und unverbrüchlich gehalten wissen wollen, durch Unsere eigenhändige Unterschrift und unter Beifügung Unseres großen königlichen Insigniels vollzogen.

Gegeben Berlin, den 2ten März 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. Graf v. Bülow.

(No. 595.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 1ten März 1820. wegen der Bewaffnung der auf einjährige Dienstzeit eintretenden Freiwilligen.

Ich bestimme hierdurch: daß die auf einjährige Dienstzeit eintretenden Frei- willigen hinführo nicht mehr gehalten seyn sollen, sich Waffen und Lederzeug- stücke aus eignen Mitteln zu beschaffen, sondern daß ihnen dieselben aus den Vorräthen, mit der Bedingung gegeben werden, sie nach vollendeter Dienst- zeit in einem völlig brauchbaren Zustande zurückzuliefern. Dagegen fallen diese Freiwilligen bei der Geld- und Brodverpflegung aus und erhalten fer- nerhin

nerhin auf öffentliche Kosten nur freies Quartier. Um indessen armen Studirenden, oder anderweitigen zum einjährigen Dienst berechtigten jungen Männern, die Ablösung ihrer Dienstpflicht zu erleichtern, will Ich gestatten, daß in einzelnen außerordentlichen Fällen die Hilfsbedürftigsten in die Verpflegung aufgenommen werden, wenn sie ihre Bedürftigkeit dem Regiments-Kommandeur durch glaubwürdige Atteste nachweisen und sie von dem Brigade-Divisions-Kommandeur und kommandirenden General genehmigt worden. Diese sollen denn nicht allein vollständig verpflegt, sondern auch auf Meiner Kosten mit Waffen versehen werden, wogegen sie sich die Bekleidung wie bisher zu beschaffen haben. Solche Freiwillige gehören zur etatsmäßigen Stärke der Truppentheile, alle übrigen werden als überzählig geführt. Bei der Kavallerie findet die obige Bestimmung aber keine Anwendung, vielmehr sollen die bei dieser Waffe eintretenden Freiwilligen jederzeit aus der Verpflegung wegfallen und überzählig seyn.

In Beziehung auf die Berechtigung zum Eintritt bleibt es genau bei den bisherigen Verfügungen.

Berlin, den 5ten März 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
das Kriege-Ministerium.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 6. —

(No. 596.) Abkommen mit der Fürstlich-Schwarzburg-Sondershäuserischen Regierung wegen gegenseitiger Aufhebung der Kostenvergütungen in unvermögenden Kriminal-Untersuchungssachen. Vom 25ten März 1820.

Nachdem die Königlich-Preussische Regierung mit der Fürstlich-Schwarzburg-Sondershäuserischen Regierung dahin übereingekommen ist, die gegenseitige Kostenvergütung in Kriminal-Untersuchungssachen wider unvermögende Personen aufzuheben; so erklären gedachte beide Regierungen Folgendes:

- 1) In allen Fällen, wo Delinquenten von einer Königlich-Preussischen Kriminal-Justizbehörde an eine Fürstlich-Schwarzburg-Sondershäuserische Kriminal-Justizbehörde, oder von dieser an jene, nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind nicht allein alle baaren Auslagen, sondern auch die sämmtlichen nach der bei dem requirirten Gericht üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren dem letzteren aus dem Vermögen des an das requirirende Gericht ausgelieferten Delinquenten, wenn solches dazu hinreicht, zu entrichten. Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und das requirirende Gericht bezahlt alsdann dem Ersteren nur die baaren Auslagen für Akkung, Transport, Porto und Kopialien.
- 2) Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Kriminalfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Abhörung oder Eisirung von Zeugen oder andern Personen ankommt.
- 3) Zu Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht? soll in den beiderseitigen Landen nichts Weiteres als das Zeugniß derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine we-

Jahrgang 1820.

3

sent-

(Ausgegeben zu Berlin den 9ten Mai 1820.)

sentliche Wohnung hat. Sollte derselbe keine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden seyn; so wird es angesehen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

- 4) Den bei Kriminal-Untersuchungen zu sistirenden Zeugen, und andern abzuhörenden Personen, sollen die Reise- und Zehrungskosten nebst der, wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütung, nach deren vom requirirten Gericht geschehener Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Sistirung vom requirirenden Gericht sofort verabreicht werden. Sofern sie deswegen eines Vorschusses bedürfen, wird das requirirte Gericht zwar die Auslage davon übernehmen; es soll selbige jedoch vom requirirenden Gericht, auf die erhaltene Benachrichtigung dem requirirten Gericht ungesäumt wieder erstattet werden.
- 5) Gegenwärtige im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen, und Sr. Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zweimal gleichlautend ausgefertigte und von den beiderseitigen Ministerien unterzeichnete Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen zu Berlin, den 25ten März 1820.

(L. S.) C. Fürst von Hardenberg.

(No. 597.) Deklaration des §. 12. des Patents vom 9ten November 1816. wegen Wiedereinführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung in die mit der Provinz Westpreußen vereinigten Distrikte, den Culm- und Michelauschen Kreis und die Stadt Thorn mit ihrem Gebiete. Vom 28ten März 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. r.

haben Uns die Zweifel vortragen lassen, welche über die Anwendung des §. 12. Unseres Patents vom 9ten November 1816., wegen Wiedereinführung Unserer Gesetze in den Culm- und Michelauschen Kreis und die Stadt Thorn, in Hinsicht auf die Erbfolge der Ehegatten entstanden, und erklären solche, nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, folgendergestalt:

- 1) Die Bestimmung des vorgebachten §. 12., nach welcher der überlebende, nicht aus Verträgen oder letztwilligen Verfügungen erbende Ehegatte, die Wahl hat: ob er nach den, zur Zeit der geschlossenen Ehe geltend gewesenen, oder nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts bei vorhandener ehelicher Gütergemeinschaft, erben wolle, ist nur von solchen Ehen zu verstehen, welche vor dem 1sten Januar 1817., als dem Tage, mit welchem das Allgemeine Landrecht in den vorgebachten Landestheilen Gesetzeskraft erhalten hat, geschlossen sind.
- 2) Diese Bestimmung betrifft ferner nur die Ehen unter Personen solchen Standes, für welche die Gemeinschaft der Güter nach dem Eingange des §. 12. auch jetzt beibehalten worden ist.
- 3) Diejenigen überlebenden Ehegatten dagegen, welche zu der Klasse von Personen gehören, für welche die Gütergemeinschaft nicht beibehalten ist, haben bei der Auseinandersetzung nur die Wahl zwischen den Rechten, die ihnen die Gesetze geben, welche zur Zeit der geschlossenen Ehe gegolten, und zwischen dem Erbfolgerecht des Allgemeinen Landrechts bei nicht vorhandener Gütergemeinschaft.

Urkundlich unter Unserer höchstseigenhändigen Unterschrift und Beibrückung Unseres Königlichcn Insiegels.

Gegeben Berlin, den 28ten März 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:
Fries.

(No. 598.)

(No. 598.) Allerhöchste Kabinetts-Order vom 20sten April 1820. wegen Präklusion der Baar-Zahlungen für die bereits verloofeten Lieferungsscheine.

Bereits durch Meine Verordnung vom 1sten März 1815. ist bestimmt, daß mit der Umschreibung von Lieferungsscheinen in Staats-Schuldscheine, der Anspruch auf Bezahlung aus dem zur Tilgung der ersteren damals ausgesetzten Realisationsfonds, fortfällt.

Diese Umschreibung ist durch Meine Order vom 7ten Mai 1818. auf alle Lieferungsscheine ausgedehnt und um deshalb hat seit jener Zeit die vorgeschriebene Realisirung nach dem Loose aufgehört. Die Amortisation erfolgt jetzt auf dem, in Meiner Verordnung vom 17ten Januar d. J. wegen künftiger Behandlung des gesammten Staats-Schuldenwesens, vorgezeichneten Wege.

Da indessen die Valuta mehrerer Lieferungsscheine, welche nach den früheren Verloofungen durch Baar-Zahlungen einzulösen sind, noch nicht erhoben ist: so hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden die Inhaber solcher Scheine im Allgemeinen zur Empfangnahme bei der Staatsschulden-Tilgungskasse öffentlich aufzufordern, und dabei einen, auf wenigstens drei Monate hinauszusetzenden Präklusiv-Termin unter der Verwarnung bekannt zu machen, daß mit dessen Ablauf der Anspruch auf baare Zahlung erlischt, wodurch jedoch das Recht, die Umschreibung der ausgelooften Lieferungsscheine in Staats-Schuldscheine auch nach Ablauf des Termins zu verlangen, nicht ausgeschlossen wird, sondern vielmehr ausdrücklich vorbehalten bleibt.

Berlin, den 20sten April 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
die Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 7. —

(No. 599.) Instruktion wegen Errichtung der Untergerichte in den mit dem Preussischen Staate vereinigten ehemals Sächsischen Provinzen. Vom 4ten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Thun kund und zu wissen:

Die Einführung Unserer Gesetze, in den mit Unserer Monarchie vereinigten ehemals Sächsischen Provinzen, hat eine angemessene Umdänderung in der vorgefundenen Verfassung der Gerichte nöthig gemacht. In Beziehung auf die Obergerichte ist dieselbe bereits geschehen; bei den Untergerichten aber blieb sie ausgesetzt, weil es Unsere Absicht war, diese Veränderung in Rücksicht auf die städtische Gerichtsbarkeit gleichzeitig mit der neuen Einrichtung des Gemeindefens eintreten zu lassen.

Da diese Angelegenheit jedoch wegen ihrer vielfachen Beziehungen noch einer näheren Berathung unterliegt, der Zustand der Justizverwaltung bei den Untergerichten in den gedachten Provinzen aber keinen längeren Aufschub mehr leidet; so wollen Wir, daß die Einrichtung jener Untergerichte unverzüglich geschehe, und dabei, mit Rücksicht auf die Einführung der Städteordnung, nach folgenden Grundsätzen verfahren, diese auch in dem Departement des Oberlandesgerichts in Raumburg um des Zusammenhanges willen; auf diejenigen Bezirke, welche sonst nicht zu Sachsen gehört haben, ausgedehnt werden.

1. Die den Untergerichten zustehende Gerichtsbarkeit, welche in Unserm Namen verwaltet wird, soll künftig

- 1) durch formirte Kollegien, welche den Namen Landgerichte führen,
- 2) durch Gerichtsämter, welche aus einem einzelnen Richter mit einem Gerichtsschreiber bestehen,

Errichtung
von Land-
gerichten und
Gerichtsäm-
tern.

ausgeübt werden. Landgerichte und Gerichtsämter stehen unter dem Oberlandesgerichte, zu dessen Bezirke sie gehören, als Untergerichte.

Jahrgang 1820.

R

2. Nach

(Ausgegeben zu Berlin, den 13ten Juni 1820.)

Aufhören der
Gerichtsbar-
keit der Städte
und in den
Städten.

2. Nach dem Vorgange bei Einführung der Städteordnung in den alten Provinzen, soll alle Gerichtsbarkeit der Städte und in den Städten und Vorstädten, auch über Kämmerer- und Stadtgüter, sie mag bisher von einem Stadtrath oder einer andern Korporation oder auch von einer einzelnen Privatperson ausgeübt worden seyn, aufhören und nach dem unten zu bemerkenden Unterschied, theils an die Landgerichte, theils an die Gerichtsämter übergehen. Dagegen soll jede Stadt, welche bisher ihren Richter innerhalb ihrer Mauern gehabt hat, wenigstens den Sitz eines Gerichtsamts erhalten.

Im übrigen bleibt es vor der Hand wegen der Patrimonial-Gerichtsbarkeit in Zivilsachen, sofern sie mit dem Besitze eines Grundstücks verbunden ist und von Privatpersonen auf eine zu rechtsbeständige Weise ausgeübt wird, bei der Bestimmung des §. 19. Unseres Publikations-Patents vom 15ten November 1816.

3. In Folge der Aufhebung der Gerichtsbarkeit der Städte und in den Städten werden

- a) die Stadtkommunen und alle diejenigen, welchen bisher die Jurisdiktion in denselben zugesprochen hat, von allen Kosten und Lasten der Gerichtsverwaltung befreit;
- b) nur die Lokalien, welche bisher schon zum Sitz der Gerichte gebient haben, oder dazu gewidmet werden können, ohne andern nöthigen Kommunalbestimmungen Eintrag zu thun, sind den Gerichten unentgeltlich einzuräumen.

Kompetenz
der Landge-
richte.

4. Mit Ausnahme der Gegenstände, welche vor die Gerichtsämter gehören, wird die Zivilgerichtsbarkeit über nicht erimirt Personen und Grundstücke in den Städten und auf dem platten Lande durch die Landgerichte verwaltet. Desgleichen umfaßt auch ihre Kompetenz diejenigen Kriminalfälle, welche Unsere Verordnung vom 11ten März 1818. mit Rücksicht auf den §. 19. der Kriminalordnung den Untergerichten zuweist.

Organisation
der Landge-
richte.

5. Ein Landgericht soll aus einem Dirigenten mit dem Titel „Landgerichts-Direktor“ und dem Range eines Oberlandesgerichts-Raths, aus Mitgliedern, nicht unter 3 und nicht über 6, welche den Titel „Landgerichts-Räthe“ führen, aus Assessoren mit Stimmrecht und aus dem nöthigen Subaltern-Personal bestehen.

Anzahl, Um-
fang und Sitz
der Landge-
richte.

6. In dem Oberlandesgerichts-Bezirk von Naumburg sind folgende Landgerichte anzulegen:

I. zu Erfurt für

- a) den Stadtkreis Erfurt,
- b) den Erfurter Landkreis,
- c) den Schleusinger,
- d) den Meißnitzer,

e) den

- e) den Langensalzer und
- f) den Weißenfeer Polizeikreis.

II. zu Raumburg für

- a) den Stadtkreis Raumburg,
- b) den Zeiger,
- c) den Weißenfelder,
- d) den Eckartsberger und
- e) den Querfurter Polizeikreis.

III. zu Halle für

- a) den Stadtkreis Halle,
- b) den Saalkreis,
- c) den Merseburger Polizeikreis und
- d) für einen kleinen unweit Halle belegenen Theil des Mannsfelder Seekreises.

IV. zu Eisleben für

- a) den Mannsfelder Seekreis,
- b) den Mannsfelder Gebirgskreis,
- c) den Sangerhäuser Polizeikreis,
- d) die ehemals Schwarzburg-Rudolstädtschen Ämter Kelbra und Heringen.

V. zu Wittenberg für

- a) den Wittenberger,
- b) den Bitterfelder, und
- c) den Delitzscher Polizeikreis.

VI. zu Torgau für

- a) den Torgauer,
- b) den Liebenwerdaer, und
- c) den Schweiniger Polizeikreis.

Die Landgerichte, welche in den zu den Oberlandesgerichts-Bezirken von Frankfurt und Glogau gelegten ehemals Sächsischen Distrikten zu bilden sind, sollen noch besonders bestimmt werden.

7. Einem jeden Landgerichtsbezirke wird eine bestimmte Anzahl von Gerichtsämtern zugetheilt. Diese sollen in der Regel durch das Gebiet einer Stadt unter Beilegung der in der Nähe befindlichen Ortschaften, wobei die alte Verbindung derselben unter sich möglichst zu berücksichtigen ist, gebildet werden.

Der bestimmte geographische Umfang der Gerichtsämter und der Sitz derselben, wird durch die Amtsblätter bekannt gemacht werden.

8. Die bei den Gerichtsämtern angestellten Richter stehen zu den Landgerichten in dem Verhältnisse von Kommissarien, indem die Landgerichte keine Richter anstellen.

Zwischeninstanz zwischen ihnen und den Oberlandesgerichten bilden dürfen. Sie werden den Assessoren der Landgerichte gleichgestellt und können, wenn dazu besondere Gründe vorhanden sind, jedoch nur auf den Antrag des betreffenden Oberlandesgerichts, durch den Justizminister zum Landgerichte einberufen, und durch andere Assessoren des letztern, ersetzt werden.

Organisation
der Gerichts-
ämter.

9. Ein Gerichtsamt besteht aus dem eigentlichen Richter oder Gerichtsamtmanne, einem Aktuar oder Gerichtsschreiber und einem Gerichtsdienner. Bei ganz kleinen Amtsbezirken fällt die Stelle des Gerichtsschreibers weg und in diesem Falle werden da, wo die Gesetze zur Gültigkeit einer Verhandlung außer dem Richter noch einen Aktuar oder zwei Gerichtsschöppen erfordern, zwei ein für allemal zu verpflichtende Gerichtsschöppen gegen die vorschristsmäßigen Gebühren zugezogen.

Kompetenz
der Gerichts-
ämter.

10. Nach dem Grundsatz, daß minder wichtige und schleunige Sachen, überhaupt alle, die einer kollegialischen Berathung und Bearbeitung nicht bedürfen, für das Interesse der Gerichtseingesessenen am besten durch einzelne leicht zugängliche Richter besorgt werden, bestimmen Wir die Kompetenz der Gerichtsämter dahin:

A. Vermöge eines perpetuirlichen Auftrages gehören vor sie:

- 1) alle Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, namentlich
 - a) die Aufnahme der Verhandlungen, welche die Veräußerung, Verpfändung oder Belastung eines Grundstücks betreffen;
 - b) Auf- und Annahme der Testamente und anderer letztwilliger Verordnungen. Sie sind jedoch verpflichtet, nach erfolgter Auf- und Annahme, die letztwillige Verordnung an das Landgericht zur gerichtlichen Verwahrung einzusenden.
 - c) Versiegelungen, wo dieselben gesetzlich Statt finden, auch in Sterbefällen der Erinnerten;
- 2) Anlegung und Führung der Hypothekendbücher über Wandeläcker oder sogenannte walzende Grundstücke. Die Anlegung der übrigen Hypothekendbücher über nicht eximirte Grundstücke, steht allein den Landgerichten zu, doch bleibt vorbehalten, selbige, wenn sie angelegt sind, zur weitem Führung den Gerichtsämtern zu überweisen;
- 3) gerichtliche Leitung der Vormundschaften über nicht eximirte Pflégbefohlene, in sofern damit keine Vermögens-Verwaltung verbunden ist;
- 4) Aufnahme der Klageanmeldungen und anderer Gesuche der Gerichtseingesessenen in ihren Rechtsangelegenheiten überhaupt;
- 5) Instruktion, Erkenntniß und Vollstreckung der rechtskräftigen Urtheile
 - a) in allen Bagatellsachen von 50 Rthlr. und darunter,
 - b) in allen Injuriensachen unter Leuten des gemeinen Bürger- und Bauernstandes;

6) An-

- 6) Annahme und Instruktion aller summarischen Prozesse über 50 Rthlr., als Exekutive-, Wechsel- und Arrestprozesse, des possessorii summarissimi und der Spolienfachen, so wie der Mieths- und Gesindefreitigkeiten, der Grenz- und Bausachen. Nach geschlossener Instruktion sendet das Gerichtsamt die Akten zum Erkenntniß an das Landgericht ein;
- 7) alle Verfügungen in Kriminalfällen, welche die Kriminalordnung §. 20. und 21. den Civilgerichten beigelegt. Der Gerichtsamtman ist daher eben so befugt als schuldig, den eines Verbrechens Angeeschuldigten oder Verdächtigen, wo es überhaupt zulässig ist, zu verhaften, und ihn, sobald er eingebracht wird, noch vor der Ablieferung an das Inquisitoriat, über Namen, Alter, Herkunft und andere persönliche zur Sache gehörigen Umstände summarisch zu vernehmen, bei Verbrechen, welche Spuren zurücklassen, z. B. Totschlag, Brandstiftung, gewaltsamen Diebstahl u. dgl. für die Erhebung und legale Berichtigung des Thatbestandes zu sorgen, wenn der Verbrecher aus dem Gerichtsamts-Bezirkte gebürtig ist, die zur Untersuchung erforderlichen Nachrichten über seinen bisherigen Lebenswandel einzuziehen, und ein Verzeichniß seines Vermögens aufzunehmen;
- 8) Instruktion und Erkenntniß in Fällen, wo der §. 14. der Kriminal-Ordnung mit Bezug auf §. 10. Th. II. Tit. 17. des Allgemeinen Landrechts eine polizeiliche Untersuchung und Bestrafung von Vergehen durch das Civil-Gericht zuläßt. Eben so gehört zur Kompetenz der Gerichtsämter, die Untersuchung und Bestrafung der Holzfrevel und der Kontraventionen gegen die Zoll- und Steuergesetze, wenn die gesetzliche Strafe nicht über 10 Rthlr. Geldbuße beträgt.

B. Zu den Geschäften, welche das Gerichtsamt nur auf besondern Auftrage oder Requisition verrichtet, gehören

- 1) die Instruktion im ordentlichen Prozesse bei Objekten über 50 Rthlr., wenn Kläger und Beklagter oder doch der letztere im Amtsbezirkte wohnen,
- 2) einzelne Prozeßhandlungen z. B. Lokalbesichtigungen innerhalb des Amtsbezirks, Zeugenvernehmungen u.,
- 3) Inventuren, Exekutionen, Exekutionen u.,
- 4) überhaupt alle Geschäfte im Gerichtsamtsbezirkte, wobei eine kommissarische Bearbeitung nöthig gehalten wird.

Die Geschäfte unter 1. und 3. verrichtet das Gerichtsamt auf besondern Auftrage des Oberlandesgerichts oder des Landgerichts, in deren Bezirkten es gelegen ist, die Handlungen unter 2. und 4. auch auf Requisition der Inquisitoriate.

Mit Genehmigung Unseres Ministers der Justiz, kann endlich ein Gerichtsamtman, welchem von einer Stadtkommune die Stelle eines Syndikus angetragen wird, selbige nebenbei übernehmen; er muß aber alsdann in allen Fällen,

Fällen, wo das Interesse der Kommune mit dem Interesse einzelner Einwohner in Kollision kommen kann, seines Richteramts sich enthalten.

Gebühren-
tage für die
Landgerichte
und Gerichts-
ämter.

11. Die Landgerichte legen bei ihren Kosten und Gebührensätzen die allgemeine Gebührentaxe für die Land- und Stadtgerichte in großen Städten zum Grunde. Dies geschieht auch von den Gerichtsämtern in allen Geschäften, welche sie auf besondern Auftrag, oder auf Requisition der Inquisitoriate verrichten.

In den übrigen Angelegenheiten, welche vermöge beständigen Auftrages vor sie gehören, liquidiren sie nach der Gebührentaxe für die sämtlichen Untergerichte.

Die Kopialien werden in allen Fällen sowohl von den Landgerichten als den Gerichtsämtern, nach der Gebührentaxe für die Oberlandesgerichte angesetzt.

Die Schreiberei bei den Gerichtsämtern, so weit sie nicht der Aktuaris besorgt, geschieht durch Lohnschreiber, welche zu jeder Zeit entlassen werden können.

Einrichtung
der Inquisi-
toriate.

12. Was die Inquisitoriate-Einrichtung betrifft, so soll

- a) für jeden Landgerichts-Bezirk ein Inquisitoriat angelegt werden, und dieses
- b) der Regel nach aus zwei Kriminalrichtern, wovon der eine die Direktion führt, zwei Aktuarien und dem nöthigen Subalternpersonal bestehen.
- c) Die Kriminalrichter werden aus den Mitgliedern des Landgerichts gewählt und können, wenn besondere Gründe dazu vorhanden sind, jedoch nur auf den Antrag des Oberlandesgerichts, durch den Justizminister einberufen und durch andere Mitglieder ersetzt werden.
- d) Wegen der Trennung des Antheils von Henneberg und des Neustädter Kreises durch fremdes Gebiet, wird den Gerichtsämtern zu Ziegenrück, Schleusingen, Suhl und Kühndorf die Ausübung der Kriminal-Jurisdiktion in der Art beigelegt, daß sie alle Untersuchungen, mit Ausnahme folgender schweren Verbrechen, als Totschlag, Mord, Kindermord, Raub und Brandstiftung, bis zum Spruche zu führen und die geschlossenen Akten an das Oberlandesgericht in Raumburg einzusenden verpflichtet sind.

Behörde für
die Ausfüh-
rung dieser
Instruktion.

13. Die Immediat-Kommission für die Justiz-Einrichtung in den neuen Provinzen, wird unter Leitung Unseres Staatskanzlers, die Organisation der Untergerichte nach den Grundsätzen dieser Instruktion ausführen.

Gegeben Berlin, den 4ten Mai 1820.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Kirchhausen.

(No. 600.)

(No. 600.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 5ten Mai 1820., daß den zur Festungsstrafe kondemnierten Soldaten die Strafzeit nicht auf die Dienstzeit angerechnet werden soll.

Da die Anrechnung der Festungsstrafe auf die Dienstzeit des Soldaten eine gesetzlich nicht begründete, unverdiente Begünstigung für den Sträfling enthält, und den Soldaten von tadelloser Führung zur Beschwerde gereicht; so bestimme Ich hierdurch: daß wenn ein Soldat des stehendes Heeres während der dreijährigen Dienstzeit, wo die Mannschaft ununterbrochen bei ihren Fahnen versammelt ist, zu einer Festungsstrafe verurtheilt wird, die, während dieser Frist erduldeten Strafzeit nicht als wirkliche Dienstzeit angerechnet und bei der gesetzlichen Dienstverpflichtung nicht in Anschlag gebracht werden soll. Dasselbe findet auch in Ansehung der Freiwilligen statt, ohne Rücksicht auf die für sie nachgelassene kürzere Dienstzeit; auf die Kriegesreserve und Landwehr beider Aufgebote ist diese Bestimmung jedoch nicht anzuwenden. Ich beauftrage das Staatsministerium, diese Verordnung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 5ten Mai 1820.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(No. 601.) Verordnung wegen des Zwangsgebrauchs der Extrapostfahrten. Vom 26sten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

In der Absicht, den durch die Edikte vom 11ten April 1766. und 12ten Juni 1804. angeordneten Zwangsgebrauch der Extrapostfahrten soweit zu ermäßigen, als eine Vereinigung des Bedürfnisses der Posteinrichtung mit dem Interesse der Gewerbetreibenden und des reisenden Publikums es zuläßt, verordnen Wir für diejenigen Provinzen Unseres Staats, in welchen das Allgemeine Landrecht mit seinen Deklarationen wegen des Postregals, und die älteren Postgesetze eingeführt sind, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

1. Der Postzwang erstreckt sich allein auf den Fall, da der Reisende mit einem gebundenen Gespann, Extrapost oder Lohnfuhr, an einem auf einer Postroute gelegenen Stationsorte angekommen ist, und von da mit einem andern gebundenen Fuhrwerk weiter fahren will.

2. Rei-

2. Reisende, die mit einem gebungenen Gespann, Extrapost oder Lohnfuhr, an einem Poststationsorte ankommen, dürfen von nun an schon 24 Stunden nach ihrer Ankunft mit andern Miethspferden ihre Reise fortsetzen.

3. Werden ihnen die verlangten Postpferde nicht binnen einer Stunde nach der Bestellung gegeben, oder ist die Postbehörde nicht im Stande, ihnen auf ihr Begehren einen verdeckten Wagen zu stellen, da sie doch einen solchen anderweitig mietzen könnten, so ist ihnen erlaubt, auch innerhalb der vorbestimmten 24stündigen Frist mit einem andern Lohnfuhrwerk weiter zu fahren.

Diese Bestimmungen sollen auch für die Residenz Berlin gelten.

4. Die Uebertretung der Vorschriften über den Zwangsgebrauch der Extrapostfuhr soll, mit Aufhebung der bisherigen Strafbestimmungen, sowohl an dem Reisenden, als an demjenigen, welcher die Pferde für Bezahlung gestellt hat, mit einer Geldstrafe von zehn Thalern geahndet, diese Strafe auch im Wiederholungsfalle verdoppelt werden.

Gegeben Berlin, den 26sten Mai 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt: Frieße.

(No. 602.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 30sten Mai 1820. wegen eines festzusetzenden Präklusions-Termins über die gestempelten Tresorscheine und die unverzinslichen, auf die Vermögens- und Einkommen-Steuer ausgestellten Anweisungen.

Da die wiederholten Aufforderungen der Behörden an die unbekannten Inhaber der durch Mein Edikt vom 24sten Mai und Meiner Verordnung vom 20sten Juni 1812., Gesetzsammlung Theil I. Seite 67. und 97. freirten

a) gestempelten Tresorscheine

b) und unverzinslich au porteur lautenden Anweisungen auf die Vermögens- und Einkommenssteuer

zur Erhebung der darin ausgedrückten Summe, den erwarteten Zweck nicht herbeigeführt haben: so will Ich, um diesen Theil der Staats-Schuld zum Abschluß zu bringen, es auf den Antrag der Haupt-Verwaltung vom 15ten Mai d. J. genehmigen, daß dieselbe einen Termin bestimmt, mit dessen Ablauf alle Ansprüche aus den eben bezeichneten Papieren ohne Ausnahme erlöschen. Dieser Termin muß indessen wenigstens auf drei Monate hinausgesetzt und durch die Amtsblätter gehörig bekannt gemacht werden.

Berlin, den 30sten Mai 1820.

Friedrich Wilhelm.

An

die Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 8. —

(No. 603.) Convention à cause de l'abolition réciproque du droit de détraction et de l'impôt d'émigration entre la Prusse et la Sardaigne. Du 18 Février 1820.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de Sardaigne également soigneux d'écarter toutes difficultés sur l'application de la Convention du 9 Septembre 1797. aux pays que Leurs Majestés possèdent actuellement, et animés du désir de faciliter de plus en plus les relations qui subsistent entre les sujets des deux États, ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse:
Monsieur le Comte de Waldbourg-Truchsess, Chevalier de plusieurs ordres, Colonel dans Ses armées, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Sardaigne,

et Sa Majesté le Roi de Sardaigne:
Monsieur le Comte de Laval, Chevalier de plusieurs ordres, Lieutenant-Colonel dans l'Etat-Général de Ses armées, Directeur-Général

Jahrgang 1820.

(Ausgegeben zu Berlin den 20ten Juni 1820.)

(No. 603.) Konvention wegen gegenseitiger Aufhebung des Abschosses und Abfahrts-geldes zwischen Preussen und Sardinien. Vom 18ten Februar 1820.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Majestät der König von Sardinien, von gleichem Verlangen beseelt, alle Schwierigkeiten, Hinsichts der Anwendung der Konvention d. d. Turin den 9ten September 1797. auf diejenigen Länder, welche Ihre Majestäten gegenwärtig besitzen, sorgfältigst zu entfernen und den Wechselverkehr zwischen den Unterthanen beider Staaten immer mehr zu erleichtern, haben zu diesem Zwecke Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen den Herrn Grafen zu Waldburg-Truchsess, Obristen in Ihrer Armee, Ritter mehrerer Orden, Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu Turin; und

Se. Majestät der König von Sardinien den Herrn Grafen de Laval, Ritter mehrerer Orden, Obristlieutenant im Generalstabe ihrer Armeen, General-Direktor der Posten und ersten Beamten

des Postes, et Premier Officier de la Secrétairerie d'État pour les Affaires étrangères, lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs sont convenus des articles suivants.

Article 1.

La Convention conclue à Turin le 9 Septembre 1797. établissant une parfaite réciprocité en fait de succession et l'abolition à cet effet des droits d'Aubaine et de détractions entre les sujets respectifs des deux Puissances, s'étendront nommément aux Pays, qu'Elles possèdent aujourd'hui. Elle sera exécutoire en tout son contenu généralement dans toutes les provinces des États actuels respectifs.

Article 2.

L'abolition du droit de détraction (*gabella hereditaria et census emigrationis*) aura lieu, quelque soit le motif ou la cause de l'exportation de biens, argent, et autres propriétés mobilières; Elle s'étendra non-seulement aux droits à verser dans les Caisses de l'État ou du Souverain, mais encore aux droits à verser dans les Caisses des Communes, Villes, Bourgs, Fondations pieuses, Ordres de Chevalerie, Juridictions patrimoniales, Corporations, et personnes morales, ou individus quelconques, en sorte qu'aucune des susdites Caisses ne puisse exiger, ou lever aucun des droits compris sous celui de dé-

ten im Staats-Sekretariat für die auswärtigen Angelegenheiten,

welche nach geschehener Auswechslung ihrer Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Artikel 1.

Die zu Turin am 9ten September 1797. abgeschlossene Konvention, durch welche eine vollständige Gegenseitigkeit, rücksichtlich der Erbschaften und zu diesem Zwecke die Aufhebung des Heimfallsrechts und des Abschoßes zwischen den beiderseitigen Unterthanen, festgestellt worden ist, wird sich nunmehr auch auf diejenigen Länder erstrecken, welche beide Mächte gegenwärtig besitzen. Sie wird im Allgemeinen ihrem ganzen Inhalte nach in sämtlichen jetzigen Provinzen beider Staaten zur Anwendung kommen.

Artikel 2.

Die Abschaffung des Abschoßes (*gabella haereditaria*) und des Abfahrtsgeldes (*census emigrationis*) findet statt, welches auch der Beweggrund oder die Ursache der Ausführung des Vermögens, baaren Geldes oder andern Mobiliar-Eigenthums sein möge. Diese Freizügigkeit erstreckt sich nicht nur auf die Abzüge, welche in die Staats- oder Landesherrlichen Kassen fließen, sondern auch auf diejenigen Abzüge, welche in die Kassen der Gemeinden, Städte, Flecken, frommen Stiftungen, Ritterorden, Patrimonial-Gerichte, Korporationen und moralischen oder Privatpersonen irgend einer Art fließen, so daß keine der genannten Kassen irgend einen der vorerwähnten Abzüge wird for=

Turin dans l'espace de trois mois, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi Nous avons signé la présente, et y avons apposé le cachet de Nos armes.

Fait à Turin, le Dix-huit Février Mil-huit-cent-vingt.

(L. S.) signé Louis Comte
de Waldbourg-Truchsess.

(L. S.) de Laval.

Turin, in dem Zeitraum von drei Monaten oder, wenn möglich, eher ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die gegenseitigen Bevollmächtigten dieselbe, unter Beidrückung ihrer Siegel gezeichnet.

So geschehen Turin den 18ten Februar 1820.

(L. S.)
Ludw. Graf zu Waldburg-Truchseß.

(L. S.) de Laval.

Diese Konvention ist diesseits den 31sten März, und jenseits den 29sten April ratifizirt und die Ratifikation in Turin den 4ten Mai d. J. ausgewechselt worden.

(No. 604.)

(No. 604.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 20sten Mai 1820. wegen der bei der Offizier=Wittwenkaffe wieder aufzunehmenden, exkludirt gewesenen Pension=Mitglieder.

Die verhängnißvollen Jahre von 1806. bis 1813. haben viele auf halben Sold gesetzte Offiziere in die Nothwendigkeit versetzt, ihre Gerechtsame als Mitglieder der Offizier=Wittwenkaffe aufzugeben, und auf die dereinstige Sicherstellung der Existenz ihrer Familien zu verzichten. In der Rücksicht, daß der größte Theil dieser Interessenten des Instituts ohne eigenes Verschulden dahin gebracht, und ihre Wiedereinsetzung in die verlornen Rechte ohne Kostenaufwand zu bewirken ist, will ich dieserhalb Folgendes festsetzen.

1) Es soll allen von 1808. bis 1814., wo die Pensionszahlungen wieder voll geleistet wurden, von der Offizier=Wittwenkaffe exkludirten Mitgliedern, deren Ehen noch zur Zeit der Exklusion bestehen, jedoch mit Ausnahme derjenigen, die ihren Wohnsitz im Auslande, oder die seit 1813. fremde Dienste genommen haben, die im Civildienste versorgt und der Allgemeinen Wittwenkaffe beigetreten sind, und derer die kassirt oder ohne Abschied entlassen wurden, die Wiederaufnahme in die Offizier=Wittwenkaffe unter nachstehenden Bedingungen gestattet seyn.

2) Alle die, welche innerhalb zweier Jahre die rückständigen Beiträge und Zinsen nachzuzahlen vermögend sind, werden gegen Sicherstellung dieser Leistung, auf ihr Verlangen, als Mitglieder der Offizier=Wittwenkaffe wieder anerkannt und gegen prompte Zahlung der laufenden Beiträge in das frühere Verhältniß wieder eingesetzt.

3) Denjenigen, welche dazu unvermögend sind, und sich durch Atteste ihrer Ortsbehörde gegen die Offizier=Wittwenkaffe darüber ausweisen, soll die Zahlung der Rückstände zc. bis nach ihrem Ableben gestundet, und die Abtragung der letzteren alsdann durch Abzüge von der Pension der überlebenden Wittwe bergestellt bewirkt werden, daß bei einer Pension von 100 bis incl. 150 Rthlr. ein Abzug von 20 Prozent, von 200 bis 300 Rthlr. incl. von 40 Prozent, und von 350 Rthlr. bis 500 Rthlr. von 50 Prozent jährlich statt findet. Die prompte Zahlung der laufenden Beiträge durch Gehalts- und Pensionsabzüge ist aber auch für diese Interessenten unerläßlich, und sie sind gehalten, bei dem früheren Absterben der Frau, damit so lange fortzuführen, bis die Rückstandsumme abgetragen ist.

4) Den Wittwen schon verstorbener exkludirter Interessenten soll die Pension, mit der sie eingekauft waren, vom 1sten Juli c. a. ab gezahlt, zum Behufe der Tilgung der Rückstände aber, bei einer Pension von 100 bis 150 Rthlr. incl. ein Abzug von 40 Prozent, bei einer Pension von 200 bis

bis 300 Rthlr. von 50 Prozent, und bei einer Pension von 350 bis 500 Rthlr. von 60 Prozent gemacht werden. Dieser Abzug vermindert sich bei vorhandenen unerzogenen Kindern der hier genannten Wittwen aus der Ehe mit dem erkundigten Manne um 10 Prozent, ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder, jedoch nur so lange, bis das jüngste das 17te Jahr zurückgelegt hat.

5) Von Wittwenpensionen unter 100 Rthlr. findet wegen der Rückstände weder bei schon vorhandenen noch bei künftigen Wittwen ein Abzug statt.

6) Eine Erhöhung des Einkaufskapitals findet bei der Wiederaufnahme nicht statt; die Verminderung nur unter der Bedingung, daß die Rückstände nach der ursprünglichen Einkaufssumme berichtigt werden.

7) Der Antrag zur Wiederaufnahme der bei 2. und 3. aufgeführten Interessenten muß innerhalb dreier Monate, vom Tage der Bekanntmachung dieser Bestimmungen durch die öffentlichen Blätter, bei der Offizier-Wittwenkasse eingehen, widrigenfalls darauf keine Rücksicht genommen wird. Ich beauftrage das Kriegsministerium, diese Verfügung der Direktion des Instituts mit der Anweisung bekannt zu machen, zweifelhafte Fälle ungesäumt zu Meiner Entscheidung zu bringen.

Stockholm, den 20sten Mai 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
das Kriegsministerium.

(No. 605.)

(No. 605.) Allerhöchste Kabinettsordre vom 25ten Mai 1820., daß die Hälfte der Geldstrafen für Raas= und Gewichtsvergehen der Denunziant erhalten soll.

Auf Ihren Antrag vom 16ten d. M. bestimme Ich hierdurch, daß die Hälfte der für Raas= und Gewichtsvergehungen gesetzlich feststehenden Geldstrafen den Denunzianten zu Theil werden soll.

Berlin, den 25ten Mai 1820.

Friedrich Wilhelm.

In
den Staatsminister Grafen von Bülow.

(No. 606.) Deklaration des §. 157. der Städteordnung, wegen Berücksichtigung invalider Militairpersonen bei Besetzung städtischer Posten. Vom 29ten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. r.

Da Zweifel darüber entstanden sind, ob durch die den Magisträten im §. 157. der Städteordnung beigelegte Befugniß, ihre Unterbediente zu wählen, die vorher bestandene, und auf ausdrücklichen Anordnungen des Staats beruhende Verpflichtung der Magisträte, die städtischen Unterbedienststellen mit versorgungsberechtigten Militair=Invaliden zu besetzen, für stillschweigend aufgehoben zu achten sey, oder nicht? so finden Wir Uns bewogen, auf den Bericht des Staatsministeriums, nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, den erwähnten §. 157. der Städteordnung dahin zu erklären:

daß die frühere Verpflichtung der Magisträte zu den besoldeten städtischen Unterbedienststellen keine andere, als versorgungsberechtigte Militair=Invaliden zu wählen, im Allgemeinen als fortbestehend angesehen werden muß. Doch kann dieselbe auf diejenigen Stellen der Magistratssubalternen, welche eine höhere oder eigenthümliche Geschäftsbildung erfordern, nur in soweit bezogen werden, als versorgungsberechtigte Militair=Invaliden vorhanden sind, welche diese Geschäftsbildung besitzen.

Ur=

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Berlin, den 29sten Mai 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:
Fries.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 9. —

(No. 607.) Instruktion wegen Ausführung des Edikts vom 21sten Juni 1815., die Verhältnisse der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände in der Preussischen Monarchie betreffend. Vom 30sten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

haben durch Unsere Verordnung vom 21sten Juni 1815. die Verhältnisse der, Unserer Monarchie einverleibten, vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände im Allgemeinen bestimmt.

Da jedoch die darin enthaltenen Grundsätze bei der Anwendung mancherlei Schwierigkeiten gefunden, so wollen Wir, zur näheren Entwicklung derselben und zur vollständigen Ausführung des, durch sie und durch den in Unsere Verordnung aufgenommenen 14ten Artikel der deutschen Bundesakte begründeten, Rechtszustandes jener vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände, nachdem Wir auch zuvor deren Wünsche und Anträge in einer mit ihnen gepflogenen Verhandlung näher vernommen, Nachstehendes hierdurch festsetzen.

§. 1. Als vormals unmittelbare deutsche Reichsstände, auf welche Unsere Verordnung vom 21sten Juni 1815. Anwendung findet, sind zu betrachten:

I. in der Provinz Westphalen:

- 1) der Herzog von Aremberg, wegen der Graffschaft Reddinghausen;
- 2) der Fürst von Bentheim-Steinfurth, wegen der Graffschaft Stein-furth;
- 3) der Fürst von Bentheim-Rheda, wegen der Herrschaft Rheda und der Graffschaft Hohen-Limburg;
- 4) der Freiherr von Boemmelberg, als Besitzer der Herrschaft Gemen;
- 5) der Herzog von Croy, wegen der Herrschaft Dülmen;
- 6) der Fürst von Raunig-Rietberg, wegen der Graffschaft Rietberg;
- 7) der Herzog von Loos-Corswaren, wegen seines Unserer Monarchie einverleibten südlichen Antheils von Rheina-Wolbeck;

Jahrgang 1820.

M

8) der

(Ausgegeben zu Berlin den 22sten Juni 1820.)

- 8) der Fürst, vormalige Rheingraf von Salm-Horstmar, wegen der Grafschaft Horstmar;
- 9) der Fürst von Salm-Kyrburg, wegen seines Antheils an Ahaus und Bocholt;
- 10) der Fürst von Salm-Salm, wegen seines Antheils an Ahaus und Bocholt und wegen der Herrschaft Anholt;
- 11) der Fürst von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, wegen seines Antheils an der Grafschaft Wittgenstein;
- 12) der Fürst von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein wegen seines Antheils an der Grafschaft Wittgenstein.

II. in der Provinz Niederrhein:

- 1) der Fürst von Solms-Braunfels, wegen der Ämter Braunfels und Greifenstein;
- 2) der Fürst von Solms-Lich und Hohen-Solms, wegen des Amtes Hohen-Solms;
- 3) der Fürst von Wied-Neuwied, wegen der niedern Grafschaft Wied mit Ausnahme des Amtes Grenzhausen;
- 4) der Fürst von Wied-Runkel, wegen der obern Grafschaft Wied mit Ausnahme des Amtes Runkel, dann wegen der Ämter Alten-Wied und Neuerburg.

III. in der Provinz Kleve-Berg:

der Fürst von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, wegen der Herrschaft Homburg an der Mark.

1. Rechtsverhältniß der Standesherrn im Allgemeinen.

§. 2. Die vorgenannten, Unserer Hoheit (Souveraineté) als erste Standesherrn unterworfenen, vormalig unmittelbaren deutschen Reichsstände, genießen für ihre Personen und Familien, sofern sie zu den Fürstlichen und Gräflichen Häusern gehören und für ihre standesherrlichen Besitzungen diejenigen besondern Rechte und Vorzüge, welche ihnen durch Unsere Verordnung vom 21sten Juni 1815. und durch den in selbige aufgenommenen Artikel 14. der deutschen Bundesakte zugesichert sind. Dagegen liegen ihnen auch die Pflichten ob, welche aus ihrer Unterwerfung unter Unsere Hoheit (Souveraineté) entspringen.

Huldigung.

§. 3. Die Häupter der standesherrlichen Familien haben nicht nur bei jeder Königlich-Regierungs-Veränderung, sondern auch bei ihrer Aufzession in die Standesherrschaft, Uns und Unsern Nachfolgern in der Regierung die Huldigung zu leisten. Wird diese von Uns und Unsern Nachfolgern unmittelbar eingenommen, so muß auch die Leistung von den Standesherrn persönlich geschehen; außerdem können sie dieselbe mittelst Einsendung einer Urkunde nachstehenden Inhalts an die Behörde, welche mit Einnahme der Huldigung beauftragt wird, ablegen:

Ich,

Ich, der unterzeichnete Königlich-Preussische Standesherr, gelobe und verspreche hiermit für mich und alle meine Nachfolger, daß ich Seiner Königlichen Majestät etc. etc. und Allerhöchstdero Nachfolgern in der Regierung von wegen meiner Person und meiner inländischen standesherrlichen Befizungen und Gerechtsame, als meinem rechtmäßigen Oberhaupt (Souverain) alle schuldige Treue, Ehrerbietung und Gehorsam unverbrüchlich leisten, auch nach meinen Kräften alles dasjenige thun oder lassen will, was zur Abwendung Allerhöchstdero Schadens, oder zur Beförderung Allerhöchstdero Nutzens dienen kann.

So wahr mir Gott helfe u. s. w.

Urkundlich meiner eigenhändigen Unterschrift und beigebruckten Siegels.

In vorstehender Art ist auch die Huldigung von denjenigen Standesherrn nachzuholen, welche sie noch nicht geleistet haben.

§. 4. Zu gehöriger Ablegung der Lehnspflicht in allen Veränderungs-fällen, wo es sich gebührt, sind die Standesherrn auch fortan in so weit verpflichtet, als sie noch zu Uns in Lehnverhältnissen stehen. Befizung der Lehnspflicht,

§. 5. Die Standesherrn sind sowohl für sich und ihre Familien, als auch bei Ausübung aller ihnen zustehenden Gerechtsame den allgemeinen Landesgesetzen unterworfen. Unterwerfung unter die Landesgesetze.

§. 6. Die Standesherrn und die ebenbürtigen Mitglieder ihrer Familien sind berechtigt, die vor Auflösung der deutschen Reichsverbinding innegehabten Titel und Wappen zu führen, jedoch mit Hinweglassung solcher Worte und Symbole, durch welche einzig ihr Verhältniß zu dem deutschen Reiche oder ihre vormalige Eigenschaft reichsständischer oder reichsunmittelbarer regierender Landesherren, bezeichnet ward. Titel und Wappen.

§. 7. In Absicht auf das Kanzleieremoniel, wird aus Unserm Kabinet, den Standesherrn von Fürstlichen und Gräflichen Häusern, das Ehrenwort: Herr (Herzog, Fürst, Graf) oder Frau (Herzogin, Fürstin, Gräfin) gegeben und von allen Landesbehörden ist sämmtlichen Standesherrn und den Mitgliedern ihrer Familien in den an sie ergehenden amtlichen Ausfertigungen, die ihrer Geburt angemessene Kourtoisie (Durchlaucht, Hochgebohren) zu ertheilen. Kanzleieremoniel.

Außerdem sollen denselben bei allen feierlichen Gelegenheiten, diejenigen Vorzüge zu Theil werden, welche ihrem bevorrechteten Standesverhältnisse angemessen sind.

§. 8. Den, die Standesherrlichkeit ausübenden Häuptern standesherrlicher Familien von Fürstlichen oder Gräflichen Häusern, so auch den, die Standesherrlichkeit verwaltenden mütterlichen oder agnatischen Hauptvormännern oder Administratoren, bleibt unbenommen, in ihren Kanzleischreiben, Vollmachten und andern offenen Erklärungen, wenn solche nicht an Unsere Hof=

Hof-, Staats- und Militair-Behörden gerichtet sind, von sich in der mehrfachen Person durch Wir und Uns zu sprechen.

Kirchengebet. §. 9. In den standesherrlichen Bezirken kann in dem Kirchengebet, nach Uns und den Mitgliedern Unseres Hauses, auch des Standesherrn und seiner Familie Erwähnung geschehen. Dem gemäß wird die Gebetsformel von Unserer geistlichen Oberbehörde bestimmt werden.

Öffentliche Trauer. §. 10. Auch kann daselbst öffentliche Trauer statt finden, nach dem Ableben des Standesherrn, seiner Gemahlin und seines vermuthlichen Nachfolgers, mittelst Trauergelds und Unterbleibung öffentlicher Lustbarkeiten.

Ehrenwache. §. 11. Den Häuptern der standesherrlichen Familien steht frei, innerhalb ihres standesherrlichen Bezirks aus ihren Privateinkünften Ehrenwachen zu unterhalten, welche jedoch dadurch von der allgemeinen Militairpflicht nicht befreiet werden.

Freie Wahl des Aufenthalts. §. 12. Die Standesherrn und die Mitglieder ihrer Familien genießen die unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zum deutschen Bunde gehörigen oder mit demselben in Frieden lebenden Staate zu nehmen.

Exemptionen der Standesherrn und der Mitglieder ihrer Familien. §. 13. Sie und die Mitglieder ihrer Familien haben die Befreiung

- a) von aller Militairpflichtigkeit,
- b) von ordentlichen Personalsteuern jeder Art, aber nicht
- c) von indirekten Steuern, denen sie innerhalb und außerhalb ihrer standesherrlichen Bezirke gleich andern Landeseinwohnern unterworfen sind.

Von dem Erbschaftsstempel sind sie jedoch bei Sukzessionen in die Standesherrschaft, welche in der Familie Statt finden, unbedingt, bei andern Erbschaften oder Vermächtnissen aber nur in sofern befreit, als diese innerhalb der Standesherrschaft ihnen zufallen.

Gerichtsstand in Civilsachen. §. 14. Für Civilstreitigkeiten haben die Standesherrn und die Mitglieder ihrer Familien, einen privilegierten Gerichtsstand, dergestalt, daß in ihren persönlichen Rechtsachen, desgleichen in solchen, welche ihre standesherrlichen Besitzungen oder die diesen anklebenden Gerechtsame betreffen, dasjenige Oberlandesgericht kompetent ist, in dessen Gerichtsprengel sie in Hinsicht auf ihren Wohnort, oder nach den übrigen, bei der Sache eintretenden Verhältnissen, zufolge der Landesgesetze, gehören.

§. 15. Standesherrn sind niemals aus dem Grunde allein, weil sie in Unserer Monarchie eine Standesherrschaft besitzen, vor den hiesigen Gerichten in bloß persönlichen Angelegenheiten Recht zu nehmen verbunden. Dagegen sind sie, im Falle sie in mehreren Bundesstaaten standesherrliche Besitzungen oder einen auf andere Art gesetzmäßig begründeten, mehrfachen Personal-Gerichtsstand haben, nach erlangter Volljährigkeit verpflichtet, vor dem Oberlandesgerichte, in dessen Bezirke die Standesherrschaft gelegen ist, zu erklären, welchen in- oder ausländischen Ort sie als ihren Wohnsitz betrachtet haben wollen.

§. 16.

§. 16. Gewillführte und testamentliche, insonderheit Stamm- oder Familienaussträge, sind in Civilsireitigkeiten der Mitglieder einer standesherrlichen Familie unter sich nur in sofern kompetent, als diejenigen Verfügungen, worin solche festgesetzt sind, Unsere Bestätigung erhalten haben.

§. 17. In peinlichen Sachen, mit Ausnahme der in Unserm Dienste ^{Gerichtsstand in peinlichen Sachen:} begangenen Verbrechen, genießen die Häupter der standesherrlichen Familien, ^{*) der Häupter der Familien.} sofern sie nicht den Gerichtsstand eines Oberlandesgerichts vorziehen, einen privilegierten Gerichtsstand vor Austrägen und es findet dabei folgendes Verfahren statt:

- a) die Untersuchung gebührt dem Oberlandesgerichte, welches nach den Landesgesetzen kompetent ist, und wird von einem durch das Präsidium zu ernennenden Mitgliede, unter Vorsitz des Präsidenten oder eines Direktors, geführt.
- b) Die ordentlichen Kriminalgerichte und Polizeibehörden jeden Orts sind befugt und verpflichtet, wo nach den Gesetzen überhaupt ein hinreichender Grund dazu vorhanden ist, sich des Angeschuldigten auf eine dem Stande der Person angemessene Weise zu versichern. Sie müssen jedoch hiervon ohne Verzug dem Oberlandesgericht ihres Bezirks Anzeige machen und dieses hat innerhalb dreimal vier und zwanzig Stunden, nach erhaltener Anzeige, über die Rechtmäßigkeit der Haft und über die Einleitung des peinlichen Verfahrens, einen Beschluß zu fassen.
- c) Von dem Augenblick an, wo die Verhaftnehmung für rechtmäßig erkannt ist, bis zur völligen Wiedereinsetzung des Angeschuldigten in seinen vorigen Stand oder bis zu seinem Ableben, gebührt die Ausübung der standesherrlichen Gerechtsame dem vermuthlichen Nachfolger, oder, wenn dieser hieran verhindert ist, dem nächsten Agnaten, in deren Ermangelung einem von Uns zu ernennenden Administrator. Die Vermögensverwaltung kommt in einem solchen Falle demjenigen zu, welchen die Familienstatute, wo aber diese nichts darüber enthalten, die Landesgesetze bestimmen.
- d) Nach geschlossener Untersuchung werden die Akten an Unser Justizministerium gesendet. Dieses bringt zehn ebenbürtige Standesgenossen, oder in deren Ermangelung, Personen, die ihnen an Rang oder Geburt am nächsten stehen, dem Angeschuldigten in Vorschlag, von welchen dieser innerhalb vier und zwanzig Stunden nach gemachter Vorlegung, fünf auswählt. Die Ausgewählten werden von Uns mittelst Kabinettsbefehls zur Abhaltung des Austrägalgerichts nach Berlin berufen.
- e) Unser Justizminister, welcher in dem Austrägalgericht den Vorsitz führen soll, versammelt die einberufenen Austrägalrichter, nimmt zuvörderst von ihnen auf Gewissen und Ehre das Versprechen zu sorgfältigster Erwägung

wägung der Sache und vollkommener Unparteilichkeit in der Abstimmung, läßt sodann durch zwei von ihm zu Referenten und Korreferenten ernannte, auf die Justiz verpflichtete Rätthe, die Sache aktenmäßig und mit beigelegtem Rechtsgutachten vortragen, sammelt die Stimmen der Richter, zu welchen jedoch weder der Vorsigende noch die beiden Referenten gezählt werden, nach ihrer durch das persönliche Lebensalter eines jeden bestimmten Sitzordnung und bildet hieraus nach der Stimmenmehrheit als Beschluß das Endurtheil, welches von den Austrägalrichtern zu unterzeichnen und von dem Vorsigenden zu beglaubigen ist.

- f) Durch dieses Endurtheil kann in keinem Falle eine Konfiskation der standesherrlichen Besizungen des Angeschuldigten verfügt werden, sondern wo auch diese nach den bestehenden Gesetzen erkannt werden müßte, findet nur die Sequestration derselben auf seine Lebenszeit und zwar zum Vortheil derjenigen, welche derselbe zu ernähren verbunden ist und zur Tilgung seiner Schulden, statt.

Der Ueberschuß gehört zu seinem künftigen Nachlaß.

- g) Vor der Publikation und Vollziehung, die vor das Oberlandesgericht gehören, welches die Untersuchung geführt hat, ist das Urtheil jedesmal zu Unserer Befristung vorzulegen. Finden Wir Uns veranlaßt, die Strafe zu mildern oder den Angeschuldigten ganz zu begnabigen, so ist dies dem letztern gleichzeitig mit der Publikation des Urtheils bekannt zu machen.
- h) Gegen das publizierte Urtheil des Austrägalgerichts findet keine weitere Instanz Statt. Hat jedoch der Angeschuldigte statt eines Austrägalgerichts, den Gerichtsstand vor einem Oberlandesgerichte gewählt so wird in den gegen dessen Ausspruch gesetzlich zulässigen Rechtsmitteln nichts geändert.

§. 18. Was den Gerichtsstand der Mitglieder einer standesherrlichen Familie außer dem Familienhaupte in peinlichen Rechtsachen betrifft, so genießen diese, Militärverbrechen ausgenommen, denselben privilegierten Gerichtsstand vor dem Oberlandesgerichte, wie in bürgerlichen Rechtshändeln. In Hinsicht auf bloße Verhaftung gilt auch bei ihnen alles, was oben in Ansehung der Häupter standesherrlicher Familien festgesetzt ist.

§. 19. Anlangend die Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Sachen der Standesherrn und der Mitglieder ihrer Familien, so ist

- a) die obervormundschaftliche Behörde für einen Standesherrn und die ebenbürtigen Mitglieder seiner Familie dasjenige Oberlandesgericht, in dessen Bezirke die Standesherrschaft gelegen ist und wenn ein Standesherr mehrere einländische Standesherrschaften besitzt, dasjenige, in dessen Bezirke der verstorbene Vater des zu bevormundenden zugleich seinen Wohn-

b) der übrigen Mitglieder der standesherrlichen Familien.

Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Sachen der Standesherrn und der Mitglieder ihrer Familien.

Wohnsitz gewählt hatte (§. 15.), ohne Rücksicht auf ausländischen Güterbesitz und etwaige Bevormundung.

Das vormundtschaftliche Patent wird von dem Justizministerium ausfertigt und von Uns vollzogen. Die Grundsätze der Bevormundung, der vormundtschaftlichen Verwaltung und der Aufsicht über diese, sind zuvörderst aus den noch bestehenden oder künftig unter Unserer Genehmigung zu errichtenden Familienverträgen, auch aus dem nachzuweisenden Familienherkommen, in deren Ermangelung aber, aus den Landesgesetzen zu schöpfen.

Wo von Obrigkeitwegen die Ernennung eines Vormunds geschehen muß, erfolgt dieselbe von Uns unmittelbar auf den Antrag des Justizministers.

- b) In Fällen einer Erbvertheilung unter Mitgliedern der standesherrlichen Familie, bleibt die Auseinandersetzung, so lange deshalb kein Rechtsstreit entsteht, dem Haupt der Familie vorbehalten. Die Versiegelung, wo solche nöthig ist, geschieht in der Standesherrschaft von ihrer nächsten Gerichtsbehörde, außerhalb derselben von derjenigen des Orts, welche nach den Gesetzen dazu befugt ist. Die Entsiegelung und Inventur gehört überall vor diejenige Gerichtsbehörde, welche das Familienhaupt dazu erwählt.
- c) In allen Gegenständen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in welchen die Landesgesetze die Wahl der gerichtlichen Behörde den Interessenten nicht überlassen, ist in Beziehung auf die Standesherrn und deren Familien dasjenige Oberlandesgericht kompetent, vor welches die Sache nach den Landesgesetzen gehört.
- d) Die standesherrlichen Besitzungen werden in das Hypothekenbuch des Oberlandesgerichts eingetragen, unter welchem sie gelegen sind.

§. 20. In Polizeisachen sind die Standesherrn und die Mitglieder ihrer Familien verpflichtet, während ihres Aufenthalts innerhalb ihres standesherrlichen Bezirks nur nach den Anordnungen der Provinzialregierung, bei einem Aufenthalte außerhalb desselben aber auch nach den Anordnungen der Polizeibehörde des Orts sich zu richten. Unterrichtung in Polizeisachen.

§. 21. Nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung, sollen nicht nur die noch bestehenden Familienverträge der standesherrlichen Häuser aufrecht erhalten werden, sondern es soll auch diesen die Befugniß zustehen, fernerhin Verfügungen über ihre Familienverhältnisse und Güter zu treffen. Jene Familienverträge und diese Verfügungen bedürfen jedoch, ehe sie eine vor den Gerichten verbindliche Kraft erhalten, Unsere Genehmigung, welche Wir ihnen, auf vorhergegangene Begutachtung der Provinzialregierung und nach Familienverträge der Standesherrn.

nach den Umständen auch des Oberlandesgerichts, nicht versagen werden, sofern weder gegen die Rechte dritter Personen, noch auch gegen die Landesgesetze etwas darin enthalten ist. So weit es erforderlich ist, soll der Inhalt derselben durch Unsere Landesbehörden zur allgemeinen Kenntniß und Nachsicht gebracht werden.

II. Rechts-
verhältniß
der Ständes-
herren in Be-
ziehung auf
ihre Besit-
zungen und Ein-
künfte.

§. 22. Den Ständesherrn und ihren Familien bleiben in Absicht auf ihre Besitzungen, alle diejenigen Rechte und Vorzüge, welche aus ihrem Eigenthum und aus dessen ungestörtem Genuße herrühren.

Dahin gehört besonders, sofern die Lehnverbindung noch besteht, bei ihren inländischen Privataktivlehen die Lehnherrlichkeit, bei ihren inländischen Privatpassivlehen das ruhbare Eigenthum, sammt den damit verbundenen Rechten. Was diejenigen Lehnverhältnisse betrifft, in welchen ehemals einzelne Ständesherrn zu Kaiser und Reich standen, so sind solche bei Vorberlehen der Ständesherrn als aufgehoben, hingegen bei inländischen Reichsasterlehen der Ständesherrn, Aktiv- und Passivlehen, so weit diese inmittelst nicht allodifizirt worden sind, als fortdauernd zu betrachten.

Jagd- und
Fischer-ige-
rechtigkeit,
Berg- und
Hüttenwerke.

§. 23. Den Ständesherrn bleibt in ihren ständesherrlichen Bezirken die Benützung jeder Art der Jagd- und Fischereierechtigkeit, der Bergwerke, der Hütten- und Hammerwerke, so weit sie ihnen bereits zufließt, jedoch muß dieselbe nach den Landesgesetzen und den für deren Ausführung ergehenden Anordnungen der obern Staatsbehörden geschehen, auch darf dem Staate der durch Unser Edikt vom 21sten Juni 1815. vorbehaltene Vorkauf nicht verweigert werden.

Steuerfrei-
heit der Do-
mainen.

§. 24. Die Ständesherrn genießen bei ihren Domainen ohne Unterschied, ob dieselben in Domainialgrundstücken oder Gefällen bestehen, wenn sie schon vor Auflösung des deutschen Reichs zu ihrem nummehr ständesherrlichen Stamm- oder Familiengute gehört haben und von ihnen steuerfrei besessen worden sind, die gänzliche Befreiung von ordentlichen Grundsteuern. Diese Befreiung findet auch auf die außerhalb des ständesherrlichen Bezirkes gelegene Domainialgrundstücke und Gefälle Anwendung, wenn die vorbemerkten Bedingungen dabei vorhanden sind; ist nicht auszumitteln, ob die Domainen dieser Art vor Auflösung des deutschen Reichs zu ihrem Stammgute gehört haben, so soll dies im Zweifel zu Gunsten der Ständesherrn vermuthet werden.

Die Befreiung findet dagegen nicht statt:

- a) bei Gütern und Gefällen der Ständesherrn, welche vor Auflösung des deutschen Reichs nicht zu ihrem Stammgute gehört, oder welche sie erst nach jener Auflösung erworben haben.
- b) Auch kommt sie den Besitzern ihrer in fremde Hände gegebenen Lehnsgüter Erbleih- und Erbpachtgüter, so weit dieselben von ihrem dinglichen Rechte

Rechte oder ihrer Nutzung an jenen Gütern Grundsteuer zu entrichten haben, nicht zu flatten.

Die Standesherrn bleiben verpflichtet, von ihren Domainen zu außerordentlichen Steuern, namentlich zu Kriegssteuern, verhältnißmäßig beizutragen.

§. 25. Die grundherrlichen oder Patrimonial-Abgaben, sowohl Geldhe-
bungen als auch Naturallieferungen, bestehend in Gutsrekognitionen, Grund- oder Grund- oder Patrimonial-herliche e rechtliche
Bodenzinsen, Renten, Gütern, desgleichen Neubruch- oder Novalzehnten bei künftigen Urbarmachungen in solchen Bezirken, wo der Standesherr Universalzehntberechtigter ist, und dergleichen, sind den Standesherrn von ihren Patrimonialpflichtigen fernerhin zu entrichten, sofern solche nicht seit Auflösung des deutschen Reichs durch Vertrag, Urtheil, Verjährung oder ausdrückliches Gesetz aufgehoben worden.

Wo von der ehemaligen französischen, westphälischen oder bergischen Regierung, desgleichen in den von Nassau und Hessen-Darmstadt abgetretenen Landestheilen, durch die Gesetzgebung der vorigen Regierung, grundherrliche Abgaben oder Dienste ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben oder erlassen worden sind, da können in Beziehung auf einen Verlust, welchen die Standesherrn erlitten haben, keine andern Grundsätze eintreten, als welche wegen eines ähnlichen Verlustes bei Unfern Domainen oder allgemein bei allen Grundherrschaften zur Anwendung kommen. Dagegen sollen die Standesherrn auf die Abzüge, welche ihnen ihre Patrimonialpflichtigen an den Domainialgefällen, wovon sie die Steuerfreiheit genießen, wegen der seit dem Eintritt der Mediatisirung neu auferlegten Steuern gesetzlich zu machen berechtigt sind, aus Unfern Staatskassen entschädigt werden.

§. 26. Die in ihren standesherrlichen Bezirken und in ihren Domainen gelegenen Schlösser oder Häuser, welche zu ihrem Wohnsitz für beständig oder abwechselnd bestimmt sind, nebst den dazu gehörigen Nebengebäuden, Befreiung der Wohnsitz der Standesherrn von Einquartierung. sind frei von Einquartierung.

§. 27. Alle indirekten Steuern werden von den, durch Unsere Behörden bestellten Einnehmern erhoben und fließen auch in Unsere Kassen. In Erhebung direkter Steuern. Ab-
sicht derjenigen direkten Steuern, welche zur Zeit der Publikation Unseres Edikts vom 21sten Juni 1815. schon bestanden haben, geschieht die Erhebung unbeschadet und mit Vorbehalt jeder künftigen Aenderung in der innern Steuerverfassung von den Standesherrn durch die von ihnen zu bestellenden Einnehmer. Es treten hiebei, desgleichen wegen Verwendung dieser Steuern, folgende besondere Grundsätze ein:

- a) Die Erhebung der Steuern im standesherrlichen Bezirke geschieht in einer übereinstimmenden Form der Verwaltung wie in dem uns unmittelbar unterworfenen Gebiete. Es müssen daher die Einnehmer, welche die

Standesherrn bestellen, Unserer Finanzbehörde dieselbe Qualifikation nachweisen und Kaution leisten, wie diejenigen, welche von ihr unmittelbar ernannt werden; deshalb sind sie auch der Provinzialregierung zur Befähigung vorzuschlagen. Die Aufsicht und Kontrolle dieser verschiedenen Einnahmer steht dem Landrath des Kreises zu.

b) Das jährliche Einkommen an jenen direkten Steuern ist also zu verwenden

- 1) Zuerst ist daraus die Entschädigungsrente zu berichtigen, welche ein oder der andere Standesherr, in Gemäßheit der früheren Auseinanderlegung mit seinem vormaligen Souverain, oder vermöge Unseres Edikts vom 21sten Juni 1815., oder der gegenwärtigen Instruktion, etwa zu fordern hat; ferner soll
- 2) die jährliche Verzinsung und die allmähliche Tilgung der auf den standesherrlichen Bezirk übernommenen Staatsschuld daraus erfolgen;
- 3) ist der Bedarf auszumitteln, welchen außer den Kosten der Steuererhebung, die Verwaltung der Justiz und der Polizei, desgleichen die Aufsicht über Kirchen und Schulen, im standesherrlichen Bezirke, verglichen mit einem ähnlichen uns unmittelbar unterworfenen Gebiete desselben Regierungsbezirks nach einem billigen Anschlage fordert und dieser den Standesherrn ebenfalls auf die direkten Steuern anzuweisen.
- 4) Bleibt nach Abzug dieser Verwendungen noch ein Ueberschuß an direkten Steuern, so muß derselbe zu der Regierungshauptkasse abgeführt werden, reicht aber die Einnahme nicht zu, so ist das Fehlende aus den übrigen, von dem standesherrlichen Bezirke in die Regierungshauptkasse fließenden Einkünften zuzuschießen. Zu diesem Ende muß ein förmlicher Etat mit jedem Standesherrn angelegt werden.

§. 28. Wenn über die Frage: ob eine noch bestehende Abgabe grundherrlich sey, oder die Natur einer Steuer habe? zwischen Unsern Behörden und den Standesherrn Streit entsteht und dieselbe in Güte nicht zu vermitteln ist, so soll die Sache zur prozessualischen Erörterung vor die Gerichte gewiesen, von diesen aber im Zweifel für den Standesherrn entschieden werden.

Gerichts-
nutzungen.

§. 29. Gerichtsnutzungen, welche in der Provinz, wo die Standesherrschaft gelegen ist, vorkommen, fallen den Standesherrn zu, sofern sie nicht nach den Grundsätzen des Allgemeinen Landrechts Th. II. Tit. 17. §. 113. bis 126. dem Staate oder den Armenkassen vorbehalten sind. Zu den dem Staate vorbehaltenen Nutzungen gehören die fiskalischen Strafen, besonders in Steuerkontraventionsachen.

Genuß der
Dispensa-
tions- und
Konfessions-
Gelder.

§. 30. Die Standesherrn beziehen die gesetzlich zulässigen Dispensations- und Konfessionsgelder, so weit sie vermöge der ihnen zustehenden Ausübung

Abung von Polizei- und Konsistorial-Rechten, nach Inhalt der Landesgesetze, Dispensationen und KonzeSSIONen zu erteilen befugt sind.

§. 31. Hat ein Standesherr Brückengeld, Pflaster-, Wege- oder ^{Brücken- und Chaussee-Geld.} Chausseegeld und ähnliche zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten bestimmte Abgaben hergebracht, oder wird er künftig dazu berechtigt, so ist der Ertrag dieser Abgabe zunächst zu dem bestimmten Zwecke zu verwenden. Von diesen Abgaben ist der Standesherr für sich und die Mitglieder seiner Familie innerhalb des standesherrlichen Bezirks befreit, wenn er dieselben auch nicht bezieht.

§. 32. Es steht den Standesherrn frei, für ihre Person und Familie ^{Rechte der Standesherrn in Beziehung auf Kommunal-laffen.} in Absicht aller persönlichen Beziehungen und Leistungen aus der Verbindung mit den Gemeinden auszuscheiden.

Auch sollen die im Kommunalverbande begriffenen Besitzungen der Standesherrn, bei welchen sie die Befreiung von der ordentlichen Grundsteuer genießen, in Absicht aller Kommunalrechte und Verbindlichkeiten, so weit nicht Verträge oder ergangene Urkate ein Anderes besonders festsetzen, den königlichen Domainen derselben Provinz unter einerlei Verhältnissen gleich geachtet werden.

Wegen der bis zu dem Eintritt dieser Veränderung in einem und dem andern Falle etwa schon erworbenen Rechte, bleibt die Auseinandersehung den Interessenten vorbehalten.

§. 33. Gemeindeabgaben, so weit sie in der Lokal-, Provinzial- oder Allgemeinen Landesverfassung gegründet sind, fließen sie in die Kasse der betreffenden Gemeinde und werden unter standesherrlicher Aufsicht, zum Besten der Gemeinde verwendet.

§. 34. Frohnen- oder Patrimonialdienste, namentlich Hand- ^{Dienste der Standesherrn in ihren Unter-laffen.} und Spanndienste, desgleichen Gerichtsdienste und niedere Polizeidienste, in der vor Auflösung des deutschen Reichs hergebrachten Art, so weit unterdessen durch Vertrag, Urtheil, Verjährung oder Gesetze keine Aufhebung oder Veränderung erfolgt ist, haben die standesherrlichen Untersassen ihrer Standesherrschaft, Gemeindedienste, den Gemeinden wozu sie gehören, Staats-dienste, allein Uns, auf die Anordnung Unserer Behörden, zu leisten.

§. 35. In Absicht auf Erhebung und Beitreibung der von den Standesherrn zu beziehenden Steuern, Nutzungen und Abgaben, wie auch ihrer ^{Rechte der Standesherrn.} liquiden Domainengefälle, bei letztern, jedoch nur auf einen zweijährigen Rückstand, desgleichen zu ordnungsmäßiger Benutzung der ihnen zu leistenden Lehn-, Frohn- und Gerichtsdienste, genießen die standesherrlichen Behörden bei gleichen Pflichten, dieselben Rechte, welche Unsern für die Beziehung solcher Abgaben und Dienste angeordneten Behörden zukommen.

§. 36. In Rechtsstreitigkeiten eines Standesherrn mit seinen Domainalpächtern, Abgabe- oder Dienstpflichtigen, Schuldneern und Gläubigern ^{b. in Absicht ihrer Vertretung bei den Rön-}



darüber entscheiden können diejenigen seiner Domanal-, Rent- oder Verwaltungsbehörden, in deren amtlichen Wirkungskreis die Sache einschlägt, für ihn als Haupt- oder Nebenparteien gerichtlich auftreten. Diese bedürfen hierzu keiner besondern Legitimation, wenn die Behörde ein standesherrliches Kollegium bildet, oder der Einzelne für sein Amt gerichtlich verpflichtet ist.

Allgemeines
Verhältnis
zu den stan-
desherrlichen
Untersassen.

§. 37. Die standesherrlichen Untersassen haben als Landesunterthanen Uns und Unsren Nachfolgern in der Regierung in derselben Art, wie die übrigen Einwohner der Provinz, die Huldigung zu leisten. Bei Aufnahme neuer Untersassen und so oft eine Veränderung in der Person des zur Ausübung der Standesherrlichkeit berechtigten Hauptes der Familie erfolgt, kann aber auch ein Standesherr von seinen Untersassen die Untersassenspflicht in folgender Art sich angeloben lassen:

daß sie nächst der Uns, als ihrem regierenden Landesherrn schuldigen Unterthanenpflicht dem (Namen) Standesherrn, als ihrer standesherrlichen Obrigkeit, gebührende Achtung und Gehorsam jederzeit erweisen wollen.

III. Aus-
übung bestimm-
ter Regie-
rungsrechte
durch die
Standesherr-
ren.

§. 38. Den Standesherrn steht die Ausübung bestimmter Regierungsrechte, nach den Landesgesetzen und nach den für deren Ausführung ergehenden Anordnungen der betreffenden Oberbehörden unter deren Aufsicht zu. Diese Rechte sind folgende:

1. Standesherrliche Gerichtsbarkeit.

§. 39. Es gebührt ihnen in ihren Standesherrschaften die Ausübung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, sowohl in streitigen als nicht streitigen Sachen, der peinlichen, desgleichen auch der polizeilichen und der Forstgerichtsbarkeit, wo diese besonders bestehen. Königl. Beamte und alle Eximirte sind, wenn sie auch in der Standesherrschaft wohnen, von der standesherrlichen Gerichtsbarkeit ausgenommen.

Gerichte
zweiter In-
stanz.

§. 40. Diejenigen Standesherrn, welche während der deutschen Reichs-Verbindung für ihren jezt standesherrlichen Bezirk die Rechtspflege auch in zweiter Instanz ohne Widerspruch der höchsten Reichsgerichte ausgeübt haben, sollen, sofern sie es verlangen, auch in Zukunft dazu berechtigt seyn, wenn zu den Kosten für das Behuf der zweiten Instanz zu bestellende Kollegium, welche durch die Sporteln und andere Gerichtsnutzungen nicht auffommen, der oben (§. 27. Litt. b. Nr. 3.) angewiesene Fond, neben andern daraus zu bestreitenden Verwaltungskosten, hinreicht oder sie das Fehlende aus Privatmitteln zuschießen. Standesherrn, die als Agnaten zu Einem Hause gehören, können auch zu ihrer Erleichterung ein gemeinschaftliches Appellationsgericht für ihre Standesherrschaften errichten.

Organisa-
tion der stan-
desherrlichen
Gerichte.

§. 41. Die standesherrlichen Gerichte erster Instanz müssen mindestens aus einem Richter und Aktuar, die standesherrlichen Obergerichte mindestens aus einem Direktor, zwei Mitgliedern, und einem Beisitzer, desgleichen

chen aus einem verhältnißmäßigen Subalternpersonal bestehen. Auch haben sie die Qualifikation nachzuweisen, wovon die Anstellung der Richter bei Unfern Unter- und Obergerichten gesetzlich abhängt.

§. 42. Für jedes standesherrliche Gericht erster Instanz, wenn kein standesherrliches Appellationsgericht vorhanden ist, außerdem aber für dieses, bildet Unser Oberlandesgericht derselben Provinz die unmittelbar höhere Instanz. Kompetenz der standesherrlichen Gerichte: a. in Civilsachen.

Das standesherrliche Obergericht ist die erste Instanz für die standesherrlichen Beamten, mit Ausnahme des Direktors, der Räte und Beisitzer des Obergerichts, welche ihren Gerichtsstand auch in erster Instanz bei dem Oberlandesgerichte der Provinz haben. Vor diesem nehmen auch alle standesherrlichen Beamten in erster Instanz Recht, wo kein besonderes standesherrliches Obergericht gebildet wird.

§. 43. In peinlichen Sachen wird das erste Erkenntniß von dem standesherrlichen Obergericht abgefaßt, die zweite Instanz ist vor Unserm Oberlandesgerichte. Existirt aber in einer Standesherrschaft kein Obergericht, sondern nur ein Untergericht, so hat selbiges in allen Fällen, wo auf eine höhere Strafe als vierwöchentliches Gefängniß, Fünfzig Thaler Geldbuße oder eine leichte Züchtigung erkannt wird, das Erkenntniß mit den Akten an das vorgesezte Oberlandesgericht einzusenden, welches alsdann nach der Vorschrift Unserer Kriinalordnung §. 513. auch in den Provinzen, wo selbige noch nicht publizirt ist, zu verfahren hat. b. in peinlichen Sachen.

§. 44. Die standesherrlichen Untergerichte stehen zunächst unter der Aufsicht der standesherrlichen Obergerichte, beide aber unter der Aufsicht Unseres Oberlandesgerichts, zu dessen Bezirk sie gehören. Aufsicht über die standesherrlichen Gerichte.

§. 45. Den Standesherrn steht ferner in dem ganzen Umfange ihrer standesherrlichen Bezirke, auch über eximirte Personen, die niedere Polizei bis zur Grenze zu, wie solche von Unsern Regierungen durch die Landräthe verwaltet wird. Sie üben dieselbe aus: 2. Standesherrliche Polizeiverwaltung.

- a) durch Lokal-Polizeibeamte in derselben Art, als es unter gleichen Umständen unmittelbar in Unserm Rahmen geschieht;
- b) durch einen Oberbeamten, welcher unter dem Titel eines standesherrlichen Polizei- oder Regierungs-Raths die Aufsicht und Leitung der Lokal-Polizei-Aemter führt und die Gewalt ausübt, welche Unsern Landräthen zusteht.
- c) Die Aufsicht über die Stadt- und Dorf-Kommunen in den standesherrlichen Bezirken, desgleichen die Konkurrenz der Standesherrn bei der Wahl und Anstellung der Vorgesetzten und Beamten jener Kommunen, muß sich innerhalb derselben Grenzen halten, welche die bereits bestehenden oder noch zu erlassenden Gemeindeordnungen Unsern Regierungen

gen und Landrathen, in Beziehung auf die Uns unmittelbar unterworfenen Gemeinden vorschreiben.

Der unter b. gedachte Oberbeamte muß die Qualifikation eines Landraths nachweisen.

Wollen die Standesherrn von der Befugniß zur Anstellung eines solchen Oberbeamten wegen der für seinen Unterhalt erforderlichen Kosten, keinen Gebrauch machen, so geht die demselben unter b. beigelegte Ausübung der Polizei auf Unsern Landrath über.

§. 46. Die in der Standesherrschaft für ausübende innere und äußere Heilkunde und für Geburtshülfe nöthigen Beamten können von den Standesherrn, bei vorher nachgewiesener Qualifikation, angestellt werden.

§. 47. Die standesherrlichen Polizeibehörden sind in dem Maaße, als es im Amte Unserer denselben korrespondirenden unmittelbaren Beamten liegt, eben so befugt als verpflichtet, die zur Ausführung Unserer Polizeigesetze und der Polizeiverordnungen Unserer Oberbehörden nöthigen Anstalten zu treffen und Befehle zu erlassen, auch Polizeivergehen durch gesetzmäßige Strafen zu ahnden.

§. 48. Polizeistrafen, zu deren Festsetzung, und wenn sie in Gelde bestehen, zu deren Erhebung die standesherrlichen Behörden befugt sind, können auch bei vorwaltenden untadelhaften Ursachen von der Standesherrschaft gemildert oder ganz erlassen werden.

Forstpolizei.

§. 49. Die Handhabung der niedern Forstpolizei, auch außer den ihnen ausschließlich zugehörigen Waldungen, in dem ganzen Umfange des standesherrlichen Bezirks, gehört ebenfalls zu den Gerechtsamen der Standesherrn.

Sie üben sie durch Forstbeamte aus, deren Qualifikation Unserer Provinzialregierung nachzuweisen ist. In Rücksicht auf Kommunalwaldungen müssen auch die standesherrlichen Behörden die Schranken beobachten, welche die Gesetze Unsern eigenen Behörden vorgeichnen.

Verhältniß
der standesherrlichen
Polizeibehörden.

a. zu dem
Landrathe
des Kreises.

§. 50. Der Landrath, welcher Unsere Gerechtsame verwaltet, ist nicht befugt an die Standesherrschaft oder an deren Polizeibehörden in polizeilichen Angelegenheiten Verfügungen zu erlassen, wohl aber sind die letzteren verpflichtet, ihm auf seine Requisition über alle Gegenstände der Polizeiverwaltung Auskunft zu geben. Er bleibt das Organ, durch welches die Provinzialregierung von dem Gange und dem Zustande dieses Zweiges der Verwaltung im standesherrlichen Bezirke Kenntniß nehmen kann.

b. zu der
Provinzial-
regierung.

§. 51. Der standesherrliche Oberbeamte für die Polizeiverwaltung, steht in derselben Art unter der Leitung und Aufsicht Unserer Regierungen, wie Unser Landrath. Es findet daher auch von seinen Verfügungen und Anordnungen derselbe Rekurs Statt.

§. 52.

§. 52. Das Kirchen-Patronatrecht und die Bestellung der Schullehrer haben die Ständesherrn, in so weit als ihnen das eine und die andere vor Auslösung des deutschen Reichs zustand und darin mittlerweile weder zu Gunsten einer Privatperson noch der Kirchengemeinde eine Veränderung vorgegangen ist.

3. Ständesherrliche Gerichtsbarkeit im Bereich auf Kirchen, Schulen und milde Stiftungen.

§. 53. Den Ständesherrn gebührt überdem im ganzen Umfange ihrer ständesherrlichen Bezirke, die Aufsicht über Kirchen, Schulen, Erziehungsanstalten und milde Stiftungen, insonderheit über gewissenhafte Verwaltung der diesen Gegenständen gewidmeten Fonds. Diese Aufsicht wird von ihnen durch besondere geistliche und Schul-Inspektoren ausgeübt.

Auch ist ihnen erlaubt, durch Vereinigung derselben mit dem Oberbeamten, welcher die Polizeiverwaltung führt und mit einem Mitgliede des ständesherrlichen Obergerichts, zu einem kollegialen Betrieb der dahin einschlagenden Geschäfte, ein besonderes Konsistorium zu bilden. Letzteres, oder wo ein besonderes Konsistorium nicht gebildet wird, der geistliche und der Schul-Inspektor, darf jedoch

- a) nichts vornehmen, was nach der Dienstinstruktion vom 23sten Oktober 1817. in den Wirkungskreis Unserer Konsistorien oder in katholischen Kirchensachen, Unseres Oberpräsidenten gehört. Hiebei können dieselben nur in Auftrag und auf Anweisung Unseres Konsistorii oder des Oberpräsidenten handeln. Der geistliche Inspektor vertritt für den ständesherrlichen Bezirk die Stelle des Superintendenten.
- b) Die Befugnisse der Ständesherrn und ihrer Konsistorialbehörden, beschränken sich einzig auf die Gegenstände, welche der §. 18. der Regierungs-Instruktion vom 23sten Oktober 1817. der besondern Kirchen- und Schulkommission zuweist.
- c) Auch hiebei stehen sie unter Aufsicht Unserer Provinzialregierung und der ebenbedachten Kommission, an welche die ständesherrliche Konsistorialbehörde zu berichten und von der sie Verfügungen anzunehmen hat.
- d) Diese Aufsicht tritt besonders darin ein, daß die Besetzung sämtlicher geistlichen und Schullehrer-Stellen, desgleichen die Bestätigung der von Privatpersonen dazu erwählten Subjekte, in soweit eine und die andere den Ständesherrn zusteht, nur unter Zustimmung Unserer verfassungsmäßig dazu geeigneten Oberbehörden geschehen kann.

§. 54. In Abticht der Kirchen-, Kollegial- oder Sozialrechte bei evangelischen Kirchengemeinden, kommen auch in den ständesherrlichen Bezirken die Grundsätze in Anwendung, welche künftig durch die Synodalordnung werden festgesetzt werden.

§. 55. Für die Ausübung der Gerichtsbarkeit der Polizeiverwaltung und der Konsistorialgerichtsbarkeit, nach Maaßgabe der vorhergehenden Bestimmungen des allgemeinen Verhältnisses der Ständesherrschaft.

herrellchen
Bezirkte zu
den Kreifen,
in Abficht der
Ausübung
der unterge-
ordneten Re-
gierungs-
rechte.

mungen, bilden die Standesherrfchaften zwar eigene Bezirke. Wir behalten Uns jedoch vor, dieselben theils unter fich, theils durch Verbindung mit einem Uns unmittelbar unterworfenen Gebiete, wiewohl für die obigen Verwaltungszweige als abgefonderte Territorien bestehend, zu landrätthlichen Kreifen zu vereinigen, je nachdem ein überwiegendes Interesse der höhern Verwaltung oder auch der in dem betreffenden Bezirke wohnenden Unterthanen das Eine oder das Andere rathfam macht. Der von Uns bestellte Landrath übt in dem standesherrlichen Bezirke alle den Standesherrn in dem Edikte vom 21sten Juni 1815. und in der gegenwärtigen Instruktion nicht zugetheilte, und daher Uns vorbehaltene Regierungsrechte in der verfassungsmäßigen Verwaltungsordnung aus. Wo er einer Mitwirkung der standesherrlichen Behörden für diesen Zweck bedarf, sind dieselben verpflichtet, auf die an die standesherrliche Oberbehörde von ihm ergehende Requisition, ihm alle dienstliche Hülfe, wie Unsere ihm unmittelbar untergeordneten Behörden zu leisten. Zu jenen Uns vorbehaltenen Rechten gehören besonders die Geschäfte, welche die Aushebung zu Unserm Kriessheer und die Landesbewaffnung im Allgemeinen, ferner die direkten und indirekten Steuern angehen.

Publikation
der Gesehe
und der Ver-
ordnungen
vorgeseher
Behörden in
den standes-
herrlichen
Bezirken.

§. 56. Die Publikation Unserer Gesehe und aller auch auf die standesherrlichen Bezirke anwendbaren Verordnungen Unserer Oberhöhen, geschieht durch die Gesehsammlung und die Amtsblätter eben so für die Standesherrfchaften als für den übrigen Regierungsbezirk, zu welchem sie gehören. Auch haben die standesherrlichen Beamten, wenn diese Uns zugleich verpflichtet werden, in denselben Verhältnissen als Unsere unmittelbaren Beamten die Gesehsammlung und Amtsblätter auf ihre Kosten zu halten.

Verhältnis
der standes-
herrlichen
Beamten im
Allgemeinen.

§. 57. Die Beamten, welche die Standesherrn für die Ausübung aller ihnen überlassenen untergeordneten Regierungsrechte ernennen, sind zugleich als Staatsdiener zu betrachten. Daher

- a) bedürfen sie alle mit dem Nachweise gleicher Qualifikation, auch der Bestätigung derjenigen Unserer Behörden, von welchen die Anstellung Unserer unmittelbaren Beamten gleicher Kategorie abhängt. Diese Bestätigung ist nicht nöthig bei den Subalternen in dem Kanzlei- und Registratur-Dienste;
- b) sie werden in ihrem Amts- oder Dienstleide auch Uns vor den Standesherrn dahin verpflichtet:

daß sie Uns und allen Unsern Nachfolgern in der Regierung treu, gehorsam und unterthänig seyn, nach ihren Kräften Unsern Schaden abwenden und Nutzen befördern, das ihnen anvertraute Amt nach den Landesgesetzen treu, fleißig und gewissenhaft verwalten, die von den ihnen vorgesetzten Behörden ihnen zukommenden Aufträge, Befehle und Weisungen gebüßig vollziehen und die durch Unser Edikt vom 21sten Juni 1815. und gegenwärtige Instruktion festgestellten Rechts-

Rechtsverhältnisse überall gebührend beachten wollen; auch daß sie dem (Namen) Standesherrn als ihrer Standes- und Dienstherrschaft, so wie dessen Nachfolgern, alle schuldige Treue und gebührenden Gehorsam jederzeit erweisen, desselben Bestes möglichst befördern, seinen Schaden aber abwenden wollen.

- c) In Hinsicht auf Entlassung, Versetzung, Pensionirung, Suspension, und Entsetzung, genießen sie dieselben Rechte, wie Unsere für gleichen Zweck angestellten Beamten, stehen jedoch denjenigen von diesen, welche gleichen Amts-Charakter mit ihnen haben, im Range nach.
- d) Wegen des Beitritts zur allgemeinen Wittwenkasse gelten bei ihnen dieselben Bestimmungen, wie bei Unsern Staatsdienern.
- e) In den Verhandlungen standesherrlicher Behörden mit solchen Unserer Behörden, die ihnen nicht vorgesetzt sind, ist wechselseitig die Form des Ersuchens, der Empfehlung und der Mittheilung zu beobachten.

§. 58. Eine unmittelbare Einwirkung in die materielle Geschäftsführung ihrer Beamten und Behörden, steht den Standesherrn nicht zu. Wohl aber sind sie befugt, von denselben Auskunft und Bericht zu erfordern, Unordnungen und Verzögerungen durch schriftliche Ermahnungen und Befehle, auch durch Ordnungsstrafen, welche letztere ihnen jedoch gegen die Einnahmer der direkten Steuern und gegen richterliche Beamte nicht zukommen, bis zu dem Maasse, als Unsere Regierungen sie androhen und verfügen können, entgegen zu wirken und alles dasjenige zu veranstalten, was dem formellen Geschäftsbetrieb förderlich ist. Gebühren, welche ihre Behörden beziehen, desgleichen Strafen für Polizei-, Forst- und Jagd-Vergehen, welche von diesen festgesetzt werden, können sie auch unmittelbar erlassen.

§. 59. So weit zur Bestreitung des Aufwands, welcher auf die einem Standesherrn überlassene obrigkeitliche Verwaltung an Besoldungen, Pensionen und sonstigen Bedürfnissen und Ausgaben zu machen ist, weder die besonderen Einnahmen, welche einzelnen Zweigen jener Verwaltung gewidmet sind, z. B. die Gerichtsnutzungen, noch auch der oben (27. h. 3.) bestimmte Betrag aus den Steuern nicht hinreichen, ist das Fehlende von dem Standesherrn aus eigenen Mitteln beizuschließen.

§. 60. Für ihren Hausstaat, für die Verwaltung ihrer Domänen, ihrer Lehn- und Patrimonial-Gerechtsame, für alle ihre Familien- und Privat-Angelegenheiten, können die Standesherrn aus ihren Mitteln eigene Diener anstellen, bei ihren Gerichten eidlich verpflichten lassen, auch denselben Titel beilegen, welche ihren standesherrlichen Verhältnissen und dem amtlichen Wirkungskreis der Diener angemessen sind. Auch steht ihnen frei, drei oder mehrere dieser Diener für die Beforgung der ebengedachten Angelegenheiten in ein Kollegium als Rentkammer oder Domainenkanzlei zu vereinigen.

Ausführung der mit der Ausübung standesherrlicher Regierungsbefugnisse verbundenen Kosten.

Beamte für Privatangelegenheiten der Standesherrn.

Will ein Standesherr zu diesen Geschäften auch eines und des andern standesherrlichen, zugleich für den Staatsdienst angestellten Beamten sich bedienen, so muß zur Vermeidung einer Pflichtenkollision, die Genehmigung der vorgesetzten Provinzialbehörde eingeholt werden.

§. 61. Das Verhältniß der im vorigen §. erwähnten Diener zu der Dienstherrschaft ist bloß privatrechtlich. Ueber gegenseitige Rechte und Verbindlichkeiten, auch in Absicht der Entlassung und Dienstveränderung, entscheidet allein der Dienstvertrag, und wenn darüber Streit entsteht, das kompetente Gericht.

IV. Veräußerung der Rechte der Standesherrn und zwar a. der Eigenthumsrechte.

§. 62. Veräußern kann ein Standesherr seine Eigenthumsrechte und die davon herrührenden Einkünfte, namentlich seine Domainen- und Privatgüter, seine Bergwerke, Hütten- und Hammerwerke, seine Jagd- und Fischerei-Gerechtigkeit, seine Rechte auf Patrimonialabgaben und Patrimonialdienste, also Grund- und Bodenzinse, Renten, Gülden und Zehnten, Hand- und Spanndienste, seine Patronatrechte, seine Erbzins- und Lehnsherrschaft u. alles dieses mit Beobachtung derjenigen Formlichkeiten, welche seine Familienverfassung, das etwaige Lehnverhältniß und die Landesgesetze vorschreiben.

Die Befreiung der Domainen und Domainengefälle von ordentlichen Steuern, so wie diejenige der standesherrlichen Schlösser oder Wohnhäuser von Einquartierung, geht auf den neuen Erwerber nur dann über, wenn derselbe ein ebenbürtiges Mitglied der Familie des Veräußerers ist.

b. der Standesherrlichkeit.

§. 63. Was die Veräußerung der Standesherrlichkeit betrifft, so kann:

- a) dieselbe an ebenbürtige Mitglieder der Familie des Veräußerers unter Beobachtung der durch Landesgesetze, etwaiges Lehnverhältniß und Familienverfassung gebotenen Formlichkeiten, ebenfalls mit voller Wirkung geschehen; soll aber
- b) eine solche Veräußerung an ebenbürtige Mitglieder anderer standesherrlichen Familien gemacht werden, so muß, ehe dieselbe rechtliche Wirkung erhält, in allen Fällen Unsere Genehmigung hinzukommen.
- c) Erfolgt die Veräußerung der Standesherrlichkeit an ein ebenbürtiges Mitglied der standesherrlichen Familie, so wird der Veräußerer, auch in Ansehung aller persönlichen standesherrlichen Vorrechte, einem bloßen Mitglied der Familie gleich; erfolgt sie aber
- d) an ein ebenbürtiges Mitglied einer andern standesherrlichen Familie, so behalten Wir Uns, nach den Umständen des besondern Falls, die nähere Bestimmung über die Wirkungen der Veräußerung auf die bloß durch Unser Edikt vom 21sten Juni 1815. begründeten persönlichen Vorzüge des Veräußerers und seiner Familie vor.

§. 64.

§. 64. In Absicht der Schulden der Standesherrn und ihrer Bezirke v. <sup>a. Auseinander-
setzung
mit den
Standes-
herren,
wegen der
Schulden.</sup> ist die Auseinandersehung, wenn sie nicht bereits geschehen, nach folgenden Grundsätzen zu bewirken:

- a) Persönliche oder Privatschulden der Standesherrn, desgleichen ihre Domainen- und Kammereschulden bleiben ihnen zur Last mit dem einer jeden Schuldforderung zukommenden Rechtsverhältniß.
- b) Die Amts- und Gemeindegeldschulden haften auf den Amts- und Gemeinde-Kassen.
- c) Als Staats- oder Landesgeldschulden sind solche anzusehen, welche vor der Auflösung des deutschen Reichs nach ihrer Entstehung und Verwendung zum Besten des Landes, verfassungsmäßig auf der Steuerkasse hafteten. Ihre Verzinsung und Tilgung beruht gegenwärtig auf den aus dem standesherrlichen Bezirke auftretenden direkten und bei deren Unzulänglichkeit, auf den übrigen Steuern.
- d) Schulden, die durch Landeskriegskosten entstanden sind, finden in den standesherrlichen Bezirken eine gleiche Behandlung, als ähnliche Schulden desselben Regierungsbezirks.
- e) Schulden, welche durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803. auf Entschädigungsbesitzungen eines Standesherrn angewiesen sind, namentlich sowohl Landes- als Kammereschulden vormaliger geistlicher reichsständischer Landesherren und geistlicher Korporationen, müssen mit Rücksicht auf den Inhalt des Reichsdeputationschlusses und der späterhin bis zur Auflösung des deutschen Reichs in einzelnen Fällen etwa geschlossenen Verträge, welchen kein Eintrag geschehen soll, nach obigen (a—d) Grundsätzen behandelt werden.
- f) Schulden des deutschen Ordens und des Johanniterordens, welche auf eingezogenen Ordensgütern haften, fallen den Standesherrn zur Last, wenn sie die Güter eingezogen und besizen oder doch besessen, und ohne weitem Vorbehalt veräußert haben.
- g) Entsteht Streit über die Natur der Schulden, und findet keine gütliche Vereinigung Statt, so gehört die Entscheidung vor die Gerichte, welche, wenn das Verhältniß nicht näher aufzuklären ist, im Zweifel, ob eine Schuld als eine dem Standesherrn zur Last fallende Kammereschuld oder als eine Landesgeldschuld zu betrachten sey, zu Gunsten des Standesherrn erfolgen soll.

§. 65. Bei der Auseinandersehung wegen der Pensionsansprüche, <sup>b. wegen der
Pensionen.</sup> welche gegenwärtig aus irgend einem Titel erhoben werden, kommen folgende Grundsätze in Anwendung:

- a) Personen die wegen geleisteter Staatsdienste in den jezo Unserer Hoheit unterworfenen standesherrlichen Bezirken, nach den von Uns erlassenen Be-

Bestimmungen, auf eine Pension Anspruch machen können, empfangen dieselbe aus den in Unsere Kasse fließenden Einnahmen des standesherrlichen Bezirks.

- b) Personen, welche bei der Verwaltung der Domänen und grundherrlichen Gerechtsame, oder bei der Person des Standesherrn oder für dessen Privatgeschäfte angestellt gewesen waren, können, wenn ihnen überhaupt ein Anspruch auf Pension zusteht, diese nur von dem Standesherrn verlangen.
- c) Waren die Dienste des Pensionsuchenden gemischter Art, so ist mit Rücksicht auf das frühere korrespondirende Gehalt nur ein verhältnißmäßiger Beitrag zur Pension auf Unsere Staatskassen zu übernehmen.
- d) Die auf dem Reichsdeputationschlusse beruhenden Pensionen, welche den Standesherrn wegen eingezogener Dom- und anderer geistlichen Stifter und Klöster, mit Rücksicht auf die davon unterhabenden Besitzungen zur Last fallen, es mögen die Stifter und Klöster vor oder nach Auflösung des deutschen Reichs eingezogen seyn, müssen vom 1sten November 1813. ab, nach den Grundsätzen des Reichsdeputationschlusses von den Standesherrn an die Pensionsberechtigten gezahlt werden. Ist in Gemäßheit des Reichsdeputationschlusses eine Theilung der Besitzungen einer eingezogenen geistlichen Korporation geschehen, so tragen die Standesherrn nur nach Verhältniß des auf sie gefallenen Antheils zu den Pensionen bei; Streitigkeiten, welche über die Anwendung der Grundsätze des Reichsdeputationschlusses zwischen den Pensionsberechtigten und den Standesherrn oder zwischen diesen und Unserm Fiskus entstehen, gehören, wenn sie in der Güte nicht ausgeglichen werden können, zur Entscheidung der Gerichte.
- e) Dieselben Grundsätze (d.) finden wegen der Pensionsansprüche der Mitglieder und Angehörigen des deutschen und Johanniterordens in Absicht der bei der Einziehung in den Besitz von Standesherrn übergebenen Ordensgüter in Anwendung.

Wir tragen Unserm Staatsministerium hierdurch auf, nach dem Inhalt der vorstehenden Instruktion, die vormalig unmittelbaren deutschen Reichsstände in die vollständige Ausübung und in den Genuß aller ihnen zustehenden Gerechtsame einzuführen, zu dem Ende das Weitere mit einem jeden derselben einzuleiten, auch die betreffenden Provinzialbehörden zur genauen Beachtung der festgestellten Rechtsverhältnisse anzuweisen.

Gegeben Berlin, den 30sten Mai 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein. v. Kirchseiffen. v. Bülow.
v. Schuckmann. v. Lottum. v. Klewitz. v. Schöler.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 10. —

(No. 608.) Verordnung wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in dem mit den Preussischen Staaten vereinigten Herzogthum Sachsen. Vom 16ten Juni 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Wir in dem mit Unseren Staaten vereinigten Herzogthum Sachsen bereits durch das Patent vom 15ten November 1816. §. 16. eine besondere Verordnung über das Hypothekenwesen Uns vorbehalten, und diese Ankündigung auch auf die Ämter Heringen und Kelbra durch die Verordnung vom 20sten Oktober 1819. erstreckt haben; so verordnen Wir gegenwärtig, nach erforderten Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Es sollen hierdurch die Allgemeine Hypothekenordnung vom 20sten Dezember 1783. nebst den spätern Gesetzen, wodurch dieselbe erläutert oder abgeändert ist, in den erwähnten Landestheilen unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen Gesetzeskraft erhalten.

L. Einführung der Preussischen Hypotheken-Gesetze.

§. 2. Der Erwerb von Hypothekenrechten vor Einführung des Allgemeinen Landrechts und der Gerichtsordnung ist lediglich nach dem zur Zeit dieses Erwerbes geltenden Recht zu beurtheilen.

II. Von den vor der gegenwärtigen Verordnung erworbenen Hypotheken. A. Allgemeine Grundsätze.

§. 3. Auch wenn seit Einführung dieser Gesetze bis zur Gesetzeskraft der gegenwärtigen Verordnung ausdrückliche oder vertragsmäßige Hypotheken errichtet worden sind, so soll die Gültigkeit ihrer Bestellung nach dem frühern Recht beurtheilt werden.

§. 4. a) Desgleichen soll der Erwerb stillschweigender oder gesetzlicher Hypotheken in diesem Zeitraum in sofern nach dem frühern Recht beurtheilt werden, daß das Realrecht derselben auch ohne gerichtlichen Konsens und ohne Eintragung angenommen werden soll.

Zahrgang 1820.

P

b) Da-

(Ausgegeben zu Berlin den 27ten Juni 1820.).

b) Dagegen soll auch schon für diesen Zeitraum lediglich nach Unfern Gesehen bestimmt werden, welche Hypotheken als stillschweigende oder gesetzliche anzusehen sind, und von wem sie erworben werden konnten.

B. Uebertragung in die künftigen Hypothekenbücher.

§. 5. Diejenigen Gläubiger, welchen nach den Grundsätzen der §§. 2 — 4. ein älteres Hypothekenrecht zusteht, haben solches vor dem 1sten Januar 1822. bei der kompetenten Hypothekenbehörde anzumelden, und denselben die zur Begründung ihres Anspruchs dienenden Urkunden und Beweismittel zu übergeben.

§. 6. Sie erlangen durch diese Anmeldung das Recht, in dem künftigen Hypothekenbuche mit derjenigen Priorität eingetragen zu werden, welche ihnen nach den früheren Gesetzen zukam, ohne Rücksicht darauf, wer sich unter mehreren derselben, innerhalb des im §. 5. bestimmten Zeitraums, früher angemeldet haben möge.

§. 7. Die Hypothekenbehörde verfertigt sogleich nach dem 1sten Januar 1822. eine Tabelle aller ältern Hypotheken, welche bei ihr in Gemäßheit des §. 5. angemeldet und dargethan seyn werden, und stellt dieselben mit Benutzung der ihr vorliegenden Nachrichten in die durch §. 6. bestimmte Ordnung. Diese Tabelle muß spätestens bis zum 1sten Juli 1822. vollendet seyn.

§. 8. Vom 1sten Juli bis zum 31sten August 1822. steht es allen Interessenten frei, diese Tabelle einzusehen, und ihre Erinnerungen dagegen der Hypothekenbehörde anzuzeigen.

Nach Ablauf dieser Zeit können keine Erinnerungen mehr vorgebracht werden.

§. 9. Hierauf trägt die Hypothekenbehörde unverzüglich alle diese Hypotheken in das nach Vorschrift der Hypothekenordnung einzurichtende Hypothekenbuch ein, und legt dabei die im §. 7. vorgeschriebene Tabelle zum Grunde.

Sind in Gemäßheit des §. 8. Erinnerungen angebracht worden, welche nicht sogleich als völlig unbegründet erkannt werden, so werden dieselben in Form einer Protestation vermerkt, sämtliche Interessenten werden davon benachrichtigt, und es wird denselben überlassen, ihre Ansprüche im Wege Rechts wahrzunehmen, dergestalt, daß der Abschluß des Hypothekenbuchs dadurch nicht aufgehalten werden darf.

§. 10. Sobald die Hypothekenbehörde das Hypothekenbuch vollendet hat, macht sie dieses durch das Amtsblatt der Regierung bekannt.

C. Behandlung der ältern Hypotheken bis zur Vollendung der Hypothekenbücher.

§. 11. So lange die im §. 10. vorgeschriebene Bekanntmachung noch nicht erfolgt ist, soll dennoch jeder Gläubiger, welcher sich zur Eintragung gehörig angemeldet hat, sein Recht gegen einen dritten Besitzer verfolgen können.

§. 12. Desgleichen erlangt ein solcher Gläubiger durch die gehörige Anmeldung das Recht, im Fall eines Konkurses, in die dritte Klasse gesetzt zu werden.

§. 13.

§. 13. Selbst nach eröffnetem Konkurse soll ein jeder Gläubiger, welcher vor der gegenwärtigen Verordnung ein Hypothekenrecht erworben hatte, die Anmeldung desselben nachzuholen, und dadurch die dritte Klasse zu erhalten befugt seyn, so lange der 1ste Januar 1822. noch nicht eingetreten ist.

Von diesem Tage an hat ein solcher Gläubiger dieses besondere Recht nicht mehr, und wird im Konkurse lediglich nach Unfern allgemeinen Gesetzen beurtheilt.

§. 14. Von der im §. 10. vorgeschriebenen Bekanntmachung an ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu beurtheilen.

III. Von den künftig zu erwerbenden Hypotheken.

§. 15. Sollen vor diesem Zeitpunkt, vor- jetzt an, neue Hypothekenrechte erworben werden, so sind dieselben ohne Unterschied, ob sie durch Verträge oder unmittelbar durch gesetzliche Bestimmung entstehen, zur künftigen Eintragung anzumelden. Die Hypothekenbehörde hat die angemeldete Hypothek zu prüfen, und nach befundener Richtigkeit dem Gläubiger eine Rekognition, daß dieselbe völlig zur Eintragung geeignet und vorbereitet ist, auszufertigen.

§. 16. In das Hypothekenbuch selbst werden sie demnächst in der Art eingetragen, daß sie sämmtlichen älteren gehbrigg angemeldeten Hypotheken nachstehen, unter einander aber nach der Zeit der Anmeldung geordnet werden.

§. 17. Wenn diese künftigen Hypotheken solchergestalt angemeldet und mit einer gerichtlichen Rekognition versehen seyn werden, so soll ihnen auch schon vor der wirklichen Vollendung der Hypothekenbücher das Realrecht und das Recht der dritten Klasse eben so, wie es in §§. 11. und 12. für die ältern Hypotheken bestimmt worden ist, zukommen. Ihre Priorität wird alsdann nach Vorschrift des §. 16. festgesetzt.

§. 18. Die durch das sächsische Lehnsmandat vom 30sten April 1764. für die Allodialgüter bestimmte Beschränkung der Verpfändung auf zwei Drittel des Werthes, soll bei der Errichtung künftiger Hypotheken nicht mehr beachtet werden.

§. 19. Alle Grundeigenthümer, desgleichen alle Inhaber solcher dinglichen Rechte an einem Grundstück, für welche nach Unfern allgemeinen Gesetzen die Eintragung erforderlich ist, werden hierdurch aufgefordert, ihre Rechte vor dem 1sten Januar 1822. bei der Hypothekenbehörde anzumelden.

IV. Von den übrigen einzutragenden Rechten.

§. 20. Es ist für jeden Besitzer eines unbeweglichen Eigenthums eine Zwangspflicht, seinen Besitztitel zu berichtigen. Dem gemäß ist jeder Besitzer schuldig, in den durch die Behörden ihm vorher zu bestimmenden Terminen und Fristen sich gehörig zu melden, den Rechtsgrund nachzuweisen, worauf sich sein Eigenthum oder Besitz gründet, und die darüber sprechenden Urkunden, Kauf-, Tausch-, Erbziins- oder Erbpachtskontrakte, Testamente, Erbtheilungen

lungen oder wie sie sonst Namen haben, in beweisender Form vorzulegen. Wer diesen Auflagen ungehorsamer Weise kein Genüge leistet und seinen Besitztitel nicht höchstens bis zum Ablauf des Jahres 1821. nachweist, soll durch fiskalische Strafen zu seiner Obliegenheit nachdrücklich angehalten werden, und der Erleichterungen, welche dieses Patent den Interessenten bei der ersten gegenwärtigen Einrichtung, namentlich auch in Hinsicht der Kosten und Stempel gewährt, verlustig seyn.

§. 21. Jedoch wird durch die gegenwärtige Verordnung an den Rechten der Mitbelehnten und Gesamthänder, sie mögen zur Eintragung in die Hypothekenbücher angemeldet werden oder nicht, und insbesondere an den Bestimmungen des sächsischen Mandats vom 30sten April 1764. Titel 6. §. 1. nichts geändert.

§. 22. Desgleichen gehören bloß persönliche, insbesondere bloße Wechselschulden, so wie alles andere, was sich nicht zur Eintragung in die Hypothekenbücher eignet, nicht zum Gegenstand dieser Verordnung.

V. Gemein-
schaftliche
Bestimmun-
gen.

§. 23. Diejenigen, welche sich nicht melden, behalten zwar ihre Rechte gegen die Person ihres Schuldners oder gegen dessen Erben, und können sich auch an das ihnen verhaftete Grundstück, in sofern solches noch in den Händen des gegenwärtigen (das heißt, des im Präklusionsstermine das Grundstück inne habenden) Besitzers befindlich ist, halten. Gegen einen dritten aber und zu dessen Nachtheil soll ein solcher Gläubiger kein Realrecht an das Grundstück auszuüben im Stande seyn.

§. 24. Wenn daher Jemand erst nach dem 1sten Januar 1822. mit einer vindikationsklage, oder mit anderen Eigenthums-Ansprüchen an ein Grundstück hervortritt, so kann er damit nur gegen den jetzigen Besitzer, Falls das Gut noch in dessen Händen ist, gehört werden, und muß auch, wenn er obsiegt, alle bis dahin auf das Grundstück eingetragene Hypotheken und andere Realrechte anerkennen, und den Inhabern solcher Forderungen aus dem Gute eben so gerecht werden, als wenn er ihnen die Rechte selbst eingeräumt hätte.

§. 25. Wird aber ein anderer Realanspruch, der nicht das Eigenthum betrifft, nach dem 1sten Januar 1822. angemeldet, und das Grundstück befindet sich noch in den Händen des gegenwärtigen Besitzers §. 23., so soll zwar ein solcher Gläubiger gegen den Besitzer ebenfalls noch gehört, und ihm gestattet werden, sich an das verhaftete Grundstück zu halten. Er muß aber allen bis dahin schon zur Eintragung angemeldeten Hypothekenforderungen mit seinem Anspruch nachstehen, und kann zum Nachtheil derselben von seinem ersrittenen Realrechte keinen Gebrauch machen.

§. 26.

§. 26. Ist das Gut nach dem 1sten Januar 1822. an einen dritten Besitzer veräußert, so haben die, welche ihre Realansprüche anzumelden unterlassen, ihre Rechte gegen das Gut ganz verloren, und dürfen weder der dritte Besitzer, noch die, welche von ihm ihre Rechte herleiten, deshalb im geringsten beunruhigt, oder in Anspruch genommen werden. Der säumige Realgläubiger kann seine Rechte nur gegen seinen Schuldner, dessen Erben und deren sonstiges Vermögen verfolgen.

§. 27. Die im Allgemeinen Landrecht Theil I. Titel 20. §§. 411. und 412., und in der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 50. §. 394. enthaltenen Bestimmungen werden hierdurch für die vorkommenden Fälle in den betreffenden Gerichtsbezirken, so lange außer Kraft gesetzt, bis von Seiten der Hypothekenbehörde die §. 10. dieser Verordnung vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgt seyn wird.

§. 28. Zur möglichsten Erleichterung der Interessenten, wollen Wir allen die Hypotheken-Einrichtung betreffenden Verhandlungen, so weit sie bis zum 1sten Januar 1822. vorgefallen und zugleich vor der gegenwärtigen Verordnung erworbene Rechte zum Gegenstand haben, die Stempelfreiheit zusichern, sie auch von Erlegung der in der Sporteltaxe vorgeschriebenen Taxen und Gerichtsgebühren befreien. Nur zu den unvermeidlichen baaren Auslagen, deren Vorschuß Unsere Kassen erforderlichen Falls übernehmen werden, soll den Gutsbesitzern und Real-Prätendenten, ein nach dem Object zu bestimmendes geringes Pauschquantum abgefordert werden.

§. 29. Da sich die Führung besonderer Ingrossationsbücher durch die Erfahrung als überflüssig bewiesen hat, so wird hierdurch die Hypothekenordnung dahin abgeändert, daß keine Ingrossationsbücher angelegt und geführt werden sollen.

§. 30. Für die Ausführung der gegenwärtigen Verordnung werden die Hypothekenbehörden noch mit besonderer Instruktion von Unserm Justizminister versehen werden, nach welcher sie sich zu achten haben.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen, und mit Unserm Königlichem Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen Berlin, den 16ten Juni 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein

Beglaubigt:
Frieße.

(No. 609.)

(No. 609.) Verordnung die Erwerbung und Ausübung der Realrechte auf Grundstücke, insbesondere der Hypothekenrechte, bei nicht vollständig eingerichtetem Hypothekenwesen, betreffend. Vom 16ten Juni 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. u.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Da in einem Theile derjenigen Unserer Provinzen, worin das Allgemeine Landrecht, die Allgemeine Gerichtsordnung und die Hypothekenordnung stets in Anwendung geblieben sind, desgleichen in denjenigen neuen oder wiedererworbenen Provinzen, worin Wir diese Gesetze neu oder wieder eingeführt haben, die Einrichtung der Hypothekenbücher noch nicht hat vollendet werden können; und da zugleich über die Anwendung mehrerer Stellen aus jenen Gesetzen, worin das Daseyn von Hypothekenbüchern vorausgesetzt wird, daselbst Zweifel entstanden sind; so verordnen Wir für die in den gedachten Provinzen noch nicht mit Hypothekenbüchern versehene Gerichtsbezirke (jedoch mit Ausschluß des Herzogthums Sachsen, indem für dasselbe über diesen Gegenstand eine besondere Verordnung heute erlassen worden), nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Wer auf ein in einem solchen Gerichtsbezirk gelegenes Grundstück künftig irgend einen Titel zu einer Hypothek erwirbt, hat denselben sofort zum Behuf der künftigen Eintragung bei der Hypothekenbehörde anzumelden, und derselben seine Urkunden und Beweismittel zu übergeben.

§. 2. Die Hypothekenbehörde wird hierdurch angewiesen, den angemeldeten Titel nicht bloß für die künftige Eintragung genau aufzuzeichnen, sondern auch sofort zu prüfen, ob die Hypothek zur Eintragung schon geeignet ist, und in diesem Falle demjenigen, welcher die Eintragung sucht, eine Recognition darüber unter dem Original-Instrumente, worin die Hypothek besteht, worden ist, auszufertigen, sodann aber sämtliche Urkunden und Beweismittel dem Gläubiger zurückzugeben.

§. 3. Ist in der vergangenen Zeit eine solche Anmeldung und Bescheinigung bereits vorgekommen, so soll dieselbe gleichfalls die in dieser Verordnung enthaltenen Rechte und Vorzüge genießen.

§. 4. Ist in einem solchen Fall zwar die Anmeldung bereits geschehen, jedoch die Prüfung und Bescheinigung von Seiten der Hypothekenbehörde noch nicht hinzugekommen (welches vorzüglich in den neuen oder wiedererwor-

vor-

worbenen Provinzen der Fall ist), so soll diese Prüfung und Bescheinigung noch jetzt auf Verlangen des Gläubigers unverzüglich nachgeholt werden.

§. 5. In allen diesen Fällen erwirbt der Gläubiger durch diese Anmeldung und Bescheinigung das Recht:

- a) seine Ansprüche gegen dritte Besitzer zu verfolgen;
- b) auf Eintragung ins Hypothekenbuch, bei dessen künftiger Vollendung, nach dem Zeitpunkt der geschehenen Anmeldung;
- c) bei einem, wenn gleich vor der Vollendung des Hypothekenbuchs ausbrechenden Konkurse auf Ansetzung in die dritte Klasse, gleichfalls nach dem Zeitpunkt der geschehenen Anmeldung.

§. 6. Der nach h. und c. des vorigen Paragraphs an die Zeit der Anmeldung geknüpfte Rang soll jedoch in Unfern neuen oder wiedererworbenen Provinzen für diejenigen Fälle eine Ausnahme leiden, in welchen eine solche neuerrichtete Hypothek mit einer alten (d. h. vor Einführung Unserer Hypothekenordnung entstandenen) Hypothek konkurriert. Ist nämlich in einem solchen Falle die alte Hypothek nur überhaupt innerhalb des durch das Hypothekenpatent vorgeschriebenen Präklusivtermins angemeldet worden; so soll sie der neuerrichteten schlechthin vorgehen, selbst wenn diese früher als jene angemeldet seyn sollte.

§. 7. Jeder Gläubiger, welcher die in der gegenwärtigen Verordnung enthaltenen Rechte geltend machen will, muß erforderlichen Falls das Eigenthum desjenigen, von welchem er seine Hypothek herleitet, nachweisen, und wird von diesem Verweise durch die ihm in Gemäßheit des §. 2. ertheilte Recognition nicht befreit.

§. 8. Verlangt ein Gläubiger, welchem auf den Grund der gegenwärtigen Verordnung ein Hypothekenrecht zusteht, die Subhastation eines Grundstücks; so soll dabei nach den Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 51. §. 99. und folgenden, verfahren werden.

§. 9. Alle Bestimmungen Unserer Gesetze, welche mit dem Inhalt der gegenwärtigen Verordnung im Widerspruch stehen würden, und namentlich die §§. 411. und 412. des Allgemeinen Landrechts Theil I. Titel 20., so wie der §. 394. der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 50., sollen in den oben bezeichneten Gerichtsbezirken noch zur Zeit nicht zur Anwendung kommen, indem Wir alle diese Gesetzesstellen hierdurch dahin erklären, daß darin andere Verhältnisse, als für welche die gegenwärtige Verordnung erlassen wird, vorausgesetzt sind.

§. 10.

§. 10. Sobald in einem solchen Gericht das Hypothekenbuch vollendet ist, hat das Gericht diese Vollendung in dem Amtsblatt der Regierung bekannt zu machen. Mit dieser Bekanntmachung hört für die betreffenden Grundstücke in einem solchen Gerichtsbezirk die im §. 9. ausgesprochene Suspension auf.

§. 11. Sämmtliche Gerichte werden hierdurch ernstlich erinnert, die Vollendung der noch fehlenden Hypothekenbücher möglichst zu beschleunigen.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen, und mit Unserm Königlichem Insignel bedrucken lassen.

So geschehen Berlin, den 16ten Juni 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Frieße.

Gesetz = Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 11. —

(No. 610.) Gesetz wegen der Löhnung und des Umzugs der Schäfer und Schäferknechte in Neu-Vorpommern und Rügen, im Großherzogthum Posen und in den mit Westpreußen vereinigten Distrikten des ehemaligen Herzogthums Warschau. Vom 1sten Juni 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

haben beschlossen, die im Großherzogthum Posen und den mit Westpreußen vereinigten Distrikten des ehemaligen Herzogthums Warschau, imgleichen in Neu-Vorpommern und Rügen, zum Nachtheil der Schaafzucht noch bestehende Gewohnheit, vermöge welcher Schäfer und Schäferknechte, an Lohnes Statt, eigene Schaafe in den Schäfereien halten, wie es bereits in andern Unserer Provinzen geschehen ist, aufzuheben, und verordnen deshalb, imgleichen wegen des Umzugs der genannten Wirthschaftsbeamten und Diensthöten, auf den durch den Wunsch mehrerer Einwohner jener Provinzen veranlaßten Antrag Unsers Staatsministeriums, nach vernommenem Gutachten Unsers Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Es ist fernerhin nicht mehr zulässig, daß dienende Schäfer und Schäferknechte in den ihrer Wartung und Pflege anvertrauten Heerden, besondere von der Stammheerde unterschiedene Schaafe (sogenanntes Vorvieh) halten, weder als besonderes Eigenthum, noch als Gegenstand ihrer Nahrung.

§. 2. Es behält jedoch bei den vor Verkündigung dieser Verordnung auf eine solche Ablohnungsart geschlossenen Verträgen, bis zu deren Ablauf, sein Verwenden, und nur alsdann, wenn darin kein Abzugstermin bestimmt ist, soll die gegenwärtige Verordnung mit dem Umzugstermin 1821. zur Anwendung kommen.

§. 3. Das Verbot wegen des Vorviehes der Schäfer und Schäferknechte schließt nicht aus, daß ihnen an Lohnes Statt, ein im Verhältniß zum Ganzen bestimmter Antheil (eine Quote) an der ihrer Pflege und Wartung anvertrauten Heerde, überlassen werden kann.

Jahrgang 1820.

Q

§. 4.

(Ausgegeben zu Berlin, den 6ten Juli 1820.)

§. 4. Außer dem Fall des ersten Umzuges nach Verkündung dieser Verordnung, §. 2., ist es nicht mehr erlaubt, daß den Schäfern und Schäferknechten bei ihrem Abzuge Schaaf- oder Schäfer-eigeräthschaften aus den Schäfer-eien ihrer Dienstherrschaften verabfolgt, noch daß dergleichen von der neuen Dienstherrschaft bei ihrem Anzuge angenommen werden.

§. 5. Steht den Schäfern und Schäferknechten ein Eigenthum oder Miteigenthum an dergleichen Gegenständen zu, welche sie in der herrschaftlichen Schäfer-ei zurückzulassen schuldig sind; so muß ihnen, im Fall keine anderweitige Vereinigung über ihre Abfindung zu Stande gekommen, der Werth derselben bei ihrem Abzuge, von der Herrschaft, nach einer davon aufzunehmenden Taxe, bezahlt werden. In Ermangelung bereiter Mittel dazu, findet augenblicklich Exekution in der Herde Statt.

§. 6. Bei zusammengebrachten Heerden der Mitglieder städtischer oder ländlicher Gemeinen, wo die Theilnehmer selbst die häusliche Wartung des Viehes besorgen, und bloß der Hütung wegen Schäfer und Schäferknechte halten, mögen sich jene Interessenten mit letzteren auch fernerhin auf Haltung besondern Viehes einigen, und denselben die Einbringung eigener Schaaf- und Schäfer-eigeräthschaften gestatten.

§. 7. Die in §§. 4. und 5. getroffenen Bestimmungen finden auf dienende Schäfer, welchen die ganze Schaafheerde oder der größere Theil derselben zugehört, eben so wenig, als auf Schäfer, welche eine Schäfer-ei gepachtet haben, Anwendung.

§. 8. Der Umzugstermin dienender Schäfer und Schäferknechte ist von jetzt an in Neu-Vorpommern und Rügen der 25te Mai, im Großherzogthum Posen und den vorgedachten mit Westpreußen vereinigten Distrikten der 24te Junius. Er findet nicht bloß auf Verträge, die künftig geschlossen werden, sondern auch auf die bereits vor Kundmachung dieser Verordnung eingegangenen Dienstverpflichtungen Anwendung; dergestalt, daß an Stelle des verabredeten, der gesetzliche Ab- und Umzugstermin des betreffenden Jahres eintritt.

§. 9. Ausnahmen von dieser Regel finden nur Statt, wegen des Anzuges der außer der gewöhnlichen Dienstzeit, imgleichen wegen des Abzuges der auf kürzere Zeit als Jahresfrist angenommenen Schäfer und Schäferknechte. Auch behält es bei den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, wegen Aufhebung der Dienstverträge vor Ablauf der kontraktmäßigen Dienstzeit, sein Bewenden.

§. 10. Die Dienstkündigungen müssen vom Jahre 1821. an, vom 1sten bis 15ten Februar jeden Jahres erfolgen. Für das jetzt laufende Jahr behält es dagegen bei den üblichen Kündigungsterminen sein Bewenden.

§. 11.

§. 11. Herrschaften, welche den Schäfern und Schäferknechten wider die oben erteilten Vorschriften gestatten, Borvieh zu halten, Schaaf- und Schäfer-eigenthümlichkeiten bei ihrem Abzuge mitzunehmen, oder dergleichen bei ihrem Anzuge mitzubringen, sollen mit einer Geldstrafe von 50 bis 200 Rthlr. belegt werden.

Gegeben Berlin, den 1sten Juni 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:
Frieße.

(No. 611.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 1sten Juli 1820., die resp. Anmeldung und Liquidirung der Kompensations-Anerkennnisse betreffend.

Da es die Ordnung in dem Staatshaushalt nöthig macht, daß alle Ansprüche, welche in Folge Meiner Verordnung vom 19ten Dezember 1812. aus den in dem Zeitraum vom 1sten März 1812. bis 1sten Januar 1813. gemachten Kriegs-Lieferungen und Leistungen noch abgeleitet werden können, sobald als möglich regulirt werden, so bestimme Ich für diesen Zweck Folgendes:

- 1) Die Inhaber von Kompensations-Anerkennnissen, welche über Forderungen der vorgebachten Art ausgefertigt worden sind, es mögen sich solche in der ersten, zweiten oder folgenden Hand befinden, müssen selbige bei den betreffenden Behörden, innerhalb der ersten 3 Monate nach der Bekanntwerdung Meiner gegenwärtigen Bestimmung, mit Vorzeigung der urschriftlichen Anerkennnisse, und bei denen, welche sich in zweiter und folgender Hand befinden, mit den dazu gehörigen beglaubigten Cessions-Urkunden anmelden.
- 2) Die Inhaber der noch in erster Hand befindlichen Kompensations-Anerkennnisse, können diese in der bisherigen Art, jedoch auch nur in der vorstehend bestimmten Frist von drei Monaten, noch ferner zur Vergütung in Lieferungs-Scheinen liquidiren.

Bei den Anerkennnissen, welche durch beglaubigte Cessionen in die zweite und folgende Hand gekommen sind, kann eine solche Liquidation noch nicht Statt

Statt finden, da die Grundsätze, wie hiebei zu verfahren, noch nicht festgesetzt sind, und Ich Mir hierüber die weitere Bestimmung noch vorbehalte.

Wenn die ersten Inhaber die resp. Anmeldungs- und Liquidations-Frist, und die zweiten und folgenden Besitzer die Anmeldungs-Frist von 3 Monaten verstreichen lassen, so soll kein weiterer Anspruch aus diesen Auerkennnissen, auf Abrechnung, Vergütung oder auf Ausfertigung von Lieferungs-Scheinen, zur Liquidation zugelassen werden, und die Eigenthümer gänzlich damit präkludirt seyn.

- 3) Das Ministerium des Schazes hat nicht allein hierüber, sondern auch nicht minder eine allgemeine Aufforderung mit gleicher Frist und gleichem Präjudiz zur Anmeldung und Liquidation von Ansprüchen zu erlassen, welche ohne daß darüber Kompensations-Auerkennnisse ausgefertigt worden, noch wegen Kriegsforderungen und Leistungen aus dem Eingangsgedachten Zeitraume aufgestellt werden können.
- 4) Nach Publikation dieser Meiner Order können Kompensations-Auerkennnisse, sie mögen in erster oder folgender Hand sich befinden, auf eine irgend verbindliche Art nicht mehr cebirt werden. Dergleichen Geschäfte, wenn sie dennoch Statt finden sollten, sind für nichtig zu achten.

Sie haben hiernach das Nöthige durch die betreffenden Behörden zu veranlassen.

Berlin, den 1sten Juli 1820.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staats-Kanzler Herrn Fürsten von Hardenberg.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 12. —

(No. 612.) Publikations = Patent über die unterm 15ten Mai 1820. vollzogene Schluß = Akte der über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerial = Conferenzen. De dato den 24ten Juni 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. c.

verordnen hierdurch, daß die Schlußakte der über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerial = Conferenzen, welche wörtlich also lautet:

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, eingedenk ihrer bei Stiftung des deutschen Bundes übernommenen Verpflichtung, den Bestimmungen der Bundesakte durch ergänzende und erläuternde Grundgesetze eine zweckmäßige Entwicklung und hiermit dem Bundes = Verein selbst die erforderliche Vollenbung zu sichern, überzeugt, daß sie um das Band, welches das gesammte Deutschland in Friede und Eintracht verbindet, unauf löslich zu befestigen, nicht länger anstehen durften, jener Verpflichtung und einem allgemein gefühlten Bedürfnisse durch gemeinschaftliche Beratungen Genüge zu leisten, haben zu diesem Ende nachstehende Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

1) Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmeim:

den Herrn Clemens Benzel Lothar Fürsten von Metternich = Winneburg, Fürsten zu Ochsenhausen, Herzog von Portella, Ritter des goldnen Vlieses; Großkreuz des Königlich = Ungarischen St. Stephans = Ordens, des goldnen Civil = Ehrenkreuzes und des Ordens des heiligen Johannes von Jerusalem; Ritter des Russisch = Kaiserlichen Ordens des heil. Andreas, des heil. Alexander = Newsky und der heil. Anna erster Classe, des Königlich = Sardinischen Ordens der Annunciade, des Königlich = Dänischen Elephanten = Ordens, des Königlich = Preussischen schwarzen Adlers und rothen Adlers und des Königlich = Schwedischen Seraphinen = Ordens; Großkreuz des Königlich = Spanischen Ordens von Carl III., des Königlich = Portugiesischen Christus = Ordens und des Königlich = Französischen Ordens der Ehrenlegion; Ritter des Königlich = Sicilianischen St. Januarius = und Großkreuz des Königlich = Sicilianischen

Jahrgang 1820.

R

St.

(Ausgegeben zu Berlin den 8ten Juli 1820.)

St. Ferdinand- und Verdienst-Ordens; Ritter des Königlich-Baierischen St. Hubert-Ordens; Großkreuz des Großherzoglich-Loskanischen St. Joseph-Ordens; Ritter des Königlich-Württembergischen goldnen Adlers und des Königlich-Sächsischen Ordens der Krone, Großkreuz des Königlich-Niederländischen Löwen-, des Königlich-Hannoverschen Guelphen- und des Kurfürstlich-Hessischen Löwen-Ordens, und des Großherzoglich-Hessischen Hausordens; Ritter des Großherzoglich-Badischen Ordens der Treue, und Großkreuz des Constantinischen St. Georg-Ordens von Parma; Kanzler des militairischen Marie-Theresien-Ordens, Kurator der K. K. Akademie der bildenden Künste und Konservator der Universität zu Krakau; Kammerer, wirklichen geheimen Rath, Staats- und Konferenz-, dann dirigirenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten u.

2) Seine Majestät der König von Preußen:

den Herrn Grafen Christian Günther von Bernstorff, Ihren wirklichen geheimen Staats- und Kabinet-Minister, wie auch Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ritter des schwarzen und rothen Adler-Ordens, des St. Andreas- und des Elephanten-Ordens, Großkreuz des St. Stephans-Ordens, der Ehrenlegion, des Dannebrog-Ordens, des Großherzoglich-Badischen Ordens der Treue, des Zähringer Löwen- und des Hessischen Löwen-Ordens;

den Herrn Friedrich Wilhelm Ludwig Freiherrn von Kruse-marc, ihren General-Lieutenant, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät, Ritter des rothen Adler-Ordens erster Klasse, des Verdienst-Ordens und des eisernen Kreuzes, Großkreuz des schwedischen Militair-Schwert-Ordens; und

den Herrn Johann Emanuel von Küster, Ihren geheimen Staatsrath, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Majestät dem König von Württemberg und Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Baden, Ritter des rothen Adler-Ordens zweiter Klasse und des eisernen Kreuzes.

3) Seine Majestät der König von Baiern:

den Herrn Freiherrn Friedrich von Zentner, Ihren wirklichen Staatsrath und General-Direktor im Staatsministerium des Innern, Reichsrath, Großkreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Baierischen Krone; und

den Herrn Freiherrn Johann Gottlieb Eduard von Stainlein, Ihren geheimen Rath und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen Hofe, Ritter des Civil-Verdienst-Ordens der Baierischen Krone, Kommandeur des K. K. Oesterreichischen St. Leopold-Ordens und Ritter des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Klasse.

4) Seine Majestät der König von Sachsen:

den Herrn Detlev Grafen von Einsiedel, Ihren Kabinet-Minister, Staats-Sekretair der innern Angelegenheiten, Kammerherrn und Dom-Dechant zu Wurzen; Ritter des Königlich-Sächsischen Hausordens der Krone-

tenkrone, des Königlich-Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, des Königlich-Ungarischen St. Stephans-, des Königlich-Spanischen Ordens Carl des III. und des Großherzoglich-Weimarischen Falkenordens Großkreuz;

den Herrn Friedrich Albrecht Grafen von der Schulenburg-Glosseroda, Ihren wirklichen geheimen Rath, Kammerherrn und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Österreichischen Hofe, Ritter des Königlich-Sächsischen Hausordens der Krone, des Königlich-Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, des R. R. Österreichischen Leopold-, und des Königlich-Preussischen rothen Adlers-Ordens Großkreuz, Ritter des St. Johanniter-Malteser-Ordens; und

den Herrn Hanns August Fürstegott von Globig, Ihren geheimen Rath und Kammerherrn, Großkreuz des Königlich-Sächsischen Civil-Verdienst- und des Königlich-Preussischen rothen Adlers-Ordens.

5) Seine Majestät der König von Großbritannien und Hannover.

den Herrn Ernst Friedrich Norbert Grafen von Münster, Erblandmarschall des Königreichs Hannover, Großkreuz des Königlich-Hannoverschen Guelphen-Ordens und des Königlich-Ungarischen St. Stephans-Ordens, Ihren Staats- und Kabinetts-Minister; und

den Herrn Ernst Christian Georg August Grafen von Hardenberg, Großkreuz des Königlich-Hannoverschen Guelphen-Ordens, des Kaiserlich-Österreichischen Leopold-Ordens, des Königlich-Preussischen rothen Adlers-Ordens, Ritter des Johanniter-Ordens; Ihren Staats- und Kabinetts-Minister, außerordentlichen Abgesandten und bevollmächtigten Abgesandten an dem Hofe Sr. Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät.

6) Seine Majestät der König von Württemberg:

den Herrn Ulrich Lebrecht Grafen von Mandelsloh, Ihren Staatsminister und außerordentlichen bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Österreichischen Hofe; Großkreuz des Königl. Ordens der Württembergischen Krone, Ritter des Königlich-Bayerischen St. Hubertus-Ordens.

7) Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden:

den Herrn Rheinhardt Freiherrn von Berslett, Ihren wirklichen geheimen Rath, Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Großkreuz des Großherzoglichen Haus-Ordens der Treue und des Jahrlinger Löwen, wie auch des Kaiserlich-Russischen Alexander-Newsky- und des Großherzoglich-Sachsen-Weimarischen Ordens vom weißen Falken; und

den Herrn Friedrich Carl Freiherrn von Zettenborn, Commandeur des Großherzoglich-Badischen Militair-Ordens, Ritter des Militair-Ordens und des Österreichisch-Kaiserlichen Leopold-Ordens, Ritter des Russisch-Kaiserlichen Ordens der heil. Anna erster Klasse, des heil. Vladimir zweiter, des heil. Georgs dritter Klasse und des goldenen Ehrenabzeichens mit Brillanten, Offizier der Königlich-Französischen Ehrenlegion, Kommandeur des Königlich-Preussischen rothen Adlers und des Königlich-Schwedischen Schwert-

Ordens, Großkreuz des Großherzoglich-Hessischen Hausordens und des Kurhessischen Löwenordens, Ritter des königlich-Baierischen Militär-Ordens, Großherzoglichen General-Lieutenant und General-Adjutanten der Kavallerie, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Rösterreichischen Hofe.

8) Seine königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen:

den Herrn Freiherrn von Münchhausen, Ihren geheimen Rath und Kammerherrn, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserl. königl. Oesterreichischen Hofe, Kommandeur zweiter Klasse des Kurhessischen Hausordens vom goldnen Löwen.

9) Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen:

den Herrn Karl du Bos Freiherrn du Thil, Ihren wirklichen geheimen Rath, Kommandeur, Großkreuz des Großherzoglichen Hausordens und Kommandeur erster Klasse des Kurfürstlich-Hessischen Ordens vom goldnen Löwen.

10) Seine Majestät der König von Dänemark, Herzog von Holstein und Lauenburg:

den Herrn Joachim Friedrich Grafen v. Bernstorff, Ihren geheimen Konferenz-Rath, außerordentlichen Abgesandten und bevollmächtigten Minister am Kaiserlich-Oesterreichischen Hofe, Großkreuz des Dannebrog-Ordens.

11) Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg:

den Herrn Anton Reinhart von Faldt, Kommandeur des Niederländischen Löwenordens, Minister für den öffentlichen Unterricht, die National-Industrie und die Kolonien.

12) Seine königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar, und Ihre Durchlauchten die Herzoge von Sachsen-Gotha, Sachsen-Coburg, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Hildburghausen:

den Herrn Karl Wilhelm Freiherrn von Fritsch, Großherzoglich-Sachsen-Weimar-Eisenachischen wirklichen geheimen Rath und Staatsminister, Großkreuz des Großherzoglichen Hausordens vom weißen Falken.

13) Ihre Durchlaucht der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel:

den Herrn Grafen von Münster u.; und

den Herrn Grafen von Hardenberg u.

Seine Durchlaucht der Herzog von Nassau:

den Herrn Freiherrn Ernst Franz Ludwig Marschall von Bieberstein, Ihren dirigirenden Staatsminister, des Preussischen rothen Adler-Ordens, und des Großherzoglich-Badischen der Treue Großkreuz.

14) Ihre königlichen Hoheiten die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz:

den Herrn Leopold Hartwig Freiherrn von Plessen, Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Staats- und Kabinetts-Minister, Großkreuz des königlich-Dänischen Dannebrog-Ordens.

15) Ihre

15) Ihre Durchlauchten die Herzöge von Holstein = Oldenburg, von Anhalt = Köthen, Anhalt = Dessau und Anhalt = Bernburg; die Fürsten von Schwarzburg = Sondershausen und Rudolstadt:

den Herrn Günther Heinrich von Berg, Präsidenten des Oberappellations = Gerichts zu Oldenburg, Herzoglich = Holstein = Oldenburgischen, Herzoglich = Anhaltischen und Fürstlich = Schwarzburgischen Bundestags = Gesandten, Kommandeur des Guelphen = Ordens.

16) Ihre Durchlauchten die Fürsten von Hohenzollern = Hechingen und Hohenzollern = Siegmaringen, Liechtenstein, Reuß ältere und jüngere Linie, Schaumburg = Lippe, Lippe und Waldeck:

den Herrn Freiherrn von Marschall u.

17) die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg:

den Herrn Johann Friedrich Hach, J. U. D., Senator zu Lübeck und Gesandten;

welche zu Wien, nach geschehener Auswechselung ihrer richtig befundenen Vollmachten, in Kabinetts = Konferenzen zusammengetreten, und, nach sorgfältiger Ermüdung und Ausgleichung der wechselseitigen Ansichten, Wünsche und Vorschläge ihrer Regierungen, zu einer definitiven Vereinbarung über folgende Artikel gelangt sind:

Art. I. Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte, zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten, und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands.

Art. II. Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags = Rechten und Vertrags = Obliegenheiten, in seinen äußern Verhältnissen aber, als eine in politischer Einheit verbundene Gesamt = Macht.

Art. III. Der Umfang und die Schranken, welche der Bund seiner Wirksamkeit vorgezeichnet hat, sind in der Bundesakte bestimmt, die der Grundvertrag und das erste Grundgesetz dieses Vereins ist. Indem dieselbe die Zwecke des Bundes ausspricht, bedingt und begrenzt sie zugleich dessen Befugnisse und Verpflichtungen.

Art. IV. Der Gesamtheit der Bundesglieder steht die Befugniß der Entwicklung und Ausbildung der Bundesakte zu, in sofern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche nothwendig macht. Die deshalb zu fassenden Beschlüsse dürfen aber mit dem Geiste der Bundesakte nicht im Widerspruch stehen, noch von dem Grundcharakter des Bundes abweichen.

Art. V. Der Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet, und es kann daher der Austritt aus diesem Verein keinem Mitgliede desselben freistehen.

Art. VI. Der Bund ist nach seiner ursprünglichen Bestimmung auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen

neuen Mitgliebes kann nur statt haben, wenn die Gesamtheit der Bundesglieder solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesamtheit, bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souveränitäts-Rechte kann ohne solche Zustimmung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen.

Art. VII. Die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten sämtlicher Bundesglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesamtheit vor, und ist das beständige verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns.

Art. VIII. Die einzelnen Bevollmächtigten am Bundestage sind von ihren Committenten unbedingt abhängig, und diesen allein wegen getreuer Befolgung der ihnen ertheilten Instruktionen, so wie wegen ihrer Geschäftsführung überhaupt, verantwortlich.

Art. IX. Die Bundesversammlung übt ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken aus. Ihre Wirksamkeit ist zunächst durch die Vorschriften der Bundesakte, und durch die in Gemäßheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschließenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen, durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt.

Art. X. Der Gesamtwille des Bundes wird durch verfassungsmäßige Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen; verfassungsmäßig aber sind diejenigen Beschlüsse, die innerhalb der Grenzen der Kompetenz der Bundesversammlung, nach vorgängiger Berathung, durch freie Abstimmung entweder im engern Rathe oder im Plenum, gefaßt werden, je nachdem das Eine oder das Andere durch die grundgesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben ist.

Art. XI. In der Regel faßt die Bundesversammlung die zur Versorgung der gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes erforderlichen Beschlüsse im engern Rathe, nach absoluter Stimmenmehrheit. Diese Form der Schlußfassung findet in allen Fällen Statt, wo bereits feststehende allgemeine Grundsätze in Anwendung, oder beschlossene Gesetze und Einrichtungen zur Ausführung zu bringen sind, überhaupt aber bei allen Berathungs-Gegenständen, welche die Bundesakte oder spätere Beschlüsse nicht bestimmt davon ausgenommen haben.

Art. XII. Nur in den in der Bundesakte ausdrücklich bezeichneten Fällen, und, wo es auf eine Kriegserklärung, oder Friedensschluß = Bestätigung von Seiten des Bundes ankommt, wie auch, wenn über die Aufnahme eines neuen Mitgliebes in den Bund entschieden werden soll, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum. Ist in einzelnen Fällen die Frage: ob ein Gegenstand vor das Plenum gehört? zweifelhaft, so steht die Entscheidung derselben dem engern Rathe zu. Im Plenum findet keine Erörterung noch Berathung statt, sondern

sondern es wird nur darüber abgestimmt, ob ein im engern Rathe vorbereiteter Beschluß angenommen oder verworfen werden soll. Ein gültiger Beschluß im Plenum setzt eine Mehrheit von zwei Dritttheilen der Stimmen voraus.

Art. XIII. Ueber folgende Gegenstände:

- 1) Annahme neuer Grundgesetze, oder Abänderung der bestehenden;
- 2) Organische Einrichtungen, das heißt, bleibende Anstalten, als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke;
- 3) Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund;
- 4) Religions-Angelegenheiten;

findet kein Beschluß durch Stimmenmehrheit statt; jedoch kann eine definitive Abstimmung über Gegenstände dieser Art nur nach genauer Prüfung und Erörterung der den Widerspruch einzelner Bundesglieder bestimmenden Gründe, deren Darlegung in keinem Falle verweigert werden darf, erfolgen.

Art. XIV. Was insbesondere die organischen Einrichtungen betrifft, so muß nicht nur über die Vorfrage, ob solche unter den obwaltenden Umständen nothwendig sind, sondern auch über Entwurf und Anlage derselben in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen, im Plenum und durch Stimmen-Einhelligkeit entschieden werden. Wenn die Entscheidung zu Gunsten der vorgeschlagenen Einrichtung ausgefallen ist, so bleiben die sämmtlichen weiteren Verhandlungen über die Ausführung im Einzelnen der engern Versammlung überlassen, welche alle dabei noch vorkommende Fragen durch Stimmenmehrheit entscheider, auch, nach Befinden der Umstände, eine Kommission aus ihrer Mitte anordnet, um die verschiedenen Meinungen und Anträge mit möglichster Schonung und Berücksichtigung der Verhältnisse und Wünsche der Einzelnen auszugleichen.

Art. XV. In Fällen, wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragsmäßigen Einheit, sondern als einzelne, selbstständige und unabhängige Staaten erscheinen, folglich *jura singulorum* obwalten, oder wo einzelnen Bundesgliedern eine besondere, nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffene Leistung oder Verwilligung für den Bund zugemuthet werden sollte, kann ohne freie Zustimmung sämmtlicher Betheiligten kein dieselben verbindender Beschluß gefaßt werden.

Art. XVI. Wenn die Besitzungen eines souverainen deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen, so hängt es von der Gesamtheit des Bundes ab, ob und in wie fern die auf jenen Besitzungen haftenden Stimmen im Plenum, da im engern Rathe kein Bundesglied mehr als eine Stimme führen kann, dem neuen Besitzer beilegt werden sollen.

Art. XVII. Die Bundesversammlung ist berufen, zur Aufrechterhaltung des wahren Sinnes der Bundesakte, die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundeszweck gemäß zu erklären, und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern.

Art.

Art. XVIII. Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungestört aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen, und die dazu geeigneten Beschlüsse nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen.

Art. XIX. Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen, oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maaßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthülfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechthaltung des Besigstandes Sorge zu tragen.

Art. XX. Wenn die Bundesversammlung von einem Bundesglied zum Schutze des Besigstandes angerufen wird, und der jüngste Besigstand streitig ist, so soll sie für diesen besonderen Fall befugt seyn, ein bei der Sache nicht theilhaftes Bundesglied in der Nähe des zu schützenden Gebiets aufzufordern, die Thatsache des jüngsten Besiges, und die angezeigte Störung desselben ohne Zeitverlust durch seinen obersten Gerichtshof summarisch untersuchen und darüber einen rechtlichen Bescheid abfassen zu lassen, dessen Vollziehung die Bundesversammlung, wenn der Bundesstaat, gegen welchen er gerichtet ist, sich nicht auf vorgängige Aufforderung freiwillig dazu versteht, durch die ihr zu diesem Ende angewiesenen Mittel zu bewirken hat.

Art. XXI. Die Bundesversammlung hat in allen, nach Vorschrift der Bundesakte bei ihr anzubringenden Streitigkeiten der Bundesglieder die Vermittelung durch einen Ausschuß zu versuchen. Können die entstandenen Streitigkeiten auf diesem Wege nicht beigelegt werden, so hat sie die Entscheidung derselben durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen, und dabei, so lange nicht wegen der Austrägal-Gerichte überhaupt eine anderweitige Uebereinkunft zwischen den Bundesgliedern statt gefunden hat, die in dem Bundestags-Beschlüssen vom sechzehnten Juni achtzehnhundert und siebenzehn enthaltenen Vorschriften, so wie den, in Folge gleichzeitig an die Bundestags-Gesandten ergehender Instruktionen, zu fassenden besondern Beschluß zu beobachten.

Art. XXII. Wenn nach Anleitung des obgedachten Bundestags-Beschlusses der oberste Gerichtshof eines Bundesstaats zur Austrägal-Instanz gewählt ist, so steht demselben die Leitung des Prozesses und die Entscheidung des Streits in allen seinen Haupt- und Nebenpunkten uneingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung zu: Letztere wird jedoch, auf Antrag der Bundesversammlung, oder der streitenden Theile, im Fall einer Zögerung von Seiten des Gerichts, die zur Beförderung der Entscheidung nöthigen Verfügungen erlassen.

Art. XXIII. Wo keine besondere Entscheidungsnormen vorhanden sind, hat das Austrägal-Gericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben

Art

Art vormalß von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.

Art. XXIV. Es steht übrigenß den Bundesgliedern frei, sowohl bei einzelnen vorkommenden Streitigkeiten, als für alle künftige Fälle, wegen besonderer Austräge oder Compromisse übereinzukommen, wie denn auch frühere Familien- oder Vertrags-Austräge durch Errichtung der Bundes-Austrägal-Instanz nicht aufgehoben, noch abgeändert werden.

Art. XXV. Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch, in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes, und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hülfleistung, die Mitwirkung der Gesamtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe, im Fall einer Widerseßlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten, statt finden.

Art. XXVI. Wenn in einem Bundesstaate durch Widerseßlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruch gekommen ist, und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundesversammlung ob, die schleunigste Hülfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten Falle die Regierung notorisch außer Stande seyn, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hülfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundesversammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. In jedem Falle aber dürfen die verfügbaren Maaßregeln von keiner längern Dauer seyn, als die Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, es nothwendig erachtet.

Art. XXVII. Die Regierung, welcher eine solche Hülfe zu Theil geworden, ist gehalten, die Bundesversammlung von der Veranlassung der eingetretenen Unruhen in Kenntniß zu setzen, und von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetlichen Ordnung getroffenen Maaßregeln eine beruhigende Anzeige an dieselbe gelangen zu lassen.

Art. XXVIII. Wenn die öffentliche Ruhe und gesetliche Ordnung in mehreren Bundesstaaten durch gefährliche Verbindungen und Anschläge bedroht sind, und dagegen nur durch Zusammenwirken der Gesamtheit zureichende Maaßregeln ergriffen werden können, so ist die Bundesversammlung befugt und berufen, nach vorgängiger Rücksprache mit den zunächst bedrohten Regierungen, solche Maaßregeln zu berathen und zu beschließen.

Art. XXIX. Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt, und auf gesetlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht

Jahrgang 1820.

5

erlangt

erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.

Art. XXX. Wenn Forderungen von Privatpersonen deshalb nicht befriedigt werden können, weil die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern, zweifelhaft oder bestritten ist, so hat die Bundesversammlung, auf Anrufen der Betheiligten, zuvörderst eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu versuchen, im Fall aber, daß dieser Versuch ohne Erfolg bliebe, und die in Anspruch genommenen Bundesglieder sich nicht in einer zu bestimmenden Frist über ein Kompromiß vereinigten, die rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage durch eine Austrägalinstanz zu veranlassen.

Art. XXXI. Die Bundesversammlung hat das Recht und die Verbindlichkeit, für die Vollziehung der Bundesakte und übrigen Grundgesetze, des Bundes, der in Gemäßheit ihrer Kompetenz von ihr gefaßten Beschlüsse der durch Austräge gefällten schiedsrichterlichen Erkenntnisse, der unter die Gewährleistung des Bundes gestellten kompromissarischen Entscheidungen und der am Bundestage vermittelten Vergleiche, so wie für die Aufrechterhaltung der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantien, zu sorgen, auch zu diesem Ende, nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmäßigen Mittel, die erforderlichen Exekutionsmaaßregeln, mit genauer Beobachtung der in einer besondern Exekutionsordnung dieserhalb festgesetzten Bestimmungen und Normen, in Anwendung zu bringen.

Art. XXXII. Da jede Bundesregierung die Obliegenheit hat, auf Vollziehung der Bundesbeschlüsse zu halten, der Bundesversammlung aber eine unmittelbare Einwirkung auf die innere Verwaltung der Bundesstaaten nicht zusteht, so kann in der Regel nur gegen die Regierung selbst ein Exekutionsverfahren statt finden. Ausnahmen von dieser Regel treten jedoch ein, wenn eine Bundesregierung, in Ermangelung eigener zureichenden Mittel, selbst die Hülfe des Bundes in Anspruch nimmt, oder wenn die Bundesversammlung unter den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Umständen, zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit unaufgerufen einzuschreiten verpflichtet ist. Im ersten Fall muß jedoch immer in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, verfahren, und im zweiten Fall ein Gleiches, sobald die Regierung wieder in Thätigkeit gesetzt ist, beobachtet werden.

Art. XXXIII. Die Exekutionsmaaßregeln werden im Namen der Gesamtheit des Bundes beschlossen und ausgeführt. Die Bundesversammlung erteilt zu dem Ende, mit Berücksichtigung aller Lokalamstände und sonstigen Verhältnisse, einer oder mehreren, bei der Sache nicht betheiligten Regierungen, den Auftrag zur Vollziehung der beschlossenen Maaßregeln, und bestimmt zugleich sowohl die Stärke der dabei zu verwendenden Mannschaft,

schaft, als die nach dem jedesmaligen Zweck des Exekutionsverfahrens zu bemessende Dauer desselben.

Art. XXXIV. Die Regierung, an welche der Auftrag gerichtet ist, und welche solchen als eine Bundespflicht zu übernehmen hat, ernennt zu diesem Behuf einen Civillkommisair, der, in Gemäßheit einer, nach den Bestimmungen der Bundesversammlung, von der beauftragten Regierung zu ertheilenden besondern Instruktion, das Exekutionsverfahren unmittelbar leitet. Wenn der Auftrag an mehrere Regierungen ergangen ist, so bestimmt die Bundesversammlung, welche derselben den Civillkommisair zu ernennen hat. Die beauftragte Regierung wird, während der Dauer des Exekutionsverfahrens, die Bundesversammlung von dem Erfolge desselben in Kenntniß erhalten, und sie, sobald der Zweck vollständig erfüllt ist, von der Beendigung des Geschäfts unterrichten.

Art. XXXV. Der Bund hat als Gesamtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andere Verträge zu beschließen. Nach dem im zweiten Artikel der Bundesakte ausgesprochenen Zwecke des Bundes übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstvertheidigung, zur Erhaltung der Selbstständigkeit und äußern Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus.

Art. XXXVI. Da in dem elften Artikel der Bundesakte alle Mitglieder des Bundes sich verbindlich gemacht haben, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat, gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen zu garantiren, so kann kein einzelner Bundesstaat von Auswärtigen verletzt werden, ohne daß die Verletzung zugleich und in demselben Maße die Gesamtheit des Bundes treffe.

Dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite weder Anlaß zu dergleichen Verletzungen zu geben, noch auswärtigen Staaten solche zuzufügen. Sollte von Seiten eines fremden Staates über eine von einem Mitgliede des Bundes ihm wiederfahrne Verletzung bei der Bundesversammlung Beschwerde geführt, und diese gegründet befunden werden, so liegt der Bundesversammlung ob, das Bundesglied, welches die Beschwerde veranlaßt hat, zur schleunigen und genügenden Abhülfe aufzufordern, und mit dieser Aufforderung, nach Befinden der Umstände, Maaßregeln, wodurch weitem friedsstörenden Folgen zur rechten Zeit vorgebeugt werde, zu verbinden.

Art. XXXVII. Wenn ein Bundesstaat, bei einer zwischen ihm und einer auswärtigen Macht entstandenen Irrung, die Dazwischenkunft des Bundes anruft, so hat die Bundesversammlung den Ursprung solcher Irrung und das wahre Sachverhältniß sorgfältig zu prüfen. Ergiebt sich aus dieser Prüfung, daß dem Bundesstaate das Recht nicht zur Seite steht, so hat die Bundesversammlung denselben von Fortsetzung des Streites ersichtlich abzumahnern, und die begehrte Dazwischenkunft zu verweigern, auch erforderlichen



Falls zur Erhaltung des Friedensstandes geeignete Mittel anzuwenden. Ergiebt sich das Gegentheil, so ist die Bundesversammlung verpflichtet, dem verletzten Bundesstaate ihre wirksamste Verwendung und Vertretung angedeihen zu lassen, und solche so weit auszudehnen, als nöthig ist, damit demselben volle Sicherheit und angemessene Genugthuung zu Theil werde.

Art. XXXVIII. Wenn aus der Anzeige eines Bundesstaats, oder aus andern zuverlässigen Angaben, Grund zu der Besorgniß geschöpft wird, daß ein einzelner Bundesstaat, oder die Gesamtheit des Bundes, von einem feindlichen Angriffe bedroht sey, so muß die Bundesversammlung sofort die Frage: ob die Gefahr eines solchen Angriffes wirklich vorhanden ist? in Berathung nehmen, und darüber in der kürzest-möglichen Zeit einen Auspruch thun. Wird die Gefahr anerkannt, so muß, gleichzeitig mit diesem Auspruche, wegen der in solchem Falle unverzüglich in Wirksamkeit zu setzenden Vertheidigungsmaaßregeln, ein Beschluß gefaßt werden. Beides, jener Auspruch und dieser Beschluß, ergeht von der engern Versammlung, die dabei nach der in ihr geltenden absoluten Stimmenmehrheit verfährt.

Art. XXXIX. Wenn das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird, tritt sofort der Stand des Krieges ein, und es muß in diesem Falle, was auch ferner von der Bundesversammlung beschlossen werden mag, ohne weitem Verzug zu den erforderlichen Vertheidigungsmaaßregeln geschritten werden.

Art. XL. Sieht sich der Bund zu einer förmlichen Kriegserklärung genöthigt, so kann solche nur in der vollen Versammlung nach der für dieselbe vorgeschriebenen Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen beschlossen werden.

Art. XLI. Der in der engern Versammlung gefaßte Beschluß über die Wirklichkeit der Gefahr eines feindlichen Angriffes verbindet sämtliche Bundesstaaten zur Theilnahme an den vom Bundestage nothwendig erachteten Vertheidigungsmaaßregeln. Gleicherweise verbindet die in der vollen Versammlung ausgesprochene Kriegserklärung sämtliche Bundesstaaten zur unmittelbaren Theilnahme an dem gemeinschaftlichen Kriege.

Art. XLII. Wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden ist, durch die Stimmenmehrheit verneinend entschieden wird, so bleibt nichts desto weniger denjenigen Bundesstaaten, welche von der Wirklichkeit der Gefahr überzeugt sind, unbenommen, gemeinschaftliche Vertheidigungsmaaßregeln unter einander zu verabreden.

Art. XLIII. Wenn in einem Falle, wo es die Gefahr und Beschützung einzelner Bundesstaaten gilt, einer der streitenden Theile auf die förmliche Vermittelung des Bundes anträgt, so wird derselbe, in so fern er es der Lage der Sachen und seiner Stellung angemessen findet, unter vorausgesetzter Einwilligung des andern Theils, diese Vermittelung übernehmen: jedoch darf dadurch der Beschluß wegen der zur Sicherheit des Bundesgebietes zu ergreifenden Vertheidigungsmaaßregeln nicht aufgehalten werden, noch in der Ausführung der bereits beschlossenen ein Stillstand oder eine Verzögerung eintreten.

Art.

Art. XLIV. Bei ausgebrochenem Kriege steht jedem Bundesstaate frei, zur gemeinsamen Vertheidigung eine größere Macht zu stellen, als sein Bundeskontingent beträgt; es kann jedoch in dieser Hinsicht keine Forderung an den Bund statt finden.

Art. XLV. Wenn in einem Kriege zwischen auswärtigen Mächten oder in andern Fällen Verhältnisse eintreten, welche die Besorgniß einer Verlegung der Neutralität des Bundesgebiets veranlassen, so hat die Bundesversammlung ohne Verzug im engern Rathe die zur Behauptung dieser Neutralität erforderlichen Maaßregeln zu beschließen.

Art. XLVI. Beginnt ein Bundesstaat, der zugleich außerhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, in seiner Eigenschaft als Europäische Macht einen Krieg, so bleibt ein solcher die Verhältnisse und Verpflichtungen des Bundes nicht berührender Krieg dem Bunde ganz fremd.

Art. XLVII. In den Fällen, wo ein solcher Bundesstaat in seinen außer dem Bunde belegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird, tritt für den Bund die Verpflichtung zu gemeinschaftlichen Vertheidigungs-Maaßregeln, oder zur Theilnahme und Hülfsleistung nur in so fern ein, als derselbe, nach vorgängiger Berathung durch Stimmenmehrheit in der engern Versammlung, Gefahr für das Bundesgebiet erkennt. In letztern Fälle finden die Vorschriften der vorhergehenden Artikel ihre gleichmäßige Anwendung.

Art. XLVIII. Die Bestimmung der Bundesakte, vermöge welcher, nach einmal erklärtem Bundeskriege kein Mitglied des Bundes einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen darf, ist für sämtliche Bundesstaaten, sie mögen außerhalb des Bundes Besitzungen haben oder nicht, gleich verbindlich.

Art. XLIX. Wenn von Seiten des Bundes Unterhandlungen über Abschluß des Friedens oder eines Waffenstillstandes statt finden, so hat die Bundesversammlung zu spezieller Leitung derselben einen Ausschuß zu bestellen, zu dem Unterhandlungs-Geschäft selbst aber eigene Bevollmächtigte zu ernennen, und mit gehörigen Instruktionen zu versehen. Die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrags kann nur in der vollen Versammlung geschehen.

Art. L. In Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse überhaupt liegt der Bundesversammlung ob:

- 1) Als Organ der Gesamtheit des Bundes für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen;
- 2) Die von fremden Mächten bei dem Bunde beglaubigten Gesandten anzunehmen, und, wenn es nöthig befunden werden sollte, im Namen des Bundes Gesandte an fremde Mächte abzuordnen;
- 3) In eintretenden Fällen Unterhandlungen für die Gesamtheit des Bundes zu führen, und Verträge für denselben abzuschließen;
- 4) Auf Verlangen einzelner Bundesregierungen, für dieselben die Vertretung des Bundes bei fremden Regierungen, und, in gleicher Art, auf Ver-

Verlangen fremder Staaten, die Dazwischenkunft des Bundes bei einzelnen Bundesgliedern eintreten zu lassen.

Art. LI. Die Bundesversammlung ist ferner verpflichtet, die auf das Militairwesen des Bundes Bezug habenden organischen Einrichtungen, und die zur Sicherstellung seines Gebiets erforderlichen Vertheidigungs-Anstalten zu beschließen.

Art. LII. Da zu Erreichung der Zwecke und Beforgung der Angelegenheiten des Bundes, von der Gesamtheit der Mitglieder Gelbbeiträge zu leisten sind, so hat die Bundesversammlung

- 1) den Betrag der gewöhnlichen verfassungsmäßigen Ausgaben, so weit solches im Allgemeinen geschehen kann, festzusetzen;
- 2) in vorkommenden Fällen die zur Ausführung besonderer, in Hinsicht auf anerkannte Bundeszwecke gefaßten Beschlüsse erforderlichen außerordentlichen Ausgaben und die zur Bestreitung derselben zu leistenden Beiträge zu bestimmen;
- 3) das matrikelmäßige Verhältniß, nach welchem von den Mitgliedern des Bundes beizutragen ist, festzusetzen;
- 4) die Erhebung, Verwendung und Verrechnung der Beiträge anzuordnen und darüber die Aufsicht zu führen.

Art. LIII. Die durch die Bundesakte den einzelnen Bundesstaaten garantirte Unabhängigkeit schließt zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung aus. Da aber die Bundesglieder sich in dem zweiten Abschnitt der Bundesakte über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmungen übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergibt, daß solche nicht statt gefunden habe, zu bewirken. Die Anwendung der in Gemäßheit dieser Verbindlichkeiten getroffenen allgemeinen Anordnungen auf die einzelnen Fälle bleibt jedoch den Regierungen allein überlassen.

Art. LIV. Da nach dem Sinn des dreizehnten Artikels der Bundesakte, und den darüber erfolgten spätern Erklärungen, in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen statt finden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, daß diese Bestimmung in keinem Bundesstaat unerfüllt bleibe.

Art. LV. Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landes-Angelegenheit, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Art. LVI. Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigen Wege wieder abgeändert werden.

Art.

Art. LVII. Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht, so muß, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.

Art. LVIII. Die im Bunde vereinten souverainen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.

Art. LIX. Wo die Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, muß durch die Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Grenzen der freien Aeußerung, weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaats oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden.

Art. LX. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie erhält dadurch die Befugniß, auf Anrufung der Betheiligten die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, so fern dafür nicht anderweitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittelung oder kompromissarische Entscheidung beizulegen.

Art. LXI. Außer dem Fall der übernommenen besondern Garantie einer landständischen Verfassung, und der Aufrechthaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesakte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten, oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Charakter annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, so wie des sieben und zwanzigsten Artikels auch hiebei ihre Anwendung finden. Der sechs und vierzigste Artikel der Wiener Kongressakte vom Jahre achtzehn hundert und funfzehn, in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt, erhält jedoch hierdurch keine Abänderung.

Art. LXII. Die vorstehenden Bestimmungen in Bezug auf den dreizehnten Artikel der Bundesakte sind auf die freien Städte in soweit anwendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen.

Art. LXIII. Es liegt der Bundesversammlung ob, auf die genaue und vollständige Erfüllung derjenigen Bestimmungen zu achten, welche der vierzehnte Artikel der Bundesakte in Betreff der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände und des ehemaligen unmittelbaren Reichsabels enthält. Diejenigen Bundesglieder, deren Ländern die Besitzungen derselben einverleibt worden, bleiben gegen den Bund zur unverrückten Aufrechthaltung und der durch jene Bestimmungen begründeten staatsrechtlichen Verhältnisse verpflichtet. Und wenn gleich die über die Anwendung der in Gemäßheit des vierzehnten Artikels der Bundesakte erlassenen Verordnungen oder abgeschlossenen Verträge entstehenden Streitigkeiten in einzelnen Fällen an die kompetenten Behörden des Bundesstaats, in welchem die Besitzungen der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren gelegen sind, zur Entscheidung gebracht werden müssen, so bleibt denselben doch, im Fall der verweigerten gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rechtshülfe, oder einer einseitigen zu ihrem Nachtheil erfolgten legislativen Erklärung der durch die Bundesakte ihnen zugesicherten Rechte, der Rekurs an die Bundesversammlung vorbehalten; und diese

diese ist in einem solchen Falle verpflichtet, wenn sie die Beschwerde gegründet findet, eine gemägende Abhülfe zu bewirken.

Art. LXIV. Wenn Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen, deren Zweck nur durch die zusammenwirkende Theilnahme aller Bundesstaaten vollständig erreicht werden kann, von einzelnen Bundesgliedern an die Bundesversammlung gebracht werden, und diese sich von der Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit solcher Vorschläge im Allgemeinen überzeugt, so liegt ihr ob, die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen, und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die zu dem Ende erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

Art. LXV. Die in den besondern Bestimmungen der Bundesakte, Artikel 16, 18, 19, zur Berathung der Bundesversammlung gestellten Gegenstände bleiben derselben, um durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber zu gelangen, zur fernern Bearbeitung vorbehalten.

Die vorstehende Akte wird als das Resultat einer unabänderlichen Vereinbarung zwischen den Bundesgliedern, mittels Präsidial-Vortrags an den Bundestag gebracht, und dort, in Folge gleichlautender Erklärungen der Bundesregierungen, durch förmlichen Bundesbeschluß zu einem Grundgesetz erhoben werden, welches die nämliche Kraft und Gültigkeit wie die Bundesakte selbst haben und der Bundesversammlung zur unabweichlichen Richtschnur dienen soll.

Zur Urkund dessen haben sämtliche hier versammelte Bevollmächtigte die gegenwärtige Akte unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt.

So geschehen zu Wien, den fünfzehnten des Monats Mai, im Jahr ein tausend acht hundert und zwanzig.

(L. S.) Fürst von Metternich.

(L. S.) Graf Bernstorff.

(L. S.) Krusemark.

(L. S.) J. E. von Küster.

(L. S.) Freiherr von Zentner.

(L. S.) Freiherr von Stainlein.

(L. S.) Graf v. d. Schulenburg.

(L. S.) von Glogig.

(L. S.) Ernst Graf v. Hardenberg.

(L. S.) Graf von Mandelsloh.

(L. S.) Freiherr von Berstett.

(L. S.) Freiherr von Zettenborn.

(L. S.) Münchhausen.

(L. S.) du Bos du Thil.

(L. S.) J. Bernstorff.

(L. S.) H. R. Fald.

(L. S.) Karl Wilh. Freih. v. Fritsch.

(L. S.) E. F. L. Marschall v. Bieberstein.

(L. S.) L. H. Freiherr von Plessen.

(L. S.) von Berg.

(L. S.) J. F. Hach.

nachdem dieselbe durch einen in der Sitzung der Bundesversammlung am 8ten Juni d. J. einhellig gefaßten Beschluß zu einem der Bundesakte an Kraft und Gültigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes erhoben worden, als solches zur allgemeinem Kenntniß gebracht, und von allen Behörden und Unterthanen in den zum deutschen Bunde gehörenden Provinzen Unserer Monarchie geachtet werde. Gegeben Berlin, den 24ten Juni 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. Graf v. Bernstorff.

Gesetz = Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 13. —

(No. 613.) Verordnung über die Einführung der Vorschriften des Allg. Landr. Th. II. Tit. 20. §. 12. bis 15. incl., und der Krim. Ordn. §. 96. bis 98. incl., wegen der von Preussischen Unterthanen im Auslande, oder von Fremden im Inlande oder auch im Auslande begangenen Verbrechen oder Vergehen, in sämtliche Provinzen der Monarchie, worin die Preussischen Gesetzbücher noch nicht Gesetzeskraft haben. Vom 30. Juni 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Um die Grundsätze wegen Untersuchung und Bestrafung der von Unsern Unterthanen im Auslande, imgleichen der von Fremden innerhalb Unserer Staaten oder auch im Auslande begangenen Verbrechen oder Vergehen, in allen Provinzen der Monarchie in Uebereinstimmung zu bringen, verordnen Wir, auf Antrag Unseres Staatsministeriums, nach erforderten Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

1. Die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts Theil II. Titel 20. §. 12. bis 15. einschließlich, imgleichen der Krim. Ordn. §. 96. bis 98. einschließlich, welche zu dem Ende der gegenwärtigen Verordnung als Anhang beigefügt sind, sollen von nun an in allen Provinzen der Monarchie, worin die erwähnten Gesetzbücher übrigens noch nicht Gesetzeskraft haben, mit denjenigen Modifikationen in Anwendung kommen, welche aus der eigenthümlichen Einrichtung der Gerichte in diesen Provinzen sich von selbst ergeben.

2. Alle, diesen Vorschriften zuwiderlaufende, in den oberwähnten Provinzen bisher gültig gewesene Gesetze und Verordnungen, namentlich auch die Artikel 5. 6. und 7. des in den Rheinprovinzen noch geltenden Gesetzbuchs über das gerichtliche Verfahren in Strafsachen, sollen dagegen außer Kraft treten.

3. Die Minister der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten haben für die Beobachtung dieser Verordnung zu sorgen. Besonders wird der Justizminister die Gerichte in den neuen Provinzen mit dem Sinne der Vorschriften

Jahrgang 1820.

Z

des

(Ausgegeben zu Berlin den 15ten Juli 1820.)



des Allgemeinen Landrechts und der Kriminalordnung, und mit der Art, wie sie in den alten Provinzen Unserer Monarchie, wo jene Gesetzbücher gelten, angewandt werden, in einer besondern Instruktion bekannt machen.

Gegeben Berlin, den 30sten Juni 1820.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Griese.

A n h a n g.

Allgemeines Landrecht Theil II. Titel 20. Abschnitt 1. §. 12. bis 15.

§. 12.

Nicht nur Unterthanen, sondern auch Fremde, welche innerhalb der Grenze des Staats sich aufhalten, sind sich um die Gesetze desselben zu erkundigen verpflichtet.

§. 13. Dergleichen Fremde, welche innerhalb Landes Verbrechen begangen, werden daher auch nach inländischen Gesetzen bestraft.

§. 14. Fremde aber, wenn sie wegen auswärts begangener Verbrechen zur Strafe gezogen werden sollen, müssen nach den Gesetzen des Orts, wo sie das Verbrechen begangen haben, beurtheilt werden.

§. 15. Doch kommt es allen denen, welche wegen auswärts begangener Verbrechen innerhalb Landes bestraft werden sollen, zu statten, wenn die hiesigen Gesetze eine gelindere Strafe auf das auswärts begangene Verbrechen bestimmt haben.

Kriminalordnung Titel I. Abschnitt 3. §. 96. bis 98.

§. 96.

Alles was wegen des Gerichtsstandes in Kriminalsachen verordnet worden, findet nur alsdann Anwendung, wenn die mehreren bei einer Kriminaluntersuchung eintretenden Gerichtsstände sich insgesammt in hiesigen Landen befinden. Ist aber einer oder der andere davon ein ausländisches Gericht, so hat es wegen der Frage: in wie fern die Auslieferung verlangt werden könne? bei den Bestimmungen der mit auswärtigen Staaten bestehenden Verträge, sein Bewenden.

Jedoch ist dabei Folgendes zu beobachten:

- 1) Jeder Unterrichter, der von einem auswärtigen Gericht einen Verbrecher ausgeliefert erhält, muß, wenn zugleich die Ausstellung von Reversalien de observando reciproco verlangt wird, hierzu die Autorisation bei dem Landes-Justizkollegio nachsuchen, welches bei dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten anfragt.

2) Bei

- 2) Bei Auslieferung eines Verbrechers an ein auswärtiges Gericht, muß darauf gedrungen werden, daß das Letztere ebenfalls vor der Auslieferung Reversalien ausstelle; es sey denn, daß das Departement der auswärtigen Geschäfte solche in einzelnen vorkommenden Fällen für überflüssig erklärt.
- 3) Kein Richter darf einen Menschen außer Landes verabsolgen lassen, oder an ein auswärtiges Gericht abliefern, bevor nicht zu dieser Auslieferung die Autorisation des Departements der auswärtigen Angelegenheiten eingeholt worden.
- 4) Untergerichte müssen diese Autorisation bei dem ihnen vorgesetzten Obergericht nachsuchen, welches letztere über das Verlangen des auswärtigen Richters an das Kabinetministerium gutachtlich berichtet.
- 5) Wenn nicht durch Verträge ein anderes bestimmt worden, so muß auf die Auslieferung des Verbrechers angetragen werden, wenn derselbe ein Ausländer, und das Verbrechen im Auslande verübt worden ist.

§. 97. Hat ein hiesiger Unterthan ein Verbrechen außerhalb Landes begangen, und das einländische Gericht, welches ihn ergriffen hat, will sich mit Führung der Untersuchung wider ihn nicht befassen, so ist es innerhalb sechs Meilen den Verbrecher an den ordentlichen Richter seines einländischen Wohnorts abzuliefern befugt, und dieser ist die Untersuchung zu übernehmen verpflichtet.

§. 98. Wenn die Handlung des angeeschuldigten diesseitigen Unterthans nur nach den auswärtigen und nicht nach den hiesigen Gesetzen strafbar ist, so findet weder Untersuchung noch Bestrafung Statt.

(No. 614.) Deklaration des §. 3. der Verordnung vom 11ten März 1818. über die Lehen und Fideikomnisse in den jenseits der Elbe gelegenen Provinzen. Vom 1. Juli 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

In der Verordnung vom 11ten März 1818. haben Wir bestimmt, daß für diejenigen Lehen und Fideikomnisse in Unsern jenseits der Elbe gelegenen Provinzen, welche zur Zeit der Wiedereinführung des Allgemeinen Landrechts noch nicht völlig freies Eigenthum geworden waren, die Erbfolgerechte der Agnaten von der Zeit dieser Wiedereinführung an, als wiederhergestellt betrachtet werden sollten.

Da aber in der Zwischenzeit, von dieser Wiedereinführung an bis zur Gesetzeskraft der Verordnung vom 11ten März 1818., die Besitzer der Lehen und

und Fideikommiſſe Veräußerungen oder anderweite Belaſtungen deſſelben vorgenommen haben könnten, und in der erwähnten Verordnung über das Verhältniß der Agnaten zu ſolchen dritten Erwerbern nichts ausdrücklich beſtimmt iſt, ſo ſind hierüber in den Gerichten Zweifel entſtanden. Um dieſe Zweifel und die daraus entſprungene Rechtsungewißheit zu entfernen, finden Wir Uns gegenwärtig bewogen, nach erforderten Gutachten Unſers Staatsraths, und mit Rückſicht auf die Verordnung vom 11. März 1818., ingleichen auf das Allgemeine Landrecht Theil I. Titel 18. §. 290. 291. Titel 15. §. 26. Titel 20. §. 80., auf das Hypothekenpatent vom 22. Mai 1815. und auf die fernere Hypothekenverordnung vom 23. Dezember 1816. zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Diejenigen Agnaten, welche ihre Erbfolgerechte zur Eintragung in die Hypothekenbücher vor dem 1ſten Januar 1818. gehörig angemeldet haben, können das Gut bei eintretendem Suſſeſſionsfall auch von allen dritten Beſitzern, welche daſſelbe in der Zeit nach Wiedereinführung des Allgemeinen Landrechts bis zur Geſetzeskraft der Verordnung vom 11ten März 1818. erworben haben, zurückerfordern; ſie ſind jedoch dieſe Erwerber als redliche Beſitzer zu behandeln verpflichtet. Eine gleiche Verpflichtung haben ſie auch gegen die Erwerber anderer dinglichen Rechte an dem Lehen oder Fideikommiß aus jenem Zeitraum.

§. 2. Daſſelbe gilt von denjenigen Agnaten, welche ſich in dem Zeitraum vom 1ſten Januar 1818. bis zur Geſetzeskraft der Verordnung vom 11ten März 1818. gemeldet haben, wenn die Veräußerung oder Beſtellung irgend eines dinglichen Rechts für einen Dritten, ſpäter, als dieſe Anmeldung, vorgefallen iſt.

§. 3. Solche Agnaten dagegen, welche ſich weder vor dem 1ſten Januar 1818., noch vor einer ſolchen Veräußerung oder Beſtellung irgend eines dinglichen Rechts für einen Dritten, gemeldet haben, müſſen die Rechte der dritten Erwerber unbedingt anerkennen.

§. 4. In allen dieſen Fällen bleibt es den zur Erbfolge gelangenden Agnaten unbenommen, aus dem Vermögen des Beſizers, welcher die Veräußerung oder die Beſtellung irgend eines dinglichen Rechts für einen Dritten vorgenommen hat, ſo weit es die beſtehenden Geſetze geſtatten, Erſatz zu fordern.

Urkundlich unter Unſerer Allerhöchſtſeigenhändigen Unterſchrift und begedrucktem Königlichem Inſiegel.

Gegeben Berlin, den 1ſten Juli 1820.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürſt v. Hardenberg. v. Altenſtein.

Beglaubigt:

Frieſe.

Gesetz-Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 14. —

(No. 615.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 7ten August 1820., die Einrichtung des Abgabewesens betreffend.

Nachdem Mir die zur Vollendung der Steuer-Reform entworfenen Gesetze mit dem Gutachten des Staatsraths vorgelegt worden, habe Ich auf Ihren Antrag noch eine Kommission aus den Prinzen Meines Hauses und einigen andern Mitgliedern des Staatsraths angeordnet, um wiederholentlich zu erwägen, ob es ohne Gefährdung höherer Staatszwecke möglich sey, den Staatsbedarf noch so erheblich zu ernäßigen, daß eine wesentliche Erleichterung der Abgaben gegen die vorliegenden Steuergesetze erfolgen könne. Diese Prüfung ist gegenwärtig soweit vollendet, daß die Unvermeidlichkeit der vorgeschlagenen Abgaben unter einigen, die Ausführung erleichternden Bestimmungen bestätigt worden ist. Ich trage Ihnen daher nunmehr auf, die Bekanntmachung herbeizuführen von Mir vollzogenen Gesetze:

- 1) über Einrichtung des Abgabewesens,
- 2) wegen Einführung einer Klassensteuer,
- 3) wegen Einrichtung einer Wahl- und Schlachtsteuer,
- 4) wegen Einrichtung der Gewerbesteuer

sofort zu veranstalten. Den dem Gesetze wegen Einrichtung des Abgabewesens §. 2. beizufügenden allgemeinen Etat der gewöhnlichen Ausgaben und Einnahmen des Staats werde ich Ihnen künftig zur nachträglichen Bekanntmachung zugehen lassen. Vorzueht kommt es zunächst darauf an, die vorliegenden Gesetze unverzüglich zur Ausführung zu bringen, und namentlich die Klassensteuer in den drei oberen Klassen mit vier, zwei und einem Thaler monatlich vom 1sten Julius, die sämtlichen übrigen Klassen aber vom 1sten September dieses Jahres ab unfehlbar einziehen zu lassen, da bei Deckung des laufenden Staatsbedarfs auf diese Einnahme gerechnet worden. Berlin, den 7ten August 1820.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatskanzler Herrn Fürsten v. Hardenberg.

Jahrgang 1820.

II

(No. 616.)

(Ausgegeben zu Berlin den 12ten August 1820.)

(No. 616.) Gesetz über die Einrichtung des Abgabewesens. Vom 30sten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Um die Reform der Steuer-Gesetzgebung zu vollenden, welche Wir in der Verordnung vom 27sten Oktober 181c. Unsern getreuen Unterthanen zugesagt, würden Wir vor Allem eine Revision der Grundsteuer in Unsern sämtlichen Provinzen nöthig gefunden haben, wenn Wir nicht in Betracht der Schwierigkeiten, die damit unzertrennlich verbunden sind, rathsam gefunden hätten, diesen, die Provinzial-Interessen mehr berührenden Gegenstand der Berathung mit den Ständen vorzubehalten.

Da jedoch der Staatsbedarf, namentlich, neben dem, nach möglichster Beschränkung unvermeidlich gebliebenen Aufwande für die Kriegsmacht und die Verwaltung, ganz besonders auch die Verzinsung und der durch Unsere Verordnung vom 17ten Januar dieses Jahres festgesetzte jährliche Abtrag der größtentheils zur Befreiung und Wiederherstellung des Landes aufgenommenen Staatsschuld fortdauernd gesichert bleiben muß;

Da ferner dieser Bedarf, bei gesunkenen Preisen aller Arbeiten und Leistungen, nach Aufhebung der Universalakzise, Binnenzölle, Naturallieferungen für das Militär, auch Vorspanns in den alten Provinzen, so wie der droits reunis in den sonst von Frankreich besessenen Landestheilen, selbst mit Beihülfe der durch die Gesetze vom 26sten Mai 1818. und 8ten Februar 1819. eingeführten Steuern noch nicht vollständig gedeckt ist;

und da endlich auch diejenigen Verminderungen der Ausgaben, welche sowohl nach Unserer Verordnung vom 17ten Januar d. J. durch Ersparung der Zinsen von den abgelöseten Staatsschulden, als aus den sich nach und nach ausführbar zeigenden Verbesserungen der Verwaltung erwartet werden dürfen, und zur Erleichterung der Steuern bereits bestimmt sind, doch erst nach Verlauf einiger Jahre wirksam hervortreten können:

so haben Wir nicht ansehen wollen, auch die Erhebung der zu Bestreitung des gesamten Staatsbedarfs amoch erforderlichen übrigen Abgaben sofort zu verfügen, und verordnen deshalb, nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Die Auflagen sind fernerhin:

- a) die Zölle und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren, nach dem Gesetz vom 26sten Mai 1818;
- b) die Abgabe vom Salz, nach dem Gesetz vom 17ten Januar 1820. und den früheren, diesen Gegenstand betreffenden Verordnungen;
- c) die Stempelsteuer, wie solche durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden wird;

d) die

- c) die Gewerbesteuer, nach einem neuen Gesetze vom heutigen Tage;
- e) die Grundsteuer in ihrer gegenwärtigen Verfassung, und nach den Bestimmungen, die dieses Gesetz im §. 3. bis 7. enthält;
- f) die Steuer von inländischem Brantwein, Braumalz, Weinmost und Tabackblättern, nach dem Gesetze vom 8ten Februar 1819;
- g) an die Stelle der abzuschaffenden persönlichen Steuern, eine Klassensteuer, und da, wo diese nicht erhoben wird,
- h) eine Mahl- und Schlachtsteuer, beides (g, h.) nach Inhalt der heute besonders ergehenden Gesetze.

§. 2. In Vollziehung Unserer, den Staatshaushalt und das Staatsschuldenwesen betreffenden, Kabinettsorder vom 17ten Januar d. J. No. II. (Gesammlung No. 579.) lassen Wir den von Uns genehmigten allgemeinen Etat der gewöhnlichen Ausgaben und Einnahmen des Staats, für die drei nächsten Jahre vom 1sten Januar 1820. bis 31sten Dezember 1822. hier beifügen.

§. 3. Die Grundsteuer wird in jeder Provinz nach den Grundsätzen und Vorschriften erhoben, welche darin gegenwärtig zur Anwendung kommen.

§. 4. Doch wird hierbei verordnet, daß schon jetzt an keinem Orte, woselbst die Grundsteuer in Folge der seit 1789. eingetretenen Staatsveränderungen neu eingeführt oder erhöht worden ist, der Belauf derselben den fünften Theil des Rein-Ertrages vom verpflichteten Grundstücke übersteigen dürfe.

Der Grundbesitzer, der eine höhere Belastung durch die Grundsteuer behauptet, und zu erweisen vermag, kann die Herabsetzung auf den fünften Theil des Ertrages fordern.

Bezirks- und Gemeinbeabgaben dürfen hierbei nicht in Anschlag gebracht werden.

§. 5. Die Domainengrundstücke und Forsten sind steuervpflichtig, und wenn sie nach Anleitung des Gesetzes vom 9ten März 1819. veräußert werden, überall mit der landüblichen Grundsteuer, jedoch in keinem Fall niedriger, als dem sechsten Theil des Rein-Ertrages, zu belegen.

§. 6. Der Servis, welcher bisher von den Städten und Distrikten in den östlichen Provinzen zur General-Serviskasse oder zu den Haupt-Institutenkassen bezahlt wurde, wird von denselben im bisherigen Betrage bis zu der im Eingange dieses Gesetzes angedeuteten Revision der Grundsteuer zu den Staatskassen entrichtet.

Wo gar kein Realservis erhoben wird, oder wo der Beitrag zur allgemeinen Serviskasse oder den Haupt-Institutenkassen mehr beträgt, als der Realservis, steht es der Gemeinde frei, ihren Servisbeitrag den Grundbesitzern als Grundsteuer verhältnißmäßig aufzulegen, oder andere, den örtlichen Verhältnissen angemessene Abänderungen bei der obersten Verwaltungsbehörde in Antrag zu bringen.

§. 7. Die Gemeinden sind schuldig, die Grundsteuer mit Einschluß des im §. 6. gedachten Servises von den Zahlungspflichtigen einzuziehen, und in monatlichen Beiträgen vor Ablauf jeden Monats an die ihnen angewiesene Kasse abzuführen, auch in Zukunft die Servis-Angelegenheiten in der bisherigen Art zu bearbeiten.

§. 8. Die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer geschieht in denjenigen Städten, die in dem anliegenden Verzeichnisse benannt sind. Wenn jedoch eine dieser Gemeinden, in welchen bisher eine Mahlsteuer nicht erhoben wurde, vorziehen sollte, das von der Mahl- und Schlachtsteuer zu erwartende Einkommen auf dem Wege der Klassensteuer aufzubringen, so hat sie ihren Antrag zu Unserer unmittelbaren Entscheidung an die vorgesetzte Behörde zu richten.

Auch soll den Städten, die im Verzeichnisse nicht genannt sind, die Wahl der Mahl- und Schlachtsteuer statt der Klassensteuer gestattet seyn, wenn die oberste Verwaltungsbehörde die Hebung, den örtlichen Verhältnissen nach, hinlänglich gesichert findet.

§. 9. Gegen Entrichtung der im §. 1. festgesetzten Steuern hören alle bisherigen darunter nicht begriffenen Abgaben auf, namentlich

A. an Konsumtionssteuern:

- a) die Akzise vom Gemahl, Fleisch und Brennmaterial, so wie die Land-Konsumtionssteuer vom Schlachtvieh in den alten Provinzen (§§. 4—6. Verordnung vom 8ten Februar 1819.);
- b) die Generalakzise, Landakzise, Fleischsteuer und der Mahlgroschen, oder dessen Surrogat im Herzogthum Sachsen;
- c) die besondere Mahl- und Schlachtsteuer in einzelnen Distrikten zwischen der Elbe und Weser, und im Mindenschen Regierungsbezirk;
- d) die Schlachtsteuer im Großherzogthum Posen und in einem Theile des Marienwerderschen Regierungsbezirks;
- e) die Oktroi in den westphälischen und rheinischen Städten. (§. 13.)

B. An persönlichen Steuern:

- a) die durch das Edikt vom 7ten September 1811. eingeführte Personensteuer, überall, wo sie bisher erhoben worden;
- b) die Personen- und Charaktersteuer im Herzogthum Sachsen;
- c) die in einem Theile des Arnberger Regierungsbezirks erhobene Vermögenssteuer;
- d) die französische und bergische Personal- und Mobiliarsteuer in den westlichen Provinzen;
- e) die Thür- und Fenstersteuer, wo sie noch statt findet.

C. Die Gewerbesteuer:

- a) die durch das Edikt vom 2ten November 1810. eingeführte allgemeine Gewerbesteuer;

b) sämtl.

b) sämtliche Gewerbe-, Patente- und Nahrungssteuern; die in den seit dem 1sten Januar 1813. wieder- oder neuervorgerufenen Landestheilen bisher erhoben worden sind.

Die Alle unter den direkten Steuern in den Etats aufgeführte Abgaben, die nach einer von dem Finanzminister anzustellenden Prüfung, ihrer jetzigen Natur nach, zu einer der unter A. B. C. benannten Steuern zu rechnen sind.

E. Desgleichen soll dem Herzogthum Sachsen so viel an Abgaben erlassen werden, als der ganze jetzige Betrag der Quatembersteuer ausmacht, dieser Erlass jedoch in der Art statt finden, daß darauf zunächst die unter der Benennung der Magazinneue oder des Magazingetreides noch bestehende Naturallieferung, ferner die auf die Gewerbe, oder auf die Personen gelegten Quatember- oder Schocksteuern; so weit solche noch aus den Katastern mit Ueberzeugung zu ermitteln sind, in Anrechnung kommen.

Was dann noch übrig bleibt, soll zur Erleichterung derjenigen Unterthanen des Herzogthums Sachsen verwendet werden, welche durch die neuen Steuern verhältnißmäßig am meisten belastet werden,

§. 10. Es hören ferner auf:

- a) das Naturalquartier des garnisonirenden Militärs in den Bürgerhäusern, und zwar der Offiziere binnen längstens sechs Monaten nach Verkündigung dieses Gesetzes, der Gemeinen und Unteroffiziere aber in dem Verhältnisse, in welchem die Kaserneneinrichtung nach dem Maße der vorhandenen Mittel fortschreiten kann;
- b) vom Jahre 1821. ab die außerordentlichen Zuschüsse der Städte zum reglementsmäßigen Servis für die Offiziere, oder der sogenannte Hülfsservis;
- c) ferner vom Jahre 1821. ab die Beiträge der Stadtgemeinen zur Unterhaltung der Gerichts-, ingleichen der vom Staate außerhalb den Magisträten besonders angeordneten Polizeibehörden, jedoch verbleiben beide Behörden im ungeführten Besitze der Lokale, die sie gegenwärtig inne haben.

§. 11. Staatseinkünfte, die auf einem speziellen Erhebungstitel beruhen, z. B. die dermalige besondere Abgabe der Mennoniten u. d. m. sind unter den aufgehobenen Abgaben nicht begriffen.

§. 12. Diejenigen Landestheile, worin wegen ihrer abgesonderten Lage die im §. 1. Buchst. a. b. u. f. angeordnete Verbrauchsabgaben nicht erhoben werden können, sind verpflichtet, andere Abgaben dagegen zu übernehmen, welche nach ihren besondern Verhältnissen durch besondere Verordnungen festzusetzen sind.

§. 13. Die Bezirks- und Gemeindeausgaben müssen von den Bezirken und Gemeinden besonders aufgebracht werden. Glauben sie auf dem Wege einer Erhöhung der Klassen- oder der Wahl- und Schlachtsteuer die Beiträge der

einzelnen Mitglieder am angemessensten erheben zu können, so ist ihnen solches unter Genehmigung der vorgesezten Regierungen, welche deshalb von dem Finanzministerium mit allgemeiner Anweisung versehen werden sollen, verflattet. Andere Auflagen und Aussschläge für die Bezirks- und Gemeindebedürfnisse können jedoch nur dann erhoben werden, wenn sie bereits bestehen, und das Bedürfniß derselben noch fortbauert, oder wenn sie in der Verfassung oder auf landesherrlicher Bewilligung beruhen, in allen Fällen aber nur, in sofern sie den Bestimmungen der allgemeinen Steuergesetze und der Freiheit des innern Verkehrs nicht hinderlich sind.

§. 14. Mit der Ausführung dieses Gesetzes soll der Finanzminister sich ohne Verzug und in der Maaße beschäftigen, daß, so wie die Einrichtungen zu Erhebung der neu angeordneten Steuern vollendet worden, und mit deren Einführung vorgegangen werden kann, die laut §. 9. aufgehobenen, bis dahin noch zu erhebenden Steuern, aufhören.

Wir befehlen allen Unsern Behörden und Unterthanen, sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes gehorsam zu achten.

Gegeben Berlin, den 30sten Mai 1820.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt

Friede.

Beilage B.

zu §. 8. des Gesetzes wegen Einrichtung des Abgabewesens.

Verzeichniß der Städte, in welchen die Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird.

- | | | |
|------------------------|---------------------------|-----------------|
| 1. Königsberg in Pr. | 11. Graudenz mit Festung. | 21. Gnesen. |
| 2. Memel. | 12. Marienwerder. | 22. Inowrazlaw. |
| 3. Braunsberg. | 13. Thorn. | 23. Werserig. |
| 4. Pillau mit Festung. | 14. Posen. | 24. Ostrowa. |
| 5. Gumbinnen. | 15. Lissa. | 25. Schwerin. |
| 6. Tilsit. | 16. Rawiez. | 26. Zduny. |
| 7. Insterburg. | 17. Fraustadt. | 27. Moosfen. |
| 8. Danzig. | 18. Bromberg. | 28. Schönlanke. |
| 9. Elbing. | 19. Krotoschin. | 29. Kilehne. |
| 10. Marienburg. | 20. Kempen. | 30. Grätz. |

- | | | |
|--------------------------|-----------------------|----------------------------------|
| 31. Bojanowo. | 66. Breslau. | 100. Eilenburg. |
| 32. Schneidemühl. | 67. Brieg. | 101. Erfurt. |
| 33. Chodzieſen. | 68. Delä. | 102. Mühlhausen. |
| 34. Czarnikow. | 69. Groß-Glogan. | 103. Nordhausen. |
| 35. Berlin. | 70. Liegnitz. | 104. Langensalza. |
| 36. Charlottenburg. | 71. Grünberg. | 105. Heiligenstadt. |
| 37. Potsdam. | 72. Görlitz. | 106. Münter. |
| 38. Brandenburg a. d. H. | 73. Goldberg. | 107. Kösfeld. |
| 39. Prenzlow. | 74. Sagan. | 108. Wahrenndorf. |
| 40. Spandow. | 75. Lauban. | 109. Bochof. |
| 41. Neu-Ruppin. | 76. Meiffe. | 110. Minden. |
| 42. Briegen. | 77. Ratibor. | 111. Bielefeld. |
| 43. Mathenow. | 78. Neustadt. | 112. Herford. |
| 44. Schwedt. | 79. Dypeln. | 113. Vadersborn. |
| 45. Wittstock. | 80. Schneidnitz. | 114. Eöft. |
| 46. Frankfurt. | 81. Olaf. | 115. Dortmund. |
| 47. Landsberg a. d. W. | 82. Hirschberg. | 116. Hamm. |
| 48. Küstrin. | 83. Jauer. | 117. Arnöberg. |
| 49. Züllichau. | 84. Frankenſtein. | 118. Eöln mit Deuz. |
| 50. Kottbus. | 85. Reichenbach. | 119. Bonn. |
| 51. Königsberg i. d. N. | 86. Magdeburg. | 120. Düffeldorf. |
| 52. Krossen. | 87. Burg. | 121. Weſel. |
| 53. Guben. | 88. Halberſtadt. | 122. Kleve. |
| 54. Etertın mit Damm. | 89. Iſchersleben. | 123. Duisburg. |
| 55. Stargard. | 90. Quedlinburg. | 124. Emmerich. |
| 56. Uecklam. | 91. Etenbal. | 125. Koblenz mit Ehrenbreiſtein. |
| 57. Demmin. | 92. Salzweſel. | |
| 58. Treprow a. d. Rega. | 93. Halle. | 126. Weßlar. |
| 59. Schwienemünde. | 94. Wittenberg. | 127. Kreuznach. |
| 60. Kolberg. | 95. Torgan. | 128. Trier. |
| 61. Köſlin. | 96. Merſeburg. | 129. Saarbrück. |
| 62. Stolpe. | 97. Naumburg a. d. S. | 130. Saarlouis. |
| 63. Stralsund. | 98. Zeitz. | 131. Aachen. |
| 64. Greifswalde. | 99. Weißenfels. | 132. Jülich. |
| 65. Wolgaſt. | | |

Berlin, den 30ſten Mai 1820.

Friedrich Wilhelm.

E. Kurfürst v. Hardenberg. v. Altenstein.
Beglaubigt: Frieſe.

(No. 617.)

(No. 617.) Gesetz wegen Einführung einer Klassensteuer. Vom 30sten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Durch das allgemeine Gesetz, welches Wir über die Einrichtung des Abgabewesens am heutigen Tage vollzogen, haben Wir die Erhebung einer besonderen Abgabe unter der Benennung einer Klassensteuer angeordnet, über welche Wir hiedurch, nach erstattetem Gutachten Unseres Staatsraths, folgende nähere Bestimmungen festsetzen.

§. 1. Der Klassensteuer sind alle Einwohner, ohne Unterschied, unterworfen, wenn sie nicht entweder durch gegenwärtiges Gesetz ausdrücklich davon befreit, oder durch frühere Specialbestimmungen seit dem Jahre 1815. von den gewöhnlichen Personalsteuern bereits entbunden sind.

§. 2. Befreit von der Klassensteuer sind:

- a) die Einwohner derjenigen Städte, in welchen der Staat eine Wahl- und Schlachtsteuer erheben läßt.
- b) Fremde, wofür in dieser Beziehung nur diejenigen Ausländer zu achten sind, welche sich nicht ein volles Jahr an demselben Orte aufhalten.
- c) Kinder vor vollendetem 14ten Jahre.
- d) Alle beim stehenden Heer und bei den Landwehrstämmen im Reih und Glied befindliche aktive Militärpersonen, nebst den in ihrer Haushaltung lebenden Mitgliedern ihrer Familie, insofern sie selbst oder diese ihre Angehörigen weder eigenes Gewerbe noch Landwirthschaft treiben.

Auch die Landwehrmänner ersten Aufgebots und ihre Familien, sofern sie in der untersten Klasse steuern, sind für den Monat, in welchem sie zur Uebung einberufen werden, von der Klassensteuer frei.

Während eines Krieges sind die Familien aller unter den Waffen stehenden Militärpersonen frei, insofern sie nicht eigenes Gewerbe oder Landwirthschaft treiben.

- e) Arme, die von Almosen aus Staats- oder Gemeindefassen leben.
- f) Diejenigen, die in öffentlichen Anstalten auf öffentliche Kosten verpflegt werden.

§. 3. Die Steuer wird in der Regel nach fünf Klassen erhoben, dergestalt, daß die Lohnarbeiter, gemeines Gesinde und Tagelöhner die unterste oder fünfte, der geringere Bürger- und Bauerstand die vierte, die wohlhabenden Einwohner die beiden darauf folgenden Klassen, und die vorzüglich wohlhabenden und reichen Einwohner, die erste Klasse bilden. Die genaueren Merkmale dieser Klassen sollen für jeden Regierungsbezirk durch eine besondere, von uns

Uns unmittelbar zu vollziehende Instruktion bestimmt, und durch das Amtsblatt der Regierung bekannt gemacht werden.

Für die Verschiedenheit des kleinen Grundbesizes und Gewerbebetriebs kann, nach dem Ermessen der obersten Verwaltungsbehörde, zwischen der vierten und fünften noch eine Klasse eingeschaltet werden. Mehr als sechs Klassen werden nirgend gebildet.

§. 4. a) Die Høbung geschieht in der Regel nach Haushaltungen.

b) Zur Haushaltung gehørt der Hausherr, oder wo Frauen selbstständig eine Wirtschaft fñhren, die Hausfrau, mit ihren Angehørigen, denen sie Wohnung und Unterhalt geben.

c) Kostgänger, oder Personen, die mit Gehalt oder Lohn zu Dienstleistungen angenommen sind, werden nicht zu den Angehørigen einer Haushaltung gezählt.

d) Steuerepflichtige, welche weder einer besteuerten Haushaltung angehøren, noch eine eigene Haushaltung fñhren, zahlen die Hälste des Steuersatzes ihrer Klasse als Personensteuer.

e) In der untersten Klasse wird die Steuer überhaupt von den einzelnen Zahlungspflichtigen, mithin auch von jedem besteuerten Angehørigen einer Haushaltung, als Personensteuer, entrichtet, jedoch sollen aus einer und derselben Haushaltung niemals mehr als drei Personen diese Steuer bezahlen.

§. 5. Die Steuer betrügt monatlich:

a) in der ersten Klasse

aa) für die Haushaltung Vier Thaler Preussisch,

bb) für einen Einzelnen Zwei Thaler "

b) in der zweiten Klasse

aa) für die Haushaltung Zwei Thaler Preussisch,

bb) für einen Einzelnen Einen Thaler "

c) in der dritten Klasse

aa) für die Haushaltung Einen Thaler Preussisch,

bb) für einen Einzelnen Zwölf Groschen Brandenburgisch;

d) in der vierten Klasse

aa) für die Haushaltung Acht Groschen Brandenburgisch,

bb) für einen Einzelnen Vier Groschen "

e) in der Zwischenklasse zwischen der vierten und fünften, wo dieselbe nach §. 3. statt findet

aa) für die Haushaltung Vier Groschen Brandenburgisch,

bb) für einen Einzelnen Zwei Groschen "

Jahrgang 1820.

Æ

§) In

1) in der untersten Klasse

von jeder steuerbaren Person Einen Groschen Brandenburgisch, ohne Unterschied, ob sie zu einer Haushaltung gehört oder nicht, jedoch im ersten Fall unter der im vorigen §. unter e. wegen der Personenzahl bestimmten Erleichterung.

- §. 6. a) Die Klassifikation nach den §. 3. gedachten Instruktionen geschieht überall, von den Kommunalbehörden unter Aufsicht der Landräthe.
- b) Von eben denselben werden die Jahresrollen und die Ab- und Zugangslisten angefertigt.
- c) Die Erhebung geschieht durch die Gemeindebeamten, welche die Grund- und Gewerbesteuer einziehen.
- d) Die Formen der Geschäftsführung werden nach Verschiedenheit der Provinzialverhältnisse durch besondere Instruktionen vorgezeichnet. Für die vorschriftsmäßige Vertheilung und Einziehung der Steuern sind die Regierungen verantwortlich.

§. 7. a) Jeder Eigenthümer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Stellvertreter haftet der Behörde, welche das Verzeichniß der steuerpflichtigen Haushaltungen und Personen aufnimmt, für die richtige Angabe derselben.

- b) Jedes Familienhaupt ist für die richtige Angabe seiner Angehörigen, seines Hausstandes und seiner andern steuerpflichtigen Hausgenossen verantwortlich.
- c) Jede bei der Aufnahme des Verzeichnisses unterlassene Angabe einer steuerpflichtigen Person soll, außer der Nachzahlung der rückständigen Steuer, mit einer Geldbuße des vierfachen Jahrbetrages derselben belegt werden.
- d) Das Verfahren gegen diejenigen, welche sich einer Uebertretung dieses Gesetzes schuldig machen, findet nach der Bestimmung der Steuerordnung vom 8ten Februar 1819. §§. 91 — 95. und der Deklaration des §. 93. derselben vom 20sten Januar 1820. Statt.
- e) Die Vergehungen der Steuerbeamten werden nach §. 59. der Steuerordnung vom 8ten Februar 1819. geahndet.

§. 8. a) Die Bekanntmachung der Steuerrollen erfolgt für das erstmal in einer angemessenen Frist nach geschehener Verkündung dieses Gesetzes, weiterhin aber mit dem Anfange jedes Jahres.

- b) Sobald sie geschehen, muß der Steuerpflichtige in den ersten acht Tagen jedes Monats seinen Beitrag voraus entrichten. Es hängt von ihm ab, sie auch für einen längeren Zeitraum bis zum ganzen Jahreshetrage zu bezahlen.

c) Die

- c) Die Einnahmen werden von dem Steuerempfänger aufgefördert, die Zahlung binnen drei Tagen zu leisten, nach deren fruchtlosem Ablaufe durch die kompetente Exekutionsbehörde mit der Beitreibung verfahren wird.
- d) Spätestens 5 Tage vor dem Ablaufe jedes Monats muß die eingezogene Steuer, nebst der Nachweisung der etwa unvermeidlichen Ausfälle und der Reste an die zum weiteren Empfang bestimmte Kasse abgeliefert seyn.
- e) Der Steuerempfänger ist für diejenigen Steuern selbst verantwortlich, bei denen er den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos verhängte Exekution nicht sofort nachweisen kann, und muß solche vorschußweise zur Kasse erstrahlen.

§. 9. Die örtliche Erhebung der Steuer liegt den Gemeinden ob, welche dafür einen Antheil von vier Prozent der eingezogenen Summe erhalten.

§. 10. Der Finanzminister hat dieses Gesetz zur Ausführung zu bringen, und Wir befehlen allen Unsern Behörden und Unterthanen, sich nach dem Inhalte desselben eifrigst zu achten.

Gegeben Berlin, den 30sten Mai 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein

Beglaubigt:

Frieße.

(No. 618.) Gesetz wegen Entrichtung einer Mahl- und Schlachtsteuer. Vom 30sten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. r.

verordnen hiermit, im Verfolg Unseres heutigen Gesetzes über die Einrichtung des Abgabewesens, wegen Erhebung einer Mahl- und Schlachtsteuer, nach angehörtem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folget:

§. 1. Die Mahl- und die Schlachtsteuer werden in der Regel neben einander entrichtet.

§. 2. a) Die Mahlsteuer wird von allen Getreidearten, Körnern und Hülsenfrüchten erhoben, welche zu Mehl, Erbsen, Graupen, Grütze und Gries durch eine Mühle bereitet werden.

Vom der
Mahlsteuer.

b) Alles Malz und dasjenige Getreide, welches die Inhaber einer Brennerei oder Brauerei erweislich zur Destillation oder zum Brauen verwenden, ist dieser Steuer nicht unterworfen.

§. 2

§. 3.

§. 3. Es sollen erhoben werden:
von 1 Centner Weizen 16 Groschen,
von 1 Centner Roggen, Gerste, Buchweizen und andern Getreibearten
und Hülsenfrüchten 4 Groschen brandenburgisch.

- §. 4. a) Wenigstens Ein Viertel Centner muß auf Einmal zur Mühle
gesandt werden. Kein Müller darf eine geringere Quantität annehmen.
b) Bei der Verwiegung wird für den Sack nichts abgerechnet, auch macht
es bei der Versteuerung keinen Unterschied, ob das Getreide trocken
oder angefeuchtet sey.
c) Dagegen soll auch bei der Verwiegung jeder Getreidepost ein Ueberge-
wicht unter einem Sechszehntel Centner nicht berücksichtigt werden.

§. 5. Wer Weizen mit anderem Getreide vermischt mahlen läßt, muß
von dem Gewichte der ganzen Mischung die Weizensteuer entrichten.

- §. 6. a) Die Steuer muß erlegt werden, bevor das Getreide zur
Mühle kommt.
b) Alles Getreide muß mit einem vom Steueramt ausgegebenen Mahlzettel
versehen, und jeder Sack muß mit dem Namen des Steuerepflichtigen
bezeichnet seyn.
c) Mahlzettel werden in der Regel nur zum Vermahlen des Getreides in
den zur Stadt gehörigen Mühlen ertheilt. Doch kann deren Ertheilung
zum Mahlen des Weizens auf entlegenen Mühlen vom Finanz-Minister,
oder der dazu von ihm beauftragten Behörde, auch in solchen Fällen nach-
gegeben werden, wo die städtischen Mühlen den Bedarf zu beschaffen nicht
vermögen. Die Vorichtsmaßregeln zur Sicherung des richtigen Ein-
gangs der Steuer werden alsdann der Dertlichkeit gemäß besonders
bestimmt.

- §. 7. In den Städten, wo die Mahlsteuer erhoben wird, ist
a) es nicht erlaubt, bewegliche Mahlmühlen, Handmühlen und Stampfen
zu halten, und
b) zur Inlegung einer Mühle, die mit thierischer Kraft oder durch Dämpfe
getrieben wird, die Genehmigung der Regierung erforderlich.

Von der
Schlacht-
steuer.

§. 8. Die Schlachtsteuer wird von allem geschlachteten Rindvieh,
Schaaßen, Ziegen und Schweinen, mit Einschluß der Kälber, Lämmer und
Ferkel, entrichtet.

§. 9. Von einem Centner Fleisch soll Ein Thaler erhoben werden.

§. 10. Bei erfolglicher Verwiegung wird das ganze ausgeschlachtete
Stück unzer schnitten mit dem Fleische, den Knochen und dem Fette gewogen.
Köpfe, Eingeweide und Darmfett werden nicht mitgewogen.

§. 11.

- §. 11. a) Die Steuer kann auch nach Stückfäßen entrichtet werden.
- b) Der Finanz-Minister soll in jeder Stadt die nach der Localität angemessenen Sätze, je nachdem gewöhnlich großes und schwereres, oder kleines und leichteres Vieh geschlachtet wird, für das Stück von jeder Art Schlachtvieh bestimmen.
- c) Hiernach bleibt es sodann dem Steuerpflichtigen überlassen, entweder die Steuer von dem Stücke vor dem Schlachten zu erlegen, oder vorher, unter dem Erbieten zur Versteuerung nach dem Gewicht, gegen Bestellung eines Pfandes den Schlachtzettel des Steuer-Amtes auszuwirken und den Rumpf des geschlachteten Viehes hiernächst zur Waage zu bringen.

§. 12. Es findet keine Steuer-Vergütung auf mahl- und schlacht-
steuerpflichtige Waaren Statt, die, nachdem sie in Folge des gegenwärtigen
Gesetzes versteuert worden sind, in Landestheile gebracht werden, wo Statt der
Mahl- und Schlacht-Steuer die Klassensteuer eingeführt ist. Auch begründet bei
Versendungen aus einer steuerpflichtigen Stadt in die andere die etwaige
Verschiedenheit der zugeschlagenen Kommunal-Steuersätze keinen Anspruch
auf Nachsteuer oder Vergütung.

Allgemeine
Vorschriften.

- §. 13. a) Wer innerhalb des Bezirks der steuerpflichtigen Stadt-Gemeine oder überhaupt im Umfange der Stadt sich aufhält, ist, ohne Ausnahme, die Steuer zu tragen verpflichtet.
- b) Einzelne Vorstädte, Vorwerke oder andere bewohnte Anlagen, die der Verlichkeit nach nicht unter gehöriger Aufsicht zu halten sind, können durch die Regierung unter Zustimmung des Finanz-Ministers zur Klassensteuer angezogen, und von der Mahl- und Schlacht-Steuer ausgeschlossen werden.

§. 14. Bäcker, Schlächter oder andere Personen, die mit Mehl, Graupen, Grütze, Gries, geschrotetem Getreide, geschroteten Hülsenfrüchten, Brod, Backwerk, Nudeln, Stärke und Puder, oder mit Fleisch und Fett von Rindvieh, von Schaafen, Ziegen und Schweinen, so wie mit Waaren, die aus solchem Fleisch und Fett zubereitet sind, als Talglichtern, Schinken, Würsten u. s. w. einen Handel treiben, sollen von den Früchten, welche sie vernachlässen lassen, oder vernachlässen einführen, und von dem Viehe, welches sie schlachten lassen, oder geschlachtet einführen, auch dann, wenn sie nicht in der Stadt, aber in nicht größerer Entfernung als einer halben Meile von dem steuerpflichtigen Stadtbezirk an einem der Klassensteuer unterworfenen Ort sich nieder gelassen haben, die Mahl- und Schlacht-Steuer eben so zu entrichten schuldig seyn, als wenn sie zur Stadt gehörten, ohne deshalb von der Klassensteuer ihres Wohnorts entbunden zu werden.

§. 15.

§. 15. a) Werden die im §. 14. benannten Gegenstände in Quantitäten von einem Sechszehntel Centner und drüber in eine steuerpflichtige Stadt eingebracht, so müssen sie gleich bei der Ankunft dem Steuer-Amt angemeldet und versteuert, oder es muß demselben nachgewiesen werden, entweder, daß sie aus dem Auslande eingeführt und die Steuer an der Grenze entrichtet worden, oder daß sie aus einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt herkommen.

- b) Für das Gewicht des Sackes oder der sonstigen Umgebung, womit die Waare zur Verwiegung gelangt, wird bei der Versteuerung kein Abzug gestattet, es bleibt aber auch ein Ubergewicht, welches nicht $\frac{1}{4}$ Centner der auf einmal zur Verwiegung gekommenen Quantität beträgt, unberücksichtigt.
- c) Die Entrichtung der Steuer von solchen Waaren wird dahin bestimmt:
 - aa) von Krafmehl, Vuber, Graupe, Grüge und Uries wird das doppelte,
 - bb) von Mehl das Ein- und Eindrittelfache,
 - cc) von Schroot und Bachwerk aller Art das Einfache des Sackes bezahlt, welchen das Getreide, woraus diese Erzeugnisse bereitet worden, steuert,
 - dd) die Fleisch- und Fettwaaren werden mit Ein und Eindrittel des Sackes von dem in den Städten ausgehlachten Fleische berechnet.
- d) Eine Unterlassung der Anzeige bei der Ankunft der Waaren in der Stadt, oder eine Abweichung von dem durch die Steuerbehörde vorgeschriebenen Wege, welchem der Steuerpflichtige bis zum Steueramt folgen muß, wird als eine Defraudation angesehen und geahndet.
- e) Auch derjenige macht sich einer Defraudation schuldig, welcher dergleichen Waaren zum Handel in kleineren Quantitäten mittelst Wiederholung einbringt oder einbringen läßt.

§. 16. a) Müller und Schlächter müssen dem Steueramte anzeigen, welche Mühlengebäude, Schlachthäuser und andere Räume sie zum Betriebe ihres Gewerbes und zur Aufbewahrung ihrer Vorräthe benutzen.

- b) Nur in den angezeigten Lokalen, die unter Aufsicht des Steueramts stehen, dürfen sie ihr Gewerbe treiben und ihre zum Gewerbe-Betriebe bestimmten Vorräthe aufbewahren.
- c) Müller und Schlächter sind verpflichtet, dasjenige genau zu beobachten, was von der obersten Verwaltungs-Behörde wegen zu führender Mahl- und Schlacht-Bücher, wegen des Verfahrens mit den Mahl- und Schlacht-Zetteln, wegen Aufbewahrung dieser Bücher und Zettel und überhaupt zur Kontrolle der Steuer entweder allgemein oder, mit Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse, besonders vorgeschrieben wird.
- d) Das Müller- und Bäcker-Gewerbe kann nur mit Erlaubniß der obersten Verwaltungs-Behörde vereint betrieben werden.

§. 17.

- §. 17. a) Defraudationen ziehen die Konfiskation der Waaren, woran solche begangen werden, sowohl für Gewerbetreibende als für andere Steuerpflichtige nach sich.
- b) Außer der Konfiskation treten die Strafen ein, welche die Steuer-Ordnung vom 8ten Februar 1819. §§. 60. — 65. §§. 83. — 90. auf die Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften zur Gefährdung der Steuer angedroht hat. Ueberall, wo in diesen Vorschriften von Brennern und Brauern geredet wird, findet die Anordnung auf diejenigen Gewerbetreibenden Anwendung, welche die Mehl- und Schlacht-Steuer zu entrichten schuldig sind.
- c) In Ansehung des Verfahrens gegen die Kontravenienten werden die Bestimmungen der Steuer-Ordnung vom 8ten Februar 1819. §§. 91. bis 95. und der Deklaration des §. 93. vom 20ten Januar d. J. angewendet.
- d) In gleicher Art sollen diejenigen Vorschriften der Steuer-Ordnung vom 8ten Februar 1819., welche die zur Kontrolle der Steuer getroffenen Maaßregeln der Steuer-Behörde zum Gegenstande haben, namentlich die §§. 49. 54. — 59. und 72. sowohl von den Steuer-Beamten als von den Steuerpflichtigen beobachtet werden.

§. 18. Die Erhebung der Steuer geschieht durch die Zoll- oder Steuer-Ämter.

§. 19. Wir übertragen dem Finanz-Minister die Ausführung obiger Vorschriften, welche von allen Unsern Behörden und Unterthanen gemeinlich zu befolgen sind.

Gegeben Berlin, den 30ten Mai 1820.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein

Beglaubigt:

Frieße.

(No. 619.) Gesetz wegen Einrichtung der Gewerbesteuer. Vom 30ten Mai 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

verordnen hierdurch, in Gemäßheit Unseres Gesetzes über die Einrichtung des Abgabewesens vom hentigen Tage, wegen Erlegung der Gewerbesteuer, nach erforderlichem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folget:

§. I.

§. 1. Die Gewerbesteuer soll im ganzen Staate gleichförmig nach dem Inhalte des gegenwärtigen Gesetzes erhoben werden.

Gewerbe-Steuer-
pflichtigkeit über-
haupt.

§. 2. Gewerbesteuerpflichtig sind fortan nur
der Handel,
die Gastwirthschaft,
das Verfertigen von Waaren auf den Kauf,
der Betrieb von Handwerken mit mehreren Gehälfen,
der Betrieb von Mühlenwerken,
das Gewerbe der Schiffer, der Fracht- und Lohnfuhrleute, der Pferdever-
leiher und diejenigen Gewerbe, die von umherziehenden Personen betrie-
ben werden.

Mähere Bestim-
mungen.
A. für den Handel.

§. 3. Die Gewerbesteuerpflichtigkeit vom Handel trifft
a) jedes Groß- oder Einzeln-Handels-, Kommissions-, Expeditions-,
Wechselbank-, Leih-, Versicherung-, Fabrik- und Rhedereigenschaft, das
unter einer bekanntgemachten Firma mit kaufmännischen Rechten betrie-
ben wird. Auch die bei der Kaufmannschaft angestellten Mäkler und
Handels-Agenten sind der Steuer unterworfen.

Welche Firma kaufmännische Rechte verleihe, ist nach den Gesetzen
jedes Orts zu beurtheilen. Wo diese nichts bestimmen, treten ohne Un-
terschied der Provinzen die Anordnungen des Allgemeinen Landrechts
§§. 475. und 483. — 487. Tit. 8. Th. II. ein, welche in der Bei-
lage A. abgedruckt sind.

A. / §. 4. Die Steuer wird von jeder einzelnen Firma, von jedem einzelnen
Komtoir, von jedem einzelnen Laden, ohne Rücksicht auf die Zahl der Theil-
nehmer, erhoben.

§. 5. b) der Steuer vom Handel sind ferner unterworfen, die ein Gewerbe
daraus machen, neue oder alte Sachen, Waaren und Erzeugnisse jeder Art
zum Wiederverkauf anzukaufen, oder zum Verkauf in Auftrag zu über-
nehmen, ohne kaufmännische Rechte zu besitzen, als Lieferanten, Vieh-
oder Pferdehändler, Aufkäufer, Krämer, Tröbler, Höker und Viktual-
ienhändler u. s. w.

§. 6. Als Viktualienhändler zu besteuern ist auch:
aa) wer, gewerbeweise, Vieh vom erkauften Futter unterhält, um es zum
Verkauf zu mästen, oder mit der Milch zu handeln;
bb) wer die Milch einer Heerde, das Obst eines Gartens, den Fischfang
in Gewässern und ähnliche Nutzungen, abgesondert, zum Gewerbsbe-
triebe pachtet.

ausnahmen.

§. 7. Aller Handel der Ausländer auf Messen und Jahrmärkten ist von
dieser Steuer (§. 3. bis 6.) frei.

§. 8.

§. 8. Fremde Einkäufer inländischer Erzeugnisse oder Fabrikate sind frei, sofern sie nicht, umherziehend, Aufkäuferi im Einzelnen betreiben.

§. 9. a) Wer, gewerbsweise, ein offenes Lokal hält, um Personen mit oder ohne Kost für Verzehrung zu beherbergen, ist als Gastwirth steuerpflichtig. B. Für die Gastwirthschaft.

b) Wer, gewerbsweise, möblirte Zimmer (chambres garnies) vermietet, ist derselben Steuer unterworfen, jedoch nicht der, welcher bloße Schlafstellen hält.

§. 10. c) Wer, gewerbsweise, ein offenes Lokal hält, um zubereitete Speisen oder Getränk, zum Genuß auf der Stelle oder außerhalb, feil zu bieten, ist als Speise- oder Schankwirth steuerpflichtig.

d) Restaurateurs, Garföche, Zuckerbäcker, sogenannte Italiäner- und Schweizerladen, Pfefferkuchler, Kaffeeschänker, Tabagiken und dgl. sind hierunter begriffen.

e) Der Betrieb des Bäcker- und Schlächtergewerbs gehört nicht hieher, sondern ist als Fertigung der Waaren auf den Kauf, zu besteuern.

§. 11. Landleute, die in den Städten auf offenem Markte an Marktagen Roggenbrodt verkaufen, sind steuerfrei, in sofern sie das Backen des Brodts nur als Nebengeschäft treiben. C. Ausnahmen für das Verfertigen von Waaren auf den Kauf.

§. 12. Gewerbesteuerfrei sind

a) Handwerker, die in der Regel nur um Lohn oder nur auf Bestellung arbeiten, ohne auch außer den Jahrmärkten ein offenes Lager von fertigen Waaren zu halten, so lange sie das Gewerbe nur für ihre Person oder mit Einem erwachsenen Gehülfen und mit Einem Lehrlinge betreiben. Die Hülfe weiblicher Hausgenossen und eigener Kinder unter 15 Jahren bleibt unberücksichtigt. D. Ausnahmen für die Handwerke.

§. 13. b) Weberei und Wärferei, sofern sie nur als Nebenbeschäftigung neben anderem Gewerbe, oder auf nicht mehr als zweien Stühlen betrieben wird.

§. 14. a) Mühlenwerke, die bloß für den eigenen Verbrauch des Besitzers arbeiten, oder E. Ausnahmen für die Mühlen.

b) nur zu Ent- oder Bewässerung der Ländereien bestimmt sind, unterliegen der Gewerbesteuer nicht.

§. 15. c) Hammer-, Bohr-, Schleif-, Polir-, Papier-, Loh- und Walmühlen, Maschinen zum Bergbau, zum Hütten- und Salinenwesen, so wie überhaupt durch Elementar- oder thierische Kräfte getriebene Maschinen, die zur Verarbeitung der Fabrikmaterialien, zur Spinnerei, Weberei, Appretur, dienen, werden nicht mit der Mühlen-, sondern entweder mit der Handels- oder mit der Handwerks-Gewerbesteuer betroffen, und auch dieses nur in sofern, als sie selbstständig betrieben werden, und nicht

zu einer schon außerdem gewerbesteuerpflichtigen Fabrikanstalt oder Sozietät gehören.

4. Ausnahme für das Kraft- und Zahnrad-Gewerbe und für Pferdeverleiher.

§. 16. a) Landwirthe, die mit ihrem Wirtschaftsgespanne gelegentlich auch Frachtfuhren verrichten, sind der Gewerbesteuer als Fuhrleute nicht unterworfen.

b) Fuhrleute und Pferdeverleiher, die ihr Gewerbe nur mit Einem Pferde betreiben, sind frei.

5. Ausnahme für die Schiffahrt.

§. 17. Das Schiffergewerbe mit Stromschiffen und Lichterfahrzeugen unter und bis zu drei Tassen Tragbarkeit, einschließlich, ist gewerbesteuerfrei.

6. Allgemeine Ausnahme wegen doppelter Gewerbebetriebe.

§. 18. Wenn mehrere Gewerbe absichtlich mit einander in Verbindung gesetzt sind, und an demselben Orte von Einer Person betrieben werden, soll die Gewerbesteuer nur Einmal nach dem gemeinschaftlichen Umfange derselben erhoben werden. Der zufällige Betrieb verschiedenartiger Gewerbe durch Eine Person ist einer solchen gewerblichen Verbindung nicht gleich zu achten.

Berechtigung zum Gewerbe.

§. 19. a) Wer ein Gewerbe betreiben will, es mag steuerfrei oder pflichtig seyn, muß der Kommunalbehörde des Orts Anzeige davon machen.

Anzeige.

b) Zur Anzeige an diese Behörde ist auch derjenige verbunden, der sein bisheriges Gewerbe im Orte zu betreiben aufhört.

Gewerbescheine.

§. 20. a) Gewerbescheine werden fortan nur für solche Gewerbe erteilt, welche mit Umherziehen (§. 2.) betrieben werden.

b) Sie sind nur für das Jahr gültig, für welches sie erteilt werden.

c) Die Ausfertigung geschieht durch die Regierungen.

§. 21. a) Personen, die von Ort zu Ort umherreisen, um Waarenbestellungen zu suchen, müssen mit einem Gewerbeschein versehen seyn.

b) Dagegen bedürfen diejenigen, die ein offenes Gewerbe treiben, und zu dessen Behuf umherreisen, bloß um die Materialien zu ihrer eigenen Fabrikation aufzukaufen, keines Gewerbescheins, sondern bloß einer polizeilichen Legitimation.

§. 22. Diejenigen, welche umherziehend ein Gewerbe betreiben, müssen drei Monat vor Ablauf des Jahres die Ausfertigung neuer Gewerbescheine bei der Regierung nachsuchen.

§. 23. Sie sind verpflichtet, sich vor dem Anfange ihres Geschäfts bei der Kommunalbehörde des Orts zu melden.

§. 24. Gastwirthe sind schuldig, von solchen Personen, wenn sie über Nacht aufgenommen seyn wollen, sich den Gewerbeschein für das laufende Jahr vorzeigen zu lassen, und wenn sie ihn nicht besitzen, der Ortspolizeibehörde sofort Anzeige zu machen.

§. 25. Die Höhe der Gewerbesteuer und die Regeln, nach welchen sie ausgemittelt, vertheilt und eingezogen werden sollen, weist die Anlage B. nach.

§. 26.

Eide der Gewerbescheine und Regeln der Erhebung.

V.

§. 26. Da es zur Erleichterung der Gewerbe angemessen ist, daß den Steuerpflichtigen selbst bei der Vertheilung der Steuer so viel möglich eine *Mitwirkung der Gewerbetreibenden bei der Vertheilung der Steuer.* Einwirkung gestattet werde, so setzen Wir fest, daß

- 1) die Gewerbetreibenden, welchen kaufmännische Rechte beigelegt sind (§. 3.)
- 2) die Gast-, Speise- und Schankwirthe,
- 3) die Bäcker,
- 4) die Schlächter, und zwar jedes dieser Gewerbe unter sich, eine Gesellschaft bilden, welcher ein jeder beitreten muß, der das Gewerbe treibt.

a) In den drei ersten Abtheilungen der Städte, welche die Beilage B. enthält, bildet jedes dieser 4 Gewerbe in jeder einzelnen Stadt eine solche Gesellschaft.

b) In der vierten Abtheilung vereinigen sich die 4 Gewerbe des ganzen Kreises, um die 4 Gesellschaften zu bilden.

Die Regierungen sind ermächtigt, auch bei den übrigen hier nicht benannten, gewerbetreibenden Klassen dergleichen Gesellschaften zu bilden, wenn solches den örtlichen Verhältnissen nach ausführbar ist.

§. 27. a) Diese Steuerverbindungen stehen in keiner Beziehung mit etwanigen Zunftrechten, in welcher Hinsicht weder da, wo und in so weit sie bestehen, durch gegenwärtiges Gesetz etwas abgeändert, noch da, wo sie abgeschafft worden, etwas hergestellt werden soll.

b) Schlächter und Bäcker in der Nähe solcher Städte, in welchen die Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt ist, sind dem städtischen Verein beizutreten, und die städtische Gewerbesteuer in dem Falle zu entrichten verbunden, wenn sie nach dem Gesetz wegen der Mahl- und Schlachtsteuer zu diesen Abgaben angezogen werden.

§. 28. a) den Gesellschaften (§. 26.) liegt die Vertheilung der Steuer unter sich durch ihre Abgeordneten ob.

b) Zu dem Ende ernennen sie jährlich durch Stimmenmehrheit 5 Abgeordnete aus ihrer Mitte.

c) Bei der Wahl ist zu beachten, daß von diesen Abgeordneten Einer das Gewerbe im geringsten, Einer im höchsten und Zwei im mittlern Umfange treiben. Die Wahl des Fünften ist unbeschränkt.

d) Für jeden Abgeordneten wird ein Stellvertreter erwählt, um ihn nöthigenfalls zu ersetzen.

e) Ist die Zahl der Gewerbsgenossen in einer Stadt oder einem Kreise nicht hinreichend, um so viel Abgeordnete und Stellvertreter zu wählen, so wird durch die Gesamtheit der Gesellschaft die Steuer vertheilt.

?)

§.

§. 29. a) Die Verpflichtung zur Uebernahme des Amtes eines Abgeordneten, und die Rechte der Obrigkeit bei der Wahl sind, ohne Unterschied der Provinzen, nach dem Allgemeinen Landrecht §§. 160 — 165. Titel 6. Theil II. welche diesem Gesetz unter C. anhangsweise beigelegt sind, zu beurtheilen.

- b) In den drei ersten Abtheilungen, nach der Beilage B. leisten die Magistrate, in der vierten die Landräthe, die Wahlen der Abgeordneten und führen die Aufsicht bei den Verathungen über dieselben.

§. 30. a) Wo eine Vertheilung durch Gesellschaften der Steuerpflichtigen selbst nicht Statt findet, wie bei dem Handel ohne kaufmännische Rechte u. s. w., wird die Vertheilung in den 3 ersten Abtheilungen durch die Kommunal- und in der vierten durch die Kreisbehörde bewirkt.

- b) Diese Behörden sind jedoch verpflichtet, sich dabei des Rathes der Gewerbetreibenden zu bedienen. Solche, die in Kommunalämtern stehen, können hierbei ihre Mitwirkung nicht verweigern.

§. 31. Den Kommunalbehörden in den drei ersten Abtheilungen und den Kreisbehörden in der vierten liegt es ob, die namentlichen Nachweisungen der Gewerbesteuerpflichtigen, welche in ihrer Stadtgemeinde oder in ihrem Kreise ein steuerpflichtiges Gewerbe betreiben, jährlich anzufertigen.

Sie sind für die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Nachweisungen verantwortlich.

§. 32. Auf den Grund derselben werden die Vertheilungen in vorgeschriebener Form (§§. 28. 30.) vorgenommen, die Erhebungserollen in den drei ersten Abtheilungen von der Kommunalbehörde, in der vierten von den Steuerbeamten angelegt und der Regierung zur Prüfung eingereicht. Der Finanzminister soll über das hierbei zu beobachtende Verfahren und über die Kontrolle des Zu- und Abgangs besondere Anweisungen ertheilen.

§. 33. a) Jedem Steuerpflichtigen wird vor dem Eintritt des ersten Zahlungstages bekannt gemacht, wie viel er an Gewerbesteuer für ein Jahr zu entrichten habe.

- b) Wer gegen die gutachtliche Meinung der Abgeordneten oder der Behörde, welche die Vertheilung angelegt haben, eine Ermäßigung des Auslasses begründen zu können glaubt, dem soll ein Rekurs durch die aufnehmende Behörde (§. 31.) an den Landrath, an die Regierung und an das Finanzministerium offen stehen. Inzwischen muß er unter Vorbehalt des Erlasses die Gewerbesteuer, soweit sie fällig wird, vorläufig abtragen.

§. 34. a) Zur Erhebung der Gewerbesteuer sind die Kommunalbehörden verpflichtet.

- b) Diejenigen, welche auf einen Gewerbeschein umherziehend ein Gewerbe betreiben wollen, müssen für die Dauer des Gewerbescheins die Steuer im

Vertheilungen der
Kommunal- und
Kreisbehörden.

im Voraus, folglich jedesmal für ein ganzes Jahr, und ehe ihnen der Gewerbeschein ausgeliefert wird, bezahlen.

- c) Von stehenden Gewerben wird die Steuer in monatlichen Theilen erhoben, und zwar mit der Klassensteuer zugleich, wo dieselbe eingeführt ist.
- d) Die Gewerbesteuer (zu c) muß monatlich in den ersten acht Tagen jedes Monats vorausbezahlt werden, wenn der Steuerpflichtige nicht vorzieht, sie auf mehrere Monate voraus zu berichtigen.
- e) Bei unterbleibender Vorausbezahlung (d) läßt der Steuer-Empfänger den Edmüthigen auffordern, die Steuer binnen drei Tagen, bei Vermeidung der Exekution, zu berichtigen.
- f) Nach Ablauf dieser Frist wird zur Exekution geschritten.
- g) Spätestens fünf Tage vor dem Ablauf jedes Monats muß die eingezogene Steuer nebst der Nachweisung der unvermeidlichen Ausfälle und der Reste, bei welchen die Aufforderung und Exekution bis dahin fruchtlos geblieben, an die zum Empfange bestimmte Staatskasse abgeliefert seyn.
- h) Was der Steuerempfänger vorstehend (g) nicht nachweisen kann, muß er aus eigenem Vermögen, in Stelle des Steuerschuldigen, vorschußweise, an die Kasse berichtigen.

§. 35. Bleibt die Exekution fruchtlos, so kann der Schuldner an dem fernern Betriebe des steuerpflichtigen Gewerbes durch Schließung der Laden, und durch Beschlagnahme der Waaren und Werkzeuge, bis zur vollständigen Berichtigung der Steuer, verhindert werden.

§. 36. Den Kommunen wird für die bei Ermittlung, Vertheilung und Erhebung der Gewerbesteuer ihnen übertragenen Geschäfte, der fünf und zwanzigste Theil der Einnahme zugestanden.

§. 37. a) Die Gesetze, welche die Berechtigung zum Gewerbe bisher in einzelnen Landesheilen verschiedentlich bestimmt haben, sollen einer Revision unterworfen, und, wo es nöthig, verbessert, ergänzt, oder durch neue Anordnungen ersetzt werden.

- b) Bis zur Beendigung dieser Revision und bis in Folge derselben nähere Bestimmungen werden erlassen werden, sollen, auch da, wo das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7ten September 1811 nicht publizirt ist, diejenigen Personen für solche geachtet werden, die ein Gewerbe umherziehend betreiben, welche in den §§. 136 — 137. des gedachten Gesetzes als solche bezeichnet sind. Diese gesetzlichen Vorschriften sind in der Beilage D. beigelegt.

D. §. 34. Das Umherziehen mit Material- und Spezereiwaaaren, mit Wei, Brannwein und Likören aller Art, so wie mit Zeugen, die aus Wolle, Baumwolle, oder Seide, ganz oder in Vermischung mit andern Materialien, verfertigt sind, soll künftig nicht mehr gestattet werden.

§. 39.

§. 39. a) Wer die im §. 19. angeordnete Anmeldung des Anfangs oder Aufhörens eines Gewerbes unterläßt, verfällt in Einen Thaler Strafe, wenn das Gewerbe nicht steuerpflichtig ist.

b) Wer den Anfang eines steuerpflichtigen Gewerbes nicht anzeigt, erlegt neben der rückständigen, dem Gewerbe aufzuerlegenden Steuer, für die Unterlassung der Anzeige eine Strafe, die dem vierfachen Betrage der einjährigen Steuer gleichkommt.

c) Wer das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes nicht anzeigt, bleibt, so lange er diese Anzeige unterläßt, zur Bezahlung der Steuer verpflichtet.

strafe der Uebersetzung dieser Vorschriften.

§. 40. Wer umherziehend ein Gewerbe treibt, ohne sich durch Vorzeigung eines für ihn ausgestellten Gewerbescheins des laufenden Jahrs über seine Befugniß ausweisen zu können, hat nicht nur die rückständige, seinem Gewerbe angemessene Steuer nachzuzahlen, und den einjährigen Betrag, vierfach, als Strafe zu entrichten, sondern auch überdies die Konfiskation derjenigen Gegenstände verwirkt, die er wegen seines Gewerbes bei sich führt.

§. 41. Einzelnen Gewerbetreibenden, die der Steuergesellschaft (§. 26.) beizutreten verweigern, soll der Betrieb des Gewerbes untersagt werden.

§. 42. a) In Ansehung des Verfahrens gegen die Uebertreter dieses Gesetzes werden die Bestimmungen der Steuerordnung vom 8ten Februar 1819. §§. 91. bis 95. und der Deklaration des §. 93. vom 20sten Januar 1820. angewendet.

b) Die Vergehungen der Steuer- und Gemeindebeamten, durch welche den Vorschriften dieses Gesetzes entgegen gehandelt wird, werden nach §. 59. der Steuerordnung vom 8ten Februar 1819. geahndet.

Wir beauftragen den Finanzminister mit der Ausführung dieses Gesetzes, und befehlen allen Unsern Behörden und Unterthanen, die Vorschriften desselben treugehorjam zu befolgen.

Gegeben Berlin, den 30sten Mai 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Fries.

Bei.

B e i l a g e A.

zu §. 3. des Gesetzes wegen Entrichtung der Gewerbesteuer.

N u z z u g

aus dem Allgemeinen Landrecht Theil II. Titel 8. Abschnitt 7. von Kaufleuten.

§. 475.
Wer den Handel mit Waaren oder Wechseln als sein Hauptgeschäft treibt, wird ein Kaufmann genannt.

§. 483.
Die Unternehmer der Fabriken haben in Rücksicht auf den Betrieb derselben und den Absatz der darin verfertigten Waaren, kaufmännische Rechte.

§. 484.
Eben dies gilt von Schifferhebern in Ansehung der auf die Rheberei unmittelbar Bezug habenden Geschäfte.

§. 485.
Bewohner des platten Landes, die nur mit selbst erzeugten, oder durch landwirthschaftliche Mittel veredelten Produkten, ungleichen Handwerker und Fabrikanten, welche mit den von ihnen selbst verfertigten Arbeiten Verkehr treiben, sind für Kaufleute nicht zu achten.

§. 486.
Krämer in Dörfern und Flecken, Hausirer, Tröbler und gemeine Viktualienhändler haben nicht die Rechte der Kaufleute.

§. 487.
Wer nur einzelne Lieferungen übernimmt, wird dadurch noch kein Kaufmann.

Wei-

B e i l a g e B.

zu dem Gesetze wegen Entrichtung der Gewerbesteuer, die Ausmittelung und Vertheilung der Sätze betreffend, wonach dieselbe erhoben werden soll.

- Abtheil. 1) Es werden nach Maaßgabe der Wohlhabenheit und Gewerbsamkeit vier Abtheilungen angenommen.
- 2) Zur ersten Abtheilung gehören die Städte Berlin, Breslau, Danzig, Göla, Königsberg in Preußen, Magdeburg, Etestin, Aachen, Elberfeld mit Barmen.
- 3) Zur zweiten Abtheilung gehören die Städte Memel, Braunsberg, Pillau, Tilsit, Gumbinnen, Insterburg, Elbing, Marienburg, Thorn, Graudenz (mit der Festung), Marienwerder, Posen, Rawitsch, Lissa, Fraustadt, Bromberg, Potsdam, Brandenburg a. d. H., Prenzlau, Spandau, Neu-Ruppin, Briesen, Rathenau, Wittstock, Schwedt, Charlottenburg, Frankfurth a. d. O., Landsberg a. d. W., Guben, Rottbus, Küstrin, Züllichau, Königsberg in der Neumark, Krossen, Stargard in Pommern, Anklam, Pasewalk, Treptow a. d. R., Demmin, Schwinemünde, Kolberg, Stolpe, Köslin, Rügenwalde, Stralsund, Greifswalde, Wolgast, Barth, Brieg, Dels, Meisse, Neustadt, Döpnitz, Ratibor, Schweidnitz, Glas, Hirschberg, Zauer, Frankenstein, Schmiedeberg, Reichenbach, Groß-Glogau, Görlitz, Grünberg, Liegnitz, Goldberg, Sagan, Lauban, Halberstadt, Queblinburg, Burg, Mischenleben, Salzweil, Stendal, Schönebeck, Kalbe a. d. Saale, Halle, Naumburg a. d. Saale, Merseburg, Zeitz, Wittenberg, Eisleben, Torgau; Weissenfels, Eulenburg, Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, Langensalza, Euhl, Heiligenstadt, Wunstorf, Kösfeld, Warendorf, Hochold, Minden, Bielefeld, Herford, Paderborn, Soest, Herlohn, Almena, Hamm, Dortmund, Siegen, Arnsberg, Bonn, Mühlheim am Rhein, Düsseldorf, Krefeld, Neuss, Mühlheim a. d. Ruhr, Essen, Kettner, Solingen, Wesel, Kleve, Duisburg, Emmerich, Koblenz mit Ehrenbreitstein, Kreuznach, Neuwied, Wehlar, Trier, Saarbrück, Saarlouis, Eupen, Düren, Montjoie, Burscheid, Walmedy und Jülich.

Da die Gewerbsamkeit der einzelnen Städte jedoch an sich wandelbar ist, so bleibt die Ansetzung anderer hier nicht genannten Städte in die zweite Abtheilung, so wie die Absetzung einzelner vorgenannten Städte

aus

auss derselben, besonderer Festsetzung mit unmittelbarer königlicher Genehmigung vorbehalten.

- 4) Die dritte Abtheilung enthält der Regel nach alle Städte, welche funfzehnhundert oder mehr Civil-Einwohner haben, und nicht zur ersten oder zweiten Abtheilung gehören. Ausnahmen von dieser Regel begründet ein besonderes lebhaftes Verkehr der schwächer bewohnten oder eine besonders auffallende Mahrlosigkeit der stärker bewohnten Städte. Welche Städte hiernach namentlich für jetzt in die dritte Klasse gehören, wird jede Regierung für ihren Bezirk ausmitteln, und nach erfolgter Genehmigung des Finanzministeriums durch die Amtsblätter bekannt machen.
- 5) Die vierte Abtheilung enthält die übrigen Städte und das Land, wozu alle Ortschaften gehören, die in den drei ersten Abtheilungen nicht enthalten sind.
- 6) Auf bisherige oder vormalige Stadt-Rechte kommt es bei Bildung der Abtheilungen nicht an.
- 7) Dagegen ist bei derselben der Zusammenhang der Ortschaften mit ihren Umgebungen wohl zu beachten. Diejenigen nahen Anlagen und Dörfer, welche durch und für die Gewerbe und Genüsse einer großen oder Mittelstadt ganz oder doch hauptsächlich bestehen, sind in dieser Rücksicht als Zubehör derselben anzusehen und daher mit ihr zu einer Abtheilung zu bringen, worüber das Finanzministerium entscheidet.
- 8) Da, wo nach den folgenden Erhebungssätzen ein Mittelsatz für jede Abtheilung besteht, den die Gewerbetreibenden dieser Art im Durchschnitt als Gewerbesteuer aufbringen müssen, wird derselbe mit der Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen einer Stadt in den drei ersten Abtheilungen oder eines Kreises in der vierten Abtheilung multipliziert. Das Ergebnis dieser Berechnung enthält die Summe, welche die Stadt oder der Kreis im Ganzen an Gewerbesteuer aufbringen muß. Verteilung der Steuern
- 9) Dieser Mittelsatz ist dasjenige, was jeder, der das Gewerbe dieser Art in der gegebenen Abtheilung betreibt, als Gewerbesteuer zu zahlen hat. Da inbeß der Umfang, worin jeder Einzelne das Gewerbe betreibt, sehr verschieden seyn kann, so ist von denjenigen, welche den Mittelsatz nicht aufbringen können, ein bestimmter niedrigerer Satz zu zahlen. Der Ausfall, welcher hierdurch entsteht, muß durch höhere Beiträge derjenigen gedeckt werden, welche vermöge ihres stärkern Gewerbetriebs mehr als den Mittelsatz zahlen können.
- 10) Wo die Gewerbesteuer in Verhältniß der Bevölkerung erhoben wird, (Buchst. D. und E. No. 12.) bring: die Gesamtheit der Steuerpflichtigen

tigen einer Abtheilung diejenige Summe auf, welche für jeden Kopf der Bevölkerung feststeht, der sich bei der jährlichen Zählung in ihrem Bezirke vorfindet.

- 11) Bei den Bäckern und den Schlächtern kommt der Zugang im Laufe des Jahres durch neu Eintretende der Gesellschaft zu gut, wogegen sie aber auch für den Abgang durch Austretende im Laufe desselben Jahres hafter. Ueber Zugang und Abgang geben die Abgeordneten dieser Gesellschaften der Kommunalbehörde, wenn sie davon Kenntniß erhalten, Nachricht.

teuerfähige.

- 12) Die Sätze, wonach die Vertheilung der Gewerbesteuer dem gemäß zu bewirken ist, sind nachstehende:

A. Für den Handel mit kaufmännischen Rechten.

a) der Mittelsatz,

aa) in der 1sten Abthl.	30 Rthl. jährl. oder monatl.	2 Rthl.	12 gr.
bb) = 2ten	= 18	I	12 =
cc) 3. u. 4.	= 12	I	— =

b) der niedrigste Satz,

aa) in der 1sten Abthl.	12 Rthl. jährlich oder monatlich	1 Rthl.—gr.
bb) 2ten	8	— 16 = Brandb.
cc) 3. u. 4.	6	— = 12 =

- c) die Sätze steigen von 6, auf 8, 12, 18, 24, 30, 36, 48, 60, und weiter aufwärts jedesmal um 12 Rthlr. nach Beschaffenheit des Umfangs der Geschäfte.

B. Für den Handel ohne kaufmännische Rechte.

a) der Mittelsatz,

aa) in der 1sten Abtheil.	8 Rthlr. jährlich oder monatlich	16 gr. Brandb.
bb) 2ten	= 6	12 = =
cc) 3ten	4	8
dd) 4ten	2	4 =

b) der niedrigste Satz,

aa) in den drei ersten Abthl.	2 Rthlr. jährlich oder monatlich	4 gr. Brandb.
bb) in der vierten Abtheilung I		= 2 =

- c) die Sätze steigen nach Beschaffenheit des Umfangs der Geschäfte auf 2, 4, 6, 8, 12, 18, 24, 30, 36, 48, u. s. w. jedesmal um 12 Rthlr.

C. Für

C. Für die Gast-, Speise- und Schankwirtschaft.

a) der Mittelsatz,

aa)	in der ersten Abthl.	12 Rthl. jährlich oder monatlich	1 Rthl. — gr.
bb)	2ten	8	— 16 = Brandb.
cc)	3ten	6	— 12
dd)	4ten	4	— 8

b) der niedrigste Satz;

aa)	in der ersten oder zweiten Abthl.	4 Rthl. jährlich oder monatlich	8 gr. Brandb.
bb)	dritten vierten	2	4 =

c) die Sätze über 2 Rthlr. steigen nach Beschaffenheit des Umfangs des Geschäfts wie bei B. bestimmt worden.

D. Für die Bäckergewerbe.

Die Gewerbesteuer der Bäcker in der ersten und zweiten Abtheilung wird in der Pro. 10 be ersten Art, also ermittelt, daß im Ganzen jährlich nach der Bevölkerung

in der ersten Abtheilung	8 Pf. Brandenburgisch vom Kopfe,
zweiten	6 „

aufgebracht werden.

In solchen Städten der zweiten Abtheilung, in welchen viel Acker- und Landbau getrieben wird, mithin das Gewerbe der Bäcker unbedeutender ist, kann mit dem Durchschnittsertrage vom Kopf unter Genehmigung des Finanzministeriums von 6 Pf. Brandenburgisch auf 5, 4 bis zu 3 Pf. heruntergegangen werden.

In der dritten und vierten Abtheilung wird ein Mittelsatz aufgebracht, welcher von jedem Bäcker

in der dritten Abtheilung	6 Rthlr. jährlich,
vierten	4 „

beträgt.

Der niedrigste Satz ist

in der dritten Abtheilung	4 Rthlr. jährlich,
vierten	2 „

Erhöhungen der Sätze nach dem größeren Umfange des Gewerbes erfolgen in der oben zu B. bemerkten Art.

E. Für das Fleischgewerbe.

Es finden hier die vorher für das Bäckergewerbe erteilten Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß

3 2

der

der Mittelsatz in der dritten und vierten Abtheilung 8 Rthlr. und 6 Rthlr. jährlich, der niedrigste Satz in der dritten und vierten Abtheilung 4 Rthlr. beträgt, und die Steigerungen nach den zu B. angegebenen Sätzen geschehen.

F. Für die Brauerei und G. Für die Brennerei

wird die Gewerbesteuer nach Maaßgabe des Umfanges und Ertrages entrichtet. Der Steuersatz kann bei Brauereien niemals unter zwei, bei Brennereien niemals unter sechs Thaler betragen. Die Sätze sind wie unter B. c. so einzurichten, daß sie jedesmal auf 2, 4, 6, 8, 12, 18, 24, 30, 36, 48, und von da ab weiter mit 12 Rthlr. steigend, bestimmt werden. Als Anhalt zur Schätzung dient, daß in der Regel 24 Scheffel jährlicher Verbrauch an Malz oder Brauntweinschroot mit 8 Groschen Brandenburgisch Gewerbesteuer zu belegen sind. Der Verbrauch des vorletzten Jahres wird bei dem folgenden zum Grunde gelegt. Brennerei, welche nur als ländliches Nebengewerbe betrieben wird, ist frei, in sofern nicht über 200 Scheffel jährlich darin verbrannt werden. Wo die Brauerei in einem gemeinschaftlichen Lokale betrieben wird, wird die Gewerbesteuer nur einmal nach dem Umfange des darin betriebenen Gewerbes aller Theilnehmer erhoben.

H. Für die Handwerkssteuer ist

a) der Mittelsatz,

- | | | | |
|-----|-----------------------|----------------------------------|------------------|
| aa) | in der 1sten Abtheil. | 8 Rthlr. jährlich oder monatlich | 16 gr. Brandenb. |
| bb) | 2ten | 6 | 12 |
| cc) | 3. u. 4ten | 4 | 8 |

b) der niedrigste Satz,

- | | | | |
|-----|-----------------------|----------------------------------|-----------------|
| aa) | in der 1sten Abtheil. | 4 Rthlr. jährlich oder monatlich | 8 gr. Brandenb. |
| bb) | = 2. 3. u. 4. | = 2 | = 4 |

In Ansehung der Steigerungen findet das zu B. angegebene Verhältniß ebenfalls statt.

J. Für das Müllergewerbe.

Die Gewerbesteuer von Windmühlen wird bloß nach ihrer Bauart festgesetzt, ohne Rücksicht auf die Verrichtung, für welche sie bestimmt sind, sofern diese nur überhaupt gewerbesteuerpflichtig ist.

Windmühlen, an welchen bloß der Theil des Gebäudes, worin die Ruthenwelle liegt, beweglich ist, das übrige gehende Werk aber feststeht, zahlen monatlich einen Thaler. Windmühlen, deren ganzes Gebäude auf einem am untern Umfange desselben angebrachten Ringe beweglich ist (Paltrocken) zahlen monatlich zweidrittel Thaler oder: 16 gr. Brandenburgisch.

Wind:

Windmühlen, deren ganzes Gebäude bloß auf einem Zapfen in der Mitte ihrer Grundfläche ruhet, und auf demselben beweglich ist (Wackmühlen) zahlen monatlich Einbrittel-Thaler oder 8 Gr. Brandenburgisch.

Die Gewerbesteuer von Wassermühlen wird nach Mehl-Mahlgängen geschätzt. Ein Käufer mit dem dazu gehörigen Bodensteine bildet einen Mahlgang.

Graupen- und Grügänge werden den Mahlgängen gleich geachtet.

In Dehlmühlen gilt jede Presse für einen Mahlgang.

In andern Stampfwerken, (außer den Dehlmühlen) gelten sechs Löcher in Grubenbaune, worin gestampft wird, oder die in deren Stelle tretenden Vorrichtungen für einen Mahlgang.

Schneidemühlen mit einer einzigen Säge gelten für einen halben Mahlgang. Setzt die Schneidemühle mehrere Sägen zugleich in Bewegung, so gilt jedes Sägegatter für einen Mahlgang.

Ein Mahlgang, der in gewöhnlichen Jahren das ganze Jahr hindurch zum täglichen Betrieb hinreichendes Wasser hat, zahlt monatlich einen Thaler.

Ein Mahlgang, dem es in gewöhnlichen Jahren von Johannis bis Michaeli bergestalt an Wasser mangelt, daß er nicht mehr täglich fortdauernd gebraucht werden kann, zahlt monatlich einen halben Thaler.

Mahlgänge, welche wegen der Beschaffenheit des Zuflusses gewöhnlich schon im Mai zu mahlen aufhören müssen, und erst im November wieder in Gang kommen, zahlen für den ganzen Jahresbetrieb überhaupt nur zwei Thaler.

Enthält eine Mühle verschiedene Werke in solcher Verbindung, daß sie nur wechselseitig benutzt werden können, so wird die Gewerbesteuer nur von den Werken, die zugleich gehen können, erhoben, und diejenigen, welche bloß in Gang gebracht werden können, wenn diese ruhen, bleiben frei.

Wegen Windstillen, Eisgang und Stauwasser oder strengem Froste, wie auch wegen Ausbesserungen im gehenden Zeuge, findet kein Erlaß an der Gewerbesteuer statt. Fallen aber Bauten vor, wegen welcher die Mühle zu einer Zeit, wo sie sonst wohl hätte betrieben werden können, stillstehen muß, so wird die Gewerbesteuer für diejenigen Monate, in welchen vom ersten bis zum letzten Tage derselben gar nicht hat gemahlen werden können, auch nicht erhoben.

Von Mühlen, welche durch Feuerung betrieben werden, wird von jeder Pferdekraft eine Gewerbesteuer von einem Sechstheil Thaler oder 4 Gr. Brandenburgisch monatlich entrichtet.

Ein Roßmühlengang zahlt ebenfalls monatlich einen Sechstheil Thaler oder 4 Groschen Brandenburgisch.

K. Für

K. Für die Schifffahrt, das Frachtfuhr-, Lohnfuhr- und Pferdeverleiher-Gewerbe.

- a) Das Schiffergewerbe mit Stromschiffen und Riehterfahrzeugen wird nach Maßgabe ihrer Tragbarkeit von drei Last bis sechs Last mit zwei Thalern, über sechs Last bis zwölf Last mit vier Thalern, und von da an steigend mit zwei Thalern für sechs Last jährlich besteuert.
- b) Fuhrleute und Pferdeverleiher, welche zwei Pferde und darüber halten, zahlen von jedem Pferde Einen Thaler jährlich.
- c) Die Miederei ist nach §. 3. des Gesetzes als Handel mit kaufmännischen Sachen zu besteuern.

Eine andere Besteuerung des Schiffergewerbes als die vorstehend benannte, findet überhaupt nicht Statt.

L. Für Gewerbe, welche umherziehend betrieben werden.

Beim Aufkauf, Handwerksbetrieb oder Handel beträgt die vor Ausbändigung des Gewerbescheins zu entrichtende Gewerbesteuer für den Kopf ohne Ausnahme jährlich theils zwei bis vier, und theils zwölf Thaler.

Sammler von Garn, Lumpen, Nische, Federn, Borsten, Topfbinder, Refselsicker, Scheerenschleifer werden, da wo ihr Gewerbe nach dem Ermessen der Regierung einen örtlichen Nutzen hat, mit dem Satz von zwei bis vier Thalern betroffen. Wo aber dieser Nutzen nicht angenommen wird, und bei allen Verkäufern von Waaren, Aufkäufern von Lebensmitteln für die Städte, Marionettenspielern, Taschenspielern, Musikanten, Thierführern, Seiltänzern u. findet der Satz von zwölf Thalern für jede Person Anwendung. Wenn das Gewerbe der Equilibristen, Seiltänzer, Kunstreiter in einer größeren Gesellschaft getrieben wird, können die Regierungen den Satz, wo es nöthig ist, für jeden Theilnehmer ermäßigen, jedoch niemals auf weniger als vier Thaler für eine Person. Die Regierungen werden von Entrichtung der Gewerbesteuer in denjenigen Fällen befreien, wo nach ihrer Ueberzeugung ein rein wissenschaftliches, oder ein höheres Kunstinteresse bei den Ausstellungen oder Leistungen umherziehender Personen Statt findet.

Der gewöhnliche kleine Nadelkram der Lumpensammler ist keine Veranlassung zu einer höhern Besteuerung.

In Gegenden, wo es üblich ist, daß Leinweber in der Nachbarschaft ihres Wohnorts selbst gefertigte Leinwand zum Verkauf im Herumtragen feilbieten, steht es dem Finanzministerium frei, die Steuersätze zu ermäßigen oder zu erlassen.

Berlin, den 30sten Mai 1820.

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt: Friesse.

Beiz

B e i l a g e C.

Auszug aus dem Allgemeinen Landrecht Tit. 6. Theil II.

§. 160.

Es muß jedoch die Wahl der vorgesetzten Obrigkeit zur Genehmigung angezeigt werden.

§. 161.

Ein Mitglied der Korporation ist die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen verbunden, wenn ihm nicht eben die Gründe der Entschuldigung, aus welchen eine aufgetragene Vormundschaft abgelehnt werden kann, zu statten kommen.

§. 162.

Die Beurtheilung der angeführten Entschuldigungsursachen gebührt der Obrigkeit.

§. 163.

Die von der Korporation geschehene und von dem gewählten angenommene Wahl kann die Obrigkeit dennoch verwerfen, wenn der gewählte die Eigenschaften nicht besitzt, welche nach allgemeinen oder nach den Gesetzen der Gesellschaft zu dieser Stelle erforderlich sind.

§. 164.

Wird die Wahl verworfen: so muß die Korporation von neuem wählen.

§. 165.

Fällt auch diese Wahl auf einen Untüchtigen: so verliert die Korporation für diesen Fall ihr Wahlrecht, und die Stelle wird von der Obrigkeit besetzt.

Bei:

B e i l a g e D.

Auszug aus dem Gesetze über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7ten September 1811.

§. 136.

Hierzu gehören namentlich herumziehende Krämer aller Art. Darunter sollen aber nicht verstanden werden Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker, die mit ihren Waaren Jahrmärkte beziehen und diese daselbst in offenen Läden und Buden feil halten; auch nicht Landwirthe und Landhandwerker, die ihre Erzeugnisse zu Märkte bringen, sondern nur diejenigen, die eigene oder fremde Erzeugnisse außer ihrem gewöhnlichen Wohnorte von einem Orte zum andern zum Verkaufe herumführen, und auf offenen Straßen, in Gasthöfen oder Privathäusern im Umherziehen feil bieten.

§. 137.

Ferner herumziehende Aufkäufer und Sammler aller Art. Dahin gehören jedoch die nicht, welche umherreisen, um Materialien zu ihrer eigenen Fabrikation aufzukaufen, welches vielmehr auf den bloßen Fabrikations-Gewerbeschein und polizeilichen Reisepaß unbedenklich geschehen kann. Auch nicht die, welche Messen und Jahrmärkte besuchen, um daselbst Waaren zum Wiederverkauf im Ganzen einzuhandeln; sondern nur die, deren Gewerbe darin besteht, im Lande umherzureisen, um in Privathäusern, Gasthöfen, oder auf offener Straße Waaren irgend einer Art zum Wiederverkauf zu erstehen.

§. 138.

Ferner Schweine-, Rindvieh- und Pferdekastrirer, Kesselslicker, Topfbinder, Scheerenschleifer, soweit letztere nicht etwan ihr Gewerbe in Läden oder festen Buden betreiben.

§. 139.

Endlich Marionettenspieler, Ceiltänzer, Equilibristen, Taschenspieler, Thierführer, umherziehende Musikanten, überhaupt alle diejenigen, welche umherziehen, um irgend eine Sache oder Verrichtung für Geld auszustellen.

Gesetz-Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 15. —

(No. 620.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 24sten Juli 1820., enthaltend nähere Bestimmungen der Allerhöchsten Order vom 20sten Mai 1820. wegen Wiedereinsetzung der von 1806. bis 1814. exkludirten Offiziere und wegen Pensionirung ihrer Wittwen aus dem Fonds der Offizier-Wittwenkasse.

Auf die am 18ten d. M. zu Meiner Entscheidung gebrachten Anfragen, wegen Wiedereinsetzung exkludirter Interessenten der Offizier-Wittwenkasse und ihrer Wittwen in die verlorenen Rechte, bestimme Ich dahin:

- ad 1. sollen auch solche Exkludirte, die in den Jahren 1806. bis 1814. auf halbes Gehalt oder Pension Verzicht geleistet haben, von dem Benefiz der Verordnung vom 20sten Mai c. nicht ausgeschlossen seyn;
- ad 2. kann aber dies Benefiz nur auf Wittwen Anwendung finden, deren Ehemänner von 1806. bis 1814. exkludirt worden sind und in so weit, als den Letzteren der Wiedereintritt zusiehen würde.
- ad 3. und 5. Soll es, bei Beurtheilung des Anspruchs der Interessenten auf Wiedereinsetzung in die verlorenen Rechte, nicht auf ein früheres periodisches Aufenthalts- oder Dienstverhältniß, sondern nur darauf ankommen, ob sie zur Zeit der Publikation der Verordnung vom 20sten Mai c. noch im Auslande wohnhaft oder in fremden Diensten angestellt waren.
- ad 4. Hiernach ist auch bei schon vorhandenen Wittwen Exkludirter zu verfahren.
- ad 6. Auch will Ich in Erwägung der angeführten Rücksichten, und bei dem geringen Objekt des Mehrbetrages nachlassen, daß den Wittwen nichtexkludirter Interessenten, deren ursprüngliche Pension auf einen geringeren Ertrag herabgesetzt worden ist, der ursprüngliche Satz vom 1sten Juli ebenfalls, jedoch gegen die geordneten Abzüge, nach Maaßgabe des Mehrbetrages, gezahlt werde.

Jahrgang 1820.

Ma

ad

(Ausgegeben zu Berlin den 28sten September 1820.)

- ad 7. Eben so soll den noch lebenden Ehemännern, welche in jener Periode die Pension heruntergesetzt haben, gestattet seyn, solche unter denselben Bedingungen auf den frühern Einkaufssatz zu erhöhen, unter denen die Wiederaufnahme der Erklubirten Statt findet.
- ad 8. Ist der Abzug auf alle Rückstände ohne Unterschied auszudehnen; bei Pensionen unter 100 Rthlr. findet aber auch wegen des rückständigen Eintrittsgeldes kein Abzug Statt, und was
- ad 9. künftige Wittwen Erklubirter anbetrifft, deren Pension unter 100 Rthlr. beträgt, so wird vorausgesetzt, daß die Wiederaufnahme innerhalb der festgesetzten 3 Monate erfolgt ist. Endlich
- ad 10. soll auch der Wittve des Obristleutenants v. Stockhausen und der mit ihr etwa in gleichem Fall befindlichen Wittwen das verlorne Pensionsrecht ebenfalls zugeslanden seyn.
- Carlsbad, den 24sten Juli 1820.

Friedrich Wilhelm.

An das Kriegs-Ministerium.

(No. 621.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 30sten August 1820., die Abtragung der Bergwerkssteuern in den Rheinischen Provinzen betreffend.

Auf Ihren Bericht vom 20sten v. M., das bisherige Verfahren bei der Ausmittlung der sogenannten verhältnißmäßigen Bergwerkssteuern in den Ländern am Rheine, nach dem Bergwerksgesetz vom 21sten April 1810., und nach dem Dekret vom 6ten Mai 1811. betreffend, will Ich, aus den von Ihnen angeführten Gründen, zur Sicherstellung des Kassen-Interesses, genehmigen, daß die genannten Bergwerksabgaben in ihrem bisherigen Betrage von Fünf Prozent des reinen Ertrages einer Grube, fortan nicht mehr durch Abschätzung nach einem Betriebs-Etat, im Mai eines jeden Jahres, sondern erst am Schluß desselben, nach den darüber vorzulegenden vollständigen Rechnungen, ausgemittelt und erhoben, zur Erleichterung der Bergwerksbesitzer denselben aber Abschlagszahlungen im Laufe des Jahres nachgelassen werden sollen. Die Ausmittlung selbst geschieht unter der Direktion des Berghauptmanns der Provinz, oder seines Stellvertreters, von einer Kommission, welche von dem betreffenden Bergamts-Direktor, von den Bergbeamten und dem Rendanten, so wie von zwei Bergwerksbesitzern des Distrikts, welche unter sich zu wählen haben, gebildet werden soll. Die Entscheidung auf die etwaigen Beschwerden über die Festsetzungen dieser Kommission, liegt Ihnen, als Chef des Departements, ob und die dazu erforderlichen Erörterungen geschehen durch die Ober-Berghauptmannschaft in dem Ihnen anvertrauten Ministerium.

Lepliz, den 30sten August 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
den Staats-Minister von Schuckmann zu Berlin

(No. 622.)

(No. 622.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 14ten September 1820., die einstweilige Anwendung des Allgemeinen Landrechts, 20sten Titels 2ten Theils, als Singular-Recht für den ganzen Militairstand betreffend.

Ich bin mit der in Ihrem Berichte vom 29sten v. M. über das Strafmil-
derungs-Gesuch des Eduard Büsgen ausgeführten Meinung:

daß der 20ste Titel des 2ten Theils des Allgemeinen Landrechts, nachdem dasselbe durch das Patent vom 14ten März 1797. bei sämtlichen Militairgerichten eingeführt und in den Kriegsartikeln darauf Bezug genommen ist, als Singularrecht für den ganzen Militairstand, ohne Unterschied der Provinzen oder des temporären Garnisonortes, so lange betrachtet werden muß, bis die Revision der Militairgesetze vollendet seyn wird,

einverstanden, und will, daß danach verfahren werde, weshalb Ich auch die gegen den vormaligen Lieutenant Büsgen erkannte 5jährige Zwangsarbeits-Strafe auf zweijährigen Festungsarrest herabsetze und Ihnen danach die weitere Verfügung und Bescheidung des Büsgen auf seine wieder beigefügte Vorstellung überlasse.

Berlin, den 14ten September 1820.

Friedrich Wilhelm.

An

den Staats- und Justizminister von Kirchseifen.

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 16. —

(No. 623.) Gesetz, die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in den vormalß zum Königreich Westphalen, zum Großherzogthum Berg oder zu den französisch-hanseatischen Departements gehörenden Landestheilen betreffend.
Vom 25ten September 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

Da die in denjenigen Theilen Unserer Monarchie, welche vormalß zum Königreich Westphalen, dem Großherzogthum Berg, oder den französisch-hanseatischen Departements gehört haben, über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse unter der fremden Herrschaft erlassenen Gesetze theils zu Beschwerden gegen ihren Inhalt, theils zu Zweifeln über ihren wahren Sinn häufige Veranlassung gegeben haben, und nach Einführung Unserer allgemeinen Gesetzgebung das neue Bedenken entstanden ist, ob auch Unsere Gesetze über diesen besondern Gegenstand mit eingeführt seyen; so verordnen Wir in der Absicht, sowohl alle diese Zweifel zu entfernen, als auch jenen Beschwerden in soweit abzuheffen, als sie gegründet befunden worden, und es, ohne bereits vollständig erworbene Rechte zu verlegen, möglich gewesen, nach vernommenem Gutachten Unsers Staatsraths, wie folgt:

§. 1. In Bezug auf diejenigen Theile der oben bezeichneten Provinzen, worin Unsere allgemeine Gesetzgebung bereits eingeführt ist, erklären Wir hierdurch, daß es keinesweges Unsere Absicht war, auch in Ansehung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse die vorgefundenen fremden Gesetze abzuschaffen und Unsere Gesetze einzuführen, daß Wir Uns vielmehr eine genauere Prüfung dieses Gegenstandes noch zur Zeit vorbehalten hatten. Wir erklären aber daselbst von jezt an die fremden Gesetze, soweit sie sich auf jene Verhältnisse und auf die Zehnten beziehen, für gänzlich abgeschafft, und wollen, daß diese Verhältnisse daselbst hinfort lediglich nach dem gegenwärtigen Gesetz beurtheilt werden. Jedoch soll dabei in Ansehung der noch fortdauernden Dienste aus Unserm Allgemeinen Landrecht Theil II. Tit. 7.

Tit. I.
Bestimmung
und Anwend-
ung dieses
Gesetzes.

Jahrgang 1820.

B b

der

(Ausgegeben zu Berlin den 17ten Oktober 1820.)

der sechste Abschnitt als subsidarisches Recht neben dem gegenwärtigen Gesetz zur Anwendung kommen.

§. 2. In denjenigen Theilen der genannten Provinzen dagegen, worin die fremde Gesetzgebung im Ganzen noch zur Zeit beibehalten ist, bleiben auch die das gutherrliche und bäuerliche Verhältniß und die Zehnten betreffenden Gesetze, in soweit sie nicht durch das gegenwärtige Gesetz näher bestimmt oder abgeändert werden, noch ferner in Kraft.

§. 3. Die Leibeigenschaft und Erbunterthänigkeit ist und bleibt mit ihren Folgen aufgehoben.

§. 4. Zu diesen Folgen werden gerechnet und sind daher aufgehoben;

- 1) die bloß persönlichen Dienste oder Personal-Frohnden;
- 2) die Verbindlichkeit, in dem Hause des Gutsheeren als Gesinde zu dienen (das sogenannte Gesinde-Zwangsrecht);
- 3) die Verbindlichkeit, zur Eingehung einer Heirath die Einwilligung des Gutsheeren einzuholen, und an diesen für die Einwilligung eine Abgabe (z. B. Bedemund, Brautlauf u.) zu entrichten;
- 4) alle ungemessene Dienste, wenn sie auch in Rücksicht des Besizes eines Grundstücks obliegen, ohne Unterschied zwischen den ehemals Bergischen und den übrigen Landestheilen, jedoch mit der im §. 68. angeordneten Ausnahme.

§. 5. Als gemessene, und folglich nicht aufgehobene Dienste sollen nur diejenigen betrachtet werden, bei welchen auf rechtsgültige Weise, wohin auch das Herkommen gehört, entweder die Anzahl der Tage, oder der Umfang der zu leistenden Arbeit bestimmt ist. Aus diesem letzten Grund ist es zu den gemessenen Diensten zu rechnen, wenn der Verpflichtete bestimmte Acker- oder Wiesenstücke allein zu bearbeiten hat; ingleichen wenn ihm die Bearbeitung einer größern Feldflur von bestimmtem Umfang, in Gemeinschaft mit dem Gutsheeren oder mit anderen Dienstpflichtigen obliegt, vorausgesetzt, daß der Beitrag eines Jeden zu dieser gemeinschaftlichen Arbeit bestimmt sey.

Nach diesen Grundsätzen sollen nicht allein die für den Ackerbau zu leistenden Dienste, sondern auch alle übrigen, und namentlich die Baudienste (Baufrohnen, Burgfeste) beurtheilt werden.

§. 6. Dem Gutsheeren steht kein Recht in Ansehung der Erziehung und Bestimmung der Kinder der Bauern zu. Auch kann er ihnen weder die Verbindlichkeit auslegen, bei dem Bauernstande und dem Gewerbe ihrer Aeltern zu bleiben, noch sie verhindern, sich außerhalb des Bauerguts niederzulassen, und ihm steht eben so wenig das Recht zu, unter mehreren Miterben den Annehmer einer bäuerlichen Stelle zu bestimmen.

§. 7. Er kann von den Bauern den Eid der Treue und Unterthänigkeit nicht fordern.

§. 8.

Tit. II.
Von den
ohne Entschä-
digung auf-
gehobenen
Rechten der
Gutsheeren.

§. 8. Er kann sie zur Erfüllung ihrer beibehaltenen Verbindlichkeiten gegen ihn weder durch körperliche, noch durch Geldstrafen nöthigen, sondern sich nur an die Gerichte wenden, da der Diensthzwang und jedes andere Recht dieser Art aufgehoben ist. Wenn jedoch die Pflichtigen die den Gutsherrn schulbigen Dienste durch ihr Gefinde verrichten lassen, so finden gegen letzteres die Vorschriften der Gefinde-Ordnung vom 8ten November 1810. Art. 76 — 81. Anwendung.

§. 9. Aufgehoben ist ferner das unter dem Namen: Sterbefall, Besthaupt, Kurmede, Mortuarium etc. bekannte Recht, einen Antheil aus dem Nachlaß eines Bauern, seiner Frau oder Kinder zu fordern; jedoch sind hievon die vormalig bergischen Landestheile ausgenommen, worin dieses Recht, in sofern es auf einem Bauergute haftet, für aufgehoben nicht zu achten ist.

§. 10. Die Personalabgabe, welche von den nicht angesessenen Einwohnern für den Schutz unter dem Namen: Schutzzeld, Weirauchszeld, Heuerlingzeld, Einliegerrecht, Weivohnerrecht und unter andern gleichartigen Benennungen zu entrichten war, ist aufgehoben; auch sind diese Dienste, welche des verliehenen Schutzes wegen geleistet werden mußten, nicht mehr Statt. Dagegen haben aber auch die bisherigen Schutzunterthanen auf die Vortheile, welche ihnen an einigen Orten dafür zustanden, nicht ferner Anspruch.

§. 11. Ferner dürfen nicht mehr gefordert werden:

- 1) Dienste, welche wegen der Lehnverbindungen oder wegen der Gerichtsbarkeit geleistet werden mußten, und
- 2) die Jagdfrohnen aller Art, es sey denn, daß von der des öffentlichen Wohles wegen vorzunehmenden Ausrottung schädlicher Thiere die Rede wäre.

§. 12. Gemeinen, als solche, sind zur Leistung von Frohndiensten nicht anders verbunden, als wenn ihnen Grundstücke oder dingliche Rechte überlassen sind, oder wenn sie Geldsummen verschulden, für welche die gedachten Dienste übernommen worden.

§. 13. Auf Gemeindebienste hingegen, desgleichen auf die unter dem Namen von Burgfesten, Landfrohnen u. s. w. zu öffentlichen Staatsbedürfnissen zu leistenden Dienste, so wie auf diejenigen, welche im §. 33. Buchst. c. näher bezeichnet sind, bezieht sich die Aufhebung nicht.

§. 14. In den vormaligen französisch-hanseatischen Departements behält es bei der besondern Vorschrift, daß, wer Rechte, die ohne Entschädigung abgeschafft sind, von Privatpersonen gekauft hat, weder Zurückerstattung des Kaufpreises, noch Schadenersatz fordern, wer aber solche Rechte von den Staatsdomänen erkaufte hat, nur auf Zurückzahlung des von ihm bezahlten Kaufpreises oder auf Zurückgabe der dafür von ihm an den Staat überlassenen Gegenstände Anspruch machen kann, sein Verwenden.

B b 2

§. 15.

Tit. III.
Von den be-
haltenen
Rechten und
Pflichten der
Gutsherren
und Bauern.

§. 15. Jeder bauerliche Besizer, welchem zur Zeit der erlassenen fremden Gesetze ein vererbliches Besizerrecht an einem Grundstück zu stand, hat daran entweder das nuzbare, oder das volle Eigenthum erworben.

§. 16. Hasten nehmlich auf dem Grundstück andere Lasten als bloße Geldabgaben, so hat er daran lediglich das nuzbare Eigenthum. In dieser Lage darf er das Grundstück ohne Einwilligung des Berechtigten nicht veräußern, vertauschen, zerstückeln, mit einer Servitut oder Hypothek beschweren, wenn nicht ein anderes ausdrücklich verabrebet ist. Er hat aber das Recht zu der im Vten Titel bestimmten Ablösung. Auch hat er schon in dieser Lage keine Befugniß mehr auf Remissionen und Bauhülfen, es wäre denn, daß er aus einem besondern Rechtstitel, unabhängig von dem bauerlichen Verhältniß, Anspruch darauf hätte.

§. 17. Ist dagegen ein Grundstück von allen Lasten befreit, oder doch mit keinen anderen als Geldabgaben, es sey ursprünglich oder durch Verwandelung anderer Lasten, behaftet, so hat darauf der Besizer volles Eigenthum. Die im §. 16. enthaltene Beschränkung findet alsdann nicht Statt, und in Ansehung der Geldabgaben hat der Berechtigte nur die Befugnisse eines Realgläubigers. Auch findet nun der gutherrliche Vorkauf oder Retrakt, wenn derselbe auch früherhin vorhanden war, nicht mehr Statt.

§. 18. Die Rechtsverhältnisse bloßer Zeitpächter sind durch die fremde Gesetzgebung nicht verändert. Den bloßen Zeitpächtern aber sind auch diejenigen gleich zu achten, deren erbliches Recht bei der Verleihung auf höchstens drei Vererbungsfälle, oder auf eine Zeit von weniger als 100 Jahren beschränkt worden ist.

§. 19. Ob in einzelnen Fälle, die Bedingungen des §. 15. oder des §. 18. vorhanden sind, bleibt in der Regel der richterlichen Entscheidung lediglich überlassen. Jedoch sollen in den Gegenden, worin Leib- und Zeitgewinnsgüter vorkommen, folgende Regeln dabei beobachtet werden. Den Besizern derselben sollen nehmlich die in §. 15 — 17. angegebenen Rechte zukommen, wenn sie beweisen können:

- 1) daß die Gebäude ihnen zugehören;
- 2) daß die Güter in den drei letzten Uebertragungsfällen an einen Verwandten oder Ehegatten des vorhergehenden Besizers gekommen sind;
- 3) daß das Pachtgeld während dieser Zeit gleichförmig gewesen ist, oder daß die Veränderung desselben weder in dem veränderten Preise der Lebensmittel, noch in der Willkühr des Verpächters, sondern in dem veränderten Umfang oder Ertrag des Guts ihren Grund gehabt hat;
- 4) daß sie allein alle gewöhnlichen und außergewöhnlichen Auflagen bezahlt haben.

Jedoch

Jeboch müssen die Besizer mit dem Beweis dieser vier Thatfachen auch noch den Beweis einer von folgenden vier Thatfachen verbinden:

- a) daß ihnen die Güter mit der Bestimmung übergeben worden, solche nicht ohne Einwilligung des Verpächters zu veräußern, zu verpfänden, oder mit Hypotheken zu beschweren;
- b) daß sich der Verpächter die Befugniß vorbehalten hat, zur Bestimmung des Brautschages oder der Versorgung der Kinder mitzuwirken;
- c) daß im Fall der Heirath des Pächters dessen Frau ein Gewinngeld zu zahlen verpflichtet war;
- d) daß die Eltern oder der Ueberlebende von ihnen, nach Uebertragung dieser Güter an eines ihrer Kinder, fortgefahren haben, einen Theil der in der Pachtung begriffenen Güter als Leibzucht zu benutzen.

Allein, auch wenn diese Beweise geführt werden, ist dennoch dem Verpächter der Gegenbeweis unbenommen; ingleichen steht es dem Besizer frei, sein erbliches Recht auch auf jedem anderen Wege als durch die oben angegebenen Beweise rechtlich zu begründen.

§. 20. Wenn in der oben (§. 15.) bestimmten Zeit das bäuerliche Grundstück von einem mahljährigen Besizer oder Interimswirth besessen wurde, so gebühren die in §. 15. bis 17. angegebenen Rechte nicht diesem damaligen Besizer, sondern vielmehr demjenigen, welchem es dieser Besizer wieder herauszugeben verpflichtet war.

§. 21. Die Gutsherren behalten in den Fällen der §§. 15. bis 17. von ihren Gerechtsamen auf die Hölfe nur das Obereigenthum (im Fall des §. 16.), und diejenigen Rechte, welche nicht vorstehend ohne Entschädigung aufgehoben, sondern als Preis der Ueberlassung von Grundstücken zu betrachten sind, namentlich die bei Besitzveränderungen zu zahlenden Antrittsgelder (Laudemien, Weinkauf etc.), die Zinsen, Renten, Zehnten, Geld- und Natural-Abgaben, imgleichen die Dienste nach den in §§. 4. und 5. enthaltenen näheren Bestimmungen.

§. 22. Der Gutsherr braucht bei einem, über die Verpflichtung zu den im §. 21. genannten Leistungen entstehenden Streite den Beweis der geschetzten Ueberlassung eines Grundstücks oder dinglichen Rechts nicht zu führen, vielmehr soll dieselbe aus dem Besitz der Leistung vermuthet werden, in welchem sich der Gutsherr entweder jetzt befindet, oder welchen derselbe unmittelbar vor dem Erscheinen Unserer Kabinettsorder vom 5ten Mai 1815. durch Rechtsmittel zu erhalten oder wieder zu erlangen befugt war. Wenn insbesondere einer von beiden Theilen über das Daseyn oder den Umfang eines solchen Rechts einen Urkundenbeweis unternimmt, so soll derselbe nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts, ohne Rücksicht auf die bisherigen besonderen Bestimmungen der fremden Gesetze beurtheilt werden.

§. 23.

§. 23. Ist die Art der während der bestimmten Anzahl Diensttage zu leistenden Arbeit weder durch Urkunden, noch durch Anerkennniß, noch durch Herkommen festgesetzt, so müssen die Pflichtigen an den Diensttagen die Arbeit, welche der Dienstherr von ihnen verlangt, übernehmen.

§. 24. Da der eigentliche Zweck der Dienste auf die Bewirthschaftung der Grundstücke des Dienstherrn gerichtet ist, so ist es unstatthaft, unter dem Vorwande der den Grundstücken des Dienstherrn schuldigen Dienste, Arbeiten ganz anderer Art von den Pflichtigen zu fordern, z. B. solche, die sich auf eine auf dem Lande ungewöhnliche Fabrikation oder einen daselbst nicht üblichen Handel beziehen, es sey denn, daß die Pflichtigen an einzelnen Orten zu solchen Diensten aus einem besondern Rechtsgrunde verbunden wären.

§. 25. Wenn Dienste nur wegen des Bedürfnisses der Grundstücke des Dienstherrn gefordert werden können, so darf dieser die Dienste ohne dasjenige Gut, zu dessen Nutzen sie geleistet werden müssen, weder verpachten noch verkaufen. Ist es hingegen dem Dienstherrn erlaubt, sich der Dienste auch zu einem andern Zwecke, als zur Bewirthschaftung seiner Grundstücke zu bedienen, so soll sowohl der Verkauf, als auch die Verpachtung derselben ferner gestattet seyn, vorausgesetzt, daß dadurch die Lage der Pflichtigen nicht härter werde.

§. 26. Muß der Bauer nach der Anweisung der gesetzlichen Behörde an einem Tage, wo er für den Gutsherrn hätte arbeiten müssen, einen öffentlichen (Staats- oder Gemeinde-) Dienst verrichten, so ist er gegen den Gutsherrn weder seine Stelle vertreten zu lassen, noch an einem andern Tage zu arbeiten verbunden. Hängt es aber von seiner Willkühr ab, an welchem Tage er den öffentlichen Dienst leisten will, so kann er dadurch von dem, dem Gutsherrn schuldigen Dienste nicht befreit werden.

§. 27. Alle nach §. 21. beibehaltenen Abgaben und Dienste müssen bis zu ihrer Verwandlung in Geldrenten oder gänzlichen Ablösung nach wie vor unweigerlich geleistet werden, bei entstehendem Streit tritt da, wo Unsere allgemeine Gesetzgebung bereits eingeführt ist, das in der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 41. §. 58. u. ff. vorgeschriebene Verfahren ein.

§. 28. Durch freien Vertrag können zwar auch neue Dienste, jedoch keine andere als gemessene, und nur mit der in §. 43. des gegenwärtigen Gesetzes enthaltenen Beschränkung, auf ein bäuerliches Grundstück gelegt werden.

§. 29. Ueberall, wo die unter der französischen, königlich-westphälischen oder bergischen Herrschaft eingeführte Grundsteuer-Versaffung bei den bäuerlichen Besizungen noch besteht, sind die Bauern befugt, von allen aus dem bäuerlichen Verhältniß in Naturalien oder in Gelde zu entrichtenden Leistungen, dem Berechtigten den fünften Theil in Abzug zu bringen. Jedoch darf dieser Abzug niemals mehr, als die von dem Bauer bezahlte Grundsteuer selbst

Tit. IV.
Von dem Ab-
zuge wegen
der Grund-
steuern.

selbst, betragen; auch steht es dem Gutsherrn frei, den wirklichen reinen Ertrag des Bauerguts nachzuweisen, und wenn sich daraus ergibt, daß die Grundsteuer weniger als ein Fünftel dieses reinen Ertrags beträgt, auch den Abzug in demselben Verhältniß zu vermindern.

§. 30. Der im §. 29. bestimmte Abzug soll eben so bei allen Zehnten Statt finden, ohne Unterschied, ob dieselben auf einem gutsherrlichen Verhältniß, oder auf einem andern Grunde beruhen.

§. 31. Der Ertrag, welchen der Berechtigte nach §. 29. und 30. dem Pflichtigen für die bezahlte Grundsteuer leisten muß, beschränkt sich auf die Haupt-Grundsteuer, und erstreckt sich weder auf die Beischläge (Zusatz-Centimen) noch auf eine andere Abgabe oder Last, die nach dem Fuße der Grundsteuer geleistet wird.

§. 32. Es findet jedoch überhaupt gar kein Abzug oder Ertrag wegen der Grundsteuer Statt.

- 1) wenn in den Verträgen die ausdrückliche Bedingung, daß keine Abzüge wegen der Entrichtung öffentlicher Abgaben Statt haben sollen, oder irgend eine andere Klausel enthalten ist, woraus die Uebereinkunft der Partheien hervorgeht, daß dem Zinspflichtigen außer dem Zins oder der Leistung auch noch die öffentlichen Abgaben zur Last bleiben sollen;
- 2) bei den sogenannten Meyergütern, Erbleihe- und Zinsgütern und andern Gütern dieser Art, deren Besitzer nach den alten Gesetzen und Gewohnheiten verpflichtet sind, außer den auf denselben haftenden Renten noch besonders die öffentlichen Abgaben zu entrichten, es sey denn, daß hierüber zwischen dem Gutsherrn und dem Meyer oder Inhaber eine andere Uebereinkunft getroffen wäre;
- 3) in Bezug auf diejenigen jährlichen Renten, welche erst in Gemäßheit der neueren Gesetzgebung durch Verwandlung der zufälligen Rechte in stehende Renten entstanden sind;
- 4) in Bezug auf beibehaltene Dienste, oder auf eine an die Stelle solcher Dienste gesetzte Rente.

§. 33. a) Alle auf bäuerlichen Grundstücken haftende Leistungen sollen auf Verlangen der Partheien, nach den in diesem Titel enthaltenen Grundsätzen, verwandelt oder abgelöst werden können.

b) Dieselben Rechte sollen auch in Ansehung aller Zehnten gelten, selbst wenn sie nicht auf einem gutsherrlichen Verhältnisse beruhen.

c) Auf solche Leistungen aber, welche nicht unter diese beiden Fälle gehören, z. B. auf Abgaben und Dienste, welche einem Pfarrer oder Schullehrer zu entrichten sind, finden diese Vorschriften, so wie alle andere Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes, keine Anwendung.

Tit. V.
Von der Ab-
lösung der
beibehaltenen
Leistungen.

§. 34.

§. 34. Jeder von beiden Theilen kann verlangen, daß die Leistungen, welche er zu fordern oder zu entrichten hat, wenn sie nicht schon in Geldabgaben bestehen, in veränderliche Geldrenten verwandelt werden. Diese Verwandlung kann nicht nur für alle zwischen beiden Theilen geltende Leistungen zugleich, sondern auch für eine einzelne Gattung derselben verlangt werden.

§. 35. Die Bestimmung dieser veränderlichen Geldrente soll auf folgende Art geschehen. Zuerst wird der Werth der Leistung (nach §. 40. u. ff.) in Geld ausgemittelt, und sodann, wenn die Leistung nicht schon ohnehin in einer jährlichen festen Abgabe an Roggen besteht, auf eine solche Abgabe berechnet. Bei dieser Berechnung werden die letzten 14 Jahre dergestalt zum Grunde gelegt, daß die zwei theuersten und die zwei wohlfeilsten derselben weggelassen werden, und aus den übrig bleibenden zehn Jahren der Durchschnitt der Martini-Marktpreise gezogen wird. Ist nun auf diese Weise der gegenwärtige Betrag der Leistung, sowohl in Geld als in Roggen ausgemittelt, so ist in dem nächsten Zahlungstermine (§. 63.) dieser Gelbbetrag unmittelbar zu entrichten. Für das darauf folgende Jahr aber soll der Gelbbetrag der Leistung bestehen aus $\frac{1}{10}$ tel des vorhergehenden Gelbbetrages und $\frac{1}{10}$ tel desjenigen Werthes, welchen die ausgemittelte Quantität Roggen nach den Martini-Marktpreisen dieses folgenden Jahres haben wird. Auf gleiche Weise soll der Betrag der Geldrente für jedes der nachfolgenden Jahre fortschreitend berechnet werden.

§. 36. Unter den Martini-Marktpreisen (§. 35.) sollen diejenigen verstanden werden, welche im Durchschnitt der zwei dem Martinitage zunächst liegenden Wochen statt gefunden haben; und zwar sind diese Marktpreise nach den Märkten derjenigen Orte zu bestimmen, welche hierzu, nebst dem ihnen zugehörigen Bezirk, von den Regierungen durch die Amtsblätter namentlich angegeben werden sollen.

§. 37. Außerdem soll der Verpflichtete allein das Recht haben, die ihm obliegenden Leistungen in Kapital abzulösen, wobei, im Fall einer nach §. 35. aufgelegten veränderlichen Geldrente, der Betrag desjenigen Jahres zum Grunde zu legen ist, in welchem die Ablösung verlangt wird. Die Ablösung geschieht durch Bezahlung des 25fachen Betrages einer jährlichen Leistung. Sollte indessen der Kapitalwerth der Geldabgabe in der ursprünglichen Urkunde bestimmt seyn, so hat es bei dieser Bestimmung sein Verwenden.

§. 38. Der Verpflichtete kann auch einen Theil der ihm obliegenden Leistungen durch Kapital ablösen: jedoch darf in diesem Fall das Kapital der Ablösung nicht weniger als Einhundert Thaler in Preussischem Courant betragen.

§. 39. Wenn für den Gutsheerrn durch die Ablösung oder Verwandlung der Leistungen, nach dem Urtheil der Generalkommission, ein Kapitalbedarf entsteht, so kann er verlangen, daß ihm auf die Höhe desselben von den Verpflichteten, nach dem Maaßstab des §. 37., unfündbare Obligationen aus-

ausgestellt, und auf das verpflichtete Grundstück eingetragen werden. Diese Obligationen kann er, abgesehen von dem Gute, dem die Leistungen gebühren, veräußern und verpfänden, und die Aignaten und Realgläubiger können dagegen in keinem Fall einen Widerspruch erheben. Jedoch ist zuvor die Höhe dieses Bedarfs von den Generalkommissionen festzusetzen, welche auch die Aufsicht über die wirkliche Verwendung zu dem angegebenen Zweck zu führen, und alle dazu nach ihrem Urtheil nöthige Maaßregeln einzuschlagen haben.

§. 40. Da in den Fällen des §. 35. und des §. 37. vor allem der Geldwerth der Leistungen durch Berechnung auf eine jährliche Rente auszumitteln ist, so soll zu diesem Zweck nach folgenden Grundsätzen verfahren werden.

Alle Fruchtzinsen und Fruchtprästationen werden nach dem Durchschnittspreis der letzten vierzehn Jahre, mit Abrechnung der zwei theuersten und der zwei wohlfeilsten, zu Gelde angeschlagen, und es sind dabei diejenigen näheren Bestimmungen anzuwenden, welche der §. 36. für die Berechnung des Geldes auf Roggen vorschreibt.

§. 41. Der Werth der Abgaben an Federvieh, Kälbern, Lämmern, Schweinen, Butter, Käse, Eiern, Wachs und andern Naturalien, soll durch Sachverständige geschätzt, und dabei der gemeine Preis zur Zeit der Ablösung als Maaßstab gebraucht werden, nach welchem man die Bezahlung solcher Gegenstände, wenn sie nicht in Natur geleistet, sondern in Geld vergütet werden, zu bestimmen pflegt. Die Preisbestimmung hingegen, welche über die gedachten Gegenstände in der Urkunde enthalten, oder durch Herkommen oder Verordnungen festgesetzt sind, können nur in dem Falle als Maaßstab angenommen werden, wenn dem Pflichtigen die Wahl zusteht, ob er in Natur oder in Gelde bezahlen will.

§. 42. Die nicht aufgehobenen Dienste sollen durch Sachverständige abgeschätzt werden. Die Sachverständigen müssen bei Bestimmung des Werths derjenigen Dienste, welche ausschließlich zum Behuf der Kultur und Benutzung der Grundstücke geleistet werden, die gerechte und verhältnißmäßige Schadloshaltung zum Grunde legen, welche dem Dienstherrn gebührt, um denselben für die Kosten, welche er in Zukunft für die durch die Dienste bisher verrichteten Arbeiten aufzuwenden genöthigt seyn wird, zu entschädigen.

Was aber solche Dienste betrifft, welche zu einem andern Behufe, als dem der Kultur und Benutzung der Grundstücke geleistet werden müssen, oder doch zu einem andern Zwecke gefordert werden können, so haben die Sachverständigen deren Werth nach dem gemeinen Preise zu bestimmen, nach welchem an dem Orte oder in dem Kreise ein Dienstag, je nachdem er mit der Hand, mit Pferden oder anderm Zugvieh geleistet wird, geschätzt zu werden pflegt.

Bei Bestimmung des Werths der Dienste müssen die Sachverständigen jedesmal die Vergütung, welche der Dienstherr den Dienstpflichtigen in Natur oder in Gelde, dem Herkommen nach, zu geben verbunden war, in Abzug bringen; sollte hierbei der Werth des Dienstes niedriger als der Betrag dieser Vergütung ausgemittelt werden, so können die Pflichtigen dennoch für letztere keine größere Entschädigung, als den Erlaß des Dienstes, bei welchem sie diese Vergütung erhielten, fordern.

§. 43. Durch Vertrag des Gutsherrn mit den Dienstpflichtigen können die Dienste, jedoch höchstens auf zwölf Jahre, für unablässlich erklärt werden. Desgleichen sind die nach §. 28. neu aufgelegten Dienste von selbst unablässlich, können jedoch gleichfalls höchstens auf zwölf Jahre verbindlich übernommen werden.

§. 44. Die Ablösung des Zehnten geschieht zufolge eines von Sachverständigen darüber abgegebenen Gutachtens:

auf welche Quantität von Körnern und Stroh, auf wie viel Stücke Vieh, oder auf welche Quantität anderer Naturalien der Zehnherr, ein Jahr in das andere gerechnet, sich Hoffnung machen konnte?

Der Werth des so ausgemittelten jährlichen Ertrages wird, beim Fruchtzehnten nach demjenigen Durchschnittspreise, welcher im §. 40., und beim Blutzehnten durch Sachverständige, wie es §. 41. vorgeschrieben ist, ausgemittelt.

§. 45. Wenn der Zehentberechtigte seinerseits fortdauernde oder zufällige Lasten zu tragen hat, so kann er, im Fall von allen oder einigen Zehentpflichtigen die Ablösung in Kapital vorgenommen wird, gleichfalls eine Ablösung jener Lasten verlangen. Ein gleiches Recht haben in diesem Fall auch diejenigen, gegen welche er zu diesen Lasten verpflichtet ist. Findet dabei keine gütliche Uebereinkunft Statt, so darf die Ablösung nur auf die Lasten im Ganzen gerichtet seyn, und bei zufälligen Lasten nur in Kapital geschehen. Die Ablösungssumme wird nach denselben allgemeinen Grundsätzen, wie bei den bauerlichen Leistungen und bei den Zehnten selbst, bestimmt.

Einen ähnlichen Anspruch auf gegenseitige Ablösung sollen auch die Gutsherrn haben, wenn etwa denselben auch von ihrer Seite gewisse Leistungen an die ihnen verpflichteten bauerlichen Besitzer, außer den schon in den §§. 16. u. 43. genannten und bestimmten Fällen, obliegen sollten.

Außerdem hat der Zehentberechtigte oder der Gutsherr das Recht, sich von seinen Lasten ohne andere Ablösung dadurch zu befreien, daß er die ihm zukommenden Leistungen freiwillig und ohne Entschädigung aufgibt.

§. 46. Wenn Veränderungs- und Laudemialgebühren bei jedem Antritt eines neuen Kolonus gezahlt werden müssen, so sind drei Veränderungsfälle

fälle auf ein Jahrhundert zu rechnen; sind die Deszendenten des verstorbenen Besizers von der Entrichtung befreit, so ist nur Ein Fall auf ein Jahrhundert anzunehmen. Finden dergleichen auch im Fall des Absterbens des Gutsheerrn Statt, so werden gleichfalls drei solcher Veränderungsfälle auf ein Jahrhundert gerechnet. Wenn aber das Obereigenthum, bei dessen Wechsel die Zahlung der Laudemien geschehen muß, an ein Amt, an eine Dignität, oder an ein Seniorat gebunden ist, so sollen sechs Veränderungsfälle des Obereigenthums auf ein Jahrhundert gerechnet werden.

Sind die Laudemialgebühren nicht bloß bei Vererbungen, sondern auch bei Veräußerungen in der dienenden Hand zu bezahlen, so wird angenommen, daß zwei Veräußerungsfälle in einem Jahrhundert vorkommen; und eben dasselbe ist der Fall, wenn sie auch bei Veräußerungen des Obereigenthums erlegt werden müssen.

§. 47. Ueberall wird sodann derjenige Betrag der Laudemialgebühren zum Grunde gelegt, welcher durch Kontrakte oder Register, oder vormalige Landesgesetze oder Herkommen bestimmt worden ist. Sind aber nicht hinlängliche Nachrichten dieser Art vorhanden, so geschieht die Berechnung nach demjenigen Betrage derselben, welcher in den letzten sechs Veränderungsfällen wirklich bezahlt ist: und kann auch dieser nicht ausgemittelt werden, so muß die Durchschnittssumme derjenigen Fälle, welche bekannt sind, als Einheit zum Grunde gelegt werden.

§. 48. Hiernach (§§. 46. und 47.) werden dann die Beträge aller auf ein Jahrhundert treffenden Veränderungsfälle zusammengerechnet, und die Summe durch Hundert getheilt. Der Quotient konstituiert die jährliche Rente.

§. 49. Müssen aber die Laudemialgebühren immer nach Ablauf einer bestimmten Anzahl von Jahren entrichtet werden, so wird ihr feststehender, oder nach §. 47. durchschnittlich zu berechnender, Betrag bloß durch die Zahl dieser Jahre getheilt, und es konstituiert alsdann dieser Quotient die jährliche Rente.

§. 50. Außerdem muß der Verpflichtete bei jeder Ablösung von Laudemien, sie mag in Kapital oder in Renten geschehen, auch noch die ausgemittelte Jahresrente für so viele Jahre baar bezahlen, als von dem letzten Entrichtungsfall bis zur Zeit der Ablösung verflossen seyn werden.

§. 51. In den ehemals bergischen Landestheilen wird das Besizhaupt (§. 9.), in sofern es nicht schon auf Geld bestimmt ist, von Sachverständigen abgeschätzt, welche dabei ein Stück der Art, als der Gutsheerr zu wählen be-rechtigt ist, nach Beschaffenheit des Gutes, und unter vorausgesetzten mittlern Wohlstand des Besizers, zum Grunde zu legen haben. Für die Entrichtung sind drei Fälle im Jahrhundert anzunehmen, und im Uebrigen ist dasjenige zu beobachten, was für die Laudemien §§. 48. und 50. vorgeschrieben ist.

Ec 2

§. 52.

§. 52. Das Heimfallsrecht wird ohne Unterschied, ob es neben dem Laudemium oder ohne dasselbe besteht, durch eine jährliche Rente abgelöst, welche zwei Prozent vom reinen Ertrag des Guts beträgt. Bei der Berechnung dieses reinen Ertrages sollen jedoch nicht nur die öffentlichen Abgaben, sondern auch die gutherrlichen Leistungen und alle übrige Reallasten, insbesondere auch die Zinsen der darauf hypothekarisch versicherten Schulden, in Abzug gebracht werden, in soweit diese von dem Gutsherrn anerkannt werden müssen (konfentirt sind).

§. 53. Da indessen das französisch-hanseatische Gesetz sofort mit dem Tage seiner Bekanntmachung das Heimfallsrecht gänzlich aufgehoben, und eine Entschädigung an dessen Stelle angeordnet hat, die es auf den fünften Theil des Taxwerths des verpflichteten Grundstücks nach Abzug aller darauf haftenden Lasten feststellt, und dabei verordnet, daß diese Kapitalentschädigung bis zur Abzahlung mit vier Prozent verzinst werden soll; so hat es in den vormaligen französisch-hanseatischen Departements dabei sein Verwenden. Unter den Lasten, welche von dem Taxwerthe des Grundstücks abgezogen werden sollen, sind aber nicht bloß die öffentlichen, sondern auch alle gutherrlichen und übrigen auf dem Grundstück haftenden Privatlasten, insbesondere die von dem Gutsherrn anzuerkennenden Hypotheken, zu verstehen. Die Verzinsung fängt übrigens mit dem Tage an, an welchem das Dekret vom 9ten Dezember 1811. bekannt gemacht worden ist.

§. 54. In Ansehung der zu den bürgerlichen Befizungen gehörigen Holzungen, sollen folgende Grundsätze gelten:

- 1) Der bürgerliche Befizer ist verpflichtet, den Gutsherrn für die demselben an den Holzungen des Bauergutes zustehenden Nützungsrechte, als Holzschlag, Raß, Hütung u. s. w. zu entschädigen.
- 2) Die Abfindung des Gutsherrn durch Naturaltheilung kann von dem Befizer wider den Willen des Gutsherrn niemals, von dem letztern aber ohne Zustimmung des erstern nur dann verlangt werden, wenn der zu theilende Forstgrund nicht ganz von den Grundstücken des Bauerguts eingeschlossen ist.
- 3) Wenn die Naturaltheilung hiernach nicht zulässig ist, und die Interessenten sich über die Entschädigung nicht sonst vereinigen, so erfolgt dieselbe durch eine Geldrente, welche mit den übrigen gutherrlichen Abgaben gleiche Rechte genießt, und nach gleichen Grundsätzen ablöslich ist.
- 4) Es wird daher bei entstehendem Streit der Umfang der Gerechtsame des Gutsherrn und des Befizers ausgemittelt, alsdann nach den allgemeingefeslichen Vorschriften über die Theilung gemeinschaftlichen Eigenthums der Antheil des Gutsherrn festgestellt, und dessen Werth durch Abschätzung von Sachverständigen auf eine Geldrente zurückgeführt.

5) Nach

- 5) Nach geschehener Naturaltheilung oder Feststellung der dem Gutsherrn gebührenden Geldrente, geht das volle Eigenthum aller hiernach dem Bauergut zufallenden Holzungen an den Besitzer über.
- 6) Die auf dem Bauergut zerstreut stehenden Bäume sind ohne besondere Entschädigung des Gutsherrn ein Eigenthum des Besitzers. Wo aber das besondere Rechtsverhältniß bestanden, daß der Besitzer aus dem gesammten Gehölze seinen Holzbedarf zu Unterhaltung seiner Gebäude, Befriedigungen und Ackergeräthschaften vorzugsweise entnehmen, und das Nutzungsrecht des Gutsherrn erst nach Befriedigung dieses Bedarfs zur Ausübung kommen durfte; da kann der Besitzer bei der Auseinandersetzung mit dem Gutsherrn über die übrige Holzung jenen Bedarf nur in soweit zur Anrechnung bringen, als derselbe nicht schon durch die Nutzung der zerstreut stehenden Bäume gedeckt ist.
- 7) Für diejenigen Holzungen, wovon dem Gutsherrn nur eine Oberaufficht und gar keine eigne Theilnahme an der Benutzung zuzustand, hat derselbe keine Entschädigung zu fordern.

§. 55. Wenn nach obigen Bestimmungen eine Abschätzung durch Sachverständige erfolgen muß, so sollen jedesmal drei Sachverständige zugezogen werden, von denen jeder Theil einen, und die Behörde, welche das Ablösungsgeschäft leitet, den dritten bestimmt.

Wenn die Marktpreise des Haupt-Markttorts nicht auszumitteln sind, oder den Werth einiger abzulösenden Gegenstände nicht bestimmen; so haben die Sachverständigen solche nach dem gemeinen Werthe abzuschätzen.

Die Kosten der Schätzung durch Sachverständige fallen dem Provokanten zur Last. Hat dieser jedoch, um eine solche Schätzung zu vermeiden, dem Gegner Anerbieten gethan, und hat sich dieser sie anzunehmen geweigert; so soll der Provokat sämtliche Kosten allein tragen, wenn nicht das Urtheil der Sachverständigen für ihn günstiger ausfällt, als das Anerbieten des Provokanten war, in welchem Fall wiederum der Provokant allein die Kosten zu tragen hat.

§. 56. Der Antrag auf Verwandlung in Geldrente oder auf gänzliche Ablösung kann übrigens zu jeder Zeit erfolgen. Soll eine Geldrente durch Kapital abgelöst werden, so findet eine sechsmonatliche Kündigungsfrist Statt: und sollen andere Lasten in Geldrente verwandelt oder gänzlich abgelöst werden, so tritt die Ausführung des Geschäfts erst mit dem Ablauf desjenigen Kalenderjahres ein, in welchem dasselbe völlig regulirt ist.

Auch kann jeder von beiden Theilen fordern, daß die Ausführung noch ein Jahr länger ausgesetzt bleibe, um die nöthigen Veränderungen in der Wirthschaft vorbereiten zu können; und außerdem soll die Generalkommission befugt seyn, den Antrag des Berechtigten die Ausführung noch auf ein zweites

tes Jahr auszusetzen, wenn nach ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung das wirtschaftliche Bedürfniß des Berechtigten dies nothwendig macht.

§. 57. Ein jeder Pflichtige, welcher Leistungen oder Abgaben, sie seyen von welcher Art sie wollen, ablösen will, ist verbunden, bei der Ablösung alle Rückstände, mit Einschluß der nach Verhältniß der Zeit schuldigen Gefälle des laufenden Jahres, zu bezahlen.

§. 58. Die für die abgelöseten Abgaben, Zehnten und Dienste festgesetzten Renten oder Kapitalien genießen dasselbe Vorzugsrecht vor allen hypothekarischen Forderungen, welches den Abgaben und Leistungen selbst zustand; zur Erhaltung desselben müssen jedoch die Berechtigten bei Vermeidung der in den Gesetzen bestimmten Nachtheile die Eintragung in das Hypothekenbuch der verpflichteten Grundstücke nachsuchen, und sollen für diese Eintragungen keine Gebühren und Stempel bezahlt werden.

§. 59. Die hypothekarischen Gläubiger können der Ablösung nicht widersprechen: auch bedarf es ihrer Zuziehung bei dem Ablösungsgeschäft nicht; vielmehr finden die in dem Allg. Landrechte Theil I. Tit. 20. §. 460. bis 465. bei Gemeinheitstheilungen gegebenen Vorschriften auch hier Anwendung und kann sich bei entstehenden Hindernissen der Verpflichtete seiner Seits in jedem Fall durch gerichtliche Deposition des Ablösungskapitals von aller Verhaftung befreien.

§. 60. In wie weit der Lehnsherr, die Lehnfolger, Nutznießer oder Wiederkaufsberechtigten bei der Ablösung zugezogen werden müssen, ist mit der Modifikation, daß, wo der nächste Lehnfolger unbekannt ist, die Zuziehung eines zu bestellenden Lehnkurators und dessen Erklärung hinreicht, nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts Theil I. Titel 17. §. 324.—336. zu beurtheilen, und bei Fideikommissen kommt die Vorschrift des Allgemeinen Landrechts Theil II. Titel 4. §. 117.—119. zur Anwendung.

§. 61. Sind die Dienste oder Zehnten zugleich mit den Gütern, zu welchen sie gehören, verpachtet, so sollen die Pächter, wenn die Pflichtigen, oder einer derselben die Verwandlung in Rente oder die gänzliche Ablösung zuerst verlangt haben, von dem Pachtgelde nur den Betrag der Renten, oder die Zinsen des Kapitals, welches dem Verpächter für den Abkauf bezahlt worden ist, und zwar diese zu fünf vom Hundert abzuziehen, oder, insofern der jährliche Ertrag der in Renten verwandelten oder abgelöseten Leistungen wenigstens ein Zehnthel des Pachtgelbes beträgt, die Pacht am Ende des Pachtjahres ganz aufzugeben befugt seyn. Wenn aber der erste Antrag auf Verwandlung in Rente von dem Verpächter und Besitzer des berechtigten Guts geschehen ist, so ist der Pächter vollständige Entschädigung zu fordern berechtigt, es sey denn, daß er vorzöge, die Pacht am Ende des Pachtjahres ganz aufzugeben.

Sollte das verpflichtete Gut verpachtet seyn, so kann der ablösende Verpächter verlangen, daß der Pächter die Ablösungs-Rente oder die Zinsen des

des bezahlten Ablösungs-Kapitals zu fünf Prozent übernehme; der Pächter kann jedoch diesem Verlangen dadurch ausweichen, daß er das Gut mit dem Ende des Pachtjahrs verläßt. Ist in diesem letzten Fall die Provokation vom Verpflichteten ausgegangen, so kann der Pächter vollständige Entschädigung für die übrige Pachtzeit fordern.

Sobald daher eine Ablösung regulirt ist, muß dem Pächter sofort davon Nachricht gegeben werden, welcher sich binnen vier Wochen zu erklären hat, ob er von dem Recht, die Pacht am Ende des Pachtjahres aufzugeben, Gebrauch machen will, oder nicht: erklärt er sich nicht, so wird das letztere angenommen. Ist von dem Tage, wo der Verpächter seine Erklärung erhalten hat, bis zu Ende des Pachtjahres nicht wenigstens ein Zeitraum von drei Monaten vorhanden, so kann die Aufhebung des Pachtverhältnisses nicht mit dem Ende des laufenden, sondern erst des nächstfolgenden Pachtjahres gefordert werden.

§. 62. Wenn der Pflichtige eine Abgabe, von der er wegen der Grundsteuer einen Abzug zu machen befugt ist, durch Bezahlung des Ablösungskapitals abkauft, so wird letzteres nur nach dem Betrage der Rente berechnet, welche dem Berechtigten nach Abzug des Beitrages, den er in dem Ablösungsjahre zur Grundsteuer entrichten muß, rein übrig bleibt. Jedoch bleibt dem Gutsherrn auch zu diesem Zweck unbenommen, die im §. 29. vorbehaltene Ausmittelung des wahren Ertrags und Berichtigung des Abzugs zu bewirken.

§. 63. Die für vormalige Naturalleistungen konstituirten Renten, müssen von den Pflichtigen, wenn nicht etwas anders verabredet wird, zu Weihnachten jeden Jahres bezahlt werden.

§. 64. Die in Unserer Kabinetsorder vom 5ten Mai 1815. angeordnete Suspension aller Prozesse über gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse hört mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes gänzlich auf. Die Gerichte haben jedoch dergleichen Prozesse nicht von Amtswegen wieder aufzunehmen, sondern es bleibt dieses, und die weitere Regulirung der Rechtsverhältnisse nach der gegenwärtigen Verordnung, den Interessenten überlassen, und es können dabei weder aus der geschöhenen Suspension, noch aus dem inzwischen etwa festgestellten Besißstande, rechtliche Einwendungen entnommen werden.

Tit. VI.
Allgemeine
Grundsätze.

§. 65. Was die Rückstände an Abgaben und Leistungen anbetrifft, welche bis zur Verkündung dieses Gesetzes aufgelaufen seyn mögten: so sollen

- a) rückständige Dienste nicht in natura, sondern nur eine Geldentschädigung dafür, die nach den Grundsätzen des gegenwärtigen Gesetzes zu bestimmen ist, nachgefordert werden können: jedoch fällt in den ehemals bergischen Landen auch diese Entschädigung gänzlich weg;

b) rück-

- b) rückständige Naturalabgaben soll der Verpflichtete nach seiner Wahl in natura, oder nach den letzten Marti i=Marktpreisen vor dem Zahlungstage, in Gelde abtragen;
- c) an Rückständen sowohl dieser beiden Arten, als an sonstigen Rückständen in Gelde, soll der Verpflichtete in jedem Jahr neben den laufenden Abgaben und Leistungen nur den Betrag der Rückstände eines Jahres abzutragen verpflichtet seyn, es sey denn, daß der Berechtigte nachzuweisen vermögte, daß der Verpflichtete ohne erhebliche Beeinträchtigung seines Nahrungsstandes alles auf einmal, oder doch mehr als einen Jahresbetrag, zu leisten im Stande sey;
- d) sollten zufällige Rechte fällig geworden und in Rückstand verblieben seyn, so sind solche ohne Anstand vollständig nachzuzahlen;
- e) auch in Ansehung der Rückstände kommt der in den §§. 29—32. näher bestimmte Abzug zur Anwendung.

§. 66. Auch sollen in Konkursfällen alle Rückstände, welche seit der Suspension der Prozesse über die gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse aufgelaufen sind, neben den etwanigen älteren bis zweijährigen Rückständen, dasselbe Vorzugsrecht mit diesen genießen.

§. 67. Soweit diese Gegenstände durch Vergleich rechtskräftige Aburteilung oder sonst rechtsgültig bereits festgesetzt sind, behält es dabei in sofern sein Bewenden, als dadurch nicht solche Gerechtsame, die auch nach dem gegenwärtigen Gesetz ohne Entschädigung abgeschafft sind, unverwandelt aufrecht erhalten worden.

§. 68. Auch in den von Hannover an Uns abgetretenen Distrikten gilt die gegenwärtige Verordnung, vom Tage ihrer Bekanntmachung an gerechnet, mit der einzigen Ausnahme zu Gunsten derjenigen darin belegenen Güter, welche Privatpersonen gehören, daß auch ungemessene Dienste, welche zur Kultur ihrer Aecker und Wiesen geleistet werden müssen, nicht ohne Entschädigung abgeschafft, sondern nach dem Maaße, wie sie in dem zuletzt hergebrachten Wirtschaftsbetriebe wirklich abgeleistet worden, in gemessene zu verwandeln, und sodann, wie die letzteren, der gegenwärtigen Verordnung gemäß, weiter zu behandeln sind.

§. 69. Zur Feststellung der in diesem Gesetz berührten Verhältnisse sollen ohne Anstand Generalkommissionen niedergesetzt werden, deren Wirkungskreis durch ein besonderes Gesetz vom heutigen Tage näher bestimmt ist.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz höchst eigenhändig vollzogen und mit Unserm Königlichem Insigne versehen lassen.

So geschehen und gegeben Berlin, den 25ten September 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein
Beglaubigt: Friesche.

(No. 624.)

(No. 621.) Gesetz wegen der in Magdeburg und Münster zu errichtenden Generalkommissionen. Vom 25ten September 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Damit die Auseinandersetzung über die gütsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in denjenigen Theilen Unserer Monarchie zwischen der Elbe und dem Rhein, welche vormals zum Königreich Westphalen, zum Großherzogthum Berg, und zum französischen Reiche gehört haben, desgleichen im Herzogthum Westphalen, nach den heute von Uns vollzogenen Gesetzen, gleichförmig und ohne Aufenthalt betrieben werde; so haben Wir beschlossen, dazu besondere Behörden unter dem Namen der „Generalkommissionen“ niederzusetzen, und verordnen, nach erforderten Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Es sollen solcher Generalkommissionen zwei, und zwar die eine zu Magdeburg, und die andere zu Münster, errichtet werden, von denen jene für diejenigen der obgedachten Landestheile, die jetzt zur Provinz Sachsen, und diese für diejenigen bestimmt ist, die jetzt zur Provinz Westphalen und zu den Rheinischen Provinzen gehören.

§. 2. Eine jede dieser Behörden soll aus einem Generalkommissarius, als Direktor, und wenigstens zwei Beisitzern in kollegialischem Verhältnisse bestehen. Eines der Mitglieder muß ein zum Richteramt geeigneter und zur Justiz verpflichteter Beamter, bei dessen Anstellung daher auch Unser Justiz-Minister konkurriren soll, und die andern Mitglieder müssen der Dekonomie kundig seyn.

§. 3. Die Generalkommissionen sind übrigens Unserm Ministerio des Innern in Rekursfällen (§. 28.) aber diesem und Unserm Justizministerio gemeinschaftlich, untergeordnet, und den ordentlichen Provinzial-Behörden koordinirt.

§. 4. Ihre Bestimmung ist, so weit das gegenwärtige Gesetz darunter nicht nähere Beschränkungen enthält, die ausschließliche Einleitung und Bearbeitung aller Geschäfte, welche in Ausführung Unserer heutigen Gesetze über die Regulirung der gütsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in den obgedachten Landestheilen zur Auseinandersetzung der Interessenten gehören.

§. 5. Es bleibt jedoch den Interessenten unbenommen, sich wegen aller Rechtsverhältnisse, die in den gedachten Gesetzen berührt werden, auf jede beliebige Weise durch Vertrag zu einigen, nur daß solches in derjenigen Form geschehe, welche die Gesetze zur Rechtsgültigkeit und beziehungsweise zur hypothekarischen Eintragung solcher Verträge erfordern.

Jahrgang 1820.

D b

§. 6.

§. 6. Außer diesem Falle aber tritt die Vermittelung der Generalkommission ein, und sobald der eine oder der andere Theil dieselbe in Anspruch nimmt, hat die Generalkommission dazu einen besondern Kommissarius abzuordnen, und durch diesen, oder durch unmittelbare Verfügungen die Berichtigung des ganzen Geschäfts mit allen zu demselben gehörigen, oder von den Partheien damit in Verbindung gesetzten Nebenpunkten, sowohl unter den Hauptpartheien, als mit den entfernteren Interessenten zur Sache, als Hypothekgläubigern, Lehn- und Fideikommissberechtigten und wessen Rechtsverhältnisse sonst dadurch berührt werden, namentlich auch die Auseinandersetzung zwischen den Pächtern und Verpächtern der zur Regulirung kommenden Güter zu vermitteln, die Angelegenheit bis zum Abschluß der Verhandlungen zu leiten und zu betreiben, und endlich selbst auf die Berichtigung der hypothetischen Verhältnisse zu achten. (§. 15.)

§. 7. Ihre Kompetenz tritt auch in dem Fall eines zwischen den Interessenten bereits getroffenen Privat-Abkommens alsdann ein, wenn wegen dabei übergangener Punkte, oder von nicht zugezogenen Interessenten neue Ansprüche erhoben werden; gleichergestalt ist dieselbe verpflichtet, wenn wegen der bei Ausführung eines Privat-Abkommens eintretenden Schwierigkeiten ihre Vermittelung in Anspruch genommen wird, sich darauf einzulassen, wiewohl übrigens Rechtsstreitigkeiten über die Rechtsbeständigkeit oder Auslegung solcher Privatverträge zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte gehören.

§. 8. Wenn bei der Auseinandersetzung Korporationen, Anstalten und Stiftungen, die unter der allgemeinen Obergewalt Unserer Regierungen stehen, Theilnehmer sind, so müssen diese bei der Verhandlung selbst zwar, wie es sonst die Gesetze vorschreiben, gehörig vertreten werden. Wo es aber auf die Ertheilung von Genehmigungen und Ermächtigungen ankommt, welche sonst Unsern Regierungen, vermöge des Obergewaltsrechts, zuziehen würden, da sollen die Generalkommissionen in die Stelle der letztern treten, und dergleichen Genehmigungen und Ermächtigungen nach gehörig geprüfter Sache, und mit Beobachtung alles dessen, was im gleichen Fall jenen obliegen würde, ihrer Seits ertheilen können.

§. 9. Gleichergestalt haben die Generalkommissionen, wo allgemeine und landespolizeiliche Rücksichten eintreten, diese von Amtswegen in Stelle Unserer Regierungen gehörig zu beachten, und sind auch in dieser Beziehung von der Nothwendigkeit einer nähern Rücksprache mit letzteren entbunden, wiewohl, wie sich von selbst versteht, denselben jederzeit auf gebührendes Nachsuchen die nöthige Auskunft zu ertheilen gehalten.

§. 10. Auf Unsern Domainen soll die Regulirung aller derjenigen Rechtsverhältnisse, worauf sich die im §. 4. bezeichneten Gesetze beziehen, zu-

zunächst durch Kommissarien der Regierung versucht, und nur, wenn dieselbe auf diesem Wege nicht zu Stande gebracht werden kann, an die Generalkommission gebracht werden. Doch kann letztere in Bezug auf das Domäneninteresse bei Ertheilung der nöthigen Genehmigungen und Ermächtigungen die Stelle Unserer Regierungen nicht vertreten.

§. 11. Zum Wirkungskreise der Generalkommissionen gehört ferner die Entscheidung aller Streitigkeiten, welche sich bei Gelegenheit der Auseinandersetzung über die gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, über die Ablösung der Zehnten, über die Abschätzung oder sonstige Werthausmittlung der verschiedenen Rechte und Verpflichtungen, oder auch über die Ausgleichung selbst, es sey zwischen den Hauptinteressenten, oder denen, deren Rechtsverhältnisse dadurch nur mit berührt werden, ereignen mögen.

§. 12. Alle übrigen Rechtsstreitigkeiten verbleiben zwar nach wie vor den ordentlichen Gerichten. Jedoch sollen die Generalkommissionen auch in diesen überall, wo es bei der Entscheidung auf ökonomische Gutachten ankommt, zu deren Prüfung und Mittheilung ihres Urtheils verpflichtet seyn, wenn sie von den geeigneten Behörden, es sey, auf Antrag der Partheien, oder von Amtswegen, darum ersucht worden.

§. 13. Sobald die bei den Generalkommissionen anhängig gemachten Angelegenheiten, sey es im Wege der Uebereinkunft der Partheien, oder der rechtskräftigen Entscheidung, ausgeglichen und die neuen Rechtsverhältnisse, sowohl in Beziehung auf die Hauptpartheien, als auf die Interessenten der Inzidentpunkte festgestellt sind, muß darüber ein von den Interessenten gehörig zu vollziehender Rezeß aufgenommen, und dieser von der Generalkommission sowohl auf die Legitimation der Kontrahenten, als auf dessen Vollständigkeit, Deutlichkeit und formelle Berichtigung geprüft, und, wenn sie dabei nichts zu erinnern findet, bestätigt werden.

§. 14. In einzelnen Fällen bleibt jedoch ihrem Ermessen überlassen, ungeachtet eines oder des andern noch unberichtigten Punkts dennoch mit dem Abschlusse in der Hauptsache zu verfahren, und den unerledigten Gegenstand einer besondern Verhandlung vorzubehalten.

§. 15. Damit auch nach der Regulirung jeder Interessent in den wirklichen Besitz der ihm nach derselben zuständigen Rechte gesetzt werde, so liegt der Generalkommission ob, von Amtswegen dafür zu sorgen:

- a) daß, wo etwan Grundstücke veräußert oder sonst abgetreten, neu eingetheilt oder in ihren Grenzen berichtigt seyn mögten, dieselben den darauf angewiesenen Interessenten übergeben;
- b) daß die zur Sicherstellung derselben ad depositum zu leistenden Zahlungen gehörigen Orts geleistet und

D b 2

c) daß

- c) daß die zur Eintragung geeigneten Urkunden der betreffenden Hypotheken-Behörde zu diesem Behuf zugestellt werden.

§. 16. Wegen der übrigen zur Ausführung des Geschäfts erforderlichen Maaßregeln sind zwar die Anträge der Partheien zu gewärtigen. Es können jedoch Exekutionsgesuche aus den von der Generalkommission bestätigten Rezesen nur binnen Jahresfrist nach erfolgter Bestätigung, und allein bei ihr angebracht werden. Wegen Vollstreckung solcher Exekutionen hat sie überall Unfere Regierungen und Landräthe zu ersuchen.

§. 17. Das letztere gilt auch von allen sonstigen Exekutionen, welche die Generalkommission, es sey gegen die Interessenten, oder gegen nachlässige Kommissarien oder sonst zu verfügen haben kann. So weit sie nehmlich verfügen darf, ist sie auch befugt, ihren Verfügungen durch Veranlassung der Exekution Folge zu geben.

§. 18. Sollte es sich ereignen, daß nach gerichtlich beendigtem Geschäfte der Generalkommission noch neue Ansprüche nicht zugezogener Interessenten zu ihrer Kenntniß und Vermittelung gebracht würden: so tritt ihre Einwirkung dabei in eben dem Maaße ein, als ob dieselben gleich bei Einleitung der Auseinandersehung zur Sprache gekommen wären.

§. 19. In so weit die Verhandlungen mit den Partheien von den Mitgliedern der Generalkommission selbst nicht übernommen werden können, bedient sich dieselbe in der Regel der Dekonomiekommissarien, welche sie fortan selbst nach gehöriger Prüfung, als solche, anzustellen, befugt seyn soll. Die gerichtlich zu vollziehenden Geschäfte können von ihr den Unterrichtern, Friedensrichtern oder andern richterlichen Personen aufgetragen werden. Alle, Unseren Provinzial-Zustizkollegien und Regierungen untergeordnete Beamten und Behörden sind schuldig, ihre Aufträge anzunehmen, und gleich den übrigen Geschäften ihres Berufs, mit Treue und Pünktlichkeit auszurichten, dabei auch ihren etwanigen besondern Anweisungen Folge zu leisten.

§. 20. Die Vollziehung der Rezepte muß allemal in derjenigen Form geschehen, die nach den Gesetzen zur hypothekarischen Eintragung erforderlich ist. Sie haben dann die Wirkung gerichtlicher Urkunden, und bedürfen keiner nochmaligen Verlautbarung vor dem Richter der Sache.

§. 21. Auch alle Verhandlungen, welche bei der Generalkommission oder in ihrem Auftrage aufgenommen worden, sind, wenn solches von einer richterlichen Person geschehen, als gerichtliche Verhandlungen anzusehen.

§. 22. Die Verhandlungen anderer Kommissarien oder Deputirten der Generalkommission, welche nicht Richter sind, haben zwar in der Regel nur die Kraft öffentlicher Urkunden; sie sollen jedoch von Personen, die
des

des Lesens und Schreibens unkundig sind, aus dem Grunde, weil die Geseze sonst bei ihnen allemal gerichtliche Vollziehung verlangen, vorausgesetzt nur, daß die Vollziehung Seitens derselben übrigens in der gehörigen Form geschehen ist, als ungültig nicht angefochten werden können. Auch können jedenfalls die von solchen Kommissarien oder Deputirten zum Behuf der Instruktion derjenigen Streitpunkte, deren Entscheidung zum Wirkungskreise der Generalkommission gehört, aufgenommenen Protokolle bei der Entscheidung mit voller rechtlicher Wirkung zum Grunde gelegt werden.

§. 23. Die Spezialkommissarien sind zur Erfüllung ihres Auftrages ohne Rückfrage bei der Generalkommission, alles dasjenige zu verfügen und zu fordern befugt, was die ordentlichen Justizbehörden selbst Behufs der Instruktion von den Partheien oder von einem Dritten fordern und ohne Urtheilsform verfügen können.

§. 24. Wenn sich ihr Auftrag nicht ausdrücklich auf einen einzelnen Theil des Geschäfts beschränkt, so verbleibt der Betrieb der ganzen Sache bis zum Schluß in ihren Händen. Sie sind ihre Verhandlungen daher auf alle ihre Gegenstände auszudehnen ermächtigt, welche die Generalkommission in Beziehung auf die bei ihr anhängig gemachten Gelegenheiten vor sich zu ziehen befugt ist, und welche die Partheien mit der Hauptsache in Verbindung bringen. Namentlich also liegt ihnen, auch ohne besondern desfallsigen Auftrag, die Instruktion aller derjenigen Streitpunkte ob, die zur Entscheidung der Generalkommission gehören.

§. 25. Sie können auch in Fällen, wo bei Abschätzungen und Begutachtungen durch Sachverständige nach dem Geseze die Generalkommission den dritten Sachverständigen zu bestellen hat, nicht allein selbst dazu bestellt werden, sondern es wird auch, wo die Generalkommission nicht ein anderes angeordnet hat, daß solches geschehen, stillschweigend vorausgesetzt.

§. 26. Deduktionen, oder besondere schriftliche Rechtsausführungen sind bei den Instruktionen, welche von den Kommissarien der Generalkommission über Streitpunkte, die zur Entscheidung der letztern gehören, geführt werden müssen, nur in sofern zulässig, als sie im Schlußtermine selbst zu den Akten übergeben werden.

§. 27. Die Entscheidungen der Generalkommission über Streitpunkte sind in der Form von Resolutionen abzufassen.

§. 28. Es steht dagegen den Interessenten nur der Rekurs an Unsere Ministerien des Innern und der Justiz zu, als welche beide in allen solchen Rekursfällen gemeinschaftlich und in letzter Instanz zu entscheiden haben.

§. 29.

§. 29. Auch ein solcher Rekurs muß jedoch binnen vier Wochen, vom Tage der Bekanntmachung derjenigen Resolution an gerechnet, gegen welche er gerichtet werden soll, entweder bei der Generalkommission selbst angebracht, oder doch derselben, wenn solcher unmittelbar an die Ministerien gerichtet worden, in dieser Frist davon Behufs Einsendung der Akten Anzeige gemacht werden: entgegengesetzten Falls beschreitet die Resolution der Generalkommission unwiderrufliche Rechtskraft. Es versteht sich indessen von selbst, daß, wo etwa bei Gegenständen des allgemeinen Verwaltungsefforts durch eine Entscheidung der Generalkommission das Gemeinwesen beeinträchtigt oder gefährdet würde, die Abhülfe dagegen zu jeder Zeit noch zulässig bleibt.

§. 30. Schließlich wollen Wir zur Beförderung der Auseinandersetzungen alle desfallige Verhandlungen, welche bei den Generalkommissionen vor dem 1sten Januar 1823. anhängig gemacht werden, von der Stempel- und Sportelpflichtigkeit befreien, dergestalt, daß von Seiten der Generalkommission den Partheien nur die Diäten und Remunerationen der Kommissarien und Sachverständigen, und andere zu den baaren Auslagen gehörige Kosten in Rechnung gestellt werden können. Es erstreckt sich jedoch diese Vergünstigung auf die Rekurse und auf die durch dieselben veranlaßten Verhandlungen alsdann nicht, wenn solche als grundlos verworfen worden.

Urkundlich unter Unserer Höchstleichenhändigen Unterschrift und Beidrückung Unseres Königlichcn Insignels.

Gegeben Berlin, den 25ten September 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein

Beglaubigt:
Fries.

(No. 625.)

(No. 625.) Gesetz, die gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Herzogthum Westphalen betreffend. Vom 25ten September 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Auf Veranlassung mehrerer Beschwerden haben Wir die im Herzogthum Westphalen geltenden Gesetze über die gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse einer näheren Prüfung unterworfen, und verordnen nunmehr über diesen Gegenstand, nach erforderten Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Es hat bei den Großherzoglich-Hessischen Verordnungen über die gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Herzogthum Westphalen, jedoch unter den nachfolgenden Bestimmungen, auch ferner sein Verwenden.

§. 2. Zur Kapitalablösung sind daselbst auch fernerhin lediglich die bäuerlichen Besitzer, und nicht die Gutsherren, berechtigt. Die bäuerlichen Besitzer sollen Partialablösungen nicht anders als in Summen von wenigstens 100 Rthlr. Preussisch Kourant, und Kapitalablösungen überhaupt nicht anders als nach sechs monatlicher Kündigung zu bewirken befugt seyn.

Beide Theile sollen aber das Recht haben, eine Verwandlung von Naturalleistungen in Gelbrenten zu verlangen, und es sollen für alle Ablösungen diejenigen Vorschriften befolgt werden, welche in dem heute erlassenen Gesetz für die ehemals zum Königreich Westphalen u. gehörigen Landestheile §§. 34—43. enthalten sind.

§. 3. Wenn von einem mit gutherrlichen Abgaben belasteten Grundstück ein Theil getrennt wird, so soll, im Fall nicht eine andere gütliche Einigung zu Stande kommt, sofort ein Theil dieser Abgaben, der bei entstehendem Streite durch die Generalkommission (§. 8.) bestimmt wird, und zwar in der Art, daß derselbe mit dem Werth des abgetrennten Theils des Grundstücks im Verhältniß stehet, abgelöst werden, und bis dies geschehen, das abgezweigte Stück Land dem Gutsherrn für sämtliche Abgaben solidarisch verhaftet bleiben, demnachst aber von aller Verpflichtung gegen denselben frei seyn.

§. 4. Die Auseinandersezung zwischen Gutsherren und Bauern wegen der Naturalleistungen und Dienste, wird künftig nicht mehr nach den unterm 8ten November 1814. bekannt gemachten provisorischen Normalpreisen, sondern, wenn keine gütliche Einigung erfolgt, nach der im §. 2. gegebenen Vorschrift bewirkt.

§. 5. Wo diese Auseinandersezung provisorisch, aber noch nicht definitiv erfolgt ist, steht es jedem Theile frei, binnen Jahresfrist bei der General-

kom-

Kommission (§. 8.) die definitive Regulirung statt der bisherigen provisorischen in Antrag zu bringen. Was dem gemäß alsdann zurück- und nachgezahlt werden muß, braucht jedoch, wenn solches nicht ausdrücklich vorbehalten ist, nicht verzinst zu werden. Ist binnen Jahresfrist von keinem Theile gegen die provisorische Auseinandersetzung reklamirt, so hat es bei derselben für immer sein Bewenden.

§. 6. Da die über die Ablösung der Zehnten vorbehaltene Verordnung vor der Veränderung der Landeshoheit nicht ergangen, und das Großherzoglich-Hessische Gesetz vom 15ten August 1816. im Herzogthum Westphalen nicht anwendbar ist, so werden hierdurch die Zehnten aller Art nach den Grundsätzen für ablöslich erklärt, welche in Unserem oben (§. 2.) angeführten Gesetz §§. 44. 45. enthalten sind.

§. 7. Ueber den in der Verordnung vom 27ten Februar 1811. vorgeschriebenen Abzug eines Fünftels, wegen der Grundsteuer, bleibt eine anderweitige Bestimmung zu näherer Feststellung des Steuerwesens im Herzogthum Westphalen vorbehalten. Jedoch sollen auch schon jetzt die Gutsherren berechtigt seyn, den in dem oben (§. 2.) angeführten Gesetz §§. 29. und 62. nachgelassenen Beweis zu übernehmen, und in Gemäßheit desselben den Abzug zu vermindern. Imgleichen soll auch hier der Abzug niemals mehr als die ganze vom bürgerlichen Besitzer zu entrichtende Grundsteuer betragen.

§. 8. Zur Erleichterung der Auseinandersetzungen zwischen den Gutsherren und Bauern, ist von Uns eine Generalkommission in Münster niedergesetzt, und ihr Wirkungskreis durch das besondere Gesetz vom heutigen Tage näher bestimmt worden; derselbe erstreckt sich auch auf das Herzogthum Westphalen.

Urkundlich haben Wir die vorstehende Verordnung Höchstseignädig vollzogen und mit Unserm Königlichem Insignel bedrucken lassen.

So geschehen, Berlin, den 25ten September 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein

Beglaubigt:

Frieße.

(No. 626.)

(No. 626.) Gesetz wegen Veränderung der Weinsteuer. Vom 25ten September 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

sind durch die Wünsche Unserer Weinbau treibenden Unterthanen, und durch deren eigenthümliche Verhältnisse bewogen worden, die bisherige Weinmost-Steuer in eine Weinsteuer zu verwandeln, die Steuersätze der geringeren Sorten zu ermäßigen, eine mannigfaltigere Abstufung zu verordnen, und die Steuer in manchen Fällen nicht mehr von dem Weinbauer, sondern von dem Käufer entrichten zu lassen. Wir verordnen deshalb, mit Aufhebung der §§. 22. bis 26. des Gesetzes vom 8ten Februar 1819. und der §§. 36. bis 41. der dazu gehörigen Ordnung, nach eingeholtem Gutachten Unseres Staatsraths, wie folgt:

§. 1. Die Steuer von dem in Unserer Monarchie erzeugten Wein wird nach der verschiedenen örtlichen Beschaffenheit auf:

1 Rthlr. 4 Gr.
20 —
14 —
10 —
8 —
6 —

für den Eimer bestimmt.

§. 2. Die Weinberge und Weingärten sollen nach ihrer Lage und Beschaffenheit in Bezirke eingetheilt und für jeden derselben ein für allemal, jedoch mit Vorbehalt der unten bemerkten Revision, die ihm zugehörige Steuerklasse bestimmt werden.

Diese Eintheilung geschieht in den Rheinprovinzen durch eine einzige aus Mitgliedern der betreffenden Regierungen und Sachverständigen gebildete Kommission. Auch können für die übrigen Weingegenden ähnliche Kommissionen zu diesem Zweck angeordnet werden, im Fall das Finanzministerium solches für erforderlich hält.

Die Bezirke können nach der Dertlichkeit mehrere Gemeinden, oder eine einzelne Gemeinde, oder auch nur einzelne Weinberge umfassen, je nachdem der darin erzeugte Wein auf einem oder mehreren Kelterhäusern zusammen gefestert zu werden pflegt, oder sonst ziemlich von einerlei Beschaffenheit und Preis ist, und unter einerlei Namen zum Verkauf kommt.

Die Klassifikation wird an das Finanzministerium eingereicht, und von demselben genehmigt, welches auch bestimmt, wie oft eine Revision derselben vorgenommen werden soll.

Jahrgang 1820.

G e

I n

In allen östlichen Provinzen des Staats finden keine andere als die drei untersten Klassen Anwendung.

§. 3. Wird der Wein vor dem 1sten August des auf seine Erzeugung folgenden Jahres verkauft und abgeliefert, so ist der Käufer verbunden, die Steuer vor Empfang des Weins zu erlegen, und dem Weinbauer die Quittung einzuhandigen, kann sich jedoch eine Duplikat-Quittung von der Steuerbehörde geben lassen. Geschieht die Ablieferung nach dem Absich, so wird der abgelieferte Wein unmittelbar nach den im §. 1. vorgeschriebenen Sätzen versteuert; geschieht sie vor dem Absich, so werden von der abgelieferten Quantität Wein Fünfzehn Prozent abgerechnet, und von dem Ueberrest wird die Steuer nach jenen Sätzen entrichtet.

§. 4. Mit dem 1sten August des auf die Erzeugung des Weines folgenden Jahres erhebt die Steuerkasse von sämtlichen Weinbauern die Steuer nach den für jeden Ort in Gemäßheit der §§. 1. und 2. festgestellten Sätzen. Bei dieser Besteuerung wird die Quantität des gewonnenen Mostes zum Grund gelegt, nachdem davon Fünfzehn Prozent abgerechnet seyn werden. Sind dem Weinbauer bei dem früheren Verkauf des Weines, in Gemäßheit des §. 3. Steuerquittungen überliefert worden, so kann er diese der Steuerkasse als baare Zahlung zurechnen.

§. 5. Da es zu der im §. 4. angeordneten Steuererhebung nöthig ist, zu wissen, wie viel Most zu jedem einzelnen Weinbauer gewonnen wird, so soll zum Zweck dieser Ausmittelung folgendes Verfahren beobachtet werden.

Jährlich macht die Regierung den Zeitraum öffentlich bekannt, wo jeder Weinbauer verpflichtet seyn soll, den Betrag seines Gewinns nach Einern der Steuerbehörde anzuzeigen, der Wein mag sich noch in Butten befinden, oder auf Fässer geschlagen seyn. Jeder Eigenthümer hat hiermit zugleich die bestimmte Angabe des Aufbewahrungsorts, und des in einzelnen Fällen etwa nöthig gewordenen Aufschubs der Lese oder Kelterung, zu verbinden.

§. 6. Nach geschehener Anmeldung findet die Untersuchung der Bestände Statt. Die Gemeindebeamten sind verpflichtet, die Steuerbeamten bei diesem Geschäft nach ihrer Anleitung zu unterstützen. Hat die Lese und Kelterung in einzelnen Weinbergen bis dahin noch nicht Statt gefunden, so kann die Behörde Maaßregeln treffen, um eine Vermischung des zu erwartenden Ertrags mit den bereits aufgenommenen Beständen zu verhindern.

Ueberhaupt bleiben während der Lese und Kelterung, und bis dahin, daß die Untersuchung der Bestände geschehen ist, die einzelnen Weinssteuerbezirke dergestalt geschlossen, daß kein Transport von Trauben oder Most aus einem in den andern, oder im Orte, wo die Weinssteuer gar keine Anwendung findet, anders, als unter steueramtlicher Kontrolle, geschehen kann.

§. 7.

§. 7. Unerhebliche Verschiedenheiten zwischen der Anmeldung und der wirklichen Aufnahme, werden nach letzterer berichtigt. Als unerhebliche Abweichungen sind solche anzusehen, die ein Zehntel oder weniger betragen.

§. 8. Eine Ermäßigung der Steuer bis auf den geringsten Satz findet in so weit Statt, als gehörig erwiesen wird, daß noch unverseuert in der ersten Hand befindlicher Wein umgeschlagen und untrinkbar geworden ist.

§. 9. In Jahren, wo ungewöhnlich schlechter Wein gefelstert wird, kann mit Genehmigung des Finanzministeriums die Steuer bis auf drei Viertel oder selbst bis auf die Hälfte ermäßigt werden, welche Ermäßigung nach Verhältnis der Weinpreise um die Zeit des ersten Abflusses zu den Preisen gewöhnlicher Weinjahre zu bestimmen ist.

§. 10. Was in der Ordnung vom 8ten Februar 1819. von den Befugnissen und Pflichten der Steuerbeamten, so wie von den Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften, bestimmt worden, behält auch in Hinsicht auf die Weinsteuer, nach wie vor seine Gültigkeit, und muß dasselbe in dieser Hinsicht überall auf die vorstehenden Paragraphen bezogen werden.

Die Bestimmung des §. 82. der letztern in Ansehung der Bestrafung derjenigen, welche die Hälfte der aufgenommenen Bestände an Wein einem andern überlassen, und nicht innerhalb des Verlaufs von acht Tagen nachher die Steuer vom Ganzen entrichten, wird aufgehoben.

Urkundlich von Uns Höchsteigenhändig vollzogen, und mit Unserm Königlichem Insiegel versehen.

Berlin, den 25ten September 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:
Frieße.

(No. 627.) Gesetz, die Gültigkeit der französischen Gesetze in der Stadt Wesel und deren Rayon betreffend. Vom 25ten September 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc.

Da sich sowohl über die Gültigkeit der Einführung der französischen Gesetze in der Stadt Wesel und deren Rayon als auch über den Umfang dieses Rayons Bedenken geäußert haben, so finden Wir für nöthig, zur Erledigung dieser Zweifel, nach erforderten Gutachten Unseres Staatsraths, zu verordnen:

- 1) daß die Einführung der im ehemaligen Rör-Departement geltenden französischen Gesetze in der Stadt Wesel und deren Rayon, als mit rechtlicher Wirkung erfolgt, und daher diese Gesetze in dem gedachten Landstrich, seit dessen Vereinigung mit Frankreich, bis zum 1sten Januar 1815., überall als verbindlich anzusehen;
- 2) daß unter dem Rayon von Wesel alle diejenigen Distrikte zu verstehen sind, welche faktisch durch die französische Besignahme dazu gerechnet worden.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz Höchsteigenhändig vollzogen und mit Unserm königlichen Insignel bedrucken lassen.

Gegeben Berlin, den 25ten September 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt:

Fries.

Gesetz = Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 17. —

(No 628.) Allerhöchste Kabinetsorder vom 26sten September 1820., ie Regulirung der Krieger = Anleihe vom Jahre 1745. betreffend.

Da die Krieger = Anleihe vom Jahre 1745. bis auf eine unbedeutende Summe getilgt, und beziehungsweise in Staats = Schuldscheine umgeschrieben ist: so wird es nöthig, zur endlichen Regulirung auch dieses Theils der Staats = schuld das Erforderliche zu verfügen, und bestimme Ich daher in dieser Hinsicht Folgendes:

I.

Die Hauptverwaltung der Staatsschulden hat zuvörderst einen Präklusivtermin auf mindestens sechs Monate hinaus anzusetzen, und sämtliche noch nicht befriedigte Interessenten dieser Anleihe aufzufordern, bis dahin derselben den Betrag ihrer Forderung an Kapital und Zinsen anzuzeigen und gehörig zu verifiziren, mit der Wirkung, daß wer bis zu dem anzuordnenden Termine seine Ansprüche anzumelden unterläßt, derselben verlustig geht.

II.

Da über den Beitrag, welcher zu dieser Anleihe eingezahlt ist, nicht immer Schuldverschreibungen ausgestellt sind, so soll diese Präklusion nicht auf die Verbindlichkeit des Staats beschränkt, sondern auch auf die Legitimation der Berechtigten ausgedehnt werden, dergestalt, daß also die Erfüllung der durch die zeitige Anmeldung aufrecht erhaltenen Verbindlichkeit, auch ohne Produktion einer Original = Schuldverschreibung von dem, welcher sich deshalb zeitig gemeldet hat, jedoch nur unter der Bedingung verlangt werden kann, daß er

- 1) an Eides Statt vor Gerichte oder vor Notarius und Zeugen versichert, dergleichen nicht zu besitzen oder je besessen zu haben, dennoch aber
- 2) durch Atteste der administrativen Behörden nachweist, daß er vom Tage, da die letzten Zinsen gezahlt wurden zurückgerechnet, dieselben 10 Jahre lang erhoben hat.

Jahrgang 1820.

§ f

III.

(Ausgegeben zu Berlin den 28sten Oktober 1820.)

III.

Da den Magisträten, Stiften und Basallen, welche ursprünglich zu dieser Anleihe angezogen wurden, die Befugniß ertheilt ist, den ihnen zugeschriebenen Antheil, in sofern sie ihn aus eigenen Zahlungsmitteln aufzubringen außer Stande waren, auf ihren Kredit zu negotiziren, darüber Schuldverschreibungen auszustellen und die zur Sicherheit angewiesenen Akzisegefälle zu verpfänden, so haben zwar die Inhaber der letzteren die Wahl, ob sie die Aussteller derselben oder den Staat als Schuldner nehmen wollen. Damit aber erstere in den Stand gesetzt werden, sich deshalb an letztere zu regressiren, so sind dieselben aufzufordern, sich hierüber baldigst, auf jeden Fall aber drei Monate vor Eintritt jenes Präklusivtermins, zu entschließen, und ihren Entschluß dem Aussteller ihrer Schuldverschreibung, wie der Hauptverwaltung der Staatsschulden, anzuzeigen. Wer diese Frist verstreichen läßt, ohne sich gegen erstere zu erklären, soll unbedingt als Staatsgläubiger betrachtet werden, und sein Recht verlieren, sich wegen seiner Forderung an den Aussteller seiner Schuldverschreibung zu halten, wodurch er dann die Verbindlichkeit überkommt, seinen Anspruch bei Vermeidung der oben erwähnten nachtheiligen Folgen bis zu dem unter I. bezeichneten Termine bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden gehörig anzumelden.

Hiernach hat also die letztere in allen diesen Beziehungen das weiter Nöthige zu verfügen.

Potsdam, den 26sten September 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
die Hauptverwaltung der Staatsschulden.

(No. 629.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 26ten September 1820. wegen Aufhebung des Indults in der Provinz Neuvorpommern.

Mit den, im Bericht des Staatsministeriums vom 6ten September d. J., über die Unstatthaftigkeit eines längeren Indults in der Provinz Neuvorpommern, entwickelten Gründen, bin Ich einverstanden, und bestimme dem zufolge: daß die über diesen Gegenstand ergangene letzte Verordnung der ehemaligen Regierung zu Stralsund vom 24ten Juli 1812., nach welcher der Indult, welcher nach der früheren landesherrlichen Verordnung vom 10ten Januar 1812. bereits mit dem Schlusse des Jahres 1812. aufhören sollte, auf unbestimmte Zeit verlängert worden, nunmehr zurückgenommen, und nur noch bis Ablauf dieses Jahres gültig seyn soll. Mit dem 1sten Januar 1821. treten daher alle Landesgesetze, welche das Verhältniß zwischen dem Gläubiger und Schuldner betreffen, und die durch die bisherigen Indultverordnungen seit dem Jahre 1807. einstweilen außer Kraft gesetzt worden sind, wieder in Anwendung, und die Gerichtshöfe haben sich darnach auf das Genaueste zu achten. Ich beauftrage den Justizminister, diesen Meinen Befehl zur Kenntniß des Publikums zu bringen, und über die Befolgung desselben zu wachen.

Berlin, den 26ten September 1820.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(No. 630.)

(No. 630.) Bekanntmachung des Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten vom 11ten Oktober 1820., die Uebereinkunft mit der Kurheßischen Regierung, wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen, betreffend.

Zwischen der Königlich-Preussischen und der Kurheßischen Regierung ist unterm 28ten September d. J. eine Uebereinkunft wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen abgeschlossen worden, welche mit der, durch die Gesessammlung No. 478. abgedruckten verglichen Uebereinkunft mit dem Königreich Baiern vom 9ten Mai 1818. mit Ausnahme des in der Anlage besonders abgedruckten Paragraphen 12. völlig gleichlaufend ist.

Indem diese Uebereinkunft hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, ist es der Wille Seiner Majestät des Königs, daß dieselbe von allen Militair- und Civil-Behörden, wie auch von sämmtlichen Allerhöchst-Ihren Unterthanen in allen Stücken auf das Genaueste befolgt werde.

Berlin, den 11ten Oktober 1820.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

A u s z u g

aus der unterm 28ten September 1820. zwischen der Königlich-Preussischen und der Kurheßischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabunden und Ausgewiesenen ic.

§. 12.

Um die Transporte gehörig zu dirigiren, sind zu beiderseitigen Uebergabe-Orten, und zwar:

auf Königlich-Preussischem Territorio

Warburg,
Beverungen,
Heiligenstadt,
Treffurth,
Nedebach und
Suhla,

auf Kurheßischem Territorio

Bolchmarsen,
Carlschafen,
Wigenhausen,
Eschwege,
Frankenberg und
Schmalkalden,

festgesetzt worden, wobei es sich von selbst versteht, daß Preussische im Schaumburgschen ergriffene Vagabunden von Rinteln nach Minden, und die aus der Grafschaft Schaumburg gebürtigen Vagabunden von Minden nach Rinteln abgeliefert werden.

Gesetz-Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 18. —

(No. 631.) Deklaration, die Sukzession der Mantelkinder im Lehn betreffend. Vom
30sten September 1820.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen u. u.**

Thun kund:

Es sind Zweifel entstanden, ob in den mit Unseren Staaten vereinigten
ehemals Sächsischen Provinzen und Distrikten, in welchen, vermöge Unseres
Patents, die Einführung des Allgemeinen Landrechts betreffend, d. d. 15ten
November 1816. §. 4., die vormaligen Gesetze und Verfassungen in Lehn-
sachen vorläufig noch beibehalten worden sind, die außer der Ehe gebornen,
aber durch nachherige Ehe ihrer Eltern legitimirten Kinder, in den Rechten
Mantelkinder genannt, zur Lehnfolge gelassen werden dürfen? indem zwar in
der Landesordnung des Kurfürsten Moriz de Anno 1543. Titel:

„Von denen aus der Ritterschaft, welche Kinder außer der Ehe
zeugen“,

(Cod. Aug. Tit. I. p. 19.) festgesetzt ist: daß die Lehnleute nur „vor sich
und ihre eheliche geborne Leibes-Lehnserben“ beliehen werden sollen, dagegen
aber von den Sächsischen Gerichtshöfen zu allen Zeiten angenommen worden
ist, daß hierdurch die Mantelkinder von der Lehnfolge nicht ausgeschlossen seyen.

Diese Zweifel zu erledigen, finden Wir für nöthig zu verordnen:

daß die, durch nachherige Ehe ihrer Eltern legitimirten Kinder, was
die Nachfolge in Lehnen und Mitbelehnenschaften betrifft, den ehelichen
Kindern durchaus gleich geachtet werden sollen, auch dann, wenn
die Lehnbriefe ausdrücklich auf ehelich geborne Kinder gestellt sind.

Sind bei Publikation dieser Deklaration bereits zu Recht beständige
Familienverträge vorhanden, so bewendet es bei diesen, so wie überhaupt bei
allen bereits vorhandenen, auf zu Recht beständige Weise errichteten Ver-

Jahrgang 1820.

G g

tragen

(Ausgegeben zu Berlin den 14ten Dezember 1820.)

tragen, Anerkennungen, Verzichtleistungen und rechtskräftigen Erkenntnissen, wenn sie auch von den, im gegenwärtigen Gesetze ausgesprochenen Grundsätzen zu Gunsten oder Nachtheil des einen oder des andern Theils abweichen.

Des zu Urkund haben Wir gegenwärtige Deklaration Allerhöchstseignend handig vollzogen, und mit Unserm Königlichem Insignel bedrücken lassen.

So geschehen Berlin, den 30sten September 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Friedrich Wilhelm, Kron-Prinz.

v. Altenstein. v. Kirchheim. v. Schuckmann. v. Lottum.
v. Kewitz. v. Hake.

(No. 632.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 10ten November 1820., betreffend die Präklusivfrist in Bezug auf die Zurückzahlung der in den Jahren 1813. und 1814. im ehemaligen Militair-Gouvernement zwischen der Ober und Weichsel ausgeschriebenen Zwangsanleihe.

Um die Ordnung im Rechnungswesen der Staatsschulden = Tilgungskasse aufrecht zu erhalten, will Ich auf den Antrag der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 16ten vorigen Monats gestatten, daß von derselben zur baaren Zurückzahlung der, in den Jahren 1813. und 1814. im ehemaligen Militair-Gouvernement des Landes zwischen der Ober und Weichsel in zwei Zeitabschnitten ausgeschriebenen und wirklich erhobenen Zwangsanleihe = Beiträge, eine Präklusivfrist von drei Monaten angesetzt, und durch die Amtsblätter der sämtlichen Regierungen, so wie durch die Berliner Zeitungen, zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden kann, nach deren Ablauf alle und jede Ansprüche an die Staatskassen aus dieser Anleihe, sowohl an Kapital als Zinsen, auf ewige Zeiten gänzlich erloschen seyn sollen.

Troppau, den 10ten November 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
die Hauptverwaltung der Staatsschulden.

(No. 633.)

(No. 633.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 20ten November 1820., betreffend das Forum für die Vollstreckung der rechtskräftigen Erkenntnisse in Provinzial- und Kommunal-Schuldfällen.

Auf Ihren Bericht vom 2ten September d. J. bestimme Ich hierdurch: daß in den Angelegenheiten, welche vor Eröffnung der Kommission zur Regulirung des Provinzial- und Kommunal-Schuldenwesens zum gerichtlichen Verfahren bereits eingeleitet gewesen, und in diesem Wege von den Liquidanten verfolgt sind, den Gerichten nur die Feststellung des Rechtsanspruchs zustehen, die Vollstreckung der rechtskräftigen Erkenntnisse aber den zur Ausführung des Schulden tilgungs-Plans berufenen Behörden gebühren soll.

Ich überlasse Ihnen, in Beziehung auf die Instruktion der genannten Generalkommission vom 9ten Juli 1812., hiernach das Weitere zu verfügen.
Troppau, den 20ten November 1820.

Friedrich Wilhelm.

An
die Staatsminister von Kirchhausen
und von Schuckmann.
